This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Österreichische Essays

Von

Franz Zweybrück

Berlin
Verlag von Gebrüder Paetel
(Dr. Georg Paetel)
1916

Digitized by Google

Antiqu. Kf.
1940

[Hofrat Dr. Zweybrück gestorben.] Gestern ist in seiner Wohnung, Landstraße Hauptstraße 138, der frühere Chefredakteur der „Wiener Zeitung", Hofrat Dr. Franz Zweybrück im 73. Lebensjahre gestorben. Mit ihm ist einer der angesehensten sympathischesten Wiener Publizisten dahingegangen. Ein gebürtiger Wiener (geboren am 9. Januar 1853) hat er sich zunächst historischen Studien leidenschaftlich hingegeben. Seine ursprüngliche Absicht, sich der akademischen Karriere zu widmen, hat er in der Folge aufgegeben. Nach eingehenden Studien in öffentlichen Bibliotheken und Archiven österreichischer Adeliger schrieb er wertvolle Essays zur Kenntnis der neueren Geschichte Oesterreichs und Deutschlands, namentlich interessierte ihn die Reformationsbewegung in Böhmen und Mähren. Seine Edition von Briefen der Kaiserin Maria Theresia und Joseph, II. die in den „Fontes R. A." erschienen ist, ist sehr bekannt geworden. Er schrieb auch zahlreiche Aufsätze für reichsdeutsche Revuen. Wiederholt veröffentlichte auch die „Neue Freie Presse" interessante Artikel aus der feingeschliffenen Feder Zweybrücks. Nach mehrjähriger Zugehörigkeit zur Redaktion des „Fremdenblatt" übernahm er zehn Jahre später dessen Leitung. Drei Jahre darauf trat er in die „Wiener Zeitung" ein, deren Chefredakteur er schließlich wurde, eine Stellung, die er bis zu seiner im Jahre 1924 erfolgten Pensionierung innehatte. Gleichzeitig war er auch als Burgtheaterkritiker der „Oesterreichischen Volkszeitung" tätig. Dr. Zweybrück hat schon seit Monaten gekränkelt. In der letzten Zeit machte seine Arterienverkalkung immer weitere Fortschritte und schließlich fällte ihn eine hinzugetretene Lungenentzündung.

„N. Fr. Pr."
1925, VIII. 14.

Digitized by Google

Österreichische Essays

Von

Franz Zweybrück

Berlin
Verlag von Gebrüder Paetel
(Dr. Georg Paetel)
1916

Digitized by Google

Alle Rechte,
vornehmlich das der Übersetzung in fremde Sprachen,
vorbehalten.

Copyright 1916 by Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel), Berlin.

DB17
.28

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Digitized by Google

Sr. Exzellenz

dem Königlich Preußischen Wirklichen Geheimen Rat

Dr. Hugo Thiel

in dankbarer Verehrung

zugeeignet

Digitized by Google

Digitized by Google

Widmung.

Eure Exzellenz

haben gütigst gestattet, daß Ihr edler Name meinen „Österreichischen Essays" das Geleite inmitten der politischen Literatur Deutschlands gebe, der Name eines Mannes, der durch mehr als ein halbes Jahrhundert als Lehrer und Forscher und schließlich als einer der leitenden Neuordner in dem großen Organismus des Preußischen Landwirtschaftlichen Ministeriums an dem Erstarken und Gedeihen des Deutschen Reiches mitgeschaffen hat.

Stets bin ich mir der ernsten tiefgegründeten Teilnahme bewußt gewesen, die Sie unseren österreichischen Dingen widmeten. Schwierige Probleme hielten und halten noch jetzt unser Staatswesen in ihrem Bann. Sie haben eine Reizbarkeit des politischen Lebens gezeitigt, deren literarischer Ausdruck jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle zu argen Mißverständnissen und heillos irrigen Auffassungen verleitet hat. Solche Eindrücke trafen in Norddeutschland auf bitterböse Stimmungen, wie sie noch aus den Jahren der Kämpfe um die Vorherrschaft in Deutschland in die neue Zeit, in die Zeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn, mit herübergekommen waren. Rasch war da ein scheinbar abschließendes Urteil, eine bequeme Formel für den politischen Hausschatz gewonnen, und die unendliche Fülle neuer Aufgaben, die an das junge Reich herangetreten waren, ließ die Einsicht und die Mahnung nicht aufkommen, sich mit den nicht leicht verständlichen Schwierigkeiten ohne Ende, mit denen der Bundesgenosse zu ringen hatte, eingehend und sachlich, wie es sonst deutsche Art, zu befassen. Er galt als sicher, der Freund an der Donau, und hatte seinen Wertstempel . . . seinen Wert-

Digitized by Google

kurs. So ist es durch Jahrzehnte hindurch gehalten worden, bis Entschlüsse und Entscheidungen von ernstester Tragweite die beiden befreundeten Reiche nun ganz nahe, Leib an Leib, aneinandergeschmiedet haben. Einer ganzen Welt hart entschlossener Gegner mußten sie standhalten, ein stählerner Ring hielt sie würgend umschlossen. Sie haben Riesenschlachten durchgekämpft, in denen sie die Blüte ihrer Jugend dahingaben; durch lange Monate hindurch haben sie Tag und Nacht jeden Fußbreit ihrer Stellung gegen die lauernde Übermacht der Feinde verteidigt. Und da kamen Stunden, da man sich prüfend in das Auge sah. Ganz anders als am Konferenztisch, auf dem sorgsam ausgearbeitete Referate und fleißige Berechnungen bereit lagen, ganz anders als am Manöverfeld inmitten vorbereiteter Übungen und prächtiger Schaustellungen.

Da hat wohl der durch die eiserne Not geschärfte Blick des Deutschen mit einem Male ein Österreich gesehen, wesentlich verschieden von dem Staatswesen, das ihm seine Staatsmänner und Parteipolitiker, seine Gelehrten ihm beschrieben, ein Österreich, sicherlich kein schwächeres, aber ein anderes! Ein Krieg, wie wir ihn durchleben, sengt alle Tünche hinweg, die besorgte Staatskunst gern in Gebrauch hält; er legt das innere Gefüge bloß, mit seinen heimlich wuchernden Schäden, aber auch mit seinem zähen, kräftigen Knochen- und Muskelwerk, das der Zerstörung wehrt.

Das Schlachtenblut, die gewaltigen Erinnerungen an gemeinsame Gefahren, Drangsale und Erfolge kerben sichere Zeichen in das Gedächtnis der Volksseele ein. Noch inniger ist das Bündnis geworden, ein intimer Zug der Selbstverständlichkeit erscheint ihm aufgeprägt. Da muß also umgelernt werden; es gilt, das wahre Österreich kennen zu lernen, wie es bisher gewesen, und wie es aus diesem größten aller Kriege hervorgegangen sein wird. Unbefangene Beurteilung tut not, an nüchterner Gründlichkeit darf es nicht fehlen, aber auch nicht an dem loyalen Empfinden, daß es der Freund, der Blutbruder ist, mit dessen Wesen man völlig vertraut werden muß.

Digitized by Google

Widmung.

Eure Exzellenz

haben gütigst gestattet, daß Ihr edler Name meinen „Österreichischen Essays" das Geleite inmitten der politischen Literatur Deutschlands gebe, der Name eines Mannes, der durch mehr als ein halbes Jahrhundert als Lehrer und Forscher und schließlich als einer der leitenden Neuordner in dem großen Organismus des Preußischen Landwirtschaftlichen Ministeriums an dem Erstarken und Gedeihen des Deutschen Reiches mitgeschaffen hat.

Stets bin ich mir der ernsten tiefgegründeten Teilnahme bewußt gewesen, die Sie unseren österreichischen Dingen widmeten. Schwierige Probleme hielten und halten noch jetzt unser Staatswesen in ihrem Bann. Sie haben eine Reizbarkeit des politischen Lebens gezeitigt, deren literarischer Ausdruck jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle zu argen Mißverständnissen und heillos irrigen Auffassungen verleitet hat. Solche Eindrücke trafen in Norddeutschland auf bitterböse Stimmungen, wie sie noch aus den Jahren der Kämpfe um die Vorherrschaft in Deutschland in die neue Zeit, in die Zeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn, mit herübergekommen waren. Rasch war da ein scheinbar abschließendes Urteil, eine bequeme Formel für den politischen Hausschatz gewonnen, und die unendliche Fülle neuer Aufgaben, die an das junge Reich herangetreten waren, ließ die Einsicht und die Mahnung nicht aufkommen, sich mit den nicht leicht verständlichen Schwierigkeiten ohne Ende, mit denen der Bundesgenosse zu ringen hatte, eingehend und sachlich, wie es sonst deutsche Art, zu befassen. Er galt als sicher, der Freund an der Donau, und hatte seinen Wertstempel . . . seinen Wert-

Digitized by Google

kurs. So ist es durch Jahrzehnte hindurch gehalten worden, bis Entschlüsse und Entscheidungen von ernstester Tragweite die beiden befreundeten Reiche nun ganz nahe, Leib an Leib, aneinandergeschmiedet haben. Einer ganzen Welt hart entschlossener Gegner mußten sie standhalten, ein stählerner Ring hielt sie würgend umschlossen. Sie haben Riesenschlachten durchgekämpft, in denen sie die Blüte ihrer Jugend dahingaben; durch lange Monate hindurch haben sie Tag und Nacht jeden Fußbreit ihrer Stellung gegen die lauernde Übermacht der Feinde verteidigt. Und da kamen Stunden, da man sich prüfend in das Auge sah. Ganz anders als am Konferenztisch, auf dem sorgsam ausgearbeitete Referate und fleißige Berechnungen bereit lagen, ganz anders als am Manöverfeld inmitten vorbereiteter Übungen und prächtiger Schaustellungen.

Da hat wohl der durch die eiserne Not geschärfte Blick des Deutschen mit einem Male ein Österreich gesehen, wesentlich verschieden von dem Staatswesen, das ihm seine Staatsmänner und Parteipolitiker, seine Gelehrten ihm beschrieben, ein Österreich, sicherlich kein schwächeres, aber ein anderes! Ein Krieg, wie wir ihn durchleben, sengt alle Tünche hinweg, die besorgte Staatskunst gern in Gebrauch hält; er legt das innere Gefüge bloß, mit seinen heimlich wuchernden Schäden, aber auch mit seinem zähen, kräftigen Knochen- und Muskelwerk, das der Zerstörung wehrt.

Das Schlachtenblut, die gewaltigen Erinnerungen an gemeinsame Gefahren, Drangsale und Erfolge kerben sichere Zeichen in das Gedächtnis der Volksseele ein. Noch inniger ist das Bündnis geworden, ein intimer Zug der Selbstverständlichkeit erscheint ihm aufgeprägt. Da muß also umgelernt werden; es gilt, das wahre Österreich kennen zu lernen, wie es bisher gewesen, und wie es aus diesem größten aller Kriege hervorgegangen sein wird. Unbefangene Beurteilung tut not, an nüchterner Gründlichkeit darf es nicht fehlen, aber auch nicht an dem loyalen Empfinden, daß es der Freund, der Blutbruder ist, mit dessen Wesen man völlig vertraut werden muß.

Digitized by Google

Da sollen nun die politischen Stimmungsbilder und Schilderungen, die ich seit einer Reihe von Jahren zum großen Teil für reichsdeutsche Zeitschriften verfaßt, ein Winziges zum Verständnis unserer Donaumonarchie beitragen. Ihr individueller Wert, so meine ich, gründet sich mit darauf, daß sie „Momentaufnahmen" sind. Der es geschrieben, war in seiner Auffassung dem Wandel der Anschauung durch den Zwang der Ereignisse unterworfen wie ein jeder, der in Politik tätig ist.

Ich glaubte aber auf jede Ergänzung und Korrektur verzichten zu müssen, damit der urkundliche Wert als Zeugnis für die jüngsten österreichischen Entwicklungen gewahrt bleibe. (Ich verweise z. B. auf den vielzitierten Aufsatz über „Österreichische Polenpolitik" oder auf einzelne Ausführungen in der Skizze über den Grafen Aehrenthal.) Einige historische Beiträge und Erörterungen behandeln zumeist Österreichisches; auch der Vortrag über Don Carlos, den Sohn Philipps II. von Spanien, weist auf einen bedeutsamen Wendepunkt unserer Geschichte hin.

Vielleicht findet die kleine Sammlung Leser, die sich durch sie angeregt fühlen, dem Erfassen österreichischen Wesens ihre Aufmerksamkeit zu widmen; dann hat sie ihre Bestimmung vollauf erfüllt und sich auch ihres hochverehrten Paten nicht ganz unwert erwiesen.

Wollen Eure Exzellenz hiermit den Ausdruck meiner innigsten und dankbarsten Ergebenheit gütigst entgegennehmen.

Wien, im Weihnachtsmonat 1915.

Dr. Franz Zweybrück.

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Politische Momentaufnahmen 1

Das neugewählte österreichische Abgeordnetenhaus (1901) 3

Die Krise im Reichsrat 15

Österreich und Ungarn 31

Zur österreichischen Polenpolitik 47

II. Graf Julius Andrássy und die ungarische Politik 77

Die Begründung des modernen Ungarn 79

Julius Andrássy als Minister des Äußeren 113

III. Zur neuesten deutschen und österreichischen Geschichte 153

Bismarck und Österreich 155

Kaiser Wilhelm I. und Bismarck 165

Zur Entstehungsgeschichte des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn 175

Randglossen zum „Interview" 197

Graf Aehrenthal. (Fragmente zu seiner Beurteilung) . 202

Zur österreichischen Geschichte von Heinrich Friedjung . 239

IV. Historische Rückblicke 247

Der historische Don Carlos 249

Eine österreichische Kronprinzessin aus dem Hause Parma (nach Briefen und Berichten) 261

Maria Theresia und ihre preußischen Beurteiler . . . 273

Österreichische Staatspolitik und literarische Stimmungen vor hundert Jahren 281

Das Frankfurter Parlament 295

Digitized by Google

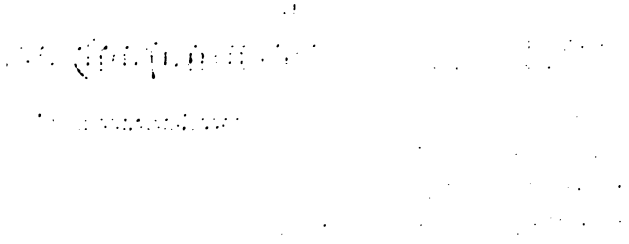
Digitized by Google

I.

Politiſche Momentaufnahmen.

Das neugewählte öſterreichiſche Abgeordnetenhaus (1901).
Die Kriſe im Reichsrat.
Öſterreich und Ungarn.
Zur öſterreichiſchen Polenpolitik.

Digitized by Google



Digitized by Google

Das neugewählte österreichische Abgeordnetenhaus.

(1901.)

Der neue Reichsrat ist vollständig, die Einberufung durch die Krone ist soeben erfolgt, am 31. Januar tritt er zusammen. Die Wahlen haben zwei wichtige Ergebnisse. Das eine ist so ziemlich allgemein vorhergesehen worden, nämlich das Wachstum der national-radikalen Parteien und mit ihm die Verschärfung der nationalen Gegensätze; das andere hat überrascht, das ist die unleugbare Niederlage des Klerikalismus, der seit einer Reihe von Jahren mit zwei staatlichen Fronten den parlamentarischen Kampfplatz beherrschte, mit der katholischen Volkspartei, die der deutschfeindlichen Majorität der Rechten angehörte, und den Christlich-Sozialen, die auf der Linken saßen und sich zur deutschen Gemeinbürgschaft und zu deren Forderung, dem unter dem Ministerium Thun vereinbarten „Pfingstprogramm" bekannten.

Wie bereits erwähnt, ist die Zunahme der nationalen Bewegung zu erwarten gewesen. Darum haben Gautsch, Thun und Clary jeden Gedanken an die Auflösung des im März 1897 gewählten Reichsrats von sich fern gehalten; mit den deutschen Fortschrittlern, der deutschen Volkspartei und dem verfassungstreuen Großgrundbesitz ließ sich bequem unterhandeln, was zwar zu nichts führen durfte, aber Zeitgewinn brachte; die Gruppe Schönerers und K. H. Wolfs zählte nur sechs Mitglieder (sie kam später auf acht) und konnte trotz ihrer ungebärdigen drohenden Haltung übersehen werden. Auf der Rechten hielten Polen, Feudale und Ultramontane fest zusammen und freuten sich, wenn die ihnen befreundeten Jungtschechen die deutsche Opposition in Schach hielten. Aber eben mit den Jungtschechen ist die ränkevolle Politik der Feudalen und der Kirche zu Schaden gekommen. Im Herbst 1899 drohten dem damaligen Ministerpräsidenten Grafen Thun die Delegationswahlen zu versagen, und damit ward er unmöglich; seinem Nachfolger, dem bisherigen Statthalter der Steiermark,

Digitized by Google

Grafen Clary, erschien es selbstverständlich, daß er, um die Deutschen zu wirklicher parlamentarischer Arbeit zu bringen, vorerst die berüchtigten Badenischen Sprachenverordnungen (der Preis, den der leichtsinnige galizische Premier den Jungtschechen im voraus für ihre Zustimmung zu seinen fragwürdigen Ausgleichsabmachungen mit Ungarn gezahlt hatte) aufheben mußte. Clary bezahlte sein Wagnis mit seiner Entlassung; trotz aller dem Kaiser geleisteten Zusagen verweigerten ihm die sämtlichen Führer der Rechten wegen dieser Annäherung an die Deutschen jede weitere parlamentarische Dienstleistung. Sein Nachfolger, v. Koerber, verriet Absichten, die auf der Rechten duldsamer aufgenommen wurden. Er benahm sich gegen die Majorität eifrig und beflissen, und wandte sich gleichzeitig an diejenige unter den deutschen Gruppen, die den Ultramontanen am nächsten stand, an die Christlich-Sozialen, denen er die Wahlordnung für Wien und die Herrschaft im unterösterreichischen Landtag zusicherte. Es schien alles ganz gut zu gehen, nur die Jungtschechen wollten ihre Sprachenverordnungen zurück haben und drohten. Ihre Verhandlungen mit den Deutschen, die das neue Ministerium eingeleitet hatte, waren wegen ihrer hochmütig abweisenden Haltung ergebnislos verlaufen, die gutgemeinten Bemühungen einiger Mitglieder des deutschen Hochadels, vor allem die des Fürsten Fürstenberg, verursachten schließlich dem Ministerpräsidenten, der sich ängstlich zur Rechten hielt, nur Verlegenheiten. Im deutschen Lager glaubte man, daß es der Regierung darum zu tun sein müsse, eine richtig funktionierende Vertretung, ein erledigtes Budget usw. zu erreichen, und eine Aktion wurde ersonnen, die nach etwa vierzehn Tagen tschechischer Obstruktion, die eben durchgemacht sein wollten, zu sachlicher Arbeit im Abgeordnetenhaus führen konnte. Allerdings mußte das Präsidium mithelfen, die Beteuerungen der katholischen Volkspartei bezüglich ihrer loyalen Absicht mußten ehrlich gemeint sein. Auch die Feudalen hatten ihre Bereitwilligkeit geäußert, jede Bemühung, das Haus wieder lebensfähig zu machen, zu unterstützen. Die Sache endigte mit einer jämmerlichen Enttäuschung. Der ultramontanische Präsident Dr. v. Fuchs durchkreuzte am 8. Juni vorigen Jahres, unterstützt von Tiroler Parteigenossen, mit einem schlauen Manöver das kaum ins Werk gesetzte Unternehmen; die Feudalen ermutigten insgeheim die obstruierenden Tschechen, und Herr v. Koerber machte sich, als

Digitized by Google

er dies wahrnahm, schleunigst von den unbequemen deutschen Helfern los, die ihn bei der Rechten nur kompromittieren konnten. Am Abend jenes 8. Juni führten die Jungtschechen, deren Führer, namentlich der ehemalige Minister Kaizl, schon ihres Sieges sicher waren, mit Blechtellern, Trompeten und Pfeifen einen solennen Spektakel auf, die Polen, Feudale und Ultramontane, verhielten sich zum Ärger der gründlich gefoppten deutschen Großgrundbesitzer, die den deutschen Kollegen ihren Plan für unfehlbar bezeichnet hatten, scheinbar ganz teilnahmslos, und gegen die Mitternachtsstunde erschien der Ministerpräsident, der nach Schönbrunn zum Kaiser gefahren war, mit der erbetenen Ermächtigung zur Schließung der Reichsratssession.

Dieser letzte Versuch einer vorsichtigen Mittelpartei von gemäßigter deutscher Gesinnung, den Reichsrat verhandlungsfähig zu machen, war also zunichte geworden. Aber was sollte nun werden? Es wurde damals, wie dies auch heute geschieht, von längst fertiggestellten durchgreifenden Plänen der Regierung in geheimnisvollem Flüsterton gesprochen, von der Oktroyierung einer neuen Wahlordnung oder wenigstens von einer mittels des berüchtigten § 14 einzuführenden neuen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus, das eine jede Obstruktion — die deutsche war jedoch gemeint — unmöglich machte. Den Parteien der Rechten konnte derartiges nur recht sein. Entweder wurde ihnen durch einen solchen Gewaltakt der Reichsrat wieder ausgeliefert oder die bestehende Verfassung war nun, nach drei Jahren, da die Krise zu einem Zustand geworden, als weiterhin unbrauchbar erwiesen, und man hielt vor dem ersehnten Ziel, der Länderautonomie, vor dem Föderalismus. Und wie trefflich paßte es, daß nicht etwa ein Ministerium der Rechten, sondern ein Beamtenministerium, eine trotz des einflußreichen Landsmannministers Rezek von den Tschechen als deutsche bezeichnete Regierung vor solcher Zwangslage hielt! Freilich ehe ein entschiedener Schritt die Zustimmung der Krone erhalten und vor argwöhnischen Politikern der ungarischen Reichshälfte gerechtfertigt werden konnte, war noch eins zu gewärtigen, das einzige verfassungsmäßige Auskunftsmittel, die Auflösung und die Neuwahlen. In gut unterrichteten Kreisen kann man hier zu hören bekommen, daß Herr v. Koerber hierzu nicht geraten, der gemeinsame Minister des Äußern, Graf Goluchowski, beim Kaiser auf

Digitized by Google

diesen letzten Versuch gedrungen habe. Der Ministerpräsident hat vielleicht vor der Zunahme des nationalen Radikalismus gewarnt, doch unvorbereitet hat ihn der kaiserliche Befehl, die Neuwahlen auszuschreiben, nicht getroffen, sicherlich hatte er diese Maßnahme schon lange vorher erwogen. Die Haltung der Regierung während der Wahlen zeigt eine gewisse kluge Berechnung. Bewährte sie sich, dann wurde die deutsche Opposition wesentlich geschwächt, und im neuen Hause erstand die alte Rechte wieder, mit der der gelehrige Schüler des Zynikers Taaffe regieren konnte. Die Gefahr war der deutsch-nationale Radikalismus, er war nur durch radikale Gegner niederzuhalten, und so baute Herr v. Koerber in dem industriereichen Böhmen auf den mutmaßlichen Erfolgen der Sozialdemokraten, in Niederösterreich und den Alpenländern auf der scheinbar felsenfesten Herrschaft der Christlich-Sozialen seinen Plan auf. Es handelte sich um die seit 1897 hinzugekommene Kurie des allgemeinen Wahlrechts, in der nur volkstümliche Schlagworte Wirkung versprachen. 1897 hatte in ganz Böhmen tatsächlich die Arbeiterbevölkerung den Ausschlag gegeben und vorwiegend sozialdemokratisch gewählt. Eine Eroberung dieser Mandate der allgemeinen Wahlrechtskreise durch die deutschen Radikalen war nicht zu gewärtigen. Die Regierung hatte dem Reichsrat eine Fülle von vielversprechenden wirtschaftlichen Vorlagen unterbreitet, riesige Eisenbahnprojekte usw., die der Arbeiterbevölkerung willkommen sein mußten; um ihre Verwirklichung zu erreichen, mußte der Reichsrat leistungsfähig gemacht, die Obstruktion verhindert, die nationalen Heißsporne also ferngehalten werden. Der skeptische Ministerpräsident hat sich aber über die Wucht der nationalen Bewegung getäuscht, nicht minder die sozialdemokratischen Führer. Die gehässige Antipathie der letzteren gegen alle positive deutsche Politik ist längst bekannt, die Parteileitung gestattete zwar den tschechischen Genossen ein bescheidenes Maß von Nationalgefühl, doch für die deutschen Arbeiter war solches streng verpönt. In dem Egerer Kreise, dem Mittelpunkt der Schönererschen Agitation, hatte 1897 einer der sozialdemokratischen Theoretiker, der jüdische Advokat galizischer Abstammung, Dr. Verkauf, tatsächlich gesiegt. Für die Wandlung, die sich seither in Deutsch-Österreich vollzogen, hat der Mann offenbar nicht das geringste Verständnis gehabt, er vertraute auf die stramme Organisation und versäumte keinen

Digitized by Google

Anlaß, in nationalen Angelegenheiten den deutschen Standpunkt anzugreifen. Die Wahlen brachten nun eine empfindliche Belehrung, die Sozialdemokraten verloren, mit Ausnahme eines einzigen, sämtliche Sitze in Böhmen, und zwar an nationale Kandidaten, auch der tschechische Proletarier hatte sich für nationale Vertreter entschieden. Die Siege in der allgemeinen Kurie förderten die weiteren Erfolge der Schönerer-Wolf-Gruppe, von acht Mitgliedern vermehrte sie sich zum Kummer und Schrecken der Regierung auf einundzwanzig! Sie ist jetzt eine Partei geworden. Daß es so gekommen, muß als ein bedeutsames Symptom der Stimmung in den deutschen Kronländern, namentlich in Deutsch-Böhmen, bezeichnet werden. Denn der Deutschböhme ist sonst ein nüchterner, praktischer Politiker, er fußt in den hochentwickelten industriellen Verhältnissen, weiß, was der slawische und magyarische Osten der Monarchie für ihn bedeutet und hat bisher einen weit stärkeren österreichischen Patriotismus bewiesen als sein tschechischer Gegner. Schlagworte wie die Personalunion mit Ungarn, die Aufnahme der deutsch-österreichischen Provinzen in den Verband des Deutschen Reiches, waren ihm bisher nicht bloß wegen ihrer extremen Tendenz, sondern wegen der wirtschaftlichen Folgerungen gründlich fremd. Sein richtiger Mann war und ist der Reichenberger Prade, dessen schlichtes, gerades Wesen, dessen tüchtiger, praktischer Verstand sich bei allen Ausgleichs- und Parteiverhandlungen bewährt haben. Wie verwüstend muß seit Badenis Sturz das unaufrichtige deutschfeindliche Walten der Regierungen auf das deutschböhmische Volk gewirkt haben, wenn die zahlreichen Wählerschaften ihre bisherigen Vertreter, die der alten Fortschrittspartei oder der deutschen Volkspartei angehörten, den Kandidaten der Schönerer-Gruppe zuliebe fallen ließen! Die nationale Tendenz ist bei diesen Wahlen wohl am stärksten zum Ausdruck gekommen. Neben der Schönerer-Gruppe hat die deutsche Volkspartei acht Mandate gewonnen, sie zählt jetzt neunundvierzig Mitglieder, die der Mehrheit nach Inner-österreich angehören; doch auch die Sudetenländer sind vertreten. Bei den tschechischen Wahlen hat nur das nationale Programm den Ausschlag gegeben, die Jungtschechen verloren sogar einige Sitze an die jüngsten Tschechen. Selbst dem Polenklub kam die nationale Tendenz zugute. Die Schlachzizenpartei, die heute Galiziens Vertretung darstellt, hat fünf Sitze gewonnen, die früher

Digitized by Google

bäuerliche Vertreter besessen. Die Fortschrittspartei, der Rest der alten deutschen Liberalen, hat ein Mandat im ganzen eingebüßt, sie zählt jetzt fünfunddreißig Mitglieder, sie hat in Böhmen an die Radikalen verloren, in Niederösterreich und Mähren jedoch ein paar Sitze zurückgewonnen. Auch die Italiener kommen verstärkt in den Reichsrat, sie haben in den Küstenländern über die Slowenen einige Siege errungen.

Hält man Umschau, wer für die Kosten der deutsch-nationalen Wahlerfolge herhalten muß, so gewahrt man, daß der katholischen Volkspartei ein, den Christlich-Sozialen sechs Mandate verloren gegangen sind. Doch die Zahlen sagen weniger als die Tatsachen der Verluste. Die katholische Volkspartei galt bisher als die einflußreichste in Österreich, durch ihre Führer beherrschte die Kirche die im Besitz der Majorität befindliche Rechte. Jetzt sind gerade diese Führer, der Tiroler Baron Di Pauli (unter Thun Handelsminister) und Dr. Ebenhoch, der hochmögende Landeshauptmann von Oberösterreich, durchgefallen. Ja, es ist noch mehr geschehen: trotzdem die Partei angesichts der deutsch-nationalen Bewegung in den Alpen ebenfalls zur Notwendigkeit der deutschen Vermittelungssprache und zu „berechtigten" nationalen Forderungen sich bekannte, ist es ihr so schlecht gegangen, und zu der Rechten, zu den Tschechen, Polen und Slowenen zurückzukehren und wie bisher an der Seite der Slawen gegen die Deutschen zu kämpfen, das ist ihr unmöglich gemacht, wenn sie nicht der völligen Vernichtung verfallen will. Damit erscheint aber der Verband der Rechten aufgelöst; was am 8. Juni geheuchelt und gedroht worden, das muß nun als Tatbestand angesehen werden. Es gibt keine bequeme Majorität mehr, die mit einer bequemen Regierung gute Geschäfte macht, deren Spesen die Deutschen zu begleichen hätten, es gibt keine Majorität mehr, die sich damit brüstete, Österreich ohne die Deutschen zu regieren. Zwanzig Jahre ist ihr dies gestattet gewesen, und wir spüren das deutlich am Zustand, in dem sich unser Österreich befindet. Nicht einmal über die erste Notwendigkeit sind wir hinweggekommen, über die Schaffung einer einheitlichen, allgemein anerkannten staatsrechtlichen Anschauung, nicht einmal zu einer Anerkennung des Reichsrats als solchen. Und wenn dabei doch seit zwanzig Jahren die Staatsmaschine und die Vertretung richtig funktioniert und manches ansehnliche gesetzgeberische Werk zustande

Digitized by Google

gebracht haben, so spricht das nur für die Fülle von unverwüstlicher Lebenskraft, die vorhanden ist und nicht gut vernichtet werden kann. Das Verwaltungsgefüge Maria Theresiens und Josephs besteht noch ungeachtet aller Stürme und böser Minierarbeit, der österreichische Armeebegriff mit seinem ausgeprägt deutschen Wesen lebt noch und ferner eine allgemeine, still wirkende Vorstellung von einem österreichischen Beamtentum deutscher Nation, obwohl man in tschechischem, slowenischem oder polnischem Gebiet von solch verpönter Sache nicht laut reden darf. An diesen Bestand denken die deutsch-österreichischen Politiker, wenn sie — und das geschieht nur zu häufig — in rührselig gehobener Stimmung ein politisches Programm anfertigen, dieser Bestand ist das nie aus den Augen gelassene Angriffsobjekt der kirchlichen Politik, die nun seit zwei Jahrzehnten Österreich in österreichfeindlichem Sinne regiert.

In Österreich hat bis in die siebziger Jahre noch ein zielbewußter, zentralistischer Klerikalismus bestanden. Er konnte sich auf mehr als zweihundertjährige Tradition berufen, auf den traurigen Ruhm, daß er nach der Schlacht am Weißen Berge die Macht der rebellischen Stände vernichten geholfen nnd über das gesamte Gebiet der Sudetenländer und der oberen Donaulandschaft jenen gefügigen Stumpfsinn verbreitet, der die sichere Wiederaufrichtung einer erbländischen Regierung ermöglichte. Es geschah wiederum nach einer Revolution, nach 1848, daß Kardinal Rauscher dem zentralistischen Absolutismus Bachs die ganze Fülle des kirchlichen Einflusses zur Verfügung stellte und dafür die gebietende Oberaufsicht über alles wissenschaftliche Leben und über das gesamte Schulwesen zuerkannt erhielt. Der kluge, ehrgeizige Kirchenfürst dachte ein österreichischer Primas zu werden, die habsburgische Vorherrschaft im Deutschen Bund und die deutsche Beamtenregierung in Ungarn, Galizien und selbstverständlich in den Ländern der böhmischen Krone erschien ihm wichtig und unentbehrlich. Der Kurie hatte er 1855 das vielberufene Konkordat verschafft, und der vatikanischen Diplomatie mochte gegenüber den protestantischen Hohenzollern diese deutsch-habsburgische Tendenz willkommen sein. Mit dem französischen Krieg und der Gründung des Deutschen Reichs vollzog sich dann eine gründliche Wendung: Rauscher, der ohnehin das Infallibilitätsdogma entschieden bekämpft hatte, ward fallen gelassen, die Kirche wandte sich der slawischen Opposition zu,

Digitized by Google

die sie äußerlich bis zum Juni vorigen Jahres und innerlich nie verlassen hat. Den verfassungsfeindlichen Hochadel, über den sie eine bedingungslose Herrschaft ausübt, wußte sie ohnehin in diesem Lager. Die Feudalen hassen den Liberalismus, der ihre Rechte geschmälert und ihre allmächtige Stellung in Österreich wenigstens formal vernichtet hat, sie hassen das liberale Bürgertum, das neben ihnen emporgekommen, aber sie haßten einst nicht minder das hussitische Tschechentum, das einer ausgeprägt demokratischen Agitation seine kräftige Entwicklung verdankt und der Kirche nicht selten feindselig gegenübergetreten war. Nur der stärkere Haß gegen die von den Deutschen verteidigte Verfassung führte den Grafen Heinrich Clam-Martinitz und seine Freunde an die Seite Ladislaus Riegers und der Alttschechen. Daß aus der augenblicklichen Kampfgenossenschaft allmählich eine feste Organisation, der vielzitierte „eiserne Ring der Rechten" sich herausbildete, das ist vor allem der kirchlichen Politik, wie sie von Hohenwart vertreten wurde, zuzuschreiben. Diese Rechte, die zwei Jahrzehnte im Reichsrat geherrscht hat, umfaßte Gruppen, die unter sich grundverschieden sind, aber sie alle einigte der Deutschenhaß. Die Mitglieder der katholischen Volkspartei stammen zwar zum großen Teil aus den Alpenländern, und trotz allen politischen Maskenspiels bleiben einmal die Schwarzenbergs, Thuns, Nostiz' deutsche Adelsgeschlechter, noch vor fünfzig Jahren haben sie von der tschechischen Sprache nichts oder nur sehr wenig verstanden; aber die alpinen Ultramontanen sind eben fanatische Landsknechte der Kirche, denen ein jedes nationale Empfinden fremd geworden ist, und jener feudale Hochadel hat sich wohl einst, so lange er durch die Habsburger zu Rang und Ehren kommen konnte, für „das Reich" interessiert, seit 1866 jedoch ist auch dieser Gesichtspunkt nicht mehr vorhanden, und der aristokratische Latifundienbesitzer in Böhmen und Mähren ist heute vor allen anderen der unbedingt getreue Sohn der Kirche und der eifrige Vorkämpfer ihrer Politik, er tschechisiert deutsche Dörfer, stellt nur slawische Geistlichkeit an, er wählt und läßt nur slawische deutschfeindliche Abgeordnete, Bezirksausschüsse und Gemeinderäte wählen. Denn die Staatskunst des Vatikans verfolgt in Österreich zwei Ziele, die Zurückdrängung deutschen Wesens durch slawisches und die Auflösung Österreichs in ein Föderativsystem mit slawisch-kirchlicher Richtung. Die gegenwärtige Politik

Digitized by Google

der römischen Kurie will von dem heutigen Österreich-Ungarn, dem Verbündeten des Deutschen Reichs, nichts wissen. „Rampolla haßt Österreich," so mußte dem Schreiber dieser Zeilen eine hochstehende fromme Dame seufzend bestätigen. Die Wahlen haben den Politikern der Kirche nun zu denken gegeben. Sie fühlen, daß sie zu voreilig gewesen, daß sie in ihrem zersetzenden Treiben derzeit einhalten müssen; den alpinen Wählerschaften darf nicht mehr zugemutet werden, daß sie ihre Vertreter innerhalb der ihre Stammesgenossen bekämpfenden Rechten gewahren können, sonst kann es für die Kirche unwiederbringliche Verluste geben; Ansätze zu umfassender Lossagung von Rom sind ohnehin nicht hinwegzuleugnen. So liegen denn bereits einige Erklärungen vor, daß die Klerikalen keine Verbindung mit den Polen und Tschechen mehr eingehen wollen, ja, daß sie sogar bereit seien, das Pfingstprogramm der deutschen Gemeinbürgschaft anzunehmen; das bedeutet einen Umschwung, so gewaltig, daß ihm fast nicht zu trauen ist!

Freilich sieht die Kirche, daß ihre Niederlage nicht zufällig gewesen, sondern daß sie es mit einer starken Bewegung zu tun habe; denn auch das zweite Eisen, das sie im Feuer gehabt, hat gänzlich versagt, die christlich-soziale Partei ist durch die Wahlen schwer geschädigt, ja bis ins innerste Wesen hinein getroffen worden. Ist die katholische Volkspartei eine internationale politische Bildung, so beteuert die christlich-soziale Partei, eine deutsche zu sein, und zwar tut sie dies seit Badenis Sturz. Der Bürgermeister von Wien, ihr allmächtiger Führer Dr. Lueger, hält diese Stellungnahme für geboten, und der Kirche ist dies ganz recht gewesen, sie schien jetzt für jeden Fall gesichert. Die Christlich-Sozialen sind bekanntlich die Partei des unzufriedenen Wiener Kleinbürgers, sie fußen auf einem roh und gewalttätig zur Schau getragenen Antisemitismus; mittels dieses Agitationsmittels, dessen starke Wirkung auf die Sünden der Wiener Börsenwelt zurückzuführen ist, haben sie den früh gealterten Liberalismus in Niederösterreich besiegt, sich der Herrschaft über Wien und die kleinen Städte bemächtigt, die Landgemeinden brachte ihnen die Geistlichkeit hinzu. Der niederösterreichische Landesausschuß und der Wiener Gemeinderat kamen völlig in ihre Gewalt. Den nun einflußreich gewordenen Führern huldigten die Geschäftswelt und auch die um ihr Mandat besorgten deutsch-national gesinnten Abgeordneten von Niederösterreich. Das

Digitized by Google

wurde ihnen allerdings schwer, denn die Partei enthüllte auch ihre entschieden klerikalen Absichten. Gegen alles gut moderne Schulwesen, von der Volksschule bis zur Universität, gegen alle freieren künstlerischen und literarischen Bestrebungen griff ein Polizeiwesen Platz, das mit seinem brutalen Unverstand doch stets auf die Zustimmung der Regierung rechnen konnte. Denn in Niederösterreich und weiter nach Innerösterreich hinein sollten ja nach Berechnung des Herrn von Koerber die Deutsch-Nationalen und die hier ebenfalls gefährlichen Sozialdemokraten durch die Christlich-Sozialen niedergehalten werden. Das wurde auch allgemein vorausgesetzt. Dr. Lueger hoffte, die sämtlichen Wiener Mandate, auch den ausstehenden Rest des Liberalismus, die vier Sitze der inneren Stadt, also des vornehmsten Bezirks, zu erobern, und auf dem Lande stellte er die angesehensten Landesausschüsse, die eine Fülle von Gnaden und Vorteilen bereithielten, als Kandidaten auf. Die Regierung förderte durch die Sanktionierung der neuen, von den Christlich-Sozialen zurechtgemachten Wahlordnung, ferner durch eine geradezu groteske Schwerhörigkeit bezüglich aller gegen die Parteiwirtschaft einlaufenden Beschwerden, die Wahlaussichten der Christlich-Sozialen so ausgiebig, daß ihre Gegner schon apathisch zu werden begannen. Nur die Sozialdemokraten blieben rührig, und da nur ihre Kandidaten Aussicht hatten, die ultramontane Gefahr abzuwenden, wandte sich ihnen die Teilnahme aller zu, die da sahen, welch ernster Vorstoß eines unheimlichen Zelotismus hier bevorstehe. Am 3. Januar siegten nach härtestem Kampfe drei Sozialdemokraten in den Wahlen für die allgemeine Kurie, ihr Erfolg ward jedoch trotz der riesigen Beteiligung der Arbeiter nur möglich durch die Stellungnahme des Lehrerstandes, der Beamtenschaft und der liberalen Bürgerschaft. Zahlreiche Fabrikanten, schroffe Gegner der Sozialdemokraten, wählten deren Kandidaten. Für die Christlich-Sozialen hatte mit vollem Aufgebot die Kirche gearbeitet, vom Kardinal-Erzbischof Gruscha, der reichlich den Wahlfonds bedachte und, umgeben von einigen Kaplänen, zur Wahlurne schritt, bis zu den Nonnen und Kirchendienern, die in den Vororten die gegnerischen Wahlaufrufe abrissen. Am Land versagten den Klerikalen zum großen Teil die Bauern, trotz aller Zusprache der Geistlichkeit hielten sie sich von der Wahl fern, die Vergewaltigung der Lehrer und auch der Verkehr mit der Arbeiter-

Digitized by Google

bevölkerung mochten hier eingewirkt haben. Die Sozialdemokraten entschieden auch überall, wo ein Christlich-Sozialer gegen einen Deutsch-Nationalen in die Stichwahl gelangte, für den letzteren. So ist es gekommen, daß die „Herren von Wien", wie Dr. Lueger und die Seinigen sich gern nennen hören, fast alle ihre Mandate auf dem Lande und zwei in Wien verloren haben. Die Partei hat trotz ihrer dreiundzwanzig Mitglieder heute nur für Wien eine lokale Bedeutung, im Reichsrat wird sie kein Ansehen haben. Schon in diesen Tagen hat sie versucht, sich den Deutsch-Radikalen zu nähern und durch den Vorschlag einer einheitlichen antisemitischen Aktion von sich reden zu machen. In Wahrheit wird sie nur dann wieder an Bedeutung gewinnen, wenn tatsächlich die katholische Volkspartei sich der deutschen Gemeinbürgschaft anschließen sollte.

Damit würde allerdings eine wichtige Wendung im politischen Leben Österreichs sich vollziehen. Schon heute, da die Kirche die Ihrigen gleichsam aus dem nationalen Kampf ausschaltet und sich die Politik der „freien Hand" vorzubehalten erklärt, lagern die Slawen untätig den Deutschen gegenüber und verspüren, daß den Gegnern ohne die Kirche nichts anzuhaben sei. Und das Ministerium Koerber, das in Mähren, wo es noch einen nationalen Wahlkampf gab, für die Tschechen eingetreten ist, sieht, daß alle seine Berechnungen verfehlt gewesen, und daß die törichte und gleichzeitig frivole Behandlung, die bisher den Deutschen zuteil geworden, nur die Entsendung von einundzwanzig Deutsch-Radikalen in den Reichsrat bewirkt hat. In diesem neuen Reichsrat gibt es keine feste Majorität mehr und keine Vergewaltigung der Deutschen. Ob das Parlament imstande sein werde, zu arbeiten, ist noch ganz unbestimmt. Das hängt von der deutschen Parteibildung ab, davon, ob die Schönerer-Wolf-Gruppe sämtliche Parteien der Gemeinbürgschaft unter ihre terroristische Zwangsherrschaft wird beugen können, oder ob die deutsche Volkspartei mit ihren zwei neuen begabten Führern Derschatta und Bäuerle so viel Ansehen erlangt, daß die Radikalen sich bescheiden müssen, und anderseits der deutsche Großgrundbesitz sich ihr loyal anschließt; das hängt von den Tschechen ab, die vor der Wahl stehen, ob sie sich mit den Deutschen ausgleichen und dann im Verein mit ihnen in Österreich herrschen, oder ob sie aufs neue die Verhandlungen

Digitized by Google

unmöglich machen sollen. Im zweiten Falle steuern sie ins Ungewisse hinaus, mit den Deutschen werden sie aber auch mittels eines föderalistischen Staatsstreichs nicht fertig werden, das könnten sie eigentlich schon heute wissen. Das hängt vor allem von dem guten Willen der leitenden Kreise ab! Man hat unmittelbar nach den Wahlen aus den offiziösen Äußerungen nicht viel Tröstliches entnehmen können. Der Erfolg der rücksichtslosen Schönerer-Fraktion und die Niederlage der kirchlichen Parteien hat zwar einen tiefen Eindruck gemacht. Aber es fragt sich, ob am Ende nicht eine traurige und verhängnisvolle Verkennung der Sachlage zu neuerlichen, gegen die Deutschen gerichteten Versuchen und zu einer abermaligen Verstärkung des kirchlichen Einflusses führt. Ganz unsicher also ist die Entwicklung der Dinge inner- und außerhalb des neuen Reichsrats. In nicht allzu weiter Ferne winkt freilich ein Ziel, das alle österreichischen Volksstämme und Parteien zur Schließung wenigstens eines Waffenstillstands und zu gemeinsamem Vorgehen bringen sollte, nämlich die Erneuerung der Handelsverträge und der Kampf mit dem rücksichtslos die nachbarlichen Wirrnisse ausbeutenden Ungarn. Auf dieser Grundlage eine wenn auch nur bedingte Einigung zu schaffen, das könnte, wenn ihm ein besonders freundliches Schicksal beschieden, die Lebensaufgabe des neuen Reichsrats werden.

Digitized by Google

Die Krise im Reichsrat.

(1904.)

Wiederum scheint zur Stunde die innere Politik Österreichs, das ist „der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder", an einem toten Punkt angelangt zu sein. Der parlamentarische Mechanismus versagt völlig und dieses Mal nicht allein im Abgeordnetenhaus, sondern auch in der Landstube des mächtigsten und reichsten Kronlandes. Das Wiener Parlament halten die Jungtschechen durch ihre beharrliche Obstruktion in Schach, den Prager Landtag mit seinen anerkannt dringenden Angelegenheiten die Deutschen. Jede Vermittlungsaktion, jede unehrliche und auch ehrliche scheiterte, und so sah sich denn die Regierung abermals genötigt, den Reichsrat nach Hause zu entlassen und, so gut es geht, mit dem vielberufenen § 14 die Staatsnotwendigkeiten zu erledigen. Dieser Verfassungsparagraph gestattet bekanntlich der Regierung, wenn das Parlament nicht tagt, auf eigene Faust gewisse legislatorische und finanzielle Verfügungen zu treffen, wenn hierdurch dem Budget keine dauernde Belastung auferlegt wird. Eine gesetzliche Bestimmung, anscheinend vorgesehen für außergewöhnliche Ereignisse, für Erdbeben, Überschwemmungen und für die Ermöglichung sofortiger Staatshilfe; und nun müssen die Krone und ihre Ministerien mit diesem drastischen Hausmittel die wesentlichen Funktionen des Staatsorganismus versehen, ja seine Existenz und seine Anwendung wird von den Parteiführern derzeit als ein Glück gepriesen, wie dies zum Beispiel vor wenigen Tagen der Obmann der liberalen Deutsch-Böhmen am Saazer Parteitag getan hat! Dieses fragwürdige Auskunftsmittel ist allmählich zur freundlichen Zuversicht energieloser und steriler Parteileitungen geworden: alle Verantwortlichkeit scheint von ihnen genommen, unbequeme und unpopuläre Geschäfte brauchen sie nicht zu erledigen, dies bleibt der Regierung und dem § 14 überlassen, sie können ihrer winzigen, aber doch behaglichen Machtfülle frohbleiben

Digitized by Google

und immerhin noch als die „kommenden Männer" angesehen werden. Heute darf bereits die Auffassung sich geltend machen, daß die Regierung den traurigen Ausgleich mit Ungarn, der vor sieben Jahren die große Badeni-Krise herbeigeführt, und ferner die Handelsverträge mittelst des § 14 abschließen werde. Ja auch die riesigen Neuforderungen, die die Kriegsverwaltung eben in den Pester Delegationen eingebracht, sollen auf diesem Wege durch ein finanzpolitisches Verkleidungskunststück befriedigt werden. Die wackeren, hochgesinnten Vertreter der Volksinteressen ersparen sich damit schwerwiegende Beschlüsse und Entscheidungen, selbständiges Handeln und den etwaigen Unwillen der Krone. Die Unzufriedenheit, die Enttäuschung der Wählerschaften jedoch, die hat die Regierung zu tragen. Sie ist es, die Österreich und den österreichischen Staatsgedanken darzustellen hat, ganz alleinig, ihr bleibt das überlassen, sie hat keine ihrer Pflichten bewußte, aktionsfreudige Vertretung hinter sich, auf deren Entschlossenheit sie sich stützen, auf deren Unbeugsamkeit sie verweisen könnte. Ohne einen solchen unentbehrlichen Rückhalt hat sie es mit Ungarn zu tun, das sich seine Bereitwilligkeit zu einem Ausgleich mit dem höchsten Preise bezahlen lassen will. Der tolle Chauvinismus, in den die magyarische Gentry durch die radikale Agitation hinein genötigt worden ist, schreit ein leichtfertiges, aber beliebt gewordenes Losungswort von der Trennung der beiden Reichshälften und der Personalunion in alle Welt hinaus, vor allem hinauf zur Ofener Königsburg. Man weiß zwar, daß der greise Träger der Stephanskrone von einer jeden Umgestaltung des bestehenden Verhältnisses nichts hören will, man weiß auch, daß derzeit Ungarns wirtschaftliche Lage des österreichischen Staats- und Bankkredits nicht entraten könnte; aber jeder leitende ungarische Staatsmann weiß auch, daß er seines Reichstags unbedingt sicher ist, wenn er an Österreich die weitestgehenden Zumutungen stellt, er weiß, daß das österreichische Parlament nicht den geringsten Machtfaktor darstellt, und daß die österreichischen Minister sich den Wünschen der auf ihre Art um das Ganze besorgten Krone seufzend fügen müssen, soweit es eben möglich ist.

In den Ländern der Stephanskrone gibt es augenblicklich etwas, was man einen magyarischen Staatsgedanken nennen könnte, in Österreich ist das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Reichsidee fast

Digitized by Google

gänzlich zurückgestellt. Mit der Nationalitätenfrage, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu einer Machtfrage emporwuchs, wurde kein zentralistisches System fertig; der absolutistische Zentralismus scheiterte an der unglücklichen auswärtigen Politik und an den schlechten finanziellen Verhältnissen, der liberale an der Ideen- und Tatenlosigkeit seiner Staatsmänner und an der tatkräftigen und erfolgreichen Feindschaft der Kirche; die brachte es fertig, widerstrebende Elemente zu einem mächtigen Bunde zu vereinigen: ihr intimerer Anhang, die Ultramontanen und Feudalen haßten den liberalen, die Nord- und Südslawen den deutschen Zentralismus. An die fünfzehn Jahre durfte sie ohne wirksamen Widerstand schaffen, im deutschen Reichstag bekämpfte sie das Werk Bismarcks, und in dem mit dem neuen Reich verbündeten Österreich zerstörte sie dessen deutsches Staatsgefüge. Tschechen, Slowenen und Polen schmälerten fort und fort den deutschen Besitzstand, bis endlich der slawische Übermut einmal die Deutschen aufrüttelte. Doch nicht der Sturz des Grafen Badeni und die Aufhebung der zum Schlagwort gewordenen, sonst aber ziemlich bedeutungslosen Sprachenverordnungen waren es, die einen Umschwung herbeiführten, sondern vielmehr jene Bewegung, die sich gegen die deutschfeindliche Haltung der Kirche richtete. Die volkstümliche Parole „Los von Rom", die unruhige Stimmung in den Alpenländern und die schlimmen Erfahrungen bei den Wahlen 1901 machte auf die leitenden kirchlichen Kreise sichtlichen Eindruck. Seither ist die kirchliche Agitation aus den nationalen Kämpfen so ziemlich ausgeschaltet, und dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, daß die Deutschen sich gegen die Slawen im Felde zu behaupten vermögen. Aber die Reichsidee hat damit nichts zurückgewonnen. Trotz aller salbungsvollen Phrasen denken weder Polen noch Tschechen an etwas anderes als an ihre nationalen Ziele, und die Deutschen haben es ebenfalls gelernt, den ungeschmälerten Fortbestand ihres Volkstums höher zu stellen als den österreichischen Staatsgedanken, von dem niemand anderer etwas wissen wollte. Eine Ernüchterung ist über sie gekommen. Früher glaubten sie sich noch die Herrschenden in Österreich und als solche auch für das Gesamtwohl des Reiches verpflichtet. Seitdem in ihren Reihen diese Illusion dahingeschwunden und ihre Heißsporne die Mahnung zu einem österreichischen Patriotismus

Digitized by Google

als eine ebenso lächerliche Zumutung auffassen wie etwa die Tschechen, seit dieser Wandlung sind die Deutschen im Reichsrat wie in der Verwaltung besser daran. Sie haben bei ihren Gegnern zwar keineswegs an Sympathie, aber an Respekt gewonnen.

Doch bewiesen die „unverfälschten" Deutschen dasselbe heillose Ungeschick, dieselbe Zerfahrenheit und Mißgunst in ihrer Haltung wie ihre gemäßigteren Stammesgenossen. Sie opferten wegen eines ärgerlichen Privathandels den Führer (K. H. Wolf), dessen heißes Temperament und wilder Wagemut sie bisher zum Siege geführt, und in einer Reihe kleinlicher Ehrenbeleidigungsklagen vergeudeten sie das Zutrauen und die opferfreudige Teilnahme, die sie sich rasch erworben hatten. Was sie erreicht, das kam vornehmlich einer größeren Gruppe deutscher Abgeordneter zugute, der „deutschen Volkspartei", die mit der „deutschen Fortschrittspartei" den gebildeten bürgerlichen Kreisen entstammt. Beide Fraktionen unterscheiden sich nur wenig voneinander, allerdings in einer höchst wichtigen Sache: die deutsche Volkspartei fühlt sich verpflichtet, wegen des studentischen Anhangs ihren Antisemitismus etwas deutlicher zu dokumentieren. Dies äußert sich bei Kommersen und Wahlreden, beeinträchtigt aber durchaus nicht ihr inniges, über Abstammung und Konfession erhabenes Verhältnis zur liberalen Presse. „Und grüß mich nicht unter den Linden!" Das mag auch trotz aller Pflichten der Dankbarkeit gegen ihre jüdischen Wähler die Fortschrittspartei nicht leiden; denn wie jede inhaltslos gewordene Partei hält sie auf Äußerlichkeiten, also auch auf die Mode antisemitischer Unaufrichtigkeit. Beide Gruppen betonen mit Nachdruck ihre Aufgabe, die deutschen Interessen zu vertreten. Abgesehen von den kleinen Gefälligkeiten und Errungenschaften, die ein jeder Abgeordnete gern seinem Wahlkreis nach Hause bringt, beweisen sie ihren Eifer für die deutsche Sache durch die Bereitwilligkeit, mit der sie in eine jede Aktion zur Verständigung mit den Tschechen eintreten. Sie setzen sich an den grünen Tisch alljährlich nieder und stehen ohne Erfolg wieder auf, von dem geringschätzigen Lächeln der Tschechen und Feudalen gefolgt; sie halten alljährlich in den kleinen, wackern deutsch-böhmischen und mährischen Städten ihre Trinksprüche bei Turner- und Sängerfesten und halten die „nationalen Güter" hoch. Sie können auch alljährlich auf ein Elaborat hinweisen,

Digitized by Google

das innerhalb ihrer Partei über die Möglichkeit eines deutsch-tschechischen Ausgleichs abgefaßt worden ist. Sie haften an diesen leeren Formen und wissen nichts von unaufhörlich frischer politischer Arbeit, die den Rapport mit der Volksstimmung herstellt. Seit mehr als einem Menschenalter hat dieses Bürgertum samt seinen Abgeordneten keinen wirklichen Führer, der Tatenmut und Ideenreichtum besitzt. Vor dreißig Jahren büßten die Deutschen die vielen gemischten Bezirke und damit ihre Vormacht in Böhmen ein, weil ihre Jugend davon abgehalten wurde, die tschechische Sprache zu erlernen. In sämtlichen rasch emporwachsenden Verkehrsgebieten, im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, in den Banken und Sparkassen mußten deutsch sprechende Tschechen angestellt werden, die damit die wertvollsten Agitatoren ihrer Sache wurden. Der deutsche Schulverein, sicherlich eine verdienstliche Organisation, ward gegründet, er versprach ein fester Mittelpunkt für alle deutsch-österreichische Kulturarbeit zu werden; er verfiel rettungslosem Siechtum, weil unduldsamer Antisemitismus seine Reihen lichtete. Aber dieselben Fanatiker, die nach nicht judenreinen Ortsgruppen spürten, übersahen jene reichen Fabrikanten, die zwar aus gesellschaftlichen Rücksichten den Schulverein unterstützten, aber wegen des geringeren Lohnes tschechische Arbeiter in bisher rein deutsch gebliebene Gebiete riefen. Auch jetzt werden Anlässe versäumt, die die deutschen Angelegenheiten in Böhmen vorwärts bringen könnten. Eine rege Agitation auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet vermag vielleicht eine zwingende Wirkung auf die tschechische Bevölkerung und damit auf ihre Abgeordneten hervorzurufen. Indem das Gesamtgebiet des Ausgleichs in Teile zergliedert und auf jedem Teilgebiet mit praktisch administrativer Arbeit ein Beginn versucht wird, könnten die Vorteile einer Auseinandersetzung überzeugende und volkstümliche Deutlichkeit erlangen. Doch gebricht es an starken, führenden Persönlichkeiten, die sich vor einem Verdikt der Partei oder der Wählerschaft ebensowenig fürchten wie vor einem ungnädigen Fürstenwort. Auch die von der Verfassung bevorzugte Wählergruppe der Großgrundbesitzer vermag heute keinen begabten Politiker zu stellen, der durch Rang und Besitz auf eine freie Höhe gehoben, mit glücklicher Hand die Schwierigkeiten der politischen Lage zu meistern vermöchte. Der deutsche Hochadel

Digitized by Google

weist biedere Charaktere, geistreiche Köpfe, liebenswürdige Alkibiadesnaturen auf, aber keinen ernsten, zielbewußten Geist; das Standesinteresse, kirchliche und höfische Traditionen beeinflussen seine Stellungnahme, und zum großen Teil trennt eine traurige Verständnislosigkeit seine Kreise von den Wünschen und Sorgen des Volkes. Es fehlt an führenden Männern, doch in keiner der erwähnten Gruppen an legitimierten Führern; dies sind dialektisch geschulte Unterhändler und gewiegte Kenner des Verfassungslebens. Sie sitzen, beraten und entscheiden in den Konferenzen der Obmänner; die Brust eines jeden von ihnen ist von ehrgeizigen Erwartungen gefüllt, aber ein schöpferischer Gedanke, der diesem Parlament neuen Lebensinhalt verschaffen sollte, ist aus ihrer Mitte heraus noch nicht vernommen worden. Seit Jahren ist das deutsche Programm unverändert geblieben. Neue wichtige Verwaltungs- und Wirtschaftsprobleme machen sich gebieterisch geltend, auch am Horizont der Deutsch-Österreicher steigen sie mahnend auf; doch ihr Programm hat eine Umgestaltung nicht notwendig, ihm leuchtet nach wie vor dasselbe Ziel, das zur Macht und zur Entwicklung der gesamten Volkskraft führt, und dieses Ziel heißt: das den Tschechen abzuringende deutsche Kreisgericht in Trautenau! Dieser fatale Zug eines unfruchtbaren Doktrinarismus charakterisiert nicht allein das deutsche Parteigetriebe in den Sudetenländern, er äußert sich auch gar bedenklich in der starr ablehnenden Haltung, die die alpinen Vertreter in der italienischen Universitätsfrage unlängst eingenommen haben. Der berechtigte Anspruch, den eine halbe Million Italiener, die in kultureller Hinsicht den Deutschen und Tschechen zum mindesten gleichstehen, bezüglich einer Hochschule erhebt, ist trotz aller irredentistischen Propaganda nicht aus der Welt zu schaffen. Wäre ihrer Geistlichkeit durch die vatikanische Abstinenzpolitik nicht völlige Teilnahmlosigkeit geboten, hätte dieser Wunsch schon längst Erfüllung gefunden. Eine Universität in Triest, dessen italienische Stadtbevölkerung durch das slawische Hinterland abgesperrt ist, hätte keine ernstliche Gefahr für das spärlich vertretene Deutschtum wachgerufen. Die schroffe Ablehnung aber verschärfte die nationale Agitation und beraubte die Deutschen im Reichsrat der italienischen Stimmen, auf die in mancher wichtigen Frage bisher gerechnet werden konnte.

Digitized by Google

Die Deutschen in Böhmen und Mähren dürfen, wenn auch nicht zu ihrer Rechtfertigung, so doch zur Erklärung ihres tatenlosen Zuwartens auf den notwendigen Verteidigungsdienst verweisen, den ihnen die Tschechen auferlegt haben; für ihre nationalen Gegner gilt dieser Entlastungsgrund nicht. Seit dreißig Jahren sind die Tschechen von Eroberung zu Eroberung geeilt, und die längste Zeit haben die entscheidenden Mächte im Staatsleben ihnen dabei geholfen, in Böhmen sind sie bei unüberschreitbaren Grenzpunkten angelangt, in Mähren werden sie es bald sein. Welche günstigen Bedingungen ihr Vordringen ermöglicht und unterstützt haben, das ist von deutschen Forschern erkannt und gewürdigt worden. Die Deutschen denken heute auch nicht an die Möglichkeit eines Zurückgewinnens, sondern nur an die Erhaltung ihres gegenwärtigen Besitzstandes, sie wären auf dieser Grundlage zum Friedensschluß zu bewegen. Sie hätten auch einiges noch zu bieten, wie die Zustimmung zum Gebrauch der tschechischen Sprache im inneren Amtsverkehr und die Möglichkeit der dringend notwendigen Steuerreform für die böhmische Landesverwaltung, die ihre Obstruktion im Prager Landtag bisher verhindert hat. Aber die immer noch mächtigste Gruppe im tschechischen Lager, die Jungtschechen, widerstreben trotzig einer jeden sachlichen Auseinandersetzung. Möglich, daß die Hussitenstimmung in der Seele manches Führers schon einer weichen Sehnsucht nach behaglicheren Staatsverhältnissen Platz gemacht, möglich, daß die nüchterne Einsicht über Erreichbares und Unerreichbares einen gewissen Anhang gefunden, allein die jungtschechischen Vertreter befinden sich in einer gewissen Zwangslage, aus der nur der Mut der Aufrichtigkeit herausführen könnte. Den Wählerschaften müßte der wahre Stand der Dinge klargelegt und die Aussichtslosigkeit der gegenwärtigen tschechischen Politik dargelegt werden. Die jungtschechischen Führer sind aber die Sklaven ihrer Vergangenheit. Sie haben den Fanatismus bei den Ihrigen immer weiter angefacht und den Glauben an eine nationale Expansion gefestigt, an deren Verwirklichung kein vernünftiger Politiker denken konnte. Einst durften sie über den eisernen Ring der partikularistischen Mehrheit im Reichsrat verfügen, die Kirche, die Polen und der über die deutsche Opposition ungehaltene Hof willfahrteten ihren Wünschen, und äußerte sich einmal eine verdrießliche Stimmung

Digitized by Google

über ihre Unersättlichkeit, dann hatte eine wirksam inszenierte Äußerung des Prager Straßenpöbels sofort ihre heilsame Wirkung. Sie standen in innigster Fühlung mit ihrem feudalen Hochadel, der das Vertrauen der Krone besaß. Allerdings mußten sie diesen frommen Herren zuliebe die stolze Tradition hussitischer Glaubensfreiheit zurückstellen und ihre slawischen Aspirationen in beruhigend sanfte Formen kleiden; aber sie brachten die kostbarsten Dinge heim, die sie im siegreichen Kampf mit den Deutschen erbeutet. Und dann kam jener vermeintliche Höhepunkt jungtschechischer Politik. In jenem Rate der Krone, den der feudale Graf Thun 1898 um sich versammelte, wurde der fähigste ihrer jüngeren Führer, der vortreffliche Schüler der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft, Dr. Kaizl, berufen. Doch das Ministerium Thun ist bekanntlich nach Jahresfrist kläglich zusammengebrochen. Für die schwere Krise, die seit der Badenischen Mißwirtschaft auf Österreich lastete, wußten weder die Kirche noch die Slawen ein wirksames Mittel zu finden, auch Kaizl nicht, der den Seinen ihre kühnsten Hoffnungen erfüllen sollte. Als endlich die Thunsche Regierung zurücktreten mußte und die nachfolgende des Grafen Clary die von den Deutschen geforderte Aufhebung der böhmischen Sprachenverordnungen veranlaßte, bemächtigte sich die schmerzlichste Enttäuschung der Jungtschechen, dann machte diese Stimmung einer stetig lauernden Feindseligkeit Platz, die bis zur Stunde sich behauptet hat. Sie haben nicht den Mut, sich aus der Enge, in die sie geraten, herauszuschlagen. Helfen sie die Möglichkeit herbeiführen, daß der Reichsrat wiederum regelrecht funktioniert, willigen sie nur in eine Art von Waffenstillstand bezüglich der nationalen Fragen ein, dann bietet sich ihnen die Aussicht auf eine parlamentarische Wirksamkeit, die hervorragende Bedeutung gewinnen kann. Das tschechische Volk sieht auf Jahrzehnte einer ungewöhnlich reichen kulturellen Entwicklung zurück, seine wirtschaftlichen Leistungen dürfen sich neben denen der Deutschböhmen sehen lassen, und mit den Deutschen weiß es sich durch gemeinsame Interessen und Bedürfnisse verbunden. Eine unbefangene Realpolitik vom heutigen Tag gebietet den Jungtschechen, eine solche Möglichkeit herbeizuführen. Allein sie verfügen nicht über den erforderlichen Heroismus einer nüchternen Aussprache gegenüber ihren Wählerschaften. Dort in

Digitized by Google

den Wahlausschüssen lauert die Jugend, deren Phantasie sie einst mit ihren chauvinistischen Zukunftsbildern berauscht, dort sollen sie den gegenwärtigen Stand der Dinge einbekennen. Werden sich nicht „Jüngste" finden, die die Erbschaft der Jungtschechen übernehmen wollen? Die Reichsrats- und Landtagsmandate drohen unsicher zu werden. Darum der arge Zorn der Jungtschechen über das Ministerium Körber; es hat sich bis auf den heutigen Tag beharrlich geweigert, aus dem deutschen Fleisch einen Bissen herauszuschneiden, den sie den hungrigen Wählern nach Hause bringen könnten, es bietet ihnen kein bequemes Mittel, um sich auf eine andere als die einzig richtige Art herauszuhelfen, es verlangt von ihnen wie von den übrigen Parteien, daß man nicht mit ihm auf dem § 14, sondern mit der eigenen verfassungsmäßigen Arbeit rechne. Darum erklären sich auch die Jungtschechen zu jeder Verschwörung sofort bereit, die etwa alle Monate einmal gegen die gegenwärtige Regierung in den Klubzimmern des Wiener Abgeordnetenhauses versucht wird. Ehrgeizige und wiederum mißvergnügte unter den einst hochmögenden Führern finden sich zusammen und erwägen die Möglichkeit eines parlamentarischen Putsches, der auch der Krone Besorgnisse einflößen müßte. Bis zur Stunde ist noch keiner dieser Anschläge gelungen; die einzige Möglichkeit, einer jeden österreichischen Regierung, auch dem Ministerium Körber, machtvoll gegenüberzutreten, wollen freilich die Herren nicht in Erwägung ziehen: die Verständigung mit den Deutschen zum Zwecke der parlamentarischen Erledigung des Ausgleichs und der Handelsverträge.

Jetzt erst gewahren die Jungtschechen, in welche isolierte Lage sie hineingeraten sind. Ihre alten Freunde, die im Stillen für sie und mit ihnen gewirkt, haben sich zurückgezogen. Die Kirche wendet den deutschen Dingen eine schärfere Aufmerksamkeit und Teilnahme zu, und der von ihr geleitete feudale Hochadel hält sich vorsichtig zurück. Die politische Situation ist ihren partikularistischen Tendenzen weniger günstig als jede frühere. Angesichts der separatistischen Stimmung in Ungarn müssen ähnliche Anwandlungen in Österreich der Krone recht bedenklich erscheinen. Von einer Machterhöhung der Landtage, in denen die Feudalen ihre ständische Herrlichkeit wiederum erneuern könnten, kann also keine Rede sein, und zu seiner schmerzlichen Über-

Digitized by Google

raschung mußte der früher allgewaltige böhmische Oberst-Landmarschall Fürst Lobkowitz, der gnädige Schutzherr der Jungtschechen, kürzlich gewahren, daß er selbst in seiner eigenen Landstube mit den unbotmäßigen Deutschen nicht fertig zu werden vermöge. Ein jüngerer fürstlicher Abgeordneter versuchte, wie erzählt wird, noch um Ostern an den Stufen des Thrones für die tschechischen Wünsche zu wirken, er mußte sich aber sofort von der Erfolglosigkeit seines Schrittes und von der Tatsache überzeugen, daß die objektive Haltung der Regierung die allerhöchste Billigung finde. Beharrlicher haben die Polen sich bemüht, den trostlosen Verhältnissen im Reichsrat wieder aufzuhelfen. Ihre Sympathien gehören selbstverständlich den deutschfeindlichen Tschechen; aber seit den Tagen Badenis haben sie den furor teutonicus fürchten gelernt, und ferner bedürfen sie eines beschlußfähigen Parlaments. Die klugen Vertreter des Königreichs Galizien sind praktische Partikularisten nur bei sich zu Hause, im Lemberger Landtage; im Wiener Abgeordnetenhaus aber sind sie's nur in der Theorie, oder wenn es galt, einer selbstbewußten Regierung entgegenzuarbeiten; sonst haben sie allen Grund, den fürsorglichen Reichsverband zärtlich zu lieben; zählt man die Summen zusammen, die in den letzten vier Jahrzehnten vom Reichsrat Galizien bewilligt worden sind, so dürfte man einen Betrag erhalten, der von zwei Milliarden Kronen nicht weit entfernt ist. Dafür ist der große und der kleine Adel des Königreichs stets zuvorkommend bezüglich der von der Krone gewünschten Heereserfordernisse gewesen. Das tragen ja zumeist die steuerkräftigen Kronländer, nicht ihre Heimat, die überhaupt eine strenge Steuerverwaltung nicht liebt. Als vor einigen Jahren ein trefflich geschulter Landsmann (der spätere Finanzminister Korytowski) auf den höchsten Posten dieser Behörde berufen wurde und eine schneidige Amtsführung durchsetzen wollte, bemächtigte sich der führenden Adelskreise eine nervöse Aufregung, die bis nach Wien, ins Finanzministerium wirkte. Die Polen sind Partikularisten, wenn es ihnen die politische Lage gestattet; sie waren es zu den Zeiten des „eisernen Ringes", und eine glanzvollere, d. h. einträglichere Epoche haben diese um ihr Galizien zärtlich besorgten Reichsboten allerdings seither nicht mehr erlebt. Große und kleine Eisenbahnen wurden ihnen erbaut, die Branntweingebarung nach

Digitized by Google

ihrem Vorteil organisiert, die Staats- und Landesverwaltung erhielt die Form, die der Adel für seine schrankenlose Herrschaft als die geeignetste erachtete. Trotzdem bringen die Herren noch immer kostspielige Wünsche mit, wenn sie zur Reichsratssession in Wien eintreffen, und da paßt es denn ihnen gar nicht, daß der Reichsrat nicht aktionsfähig ist. Der eigensinnige Trotz der Jungtschechen ist ihnen recht unbequem, darum versuchten sie Unterhandlungen, bei denen sie die Vermittlerrolle übernahmen. Ihr eigenes Interesse entsprach einmal auch dem Reichsinteresse.

Zwei Parteibildungen gibt es im österreichischen Abgeordnetenhause, die für die Flottmachung des Reichsrats ein wirkliches Interesse äußern. Die eine wurzelt in Wien, sie ist eine richtige Lokalbildung, die andere trägt ein kosmopolitisches Gepräge und will nationaler Empfindung keine entscheidende Wichtigkeit zuerkennen. Beide werden von den niedersten Volksschichten in die Vertretung entsandt, ihre Wähler gehören zum größten Teil der winzigen Kurie an, die in Österreich dem allgemeinen Wahlrecht zugestanden ist; beide stehen in innigstem Zusammenhang mit ihren Wählermassen, beide verdanken ihre wuchtigen Wahlsiege der wirksamen Parteiorganisation und dem großartigen Agitationstalent ihrer Führer. Die beiden sind sich todfeind, müssen es folgerichtig sein; denn sie ringen miteinander um die Hunderttausende der Arbeiterstimmen in der Millionenhauptstadt Österreichs. Wir haben es also mit den Christlich-Sozialen Wiens und Niederösterreichs und mit den Sozialdemokraten zu tun. Die Christlich-Sozialen sind die heutigen Beherrscher der selbständigen Verwalter der Großkommune Wien. Ihr mächtiges Parteihaupt ist der Bürgermeister der Reichshauptstadt; sie gebieten im niederösterreichischen Landtag und verfügen über alle Organisationen, die der Landesverwaltung unterstehen. Ihr werbendes Schlagwort war der Antisemitismus. Sie haben es in allen Modulationen und Spielarten ausgebeutet, von der düstern Blutfabel bis zu den Anleihegeschäften der großen Banken. Die Habsucht und der gesellschaftliche Übermut der reichen und der eifrige Erwerbssinn der armen Juden wurden das beliebte Thema ihrer verzerrenden Darstellungen. Tag für Tag wurde dasselbe in Wort und Schrift behandelt. Und die Tausende von kleinen Großstadtexistenzen, denen durch die modernen wirtschaftlichen Entwicklungen ihr Einkommen vernichtet

Digitized by Google

oder geschmälert worden, horchten und glaubten dieser so schnell einleuchtenden Beweisführung; und Tausende von wohlsituierten gutmütigen Spießbürgern folgten ihrer Agitation, weil sie mit ihrem dürftigen Jugendunterricht den modernen Bildungsforderungen nicht folgen konnten und daher von denselben nichts hören wollten; und abermals viele Tausende von Schafen und Schäflein wuchsen ihnen zu, die auf höhere Weisung die Hetzkaplane hinzuführten. Ihre Agitation war bereits eine Macht, als ihre Führung und Agitation Dr. Lueger übernahm. Lueger ist sicherlich eine der stärksten Demagogennaturen unserer Zeit, sicherlich die volkstümlichste Persönlichkeit Wiens. Er ist ein Meister der scheinbar einfachen und überzeugenden Rede, die keine Furcht kennt, die über Temperament und über die kostbare Gabe schlagfertiger Witze verfügt, er ist ein gründlicher Kenner aller Wiener Angelegenheiten, geschickt im Organisieren, unermüdlich in der Agitation. Zur Zeit der liberalen Herrschaft im Wiener Gemeinderat wurde der junge Advokat als ein lästiger Schreier vergewaltigt, nun schlug er sich zu der neuen Bewegung, der er sein ganzes Talent und seine ganze skrupellose Energie zuwandte. In wenigen Jahren waren die Christlich-Sozialen die Herren Wiens und Niederösterreichs. Eine Anzahl von Ämtern und Stellen wurden in dem riesigen Verwaltungskörper freigemacht und verläßliche Parteigenossen mit ihnen belohnt. Dem neuen Bürgermeister, der es sogar mit der Autorität des Hofes aufgenommen hatte, gelangen einige große Finanz- und Gründungsoperationen, die eine Reihe von umfassenden Verkehrs- und Fabriksanlagen in die Machtsphäre der städtischen Verwaltung zwangen. Nun war die Partei auf der Höhe ihrer Macht, sie beherrschte Hunderttausende von Arbeitern, Beamten und Lehrern, und die vielen Armen, Schwachen und Kleinen, die bisher parteilos dahingelebt, sahen sich nun vor die Notwendigkeit einer politischen Beteiligung gestellt. Eine nationale Färbung hatte die christlich-soziale Agitation in allem Anfang nicht gehabt; nur im Kampf gegen die Liberalen kämpften kurze Zeit die Alldeutschen an ihrer Seite. Doch rasch mußte wegen der wichtigen kirchlichen Beziehungen dieses Bündnis gelöst werden. Da kam aber die bereits mehrfach erwähnte Badenikrise, und auch der Wiener Philister wurde in die starke nationale Strömung hineingezogen. Das Schlag-

Digitized by Google

wort vom bedrohten Deutschtum schien stärker zu werden als die alte Losung der Christlich-Sozialen. Auch hier wußte Dr. Lueger glücklich einzugreifen. Er stemmte sich nicht gegen die mächtige Strömung, sondern ließ sich von ihren Wogen tragen, bis er in einen engeren Arm einlenken konnte, der für seine Partei verwertbar erschien. Lueger erklärte die Alldeutschen in Acht und Bann und schuf sich ein besonderes deutsches Programm mit österreichischen Staatsfarben, sicherlich auch unter Zustimmung der Kirche. Welchen Inhalt, welche Ziele Luegers deutsches Programm in sich birgt, ist nicht bekannt, man hört ihn nur zuweilen über die Zerfahrenheit und Ohnmacht der politischen Verhältnisse in Österreich klagen. Aber rasch kann ein so durchgreifender Wandel durch äußere Zufälle eintreten, die den „Herrn von Wien" veranlaßt, dieses sein deutsches Programm sachlich auszugestalten und die geschäftigen Männchen von der Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei werden eines Tages sich vor die Wahl gestellt sehen, die Schildträger Luegers zu werden oder still in die innerösterreichischen Landesämter zurückzusinken.

Hält Dr. Lueger Umschau unter den Parteien Österreichs, dann findet er nur eine einzige Partei, die er als einen ernst zu nehmenden Gegner zu fürchten hat, die Sozialdemokratie. Sie ist die einzige Partei, die wie die seinige mit den breiten Massen rechnen darf. Die Christlich-Sozialen sind zwar weit mächtiger, sie sind Obrigkeit, sie haben die wichtige Unterstützung des kirchlichen Einflusses, und trotzdem kann man an ihrem Gebaren merken, wie sehr sie den schwächeren Gegner fürchten und darum unerbittlich verfolgen. Sie wissen, daß sie mit ihren Schlagworten und mit ihrer Macht die leicht beweglichen Massen für sich gewinnen und andererseits den einzelnen versorgen können, der Sozialdemokrat zeigt den Massen wie dem einzelnen einen neuen Lebensinhalt und eine Aufgabe, bei der auf jeden, als auf einen gleichberechtigten gerechnet wird, er weiß die Vorstellung des persönlichen Wertes zu steigern, während der Christlich-Soziale herrscht und droht. Beide Parteien können auf große Erfolge hinweisen; aber die Art ihres Emporkommens ist eine offenkundig verschiedene. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland und Österreich ein Persekutionszeitalter hinter sich, in dem von einem jeden hingebungsvolle Opferfreudigkeit bewiesen werden mußte. Ihre

Digitized by Google

Führer, Viktor Adler, Pernerstorfer, Schuhmeier u. a. durften jeden Augenblick gewärtig sein, für ihre kühnen Worte die härtesten Freiheitsstrafen zuerkannt zu bekommen. Die Christlich-Sozialen hatten es mit eingeschüchterten Gegnern zu tun, die Sozialdemokraten mit einer zur Verteidigung ihres Besitzstandes rücksichtslos entschlossenen Gesellschaft. Dadurch gewann ihre Sache eine ethische Gewalt, von der die Christlich-Sozialen eine böse Ahnung haben. Ihr politisches und journalistisches Wirken trägt selbstverständlich einen ausgesprochen radikalen Charakter. Da sie sich als Gegner der gesamten bürgerlichen Gesellschaft von heute erklären, üben sie eine durch keinerlei Rücksicht eingeschränkte Kritik an den öffentlichen Zuständen, die sich freilich mehr durch ihren Mut als durch Unbefangenheit und Geschmack auszeichnet. Ihr Radikalismus verteidigt bornierte Unduldsamkeit, wenn es ihm aus Parteirücksichten paßt, er verfolgt mit grimmigem Spott jede Äußerung einer nationalen Gesinnung, und er gefällt sich noch in den heute bereits unbrauchbar gewordenen Parteiphrasen, die die Staatsnotwendigkeit negieren. Auch die Sozialdemokratie unterscheidet zwischen reeller Einsicht und den zündenden Kraftsätzen, die der Menge geboten werden müssen. Von apathischer Stimmung im Reichsrat hebt sich die kräftige Zuversicht der sozialdemokratischen Gruppe vorteilhaft ab, für eine Hoffnung auf ein Wiedergesunden des österreichischen Parlamentarismus stellt sie eine gewisse Bürgschaft dar. Sollte eine solche Gesundung nur durch das heute nicht durchführbare allgemeine direkte Wahlrecht, die derzeitige Kardinalforderung der Sozialdemokratie möglich und sonst ausgeschlossen sein?

Allen diesen verschiedenartigen nationalen und politischen Strömungen und Parteien gegenüber hält nun seit fünf Jahren das Ministerium Ernst von Körbers stand, es verfügt über keine einzige Partei, über keine Mehrheit, es hat ja eigentlich überhaupt kein Parlament zur Verfügung, sondern nur dessen Nachteile, nämlich die Ansprüche der ihrer Macht bewußten Parteien. Und doch hat das Ministerium seit den Wahlen von 1901 sich eine objektive Haltung zu bewahren gewußt, es schuf sich eine anerkannte Stellung über den Parteien, die nach keiner Seite hin einen sachlichen Verkehr ausschloß. Herr v. Körber mag sich zuweilen wie der Rückertsche „Mann aus Syrerland"

Digitized by Google

vorkommen, wenn er der heiklen Probleme gedenkt, die ihn aus jeder politischen Himmelsgegend her bedrohen. Die österreichische Monarchie ist ein Ergebnis der Familienpolitik, ein Ergebnis von Kompromissen, die durch geographische und wirtschaftliche Bedingungen gestützt wurden. Zwei bedeutende Herrscherpersönlichkeiten haben vor mehr als einem Jahrhundert hierzu einen Verwaltungsapparat geschaffen, sie haben damals ein gewisses Staatsbewußtsein begründet und Ziele gewiesen. Allein nach wenigen Jahrzehnten schon warfen sich die Wogen der nationalen Bewegung zerstörend auf dies Werk, das sich seither von den erlittenen Schäden nicht mehr recht erholen konnte. Die reiche frische Volkskraft, die in Österreich vorhanden ist, betätigt sich fast ausnahmslos außerhalb des politischen Rahmens, der ängstlich vor jeder ferneren Gefährdung bewahrt werden soll. Diese staatsmännische Aufgabe zu erfüllen, bedarf es vielleicht keiner schöpferischen, aber liebevoller und gewissenhafter Arbeit. Herr v. Körber bietet für sie sein anerkanntes Verwaltungstalent und seine auf fast allen Gebieten erworbene Erfahrung auf, seine zähe Arbeitskraft und nicht zuletzt ein unentbehrliches Maß von zynischer Geringschätzung, um den einen Gegner gegen den andern auszuspielen. Es ist eine notwendige, mühselige Flickarbeit, die ihm obliegt, und vielleicht werden dankbare Nachfolger sie rühmen. Er erscheint inmitten der Parteiführer und ehrgeizigen Politiker, die ihn umlagern, als der bedeutende Repräsentant der einzigen guten Tradition, die sich in Österreich durch ein Jahrhundert hindurch leidlich erhalten hat, des deutsch-österreichischen Beamtentums. Wird aber Herrn v. Körber der große Erfolg beschieden sein, daß der Reichsrat durch seine glückliche Vermittlung wiederum seine Bestimmung zu erfüllen vermag, wird ihm die Zeit und der Spielraum vergönnt werden, diesen seinen Erfolg reifen zu machen und indessen allein sämtliche Funktionen des inneren Staatslebens zu versehen? Oder erfährt auch dieses ansehnliche Aufgebot an staatsmännischer Kraft einen resultatlosen Abschluß? In eine Verlassenschaft des Ministeriums Körber würden sich wohl gern seine Feinde und angeblichen Freunde teilen; ein berufener Universalerbe jedoch ist bisher noch nicht in Sicht erschienen.

Wien, Ende Mai.

Digitized by Google

Digitized by Google

Österreich und Ungarn.

(1905.)

Während dreier Jahrzehnte hatte die sogenannte dualistische Form funktioniert, die gleich nach den kriegerischen Entscheidungen von 1866 Kaiser Franz Josef mit Déak, dem klugen Führer der damaligen ungarischen Opposition vereinbart, sie hatte eine einheitliche Leitung der auswärtigen Politik und eine einheitliche Verwaltung der Armee ermöglicht. Alle zehn Jahre mußte nach den getroffenen verfassungsmäßigen Bestimmungen der Ausgleich erneuert werden, die Normen der gemeinsamen Angelegenheiten mit ihren finanziellen Erfordernissen und anderseits das Zoll- und Handelsbündnis. Zweimal war der Abschluß der Erneuerung gelungen, indem beide Male die Krone ihren überwiegenden Einfluß auf die österreichische Vertretung zugunsten der gesteigerten Forderungen der Ungarn entscheidend geltend gemacht hatte. In Ungarn waren die leitenden Staatsmänner im Verein mit dem Reichstag stets darauf bedacht gewesen, den nationalen magyarischen Staatsgedanken trotz Kroaten, Rumänen, Serben, Slowaken und der Siebenbürger Sachsen zur alleinigen Herrschaft zu bringen, und dies gelang auch trefflich durch den stets bereiten Beistand, den auch hier wiederum die Krone leistete. Das Verhältnis zu Österreich ward dabei entweder als eine lästige Notwendigkeit behandelt oder noch lieber kühl ignoriert. Auf wirtschaftlichem Gebiet ward das stärkere Österreich geschickt ausgenützt, doch auch davon ward selbstverständlich nicht gern jenseits der Leitha gesprochen, sondern jeder Versuch, Ungarn auch nach dieser Seite hin unabhängig zu machen, mit sichtlicher Genugtuung begrüßt. In Österreich sah man solcher Tendenz und Stimmung, in der sich Abneigung und Geringschätzung ausdrückten, geduldig zu. Die industriellen Kreise und die Börse schätzten an Ungarn das Land des österreichischen Exports und hoher Kapitalsverzinsungen; der stärkste und wirtschaftlich tätigste unter den Volksstämmen in Österreich, der deutsche, war in Parteien zerspalten, von denen die

Digitized by Google

Mehrzahl von einer kräftigen nationalen Politik himmelweit entfernt war; seit Beginn der unseligen Wirtschaft des Grafen Taaffe hatte übrigens das deutsche Element einen so mühsamen Kampf um sein eigenes Dasein zu führen, daß an einen wachsamen Widerstand gegen die wachsenden Ansprüche der Ungarn kaum gedacht werden konnte. Die Deutschen vertraten ferner mit großem Eifer den österreichischen Großmachtsgedanken und glaubten, ihm die schwersten Opfer bringen zu müssen, und da Tschechen, Polen, Slowenen diese Reichsidee in so verläßlichen Händen wußten, überließen sie den Deutschen die Fürsorge allein und verfolgten um so skrupelloser ihre nationalen Ansprüche. Tschechen und Polen, wie ihre kleineren Freunde ließen sich also ihre Zustimmung zu jedem Ausgleich mit Ungarn durch nationale Zugeständnisse teuer bezahlen, und die Deutschen hatten schließlich die Kosten zu tragen.

So kam der Ausgleich von 1897 heran. Das österreichische Ministerium Badeni hatte den Entwurf mit dem ungarischen Ministerium Banffy ausgearbeitet. Wiederum hatten die Ungarn bedeutsame Zugeständnisse zum Nachteil Österreichs herausgeschlagen. Trotzdem wurde die Veröffentlichung der Ausgleichsvorlage in Ungarn mit der üblichen Unzufriedenheit aufgenommen, denn vielleicht konnte im Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen noch mehr erreicht werden. Aber auch in Österreich erfuhren die Ausgleichsbestimmungen eine höchst ungünstige Kritik. Polen und Tschechen beobachteten in der berechtigten Erwartung neuerlicher Zuwendungen fürs erste eine schroff ablehnende Haltung, und die Deutschen erklärten den vorliegenden Ausgleichsentwurf für grundsätzlich unannehmbar, weil er Österreich neue Lasten aufbürde, die jeden Wert und Vorteil des Unionsverhältnisses für Österreich illusorisch machten. In der Opposition der Deutschen machte sich dieses Mal aber noch ein anderes Motiv bemerkbar. Die Christlich-Sozialen unter der Führung Dr. Luegers, des Bürgermeisters von Wien, wollten damit den in Ungarn herrschenden Liberalismus, der stark mit jüdischen Elementen versetzt ist, bedrohen. In Ungarn war damals eben in hartem Kampf mit der Kirche und trotz des Widerstandes der Krone eine konfessionelle Gesetzgebung durchgesetzt worden, jetzt antwortete die Kirche durch ihre Christlich-Sozialen mit der Bekämpfung des Ausgleichs. Graf Badeni jedoch glaubte sich gegen alle Opposition gesichert. Er hatte seine Landsleute,

Digitized by Google

die Polen, bereits gewonnen, und um die Osterzeit erkaufte er sich die Tschechen durch die berüchtigten Sprachenverordnungen. Er sollte sofort merken, daß er die deutsche nationale Bewegung arg unterschätzt hatte. Die kleine radikale Gruppe, die Schönerer und Wolf führten, fand das richtige Merkwort politischer Leidenschaft für die Deutschen, sie riß die Massen in den Sudetenländern mit sich fort und zwang die großen Parteien, ihr Gefolgschaft zu leisten. Es kamen erregte Tage. Die Regierung griff zu Gewaltmitteln in und außerhalb des Parlaments. In Wien drohten Straßenkämpfe. Damit war der Zusammenbruch des Ministeriums Badeni, dem der gegenwärtige Ministerpräsident Gautsch als Unterrichtsminister angehörte, besiegelt und mit ihm vorderhand das Schicksal des neuen österreichisch-ungarischen Ausgleichs.

Seit Badenis Ende steht der Ausgleich im Zeichen des Provisoriums. Durch acht Jahre hindurch haben in Österreich und in Ungarn die Regierungen, die nacheinander heraufkamen, sich die Aufgabe gesetzt, eine aktionsfähige Parlamentsmehrheit für einen Ausgleich zu beschaffen. In Österreich kamen und gingen Gautsch, Thun, Wittek und Körber; in Ungarn, nach Banffys Sturz, Szell, Kuhn-Hedervary und Tisza. In Österreich versuchte zuerst Gautsch und nach ihm Graf Franz Thun vergebens mit den fragwürdigen kleinen Praktiken, die unter Taaffe noch ausgereicht, zum Ziel zu gelangen; dann schien dem vielgeplagten alternden Staatswesen eine Wendung zum Bessern beschieden. Das Vertrauen der Krone fiel auf Dr. v. Körber, einen ausgezeichneten Beamten, der die gesamte Verwaltung mit einer nicht gewöhnlichen Sachkenntnis beherrschte und im persönlichen Verkehr die parlamentarischen Verhältnisse durchblicken gelernt hatte. Körber verstand den Deutschen dadurch Vertrauen einzuflößen, daß er eine Art von Gleichgewicht innerhalb der großen Parteien eintreten ließ und seiner Regierung die letzten Entscheidungen vorbehielt, und indem er sich eine bald unbestrittene und verdiente Autorität schuf, war sogar ein Ansatz von einer Vorstellung zu gewahren, die seit langem einer völligen Verkümmerung anheimgefallen war: es gab wieder einmal gemeinsame österreichische Interessen, die von einer zielbewußten österreichischen Regierung vertreten wurden. In der Ausgleichsfrage konnte Körber nur einen halben Erfolg verzeichnen, doch war die Schuld, wenn man diesen und nicht den Ausdruck „böser Wille“

Digitized by Google

wählen wollte, jetzt nicht bei Österreich, sondern bei Ungarn. Körber und Koloman v. Szell vereinbarten jenes Provisorium des Ausgleichs auf sieben Jahre, das heute noch in Gültigkeit ist. Die Verhandlungen, die zu diesem Abschluß geführt, hatten sich unter scharfen Kämpfen abgespielt. Während des Ministeriums Thun hatten die ungarischen Minister die Notwendigkeit betont, angesichts der Aktionsunfähigkeit des österreichischen Reichsrats für die Fortdauer der bestehenden Verhältnisse zu sorgen. Mit leidiger Geringschätzung ward in Ungarn auf die österreichische Krise hingewiesen und die Besorgnis geheuchelt, daß durch sie das eigene Staatswesen in Ungelegenheiten geraten könnte. Körber gegenüber mußte eine solche Auffassung fallen gelassen werden, und zum ersten Male wußten die österreichischen Minister auf dem Kampfplatz des Ausgleichs sich zu behaupten. Körber wußte sich des Vertrauens der Krone sicher und führte die Verhandlungen mit unüberwindlicher Zähigkeit. An seinem loyalen schwarzgelben Eifer, den Zusammenhang mit Ungarn unerschüttert zu bewahren, konnte nicht gezweifelt werden, um so gewichtiger wirkte er, wenn er in einzelnen Punkten bestimmt erklärte, gewisse ungarische Forderungen, die mit der Schwäche Österreichs rechneten, ablehnen zu müssen. Als endlich mühevoll das provisorische Übereinkommen abgeschlossen war, nahmen die Ungarn aus Wien den unbequemen Eindruck mit, daß man es in Österreich mit einer Regierung zu tun habe, die jetzt hinreichend stark genug sei, an eine definitive Erledigung des Ausgleichs heranzutreten, und das gab zu denken.

Beweggründe der auswärtigen Politik und die entsprechenden Delegationsbeschlüsse bewirkten dann 1903 eine verhängnisvolle Wendung, der in Ungarn Szell und sein Nachfolger Khun-Hedervary und schließlich in Österreich Körber zum Opfer fielen. Das Reichskriegsministerium verlangte die Bewilligung bedeutender Kredite für neue Geschütze und für Marinezwecke und ferner einen erhöhten Rekrutenstand. Die Rekrutenangelegenheit machte in Ungarn ernste Schwierigkeiten, die Bedeckungsfrage in Österreich. Die magyarische Agitation warf sich mit ihrem lauten Fanatismus auf die Armeefrage. Heeresverwaltung und Oberkommando sind administrative Angelegenheiten, deren letzte Entscheidung im Sinne des Ausgleichsgesetzes der greise Kaiser Franz Josef sich stets vorbehalten hat. Er hält, geleitet durch die vielgestaltigen Er-

Digitized by Google

fahrungen, die ihm seine lange Regierung gebracht, noch an dem Gedanken einer einheitlichen Verwaltung und an den wenigen deutschen Worten der Kommandosprache, die für die gesamte Armee Geltung haben müsse, fest. Der Kaiser hat, genötigt durch die Anstürme der magyarischen Opposition, in den letzten Jahren die wichtigsten Zugeständnisse auf dem Gebiet der Heeresverwaltung gemacht. Was er der sogenannten Neunerkommission des Reichstags an magyarischen Begünstigungen zugebilligt, das machte sogar ie militärischen Fachkreise bestürzt, und man konnte die Äußerung vernehmen, der oberste Kriegsherr habe damit de facto schon preisgegeben, was er nur formal nach festhalte. Jetzt lehnte der ungarische Reichstag die Erhebung des Rekrutenstands, der in Österreich schon angenommen worden, ab, und ferner verhinderte die Obstruktion der Unabhängigkeitsgruppen die liberale Reichstagsmajorität, die Bewilligung zur normalen Rekrutenaushebung zu erteilen. Die Forderung der ungarischen Kommandosprache ward zu einem Schlagwort für die gesamte Opposition, ein anderes ward die Ablehnung des Ausgleichs und die wirtschaftliche Trennung. Die Gegner der liberalen Regierungsmehrheit haben sich jetzt zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden. Zu den beiden Fraktionen des Unabhängigkeitsprogramms war die schroff klerikale Volkspartei und der Anhang des Barons Banffy hinzugekommen. Banffy, vor kurzem noch der allgewaltige liberale Ministerpräsident, hatte sich mit den liberalen Führern verfeindet und war von ihnen fallen gelassen worden. Der ehrgeizige Siebenbürger sann auf Rache und vertrat nun eine Oppositionsrichtung, die an extremen Formen die Angriffe der Unabhängigkeitsgruppen weit überbot. Der Reichstag war gänzlich gelähmt, die Liberalen entmutigt, die Mehrzahl der Führer ratlos. Nur einer war noch da: ein Unverbrauchter, der aus den Wirrnissen herausführen konnte: ein wegen seiner rücksichtslosen Energie und schroffen Konsequenz gefürchteter, wegen seiner überlegenen Geschäftskenntnis geschätzter Mann, dessen Name allein schon die stolze Tradition der gefährdeten liberalen Partei darstellte, Graf Stefan Tisza. Er war weder am Hofe, noch im Reichstag beliebt, aber geachtet und gefürchtet. Tisza ward berufen und kam mit einem ausgiebigen Programm, das auch für die magyarischen Selbständigkeitstendenzen eine Menge schöner Dinge verhieß. Zuvor verlangte er aber eine Abänderung

Digitized by Google

der Geschäftsordnung des Reichstags, die in Zukunft eine Obstruktion unmöglich machen sollte, und ferner predigte dieser Staatsmann der nüchternen Tatsachen die derzeitige Notwendigkeit, den Ausgleich durchzuführen, und dann die Trennung, wenn sie schon einmal von der Nation gewünscht werde, vorzubereiten. Für eine wirtschaftliche Trennung, meinte er, bedürfe es gründlicher Vorarbeiten, für die militärische vor allem eines neuen ungarischen Volksschulgesetzes, durch das die anderen Nationalitäten, die in vielen Teilen Ungarns die überwiegenden sind, unter die Herrschaft der magyarischen Sprachen gelangen müßten. Dann erst könnte eine ungarische Armee mit magyarischer Armeesprache möglich gemacht werden. Stefan Tisza verschmähte kein Mittel, um seine Regierung beliebt zu machen. Er selbst, der intransigente, selbstbewußte liberale Führer bediente sich der liebenswürdigsten, entgegenkommendsten Sprache, um die Opposition von ihrer obstruierenden Haltung abzubringen. Er veranlaßte den Kaiser-König zu einem feierlichen Handschreiben, das die Heimholung der in Konstantinopel befindlichen Gebeine des Rebellen und Habsburgsfeindes Rakoczy ankündigte. Nach Österreich und Wien führte Tisza eine tendenziös abgemessene kühle Sprache, die sich einmal sogar zu einer beleidigenden Abfertigung Körbers verstieg.

Und Tisza durfte dann den Sturz Körbers begrüßen. Aufzeichnungen aus unserer Zeit werden wohl einmal dartun, der erste Anlaß, daß der Kaiser in die Entlassung dieses Ministers willigte, der in schwierigeren Zeiten besser die allerhöchsten Wünsche und Sorgen wahrgenommen als selbst Taaffe, sei von Ungarn ausgegangen. Körber hatte gegenüber dem geschickten Szell den österreichischen Standpunkt behauptet, er hatte gelegentlich der Armeefrage sogar einmal um seine Entlassung gebeten, weil er bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten einen unverrückbaren Standpunkt einnahm. Körber hatte auch, das Vertrauen der Krone vorausgesetzt, eine, sämtlichen österreichischen Parteien überlegene, starke Position inne. Daß der Mann die schönsten Pläne stören konnte, darin waren alle ungarischen Parteien einig. Soll doch noch nachträglich sich Kossuth bei seiner Audienz in der Wiener Hofburg energisch gegen den bereits zurückgetretenen Körber ausgesprochen haben. Der erste, wahrscheinlich der entscheidende Anlaß also ist von Ungarn ausgegangen, das übrige besorgte man, sobald der

Digitized by Google

Umschlag der Hofstimmung sich leise bemerkbar machte, in Österreich selbst. Ein paar hohe Militärs haben vielleicht mitgeholfen, doch den eigentlichen Todesstoß vollführten Parteiführer aus dem Abgeordnetenhause. Bei den Feudalen war der bürgerliche Beamte wohl nie recht beliebt gewesen, den Tschechen und Polen hatte er die Möglichkeit eigenmächtiger Politik genommen, nur unwillig ertrugen sie die Existenz einer starken Zentralregierung. Und dazu kamen noch jene deutschen Politiker, deren unbefriedigter Ehrgeiz in dem langlebigen Beamtenministerium und gar in dem kühl und überlegen abschätzenden Ministerpräsidenten ein unerträgliches Hemmnis haßten. Zu der schlimmsten Minierarbeit gaben sich diese Deutschen her. So hatte Körber angesichts der bedenklichen Angriffe auf die gemeinsame Armee seitens der Ungarn für den österreichischen Reichsrat das gleiche Recht einer Beeinflussung der Armeeverwaltung geltend gemacht. Da fiel ihm der dialektisch gewandte Führer der deutschen Volkspartei, Dr. v. Derschatta, in den Rücken, indem er zur Verblüffung seiner parlamentarischen Kollegen dieses Recht allein der Krone zusprach. Körber wollte eben die Krone bezüglich der andrängenden Ungarn entlasten und das Gewicht der österreichischen Vertretung erhöhen; durch den Antrag Derschattas war dieser geschickte Zug empfindlich abgeschwächt und die gereizte Stimmung in Ungarn noch weiter gesteigert. Zur selben Zeit, als sich Stefan Tisza anschickte, die neue Geschäftsordnung dem Reichstag aufzuzwingen, und er mit einer ungewöhnlichen Energie Tag für Tag den Ansturm der wirkenden Opposition abwehrte, hatte Körber ernste Schwierigkeiten mit den Bedeckungskrediten für die Armeeforderungen. Der Kaiser, von einigen Generälen ungeduldig gemacht, verlangte eine schnelle Erledigung, wie sie im Reichsrat nicht möglich war. Den Ausweg mit dem bekannten Aushilfsparagraphen 14, der außerparlamentarische Verfügungen mittels einer zweifelhaften Rechtsauslegung gestattet, wollte der Kaiser vermieden sehen. Kaum merkten die Feinde Körbers die augenblickliche Verlegenheit und die veränderte Stimmung der Hofburg, die sich an der Energie Tiszas erbaute, als sie zur raschen Tat schritten. Körber erlitt im Ausschuß bei der Bedeckungsfrage eine Abstimmungsniederlage, die er sofort richtig deutete und mit seiner Demission beantwortete. Wiederum hatten die deutschen Führer gegen ihn entschieden und

Digitized by Google

das Geschäft ihrer gefährlichen Feinde besorgt. Allerdings nahm einer von ihnen, der Wortführer der Christlich-Sozialen, Dr. Lueger, dabei seine private Revanche. Körber, der durch seine kühle Duldung die sozialdemokratischen Agitationsredner zur Verzweiflung gebracht, denn es gab kein Martyrium, keine Auflösungen mehr, Körber hatte auch eine sozialdemokratische Demonstration gegen Lueger, als Wiener Bürgermeister, ungehindert sich abspielen lassen und damit den empfindlichen Mann, der sonst Körber richtig zu würdigen gewußt hatte, schwer verletzt. Im Verein mit Derschatta und dem Führer des deutschen Adels, Dr. Bärnreither, entschied er in jener Ausschußsitzung. Zur großen Genugtuung Tiszas und der Ungarn bewilligte der Kaiser sofort das Demissionsgesuch. Ein Abschnitt österreichischer Politik, der sich hoffnungsvoll angelassen hatte, fand so ein jähes Ende.

Kurz nach Körbers Rücktritt wagte Tisza seinen Gewaltstreich im Reichstag. Scheinbar gelang er, die Session ward geschlossen, das Haus aufgelöst, und die Regierung appellierte mit den Wahlen an das Land. Das Ergebnis war der tragische Zusammenbruch Tiszas. In der vorletzten Stunde hatte sich unter der Führung des Grafen Julius Andrassy (des Sohnes des einstigen Mitbegründers der deutsch-österreichischen Allianz) der wichtigste Teil des Hochadels von Tisza getrennt. Bei den Wahlen zog diese Aristokratie im Verein mit Kossuth und den Klerikalen gegen die Regierung und die Liberalen in den Kampf, der den Alliierten und namentlich der Unabhängigkeitsgruppe einen nicht geahnten Erfolg bereitete. Die Liberalen hatten ihre Majoritätsstellung, die sie seit 1866 mühelos behauptet, weitaus eingebüßt; an der Partei, die durch die Wahlen die stärkste geworden, an der Unabhängigkeitspartei war es vorerst, die Bildung der neuen Regierung zu bestimmen. Doch hier ergab sich eine Verlegenheit: Kossuth und die Seinigen hatten nicht daran gedacht, regierungsfähig zu werden, sie hatten eine umfassende Wahlagitation entwickelt und in der üblichen Weise mit den kühnsten radikalen Schlagworten um sich geworfen. Sie hatten ihren leicht entzündbaren Wählern die selbständige ungarische Armee, die Personalunion und die völlige Trennung von dem verhaßten Österreich mit seiner „Hofkamarilla" versprochen. Jetzt hieß es, dies alles ernstlich zu vertreten. Tisza selbst, der geschlagene Minister, forderte die Häupter der siegreichen

Digitized by Google

Opposition auf, dem König ihr Programm vorzutragen. Der geduldige Monarch empfing eine ansehnliche Reihe von Parlamentären, als ersten Kossuth, den Sohn jenes Mannes, der einst Franz Josef und sein Haus des ungarischen Thrones verlustig erklärt hatte, Kossuth, den Vertreter der Unabhängigkeitsidee und Gegner des Déakschen Ausgleichs. Die Oppositionsführer hatten sich darin geeinigt, daß von jenen der Wählerschaft verheißenen schönen Sachen wenigstens einiges tatsächlich als nationale Forderung ausgesprochen werden müsse. So verlangte also die jetzige Majorität die ungarische Armee in der Form der ungarischen Kommandosprache und die wirtschaftliche Trennung. Der König hatte für alle Herren, die er empfing, dieselbe Antwort: bezüglich der Trennung des Wirtschaftsgebiets müßte die Vertretung Ungarns mit der österreichischen unterhandeln, bezüglich der Kommandosprache fühle der König sich verpflichtet, zum Schutze der gemeinsamen Armee die deutsche Kommandosprache aufrechtzuerhalten; weiter an nationalen Zugeständnissen als gegenüber der Neunerkommission könne er unmöglich geben. Die Opposition erhielt also bezüglich der einen Forderung eine sachlich nüchterne, ungewisse, bezüglich der anderen eine verneinende Antwort. Der Weigerung der Krone setzte sie jetzt ihre Weigerung, eine Regierung zu bilden, entgegen. Ein gesetzloser Zustand hob an, der heute noch fortdauert und sich im Laufe der Monate noch wesentlich verschärft hat. Der Reichstag hat Kampf der Krone angekündigt, einen prinzipiellen Kampf, aus dem er als Siegespreis die Souveränität über die Krone heimbringen will. Aus der Ausgleichsfrage ist eine Machtfrage geworden, und die Entscheidung, die hier fallen wird, dürfte nicht nur Ungarns, sondern auch Österreichs fernere politische Entwicklung bestimmen.

Noch im Jahre 1865 bezeichnete Heinrich v. Treitschke es als die große und wichtige Aufgabe Deutsch-Österreichs, die Karpathenländer des Südostens, das „subgermanische Europa", durch seine Verwaltung der modernen Kultur zuzuführen. Und so mochten in diesen Zeiten Dahlmann, H. v. Gagern und etwa Uhland, in Österreich Radetzky, Bach, Schmerling und Benedek gedacht haben. Mit dieser deutschen Illusion mußte 1866 gründlich gebrochen werden. Die österreichische Staatsidee war (nicht ohne Zutun der preußischen Politik) zu sehr geschwächt worden, als daß von ihr

Digitized by Google

ein solches schwieriges Problem noch getragen werden konnte. So schloß denn Kaiser Franz Josef mit dem anerkannten Vertreter der Magyaren, mit Franz Déak, den Frieden und den „Ausgleich" ab. Den Frieden nämlich zwischen der Dynastie und den Magyaren, nicht zwischen Österreich und Ungarn! Eine geraume Zeit später erhielten erst „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder" — diesen schönen Titel bekam jetzt Zisleithanien — die Verfassung von 1867, und der nun einberufene Reichsrat bekam in Bausch und Bogen den Ausgleich, der die Aufhebung der Verfassung von 1861 darstellte, zur Anerkennung mitgeteilt. Heute mögen der greise Herrscher und seine österreichischen Minister die verhängnisvolle Unterlassung bitter empfinden, die damals durch die Ausschaltung Österreichs, die dem klugen Déak überaus erwünscht sein mußte, begangen worden ist. Durch diese politische Vergewaltigung des Ungarn wirtschaftlich und kulturell weit überlegenen Österreich erhielt tatsächlich der Ausgleich einen fatalen Zug der Personalunion, indem Ungarn sich eben nur mit der Dynastie auseinandersetzte, die pragmatische Sanktion zum Ausgangspunkt nahm und Österreich als habsburgische Hausmacht behandelte, die schließlich mitgenommen werden mußte; ein amtlicher Verkehr mit ihr war einmal notwendig, ihre reichen Mittel nützlich, ja unentbehrlich. Die Hegemonie aber erhielt schon 1866 Ungarn. In der auswärtigen Politik der Donau-Großmacht hat Ungarn den Ausschlag gegeben, und es muß zugestanden werden, daß es im großen und ganzen dies nicht schlecht gemacht hat. Um was es sich heute handelt, ist eine weitere Ausbildung und deutliche Bestätigung der Hegemonie. Ungarn soll seine ungarische Armee mit magyarischen Fahnen und Kommandoworten erhalten, aber die Kosten soll nach dem bisherigen vorteilhaften Schlüssel Österreich mit bestreiten, Ungarn darf sich seinen Import nach Belieben organisieren und ohne Rücksicht auf die österreichische Industrie seine Handelspolitik ausgestalten, aber die ungarische Ausfuhr, das ungarische Getreide soll seine zollfreie Vorzugsstellung in Österreich beibehalten. Dazu ist der apostolische König von Ungarn gehalten, die ungarische Verfassung gebietet ihm, daß er in diesem Sinne als Regent seiner Hausmacht walte; auch in Österreich hat er als der König von Ungarn zu regieren. Kossuth hat vor einigen Wochen dieser Auffassung dadurch deutlichen Ausdruck verliehen, als er meinte, der

Digitized by Google

König hätte ja, falls die von der gegenwärtigen ungarischen Majorität geforderten Abmachungen in Österreich Schwierigkeiten finden sollten, durch den § 14 die Macht, sie ohne Parlament durchzusetzen!

In dieser Auffassung sind sämtliche magyarischen Parteien einig, die Liberalen wie die bisherige Opposition. In seiner Neujahrsrede hat Stefan Tisza ausdrücklich den Gedanken der Hegemonie auseinandergesetzt. Nur wünscht ihn der liberale Politiker mit und nicht gegen den König verwirklicht, er erachtet Übergänge als unvermeidlich, und schließlich mag er eine brüske Oktroyierung in Österreich doch für bedenklich halten. Über die letzten Ziele jedoch herrscht eine schöne Übereinstimmung. Und nicht minder harmonieren wohl alle Gruppen in der stillen Übereinstimmung, daß das Schlagwort der Personalunion derzeit vielleicht für die Agitation seinen Wert habe, daß seine Verwirklichung aber die größte Gefahr für Ungarn in sich berge. Und zwar ganz abgesehen von der schweren Mehrbelastung durch die selbständige Armee und von der aus der Personalunion resultierenden tatsächlichen wirtschaftlichen Trennung von Österreich; es handelt sich nämlich dann um eine völlige Revision des österreichisch-ungarischen Staatsrechts, und da gelangt der ungarisch-kroatische Ausgleich auf die Tagesordnung. Nur durch die Autorität der gemeinsamen Dynastie und durch die Vorstellung, daß auch Österreich für den Ausgleich von 1867 solidarisch hafte, hat sich die magyarische Herrschaft in Kroatien und Slawonien halten können. Vielleicht ist auch die Kunde von den Gewaltsamkeiten der ungarischen Regierung und der Stimmung im Agramer Landtag nach Deutschland gedrungen. Die Südslawen hassen die Magyaren noch kräftiger als die Deutschen, deren kulturelle Überlegenheit sie anerkennen müssen. Die ungarischen Südslawen haben ferner durch die nationale Bewegung in den Balkanländern für ihre politische Phantasie ganz bestimmte Tendenzen verfolgen gelernt, die sich gelegentlich einer staatsrechtlichen Umgestaltung Österreich-Ungarns sofort geltend machen würden. Die Konstituierung der Personalunion würde ferner die rumänische Bewegung in Ungarn bedenklich wachsen machen. In demselben Augenblick, da für die Länder der ungarischen Krone der magyarische Nationalgedanke als der alleinige herrschende proklamiert würde, gelangte die rumänische Agitation in ein neues

Digitized by Google

günstiges Fahrwasser. Die Rumänen haben in zahlreichen Komitaten die starke Mehrheit, werden aber trotzdem von der Regierung hart niedergehalten. Nur dem freundschaftlichen Verhältnis der Gesamtmonarchie zum Königreich Rumänien, das Kaiser Franz Josef durch einen Besuch in der Sommerresidenz Sinaio feierlich bekräftigt hat, ist ein Übergreifen der ungarischen Maßregeln auf die auswärtige Politik bisher verhütet worden. Doch droht Ungarn die Gefahr einer Rumania irredenta, und eine Umgestaltung der Verfassung böte den willkommenen Anlaß zu einer nationalen Erhebung. Die ungarischen Politiker würdigen selbstverständlich die eben angeführten und ihnen vertrauten Tatsachen, es hieße ihnen Unrecht tun, wenn man sie für wahnwitzige Fanatiker nähme. Seit nahezu vierzig Jahren regiert die ungarische Gentry das Land, und sie hat in dieser Zeit Bedeutendes geleistet; eine Fülle von Talenten ging aus ihr hervor, die sich der Verwaltung und der Gesetzgebung widmeten. Ihre Politiker sind vielmehr kluge und stille Rechner, die die Verhältnisse genau und richtig abschätzen, als leidenschaftliche Draufgeher; sie wissen auch den Augenblick zu wählen, wo sie zu dem Mittel der pathetischen Alarmrufe als einem notwendigen und wirksamen greifen sollen.

Schon die nächsten Monate werden erweisen, ob die zur Reichstagsmehrheit emporgewachsene Opposition richtig gerechnet oder der von ihr besiegte Stefan Tisza mit seinem dringenden Warnen recht behalten hat. Siegen die Andrassy, Apponyi, Banffy mit Kossuth, dann erscheint die Macht der Krone nahezu vernichtet; selbst der königlichen Gewalt in England ist ein Kampf mit der Majorität des Unterhauses möglich, wie dies noch im vorigen Jahrhundert das Zurückweichen Peels vor der jungen Königin Viktoria bewiesen hat. In Ungarn würde das Aufgeben der deutschen Kommandosprache die endgültige Kapitulation des Königs vor dem Reichstag darstellen. Ungefähr achtzig deutsche Worte sind es, um die es sich handelt; mechanisch werden sie den nichtdeutschen Rekruten, die im übrigen nach der den Aushebungsbezirken entsprechenden Regimentssprache abgerichtet werden, beigebracht. Der Kampf also ist jetzt schon ein prinzipieller geworden; wegen der achtzig Worte sind Ministerien gestürzt und insultiert, die Steuern und die Aushebung verweigert worden. Während der letzten sechs Monate sind von der Hofburg wiederholt Ver-

Digitized by Google

mittlungsaktionen angebahnt worden, und wiederholt hatte es den guten Anschein, als ob eine Verständigung gelungen sei, aber stets schlug in Pest über Nacht auf eine für die Öffentlichkeit unerklärliche Weise die Stimmung gründlich um, und die Aussicht auf den Frieden machte nur einer noch gesteigerten Feindseligkeit Platz. Diese Vorgänge entbehren noch der erschöpfenden Erklärung. Man bringt das ungestüme Vorwärtsdrängen der Opposition mit der Absicht in Zusammenhang, die Verfassung und die ungarischen Armeeverhältnisse vor einem jeden Versuch der Rückbildung im zentralistischen Sinne zu bewahren. Dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand werden in Ungarn solche Tendenzen nachgesagt, der Prinz soll nur ungern in Ungarn verweilen und mit den Erfolgen der national-magyarischen Politik unzufrieden sein. Jenseits der Leitha zirkulierten Äußerungen aus der Umgebung des Erzherzogs, die sich auf die Notwendigkeit einer durchgreifenden Änderung der Dinge bezogen. Freilich steht mit dieser Annahme eine Tatsache in einem gewissen Widerspruch. Erzherzog Franz Ferdinand wie seine Gemahlin, die Fürstin Hohenberg-Chotek, gehören der unbedingt kirchlichen Richtung an, und im Lager der Opposition übt, wie sich das bereits wiederholt gezeigt hat, die klerikale Volkspartei einen entscheidenden Einfluß aus. Die Kirche scheint also trotz der Ergebenheit des Thronfolgers noch ihre ganz besonderen Zwecke zu verfolgen. Sie bezeigt der Dynastie, die ihren politischen Ansprüchen stets eine so weitgehende Berücksichtigung erwiesen, wahrlich in der ungarischen Krise einen schlechten Dank. Ihre Geistlichkeit kämpft und flucht gegen die königliche Regierung, der hohe Klerus hält sich schweigsam zurück, und die kirchlich gesinnten Magnaten bereiten der Krone auch im Oberhause eine empfindliche Niederlage! Auch der Politiker, dessen dämonische Gestalt der Opposition voranschreitet, der mit seiner zündenden Rede jede nüchterne Anwandlung von Sorge oder Zweifel zu besiegen weiß, Graf Albert Apponyi, steht unter kirchlichem Einfluß; viele Wandlungen hat diese glänzendste Erscheinung des Reichstags bereits durchgemacht, nur die Ergebenheit gegen die Kirche ist unverändert geblieben. Siegt also die Opposition, dann erwartet die Kirche zweifellos den ansehnlichsten Teil der politischen Beute. Zur Stunde sind aber ihre Wünsche und Ziele noch unbekannt.

Digitized by Google

Wird die Opposition siegen? Der Kampf mit der Krone nähert sich den äußersten Grenzen, und jeder Tag kann irgendeine unbeabsichtigte oder auch eine gewollte Explosion bringen, von der es dann kein Zurück mehr gibt. Die Krone wird durch eine Art von Beamtenregierung vertreten, an deren Spitze der greise General Freiherr v. Fejervary steht. Ein tapferer Militär, durch lange Jahre hindurch ist er als tüchtiger Minister für die Honvedarmee (Landwehr) eine ungemein beliebte volkstümliche Persönlichkeit gewesen. Heute, da er auf dem Platze aushält, auf den ihn sein alter Kaiser hingestellt hat, ist der mit dem Maria-Theresien-Kreuze geschmückte Soldat den gröbsten ehrenrührigsten Insulten ausgesetzt. Dabei darf der Ministerpräsident sich darauf berufen, daß er sich streng auf dem Boden der Verfassung halte. Dies behauptet auch die Opposition, nur legt sie sich die bedenklich vieldeutigen Bestimmungen der Verfassung nach ihrem Belieben aus. In einem Paragraphen ist zwar nach Déaks grundlegender Arbeit ausdrücklich dem König die oberste Leitung und Verwaltung der gemeinsamen, also auch der ungarischen Armee vorbehalten, trotzdem folgert sich die Opposition die Forderung heraus, daß der König auch auf diesem Gebiet sich der Mehrheit des Reichstages fügen müsse. Sie läßt keinen Zweifel an der Berechtigung ihrer willkürlichen Auslegung zu, das ungarische Staatsrecht ist eben, wie ein trefflicher Heidelberger Rechtslehrer neulich geschrieben, eine noch recht dunkle Sache.

Unter anderem gestattete eine ganz besondere Auslegung der Verfassung der Opposition, als Reichstagsmehrheit dem Ministerium Fejervary die Ermächtigung für die Beitragsleistung zu den gemeinsamen Auslagen (Armee, Flotte, Diplomatie und Zinsen der gemeinsamen Staatsschuld) zu verweigern. Und hier rächt sich wieder jene politische Sünde, die 1866 an Österreich begangen worden. Wohl bilden die gemeinsamen Bestimmungen auch einen Bestandteil der österreichischen Verfassung, aber der Wortlaut der Übersetzung ist nie durch einen ungarischen Parlamentsakt anerkannt worden, und heute ist in der ungarischen Presse wiederholt zu lesen, daß jene Übersetzung keine sinngetreue wäre. Die ganze Entwicklung des gegenwärtigen Konflikts zwischen der Krone und der Reichstagsmehrheit betrifft die gemeinsame Armee, allein in der Hofburg scheint jetzt eine parlamentarische Kundgebung in Österreich, die hierzu Stellung nimmt, unerwünscht. Von der

Digitized by Google

loyalen, aber entschlossenen Haltung Körbers ist man schon wieder weit entfernt. Sein Nachfolger, Freiherr v. Gautsch, ist ein höchst geschickter und erfahrener parlamentarischer Unterhändler, der seine wichtigste Aufgabe darin sieht, den jeweiligen Willen der Krone zu verwirklichen. Von ihm haben jene Parteiführer, die Körber zu Fall gebracht, gehofft, daß er sobald als möglich sein Ministerium zu einem parlamentarischen umbilden und ihren Ehrgeiz befriedigen werde. Bis zur Stunde hält diese Hoffnung noch an, obwohl ein Termin, für den der Ministerwechsel erwartet wurde, ereignislos vorübergegangen ist. Dem Nachfolger Körbers haben jene Parteihäupter alles sofort bewilligt, was sie Körber verweigert, und noch lastet auf ihnen die Furcht, der unangenehme überlegene Mann könne einmal wiederkehren. Sie selbst aber sind betreffs der ungarischen Krise, die sich nun auf das gemeinsame Verwaltungsgebiet hinüberentwickelt hat, unter sich uneinig geworden. Um den Alldeutschen ein wirksames Agitationsmittel zu nehmen, hatte Dr. v. Derschatta die Einsetzung eines Ausschusses beantragt und durchgesetzt, der wachsam die Ereignisse in Ungarn, soweit sie die gemeinsamen Angelegenheiten berührten, verfolge und im Notfalle die entsprechenden Maßnahmen beantragen sollte. Lange Zeit feierte der Ausschuß, dessen Existenz der Hofburg und daher auch der gegenwärtigen Regierung nicht genehm sein dürfte. Jedoch abermals durch wiederholte Interpellationen genötigt, mußte endlich eine Sitzung einberufen werden. Herr v. Gautsch gab eine allgemeine Erklärung, in der die Regierung ihre Entschlossenheit bekundete, die österreichischen Interessen zu schützen. Doch als die Deutschen, in erklärlicher Rücksicht auf die gefürchteten Alldeutschen, auf sachliche Beratungen und Vorkehrungen eingehen wollten, wurden sie durch Tschechen, Polen und Feudale in die Minderheit gedrängt und zur Untätigkeit verurteilt. Die Allianz, die zum Sturze Körbers geschlossen worden, ist erschüttert, Tschechen und Polen werden wiederum ihre eigenen ertragreichen Wege gehen, sie werden auch der Krone, falls endlich eine mühselige Verständigung auf Kosten Österreichs möglich werden sollte, ihre guten Dienste für die „Perfektionierung" des Ausgleichs im Reichsrat gegen entsprechenden Entgelt anbieten. Und die Deutschen? Zur Genugtuung ihrer Gegner bieten sie diesen wiederum das willkommene Schauspiel der Uneinigkeit und des gegenseitigen Miß-

Digitized by Google

trauens. Die Erinnerung an traurige Erfahrungen und an den gegen Badeni errungenen Erfolg ist verblaßt, ja die deutsche Partei, die früher am lautesten den Kampf gegen die anspruchsvollen „Judaeo-Magyaren" angekündigt, die Christlich-Sozialen, beobachten jetzt, wahrscheinlich ebenfalls auf kirchliches Geheiß, ein beharrliches dumpfes Schweigen.

Sollte aber die ungarische Krise wider die Erwartung und Rechnung der verbündeten Oppositionsparteien zu einem endgültigen Zusammenbruch der dualistischen Form führen, dann tritt an die österreichische Regierung und an sämtliche Volksstämme und Parteien Österreichs die Notwendigkeit heran, dabei zu sein, wenn ein neuer Bau, und wäre es auch nur ein Notbau, zurecht gezimmert wird. Vielleicht erfahren dann gemeinsame Interessen eine Wiederanfachung ihrer früheren Kraft, und vielleicht finden sich in solcher Entscheidungsstunde die Deutschen einig zusammen. Oder sollte es wieder bei der „Hausmacht des Königs von Ungarn" bleiben?

Digitized by Google

Zur österreichischen Polenpolitik.

(1910.)

Seit mehr als achtzig Jahren hat alle russische Politik mit einer polnischen Opposition zu rechnen. Wiederholte Annäherungen, die von beiden Seiten versucht wurden, haben niemals einen realen Erfolg verzeichnen können. Der schroffe Gegensatz zwischen dem russischen und dem polnischen Elemente kam vielmehr nach einer solchen Episode noch schärfer zum Ausdruck. Heute hat eine russenfreundliche Politik, wie sie seinerzeit der Marquis Wielopolski vertreten, keinen nennenswerten Anhang mehr. Dies ist auch wiederum während der Verhandlungen der Reichsduma hervorgetreten, wo ebenfalls manche Bemühungen, die polnischen Vertreter für eine gemeinsame Aktion heranzuziehen, an deren entschiedenen Haltung scheiterten. Und noch in den allerletzten Tagen haben die Vorgänge auf der Petersburger Slawenkonferenz deutlich erwiesen, daß für eine panslawistische Aktion, in deren Dienste alle russische Politik gestellt werden sollte, die polnischen Politiker nicht gewonnen werden können. Vergebens hat sich der beredte Tschechenführer und Rußlandschwärmer Dr. Kramař dort bemüht, diesen kultiviertesten und der westlichen Bildung am frühesten zugänglich gewordenen slawischen Volksstamm zur Mittätigkeit am allslawischen Werke zu bewegen. Die Polen fühlen sich als eine Macht für sich, und ihr Führer und Sprecher Dmowski wußte seiner ablehnenden Antwort auf die Ausfährungen des Dr. Kramař eine Form zu geben, in der das Selbstgefühl seiner Nation sich in ruhiger Sicherheit äußerte.

Seit dem fünften Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts weiß man bereits von der oppositionellen Stellung der Polen in Preußen. Überflüssig wäre es, an dieser Stelle noch ein Wort behufs Feststellung des Daseins einer solchen Opposition zu verlieren. Im preußischen Landtag wie im deutschen Reichstag muß mit der Zahl und der Bedeutung der Polen gerechnet werden. Während eines ganzen Menschenalters befindet sich eine jede preußische Re-

Digitized by Google

gierung im Kampfe mit dem Polentum, und welche Schärfe sämtliche Konflikte auf diesem Gebiete allmählich angenommen, welche Kraft in solchem Ringen verausgabt worden, welchen lähmenden Einfluß dieser schwache Punkt einer jeden preußischen Verwaltung für die gesamte Politik bedeutet, das hat ja die deutsche Öffentlichkeit von den Tagen Caprivis und Bülows bis zum heutigen Augenblicke zuweilen bitter empfunden.

Nur der dritte der Staaten, die mit der Teilung der polnischen Landgebiete ihren eigenen Besitz vergrößert, Österreich, darf eine günstigere Erfahrung verzeichnen. Ganz verschieden von der Entwicklung der Dinge in Preußen und Rußland hat sich die Bedeutung Galiziens für die österreichische Monarchie herausgestaltet. Muß ein preußischer oder russischer Politiker das polnische Element als ein verneinendes für sein Staatsleben anschlagen, so darf im Gegensatze der österreichische Staatsmann die parlamentarische Vertretung Galiziens als einen bedeutsamen und sicheren positiven Faktor in seine Rechnung einsetzen. Gleich hier sei ein wichtiger Vorteil festgestellt, der Österreich in seiner Stellung zum Polentum wesentlich fördert. Preußen ist ein protestantisches, Rußland ein Staatsgebilde mit der Grundlage des griechisch-orthodoxen Glaubensbekenntnisses. Österreich ist ein katholischer Staat, und dies hat von allem Anfang eine gewisse Quantität des Gemeinsamen dargestellt. Trotzdem aber muß die Tatsache einer österreichischen Staatsgesinnung, wie sie die Vertretung Galiziens jederzeit bekundet, auf den Nichtösterreicher, auf den Preußen und Russen den Eindruck einer ganz besonderen Gestaltung des Verhältnisses, in dem sich das Königreich zum Staatsganzen befindet, machen. Und die Frage liegt nahe, wieso es gekommen, daß nun seit etwa fünfzig Jahren die polnischen Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses sowie die polnischen Mitglieder der österreichischen Delegation stets diejenige Gruppe gewesen, mit deren gewissen Bereitwilligkeit zur Berücksichtigung und Erledigung der Staatsnotwendigkeiten die Regierung rechnen konnte. Unser Staat hat ernste innere politische Krisen mitgemacht. Das Fieber der Parteileidenschaft griff wiederholt die empfindlichsten Gebiete des Staatslebens an und gefährdete sogar selbstverständliche Lebensfunktionen. Aber niemals haben die Polen sich an solchen parlamentarischen Exzessen beteiligt, niemals haben sie

Digitized by Google

sich mit ihren Forderungen außerhalb der österreichischen Staatsidee gestellt. Und diese loyale österreichische Haltung hat trotzdem in den Augen ihrer russischen und preußischen Konnationalen keineswegs die nationale Gesinnung der galizischen Polen verdächtigt. Ihre Politik gilt vielmehr als das glückliche Ergebnis einer konsequenten, zielbewußten Landespolitik, und tatsächlich weist die Verwaltung Galiziens eine Fülle wichtiger nationaler Zugeständnisse auf, durch die aber das Staatsganze keine wesentliche Schädigung erfahren hat.

Die österreichische Geschichtsforschung ist seit langen Jahren um die galizische Landesgeschichte und insbesondere um die Klarlegung aller administrativer Maßregeln bei der tatsächlichen Einverleibung des Königreiches in die österreichische Monarchie bemüht *).

Festgestellt erscheint heute, daß nach der ersten Überschreitung der polnischen Grenze im Mai 1772 durch längere Zeit die Ausdehnung und die Abgrenzung der von Österreich besetzten polnischen Landteile genauer Bestimmung entbehrten. Fünf Generäle waren mit ihren Truppen an verschiedenen Seiten in Polen eingebrochen. Sie hatten fast nirgends einen bewaffneten Widerstand gefunden. Allerdings begegneten die österreichischen Ansprüche einer nur teilweisen Zustimmung seitens Rußlands und Preußens. Der Widerstand dieser Mächte galt aber dem Bestreben Österreichs, westpolnische Gebiete zu gewinnen. Für das Habsburger Reich mußte eine möglichst breite Verbindung der neugewonnenen Besitzungen mit den alten dringend wünschenswert erscheinen. Diese polnischen Gebietsteile erfreuten sich reicher Kultur und boten ansehnliche Einkünfte. Sie hatten die alte Krönungsstadt Krakau zum Mittelpunkt. Die russische Diplomatie mit Panin an der Spitze widerstrebte einer Ausdehnung Österreichs auf diesem Boden, und Preußen mußte hier eine drohende Umgürtung des eben eroberten Schlesiens durch Österreich zu verhüten trachten. Die Besetzung von weiteren Landstrichen im östlichen Polen erfuhr hingegen keine nachdrücklichere Einwendung. So erhielt der auf

*) In allerjüngster Zeit hat eine fleißige historisch-statistische Studie eine Zusammenfassung der inneren Verhältnisse Galiziens im Jahre 1772 unternommen: „Galizien, wie es an Österreich kam." Von Dr. A. J. Brawer. Leipzig 1910.

Digitized by Google

Österreich entfallende Bruchteil der Aktion von 1772 eine Gestalt, die im Westen sich dürftig ausnahm, während sie nach Osten zu sich ausdehnte. Der kostbare Besitz der polnischen Salzbergwerke und der Wunsch einer sicheren Verbindung mit den Erbländern wurden von der österreichischen Diplomatie und Generalität als derartig wichtige Angelegenheiten behandelt, daß die Mächte einige Monate hindurch nicht einig werden konnten. Schließlich erhielt Österreich die Salzwerke und verzichtete auf Krakau, das bei der dritten Teilung Polens 1795 mit einem ausgedehnten Gebiet zwar an Österreich gelangte, aber durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815 wiederum herausgegeben werden mußte. Erst die Bauernrevolution und die Umtriebe der polnischen Agitatoren veranlaßten 1846 die Großmächte, den freien Staat Krakau aufzulassen und sein Gebiet nun endgültig Österreich zu überlassen. Der Gegensatz zwischen den kulturellen und ethnographischen Verhältnissen in Ost- und Westgalizien hat sich die längste Zeit fühlbar gemacht. Über Ostgalizien war nicht bloß der österreichischen Beamtenschaft und den Generalstabsoffizieren nur wenig bekannt; auch in Rußland und Preußen wußte man weder von dortigen Boden- und Stromverhältnissen noch von den politischen und wirtschaftlichen Zuständen. War doch bei der abschließenden Konvention als Grenzwasser ein Fluß namens Podhorce ausgemacht worden. Die einmarschierenden Österreicher jedoch konnten keinen Fluß dieses Namens auffinden (er hat auch tatsächlich nie bestanden). Später haben Russen und Preußen diesen Irrtum mit der Einschaltung des Sereth-Flusses ergänzen wollen. Die Österreicher zogen es vor, den weiter östlich fließenden Zbrucz als Grenzfluß aufzufassen, und dabei blieb es schließlich.

Bei dieser ersten Teilung hat Österreich ungefähr 80000 km² polnisches Land gewonnen. In Ungarn ward jede Mitteilung über den bevorstehenden Gewinn polnischen Gebietes mit großem Interesse aufgenommen, und ernstlich hofften ungarische Politiker auf eine Angliederung Galiziens, da bei der Annexion auch die kaiserliche Regierung alte Verträge aus dem 14., 15. und 16. Jahrhundert, die zwischen Polen und Ungarn ausgewechselt worden waren, geltend gemacht hatte. Andererseits war bei der österreichischen Regierung auch der Gedanke angeregt worden, einen kleinen Teil Westgaliziens, die ehemaligen Herzogtümer Auschwitz

Digitized by Google

und Zator mit dem bei Österreich verbliebenen schlesischen Restgebiet zu vereinigen, weil auf diese Herzogtümer die böhmische Krone einen Anspruch erheben durfte. Nach der Weisung Kaiser Josefs II. jedoch, der sich mit vollem Eifer der Durchforschung und Verwaltung des neuen Landes in Wien hingab, blieb die Individualität dieses polnischen Teilgebietes erhalten. Man gab ihm die Namen Galizien und Lodomerien, die aus den Reichsverhältnissen des 14. Jahrhunderts stammten, und ordnete sie unter dieser Bezeichnung in den habsburgischen Besitz ein. Auch jene 42000 km², die 23 Jahre später von Österreich erworben wurden, fügte man ihnen bei. Die ersten Vermessungs- und Berechnungsarbeiten verursachten die größte Mühe; arge Irrtümer machten sich erst nach Jahren fühlbar. Prinz Lobkowitz hatte die Bevölkerungszahl des Galiziens von 1772 auf 800000 Seelen angeschlagen; aus den uns heute vorliegenden Archivalien stellt sich aber heraus, daß man mit einer Bevölkerungszahl von 2600000 Einwohnern zu rechnen hatte. Die Verhältnisse des Westens waren durch ihre höhere kulturelle Entwicklung leichter zu übersehen. Der Osten machte weit größere Schwierigkeiten. Im Westen fiel die Gliederung des Bodenbesitzes in viele adlige und bäuerliche Güter auf, die Volksdichte war eine größere. Im Westen gab es mehr ausgedehnte Latifundienbesitze. Auch besaßen dort die Dörfer einen größeren Umfang, weil die stets drohende Gefahr tartarischer und türkischer Einfälle die Bauern veranlaßte, näher aneinander zu rücken. Im Westen hatte der Adel eine stärkere Gewalt über die Bauernschaft gewonnen als im Osten, wo der Grundherr besorgen mußte, daß der Bauer sich harten Fronverhältnissen durch Flucht über die Grenze entschlagen könnte. Der Westen lag im Machtgebiete der römisch-katholischen Kirche. Die deutsche Kolonisation war im ganzen Lande, vor allem aber in den Städten deutlich bemerkbar. Im Osten überwiegt der ruthenische Stamm und die byzantinische Kultur. Hier herrscht der griechische Ritus. Die Verwüstungen der Tartareneinfälle haben über diesen so ergiebigen Boden Jahrhunderte entsetzlicher Armut gebracht, so daß eine weite Kluft zwischen diesem vereinsamten Osten und Westgalizien bestand, das sich mit gutem Recht noch zu Europa rechnen durfte. Dazu kam noch, daß der ruthenische Adel sich seinem Volke entfremdet hatte; er war

Digitized by Google

katholisch geworden, er hatte polnische Sitten angenommen, ebenso die wohlhabenderen Schichten des städtischen Bürgertums. So hob sich denn das ruthenische Bauerntum allein von den übrigen Volksbestandteilen Galiziens ab*). Es nimmt eine Stellung für sich ein. Hier mußte die Verwaltung sich ganz besonders einsetzen, um gedeihlichere Zustände zu ermöglichen. Nur ein langsames Fortschreiten ließ sich nach langen Jahren feststellen. Doch das Material, welches die Ruthenen der Armee stellten, ward vielfach gerühmt. Erst gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts erwachen hier politische und nationale Ansprüche, die ernste Beachtung forderten und die österreichische Staatsmänner gegenüber reichsfeindlichen Agitationen polnischer Adliger verwerten wollten.

Lange Jahre sicheren Friedens sind dem Zivilisationswerke der österreichischen Beamtenschaft in Galizien wahrlich nicht vergönnt gewesen. Die Zeiten des ersten Napoleon steigerten das tiefgedemütigt gewesene Selbstgefühl des polnischen Adels bis zu den kühnsten Hoffnungen, und nach seinem Falle war es wiederum Alexander von Rußland, der die so arg getäuschten Erwartungen, allerdings in anderer Form, wieder aufleben ließ. Die letzten verdüsterten Jahre dieses Herrschers und das selbstherrliche Regiment seines Nachfolgers Nikolaus brachten dann revolutionäre Tendenzen zur Reife; die Ära der Verschwörungen hebt an. Die nationale Bewegung, mochte sie sich in schroffen Oppositionsschriften, die vom Auslande hereingeschmuggelt wurden, äußern oder in einer sorgfältig gehüteten Tätigkeit geheimer Vereine, blieb auf den adligen Grundbesitz und auf einen Teil des städtischen Bürgertums beschränkt. Der Bauer verhielt sich teilnahmlos, in den ruthenischen Gebieten geradezu feindselig. Erst die Einbeziehung der Robottablösung in die allgemeine revolutionäre Bewegung brachte in diese dichten Massen einige politische Empfindung. Daß an den Erfolgen eines polnischen Aufstandes erst dann geglaubt werden könne, wenn auch die Bauern gewonnen worden seien, diese Überzeugung reifte erst in manchem Kopfe, nachdem die erste Revolution von 1830 und die

*) Szujski, „Die Polen und Ruthenen in Galizien", Wien und Teschen 1882, S. 26.

Digitized by Google

kleinen Aufstände in den Vierzigerjahren gescheitert waren. Auch weist das Verschwörertum der Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine merkwürdige Veränderung auf. Der Hochadel begegnet einem sichtlichen Mißtrauen seitens seiner bürgerlichen Mitverschwörer, die demokratischen Schlagworte des Westens haben hier eingewirkt, die Einigkeit in der Organisation ist erschüttert. Während in dem Paris des zweiten Kaiserreiches über die Besiegung Rußlands gejubelt wird, und neue Hoffnungen auf eine französisch-englische Intervention zugunsten einer polnischen Erhebung sich bemerkbar machen, zeigt sich in der Umgebung des jungen Alexander II. die Bereitwilligkeit, mit seinen Polen Frieden zu schließen. Der Marquis Wielopolski, vielleicht der erste polnische Realpolitiker, wird ein Vertrauensmann des Zaren, und eine Reihe belangreicher Zugeständnisse wird Polen zuteil. Wielopolski zieht den polnischen Hochadel für die höheren Verwaltungsstellen heran, er plant die Ablösung der Fronden, um die Bauern zu polnischen Patrioten zu machen. Er beabsichtigt mit Zustimmung des Kaisers eine großzügige Ausdehnung des Volksschulwesens und er bringt es in der Polonisierung der Verwaltung so weit, daß am 1. Januar 1863 nur noch acht Russen in Polen höhere Beamtenstellen innehaben. Aber Wielopolski rechnet nicht mit der städtischen Demokratie, die an Anzahl die Verschwörerköpfe des Adels weit überragte. In ihren Kreisen war die ausschließliche Vergebung der Beamtenstellen an den Adel mit tiefer Erbitterung aufgenommen worden. Man wollte überhaupt von Zugeständnissen, die der kaiserlichen Gnade zu verdanken waren, in einem Augenblick nichts mehr wissen, wo alle möglichen Umstände, wie die Erschöpfung Rußlands durch den Krimkrieg, seine gründliche Verfeindung mit Österreich und die schlechten finanziellen Zustände zusammenwirkten und das Gelingen eines Aufstandes zu verheißen schienen. Wielopolski und seine russischen Freunde gewahrten geheimnisvolle Umtriebe, ein Gewebe, dessen Fäden nach Paris reichten. Die studentische Jugend schien dabei stark beteiligt. Da glaubte der Marquis einen gewaltigen Schlag gegen diese Opposition führen zu müssen, die sein Friedenswerk bedrohte. Er wollte sich dieser unruhigen Elemente entledigen, und so wurde von Petersburg aus in Polen eine allgemeine Aushebung angeordnet. Durch diese harte Maß-

Digitized by Google

regel wurde die Erbitterung der polnischen Demokratie zum Siedepunkt gebracht. Die revolutionäre Propaganda tat das Ihrige, und so kam es zu jener unglückseligen Erhebung, die dem Marquis Wielopolski und den nationalen Hoffnungen der Polen ein gründliches Ende bereitete.

Der Aufstand von 1863 hat die entscheidende Wendung für das Verhältnis der österreichischen Polen zur Gesamtmonarchie gebracht. Heute beklagen ihre Geschichtsschreiber, deren patriotische Gesinnung niemals angefochten worden, die unselige Verblendung, die Ratlosigkeit der vornehmsten Führer der Nation und alle jene Umstände, die dem unverantwortlichen Leichtsinn der radikalen Hitzköpfe den Sieg über die nüchterne Auffassung und über die Warnungen der besten Männer verschaffte. Bekannt ist es, welchen Einfluß die Politik des dritten Napoleon auf das Losbrechen des Aufstandes hatte, und wie ausgezeichnet Bismarck die aus der Revolution resultierende diplomatische Verwicklung für seine Politik zu verwerten gewußt hatte. In Österreich bewirkte begreiflicherweise die polnische Erhebung einen Stillstand in der Tätigkeit des galizischen Landtags. Am 24. Februar 1864 mußte das Ministerium Schmerling über Galizien den Ausnahmezustand verhängen, der erst im April des folgenden Jahres aufgehoben worden ist. Von einer Einberufung des Landtages konnte nicht die Rede sein, und auch vom Reichsrat hielten sich die galizischen Abgeordneten fern. In jener Zeit vollzog sich der Niedergang jenes österreichischen Ministeriums, das im Zeichen der Verfassung vom 26. Februar 1861 zur Regierung gelangt war. Der Zentralismus, der den Deutschen und der Verwaltung des deutschen Beamtentums eine führende Stellung zusicherte, vermochte nicht den Kampf mit den von Deak trefflich geführten Ungarn siegreich durchzuführen. Wohl empfahl sich der Fortbestand einer von diesem Grundsatz geleiteten Verwaltung in Hinblick auf die Stellung des Kaiserstaates zum Deutschen Bunde. Allein die Ungarn erhielten eine gewichtige Unterstützung durch die Opposition der nichtdeutschen Parteien im österreichischen Reichsrat und ferner durch die werktätige Abneigung der feudalen und kirchlichen Kreise, die sich mit den ungewohnten Formen, die die Verfassung und der Parlamentarismus gebracht, nicht befreunden konnten. Im Jahre 1865 erfolgte der Rücktritt Schmer-

Digitized by Google

lings, die Berufung des Grafen Belcredi und der Erlaß jenes „Septemberpatents", das die Sistierung der Februarverfassung verkündigte*). Mit diesem Erlaß des Kaisers hebt eine neue Richtung an. Er bedeutet den Ausgangspunkt für die neuartigen Bestrebungen der polnischen Politiker. Das „Septemberpatent" stellte eine Umbildung der Verfassung in autonomistischem Sinne in Aussicht, und als ein besonderes Zeichen der Verheißung durfte Galizien den kaiserlichen Gnadenakt begrüßen, der allen jenen, die an dem polnischen Aufstand von 1863 beteiligt gewesen, Amnestie gewährte. In einer zuversichtlichen Stimmung also trat im November 1865 der galizische Landtag wieder zusammen, in welchem sofort zwei Adressen an den Kaiser beschlossen wurden. Indem die eine ihren Dank für den kaiserlichen Gnadenerlaß Ausdruck verlieh, bekräftigte in der anderen die Vertretung des Königreichs Galizien ihre Bereitwilligkeit, an der Verfassungsreform mitzuwirken, und der Landtag sprach in dieser Adresse auch die Erwartung aus, daß die Lebensinteressen des Landes gerechte Würdigung erfahren würden. Das Ministerium Belcredi bewies deutlich seinen Willen, sich der Unterstützung der Polen zu versichern. Bis zum April des folgenden Jahres blieb der galizische Landtag versammelt und seine Verhandlungen hatten zum wichtigsten Gegenstande die Grundlagen für ein System galizischer Selbstverwaltung zu schaffen. Daß die Postulate, die die polnischen Führer in jener Session aufstellten, auf eine freundliche Aufnahme seitens der Wiener Regierung rechnen konnten, bezeichnete die Ernennung eines polnischen Aristokraten, des Grafen Agenor Goluchowski, zum Statthalter des Königreichs, die im September 1866 erfolgte. Allerdings wußte man, welche unbedingte Ergebenheit für seinen kaiserlichen Herrn Goluchowski beseelte. Aber andererseits war mit seinem Namen jenes Diplom vom Oktober 1860 verknüpft, das einen Aufbau Österreichs auf föderalistischer Grundlage versuchen wollte. So konnten Hof und Regierung sicher sein, daß unter seiner Verwaltung keine reichsfeindliche Aktion eine Begünstigung erfahren, und den Polen wiederum erschien durch seine Ernennung der Grundsatz ihrer

*) Hierfür, wie für die Darstellung der parlamentarischen Episoden überhaupt, vgl. Kolmers ausführliche Chronik „Parlament und Verfassung in Österreich". (5 Bde.)

Digitized by Google

nationalen Selbstverwaltung der Verwirklichung wesentlich näher gerückt.

Die führenden Männer Galiziens waren entschlossen, in eine Aktion einzutreten, die ihrem Lande eine möglichst weitbegrenzte, selbständige Verwaltung zusichern sollte. Sie waren sich aber auch deutlich bewußt, daß sie sich damit von der trostlosen Verschwörer- und Revolutionspolitik, wie von dem kosmopolitischen Radikalismus lossagen mußten, und daß das ganze Land in diese Absage inbegriffen sein mußte. Sie fühlten, daß von ihnen ein tatsächlicher loyaler Anschluß an die österreichische Staatsidee, an das österreichische Staatsganze erwartet werde. Dessen waren sie sich bewußt, und ihr Entschluß ebenso wie ihre feierliche Stimmung fanden ihren sonoren Ausdruck in der denkwürdigen Adresse, welche der galizische Landtag am 10. Dezember 1866 annahm. Der Entwurf umging das Verfassungspatent vom Februar 1861 und berief sich auf die Auffassung, in der das Oktoberdiplom ihres nunmehrigen Statthalters, des Grafen Goluchowski, gehalten gewesen. Das Diplom hatte von den anerkannten Rechten und nationalen Überlieferungen der Länder und deren weiterer Entwicklung gesprochen. Die Adresse setzte hier ein: „In dieser Hoffnung", hieß es darin, „bestärkt uns die allergnädigst erteilte Sanktion zahlreicher organisatorischer Arbeiten unseres Landtages, sowie die Wahl eines unter uns aufgewachsenen, mit unseren Verhältnissen und Bedürfnissen wohlvertrauten Mannes zum Statthalter." Allerdings wurde in der Adresse gesagt, daß sich die Landboten Galiziens von der Furcht frei wüßten, ihrer nationalen Idee untreu zu werden, aber sie seien vom Vertrauen in die Mission Österreichs erfüllt. Und dann erreicht die Adresse ihren Höhepunkt: „Wir erklären aus der Tiefe unseres Herzens, daß wir zu Eurer Majestät stehen und stehen wollen." Die Rede und die publizistischen Äußerungen, die sich an diese Adresse knüpften, bekräftigten die Überzeugung, daß der ferneren Haltung des galizischen Landtags, also der Politik der österreichischen Polen, die bleibende Richtung mit dieser Adresse vorgezeichnet war, und daß damit die Polen sich verpflichteten, alles zu unterstützen, was die Machtstellung des Reiches fordere, und zwar ohne sich durch die inneren Streitigkeiten irgendwie beeinflussen zu lassen.

Digitized by Google

Hier seien zwei Äußerungen aus dem Munde polnischer Führer zitiert, die für die Stimmung Zeugnis ablegen sollen, aus der heraus jene Adresse verfaßt und die galizische Realpolitik begründet wurde. Von einer panslawischen Tendenz sagten sich die Polen damals auf das Bestimmteste los. Sie waren entschlossen, auf eigenen Wegen zu wandeln und selbständig Politik zu machen. Der spätere Minister für Galizien, Dr. Florian Ziemialkowski, richtete vier Monate nach der Adresse an den nationalen Historiker Dr. Szujski einen offenen Brief, in dem es hieß: „Wir sind Polen; dem Slawentum haben wir den Abschied gegeben, seit wir aus demselben hervorgetreten sind. Das polnische Volk kennt die Benennung Slawe nicht. Sowohl die Geschichte als auch die Zeitgenossen kennen uns nur unter dem Namen Polen. . . . Halten wir an diesem teuren Namen fest mit der Ausschließlichkeit einer eifersüchtigen Liebe und verzichten wir auch nicht einen Augenblick auf unser Polentum, um nach Illusionen zu fischen." *) In eine Anklage bitterer Wehmut brach der bereits todkranke Marquis Wielopolski aus, als ein galizischer Freund ihm in Dresden über die günstige politische Stellung berichtete, die sich die Polen in Österreich errungen hätten. Der Besuch zitierte den Wortlaut der Adresse. Mit schwerer Anstrengung erhob sich der Kranke von seinem Lager und rief: „Habt ihr denn auch nur einmal dem Zaren erklärt: Zu Dir, o Herr, stehen wir und wollen wir stehen? Vermag vielleicht der Kaiser von Rußland auf eure Loyalität und Treue so zu zählen, wie der Kaiser von Österreich? Ziehen polnische Deputationen nach Petersburg wie nach Wien?" **)

Die Richtung für die österreichische Polenpolitik schien gegeben, sowohl für den Landtag als für die Vertretung im österreichischen Reichsrat, und die Ziele, die sich diese Partei gesteckt, hatten auch ihre Anerkennung, zumindest die Anerkennung ihrer Berechtigung durch das Ministerium Belcredi, in das jetzt auch der Freiherr von Beust eingetreten war, erfahren. Ende Januar 1867 jedoch sah sich Graf Belcredi veranlaßt, zurückzutreten; denn die Deutsch-Österreicher hatten in Hinsicht auf die neuerdings kundgegebenen feudalföderativen Tendenzen des Grafen beschlossen, die Wahlen

*) Popowski, „Nationalitaet-Race", Wien 1893, S. 1.
**) Halban, „Polen und das Jahr 1863", Wien 1895, S. 68.

Digitized by Google

für einen einzuberufenden außerordentlichen Reichsrat nicht vorzunehmen. Durch die kriegerische Katastrophe von 1866 hatte die Krone sich veranlaßt gesehen, die Verhandlungen mit den ungarischen Führern wiederum aufzunehmen und eine Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Bezug auf die Länder der Stephanskrone ins Auge zu fassen. Der Ausgleich, den Deak jetzt, allerdings nicht mit Österreich, sondern mit der Dynastie schloß, mußte begreiflicherweise auf die nationalen Forderungen, wie sie im Reichsrat seitens der Polen, Tschechen usw. zum Ausdruck gelangt waren, weiter wirken. Auch die Polen, ebenso wie die Tschechen, vermochten historische Rechte geltend zu machen, so hieß es. Die zentralistische Idee, an der die Deutsch-Österreicher mit Hinweis auf ihre kulturelle, wie wirtschaftliche Überlegenheit festhielten, erschien ernstlich bedroht, und ihre oppositionelle Haltung verlangte umsomehr Berücksichtigung, als auch von ungarischer Seite die Erwartung angedeutet worden war, daß man sich jenseits der Leitha eine Neuordnung in der Verwaltung der kaiserlichen Erbländer als eine solche denke, die den Deutschen eine führende Rolle zuspreche. Die Ungarn zeigten recht deutlich, daß sie von einer föderativen Ausgestaltung Zisleithaniens nichts wissen wollten; ihr weitblickender Führer mochte dabei an die Gefahren denken, die durch ein slawisches Übergewicht in Österreich für Ungarn, in dem ja ebenfalls ansehnliche slawische Elemente vorhanden waren, heraufbeschworen werden könnte. Gegen eine föderative Ausgestaltung machten sich auch ernstliche Bedenken in jenen hohen Beamtenkreisen geltend, die den dynastischen Reichsgedanken für unzertrennlich verbunden mit einer österreichischen zentralistischen Verwaltung auf deutscher Grundlage erklärten.

Die deutsch-zentralistische Auffassung hatte denn auch die Oberhand behalten. Eine Umgestaltung der Verfassung auf föderativer Grundlage, wie sie Belcredi vorgeschwebt, wurde fallen gelassen, die Wiederherstellung der Februarverfassung trat in Sicht, und durch die versammelten Landtage sollten die Wahlen in den Reichsrat vollzogen werden. Für die föderalistischen Politiker bedeutete der Rücktritt des Grafen Belcredi und die deutlich angekündigte Rückkehr zum Zentralismus einen Zusammenbruch von Hoffnungen, deren Erfüllung sie schon ganz nahe geglaubt hatten. Besonders der böhmische Landtag nahm einen stürmischen

Digitized by Google

Verlauf. Die Tschechen erklärten, nicht ein Reichsrat, sondern der Landtag hätte den Ausgleich mit Ungarn zu genehmigen. Im galizischen Landtag machte sich die gleiche Auffassung geltend. Die letzte politische Entwicklung hatte die Polen an die Seite der tschechischen Föderalisten geführt, die Regierung des Grafen Belcredi schien ihnen die Verwirklichung ihrer autonomistischen Erwartungen zu gewährleisten. Sollten sie nicht angesichts des gänzlichen Umschwunges, der sich in Wien vollzogen hatte, ebenfalls in die grundsätzlich negierende Opposition treten und durch das Gewicht ihres Beschlusses die Aktion der stammverwandten Tschechen wesentlich fördern? Ein gewichtiger Teil der Landtagsabgeordneten war zu solcher Stellungnahme entschlossen und wäre auch mit seiner Auffassung durchgedrungen, wenn nicht den Gegnern, die eine Fortentwicklung jener Politik, in deren Sinne die Adresse vom Dezember des vorhergehenden Jahres gehalten gewesen, vertraten, von Wien aus eine werktätige Hilfe gebracht worden wäre. Die Regierung wollte den Beweis leisten, daß sie zur Weiterausbildung der Autonomie entschlossen sei, und so verfügte eine kaiserliche Entschließung vom Februar 1867 die Errichtung einiger Professuren mit polnischer Vortragssprache an der juridischen Fakultät in Lemberg. Auf dieses Zugeständnis konnten sich nun die Vertreter einer regierungsfreundlichen Politik berufen, wenn sie sich für die Vollziehung der Reichsratswahlen einsetzten. In demselben Sinne wirkte auch der Statthalter Graf Goluchowski ein, und so wurden die Wahlen beschlossen und ferner ein Adressenentwurf fallen gelassen, welcher der Februarverfassung die Rechtsgültigkeit absprechen wollte. In dem am 20. Mai eröffneten Reichsrate wurde der Führer dieser Gruppe, die sich für eine positive Politik zur Erreichung der Autonomie entschieden hatte, Ziemialskowski, zum Vizepräsidenten gewählt.

Die Errichtung jener Universitätsprofessuren sollte eine Reihe von Reformen im Sinne der Autonomie einleiten. Was den Polen vorschwebte, das war bei den Landtagswahlversammlungen 1867 ausgesprochen worden.

Ziemialskowski selbst meinte, man müsse die selbständige Verwaltung des Landes, einen polnischen Statthalter, der das Recht der Beamtenernennung und -Absetzung erhielte, einen obersten Gerichtshof, einen galizischen Hofkanzler mit Sitz und Stimme im

Digitized by Google

Ministerrat und die Regelung aller Schulfragen durch den Landtag ebenso wie die Steuerverteilung in der Landesvertretung erreichen, in der auch zu beschließen wäre, welchen Beitrag das Königreich zu den gemeinsamen Budgets zu leisten hätte. Beust wurde ein ähnliches Verzeichnis aller Forderungen der galizischen Führer bekannt gegeben. Von Wien aus war eine Antwort erfolgt, die zumindest eine teilweise Verwirklichung dieser Forderungen erwarten ließ. Und damit gelang es, alle Bestrebungen jener Politiker, die mit den Tschechen eine gemeinsame Taktik vereinbaren wollten, zu entkräften. Die Polen gingen im Reichsrat ihren eigenen Weg, und als schon damals parteiorganisatorische Versuche gemacht wurden, die slawische Opposition zu einem Ganzen zu vereinigen und dieselbe noch durch den Beitritt der deutschen Ultramontanen zu verstärken, erfuhren Südslawen wie Klerikale von galizischer Seite eine Ablehnung. Allerdings bemühten sich die Polen, den von ihnen eingenommenen Standpunkt, nach der deutschen wie nach der slawischen Seite hin, näher zu erklären. Gelegentlich der Debatte über den Ausgleich mit Ungarn erklärte Kreczunowicz, die Polen fühlten sich verpflichtet, im Sinne der „Staatsnotwendigkeiten" zu handeln. Sie hätten ihnen zuliebe den Boden des Reichsrates betreten und ihre nationale Überzeugung zurückgestellt. Auf den Boden des Reichsrates könne ein neuer legaler Verfassungszustand aufgeführt werden. Es wäre zu erwarten, daß man auf diesem Boden zu einer Verständigung gelangen, und daß man den „verfassungsmäßigen autonomen Rechten der Königreiche und Länder" Rechnung tragen werde, wenigstens jenen der bedeutenderen politischen und nationalen Individualitäten. Die Polen behielten auch während der folgenden Reichsratsverhandlungen die gewählte besondere Stellung bei, wenn sie auch wiederholt den übrigen slawischen Gruppen Hilfe leisteten. Als das Ministerium Auersperg-Giskra dem Ausbleiben der tschechischen Reichsratsabgeordneten ein von der deutschen Majorität angenommenes Notwahlgesetz entgegengestellt hatte, protestierte Zyblikiewicz gegen die Anwendung dieser Bestimmungen, indem er das Gesetz als eine Negation der Individualität der Königreiche und Länder bezeichnete. Aber sie hüteten sich, mit der tschechischen Opposition gemeinsame Sache zu machen. Um so nachdrücklicher und zäher verfolgten sie ihre

Digitized by Google

Ziele, wenn es sich um die Beratung von einzelnen Reformen handelte. Sie wußten ihre Verdienste um die Erhaltung des zentralistischen Reichsrates stets zur Geltung zu bringen, und bei der Beratung der Reform der politischen Verwaltung gemahnten sie wiederum an ihre Wünsche bezüglich der Erweiterung der galizischen Autonomie. Im April 1868 erinnerte Kreczunowicz an den bereits vor Jahren ausgesprochenen Wunsch des galizischen Landtags bezüglich eines Hofkanzlers oder eines dem Landtage verantwortlichen Ministers. Ihm wurde aber von der Regierung, die sich zu jener Zeit mit ihrer deutschen Mehrheit sicher fühlte, eine kühle Ablehnung zuteil. Eine Regierung, zusammengesetzt aus lauter Hofkanzlern, meinte Giskra, würde der Verantwortung vor dem Reichsrat und einem parlamentarischen Ministerium rasch ein Ende machen. Im Herrenhause zeigten die Vertreter des galizischen Hochadels eine ähnliche Haltung wie die galizischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Auch hier wurde bei der Durchberatung einzelner Verwaltungsreformen der Standpunkt des Königreiches als ein besonderer hervorgehoben. Es seien hier als ein Beispiel die Einwände angeführt, die die Fürsten Sanguszko und Jablonowski gegen die Aufhebung der Prügel- und Kettenstrafe vorbrachten. Die beiden Aristokraten nahmen für Galizien die Prügelstrafe „als unentbehrliche Maßnahme für geordnete Verhältnisse" in Anspruch. Hatte sich die Regierung jedoch veranlaßt gesehen, auch den Polen gegenüber ihren zentralistischen Standpunkt zu betonen, wenn es sich um grundsätzliche föderalistische Forderungen handelte, so belohnte sie andererseits das Königreich für die bewiesene Bereitwilligkeit seiner reichsrätlichen Vertretung durch tatsächliche Zugeständnisse auf dem Gebiete der Selbstverwaltung. Im Januar 1868 erhielt ein vom Landtag ausgearbeitetes Gesetz über die Sonderstellung des galizischen Unterrichtsrates die Sanktion. Allerdings fanden seine Bestimmungen bei den Ruthenen eine heftige Opposition. Im Reichsrate wurde der Unterrichtsminister L. von Hasner darüber interpelliert und er sah sich gezwungen, eine vertröstende, ausweichende Antwort zu erteilen. Er verwies auf ein korrektes Vorgehen der Behörden und versprach die Beseitigung eventueller Schwierigkeiten. Schon im folgenden Monat geschah ein neuer Schritt in der Autonomieerweiterung. Der Justizminister Herbst

Digitized by Google

erließ eine Verordnung über den ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache im Parteienverkehr bei den galizischen Gerichten. Man sieht, die Autonomie wurde stückweise erteilt, und zwar auf dem Wege von kaiserlichen Verordnungen. Erörterungen im Reichsrat sollten vermieden, die Zugeständnisse an Galizien in aller Stille bewilligt werden. Trotzdem hatte die regierungsfreundliche Landtagsmehrheit große Mühe, sich zu behaupten. Konnte sie auch auf wichtige Erfolge hinweisen, so zeigte sich eben damals, daß eine radikale Richtung, die über Österreich hinausstrebte, die öffentliche Stimmung mächtig beeinflußte. Im Sommer dieses Jahres wurde der Besuch des Kaisers erwartet; als aber der Landtag im August zusammentrat, offenbarte sich eine erregte großpolnische Stimmung, die auch mit der Tatsache in Verbindung gebracht wurde, daß Zar Alexander II. Warschau besuchen wollte. Großpolnische Demonstrationen nahmen einen derartig lauten Charakter an, daß Kaiser Franz Josef die Reise plötzlich absagte. Schwer empfand man in Galizien diese überraschende kaiserliche Entschließung. Später wurde bekannt, daß der Kaiser zur Begrüßung des Zaren den Prinzen Thurn-Taxis nach Warschau gesendet habe, und in der Presse wurde eine Äußerung zitiert, die der Zar gegenüber dem Prinzen getan: „Es freut mich, daß Österreich den Polen zu glauben aufgehört hat, und daß der Kaiser Galizien nicht besucht. Eine Inspektionsreise in Galizien könnte man noch verstehen; aber eine politische Demonstrationsreise würde ich nicht ertragen." Unter der Einwirkung der neugestalteten österreichischen Verfassung und der nationalen Kämpfe hatten sich die Machtverhältnisse im Lemberger Landtag insofern verschoben, als die Gruppen, die durch das Beharren auf einem zentralistisch-österreichischen Standpunkte die Entwicklung Galiziens verhütet sehen wollten, mit einer starken separatistischen Opposition zu tun bekommen hatten. Die Gruppe, die sich um den Grafen Goluchowski gebildet, erklärte die Stärkung der österreichischen Regierungsgewalt für das wichtigste Ziel; denn sie bedeute eine erfolgreiche Abwehr gegen Rußland. Die Anhänger Ziemialkowskis traten für die Verfassung ein, auf deren Boden Galizien wichtige Rechte erlangt habe, und durch das Wirken der parlamentarischen Vertretung Galiziens sollte die Erweiterung der Autonomie erreicht werden. Diesen beiden Gruppen stand eine

Digitized by Google

radikale gegenüber, die den Grafen Borkowski zum Führer hatte. Sie strebte die vollendete Selbständigkeit Galiziens an, die zur Gesamtmonarchie eine ähnliche Stellung haben sollte, wie sie Ungarn sich errungen. Eine jede der angeführten Gruppen vertrat ihren Standpunkt in dem vom Landtag gewählten Ausschusse, der eine Adresse an den Kaiser dem Plenum vorlegen sollte. Allmählich erhielt die radikale Stimmung die Oberhand. Es wurden Äußerungen laut, die zeigten, daß jene Gedanken, von welchen die Adresse vom Dezember 1866 erfüllt gewesen, jetzt die Herrschaft über die Geister verloren hätten. Großpolnische Ziele drohten die begonnene Realpolitik zu verdrängen. Selbst der Statthalter Goluchowski glaubte die Autonomie durch den Hinweis auf die großpolnische Idee verteidigen zu können. Mit der Haltung, die er während dieser Session eingenommen, und die, ebenso wie der ganze Verlauf des Landtages, dem Ministerium Auersperg-Giskra eine peinliche Überraschung bereitete, erklärt sich die Enthebung des Statthalters von seinem Amte, die noch im Herbste desselben Jahres erfolgte. Nur eins war trotz des Sieges des nationalen Radikalismus durch die besonnenen Elemente verhütet worden. Der Antrag Smolkas, daß der Landtag die Wahlen in den Reichsrat nicht vollziehen sollte, wurde abgelehnt, freilich ward an die Entsendung der Reichsratsabgeordneten die Bedingung geknüpft, daß den letzteren bestimmte Verhaltungsmaßregeln mitgegeben werden müßten. Sie betrafen jenes Ergebnis des Adreßausschusses, das unter dem Namen der galizischen Resolution in der österreichischen Verfassungsgeschichte ein bestimmtes Kapitel für sich in Anspruch nimmt. Ihr hauptsächlichster Inhalt sei hier mitgeteilt.*)

„Der Landtag", so hebt das wichtige Dokument an, „erklärt auf Grund des § 19 des Landesstatuts, daß der durch die Staatsgrundsätze vom 21. Dezember 1867 geschaffene Organismus der Monarchie unserem Lande nicht so viel legislative und administrative Selbständigkeit gewährt, als demselben mit Rücksicht auf dessen historisch-politische Vergangenheit, dessen besondere Nationalität, den Grad der Zivilisation und der territorialen Ausdehnung gebührt, daher weder den Wünschen nach nationaler

*) Nach Bernatzik, „Die österreichischen Verfassungsgesetze", S. 749 f.

Digitized by Google

Entwicklung und den Bedingungen hierzu, noch auch den wirklichen Bedürfnissen des Landes entspricht und eine längere Dauer dieses Zustandes, allgemeine Unzufriedenheit erzeugend, auf das Gedeihen unserer Provinz und das Wohl der ganzen Monarchie verderblich zurückwirken muß.

Der Landtag stellt auf Grund des § 19 des Landesstatuts folgenden Antrag: Dem Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau wird die nationale Selbstverwaltung in dem seinen Bedürfnissen und den besonderen Landesverhältnissen entsprechenden Maße zuerkannt, vor allem:

1. Der Landtag wird ausschließlich den Modus der Reichsratswahlen zu bestimmen haben.

2. Die galizische Landtagsdelegation wird an den Beratungen des Reichsrats nur bezüglich der diesem Königreiche mit den anderen im Reichsrate vertretenen Teilen der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten teilnehmen.

3. Nachstehende Gegenstände, soweit solche das Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau betreffen, werden aus dem durch das Staatsgrundgesetz bestimmten Wirkungskreise des Reichsrats ausgeschieden, in die Kompetenz des Landtages übergehen: a) die Einrichtung der Handelskammern und Handelsorgane; b) die Gesetzgebung über die Kredit- und Versicherungsanstalten, Banken und Sparkassen mit Ausschluß der Zettelbanken; c) die Gesetzgebung über das Heimatsrecht; d) die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen und Gymnasien, dann die Gesetzgebung über die Universitäten; e) die Strafjustiz und Polizeistraf- sowie die Zivilgesetzgebung und die Gesetzgebung über das Bergrecht; f) die Gesetzgebung über die Grundzüge der Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbehörden; g) die zur Durchführung des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über die richterliche und die Vollzugsgewalt zu erlassenden und dort berufenen Gesetze; h) die Gesetzgebung über jene Gegenstände, welche sich auf Pflichten und Verhältnisse unseres Landes zu den anderen Ländern der Monarchie beziehen.

4. Zur Bedeckung der Auslagen der Administration und des Gerichtswesens, des Kultus und Unterrichts, der öffentlichen Sicherheit und der Landeskultur in Galizien wird aus dem Staats-

Digitized by Google

schatze zur Verfügung des Landtages eine dem wirklichen Bedarfe entsprechende Quote ausgeschieden und in betreff der Details der Verwendung der reichsratlichen Konsequenz entzogen.

5. Die dem Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau gehörigen Güter, die sogenannten Kameralgüter, werden als Eigentum des Landes dem Landesfonds dieses Königreichs einverleibt.

6. Die Salzwerke im Königreiche werden ohne Bewilligung des Landtages dieses Königreiches weder verkauft noch eingetauscht oder belastet.

8. Das Königreich Galizien und Lodomerien samt Krakau wird einen eigenen Gerichts- und Kassationshof erhalten.

9. Das Königreich wird eine dem Landtage verantwortliche Landesverwaltung in Sachen der inneren Verwaltung, der Justiz, des Unterrichts, der öffentlichen Sicherheit und der Landeskultur, sowie einen Landesminister im Rate der Krone erhalten.

Was also die österreichischen Regierungen wie Belcredi, Beust, Auersperg mittelst kaiserlicher Verordnungen bereits an Autonomie gewährt und ferner solche Zugeständnisse, die Galizien zu einem besonderen Staatswesen im Staate machten, sollten nun Bestandteile des österreichischen Verfassungsgesetzes werden. Damals gab es schon eine Form direkter Reichsratswahlen, die von den Landtagen unabhängig gemacht worden war, nämlich jenes Notwahlgesetz, mit dem das Ministerium Auersperg sich vor der Abstinenz der Tschechen geschützt hatte. Die direkten Reichsratswahlen waren ein Postulat des Zentralismus geworden. In der Resolution jedoch wurde dem galizischen Landtage das Bestimmungsrecht bezüglich der Form der Reichsratswahlen vorbehalten. Die Gemeinsamkeiten mit der österreichischen Verwaltung erscheinen möglichst beschränkt, so daß die Herausbildung eines selbständigen polnischen Staatswesens, das immer mehr und mehr von Österreich abrücken könnte, getrost der nächsten Zukunft überlassen werden darf. Die Beamtenverantwortlichkeit Galiziens ist ebenfalls den Zentralstellen der Reichsverwaltung entzogen und dem Landtage überantwortet.

So darf man also die Resolution als den bestimmten Ausdruck der staatsrechtlichen Wünsche, die damals in Galizien gehegt und

Digitized by Google

deren Verwirklichung betrieben wurde, bezeichnen. Immer wieder ist die Resolution als ihr Programm während der nächsten Jahre von den galizischen Reichsratsabgeordneten bei Adreß- und Budgetsdebatten vorgebracht worden. Die damalige deutsche Mehrheit im Abgeordnetenhause wies durch ihre Wortführer die staatsrechtlichen Forderungen der Polen zurück. Aber dieselben Wortführer wußten ganz gut, daß die Regierung, die aus ihrer Mitte hervorgegangen und mit der sie sich im Einvernehmen erhielten, die Stimmen der Polen benötigte, da die Konflikte mit den Tschechen immer weitere Kreise zogen. Im Stillen mußten die Deutschen damit rechnen, daß eine Verständigung mit den Polen im Hinblick auf den wachsenden Widerstand der anderen slawischen Gruppen, von denen sich die Vertreter Galiziens doch stets abgesondert gehalten hatten, zu einem Gebote taktischer Klugheit sich herausentwickeln dürfte. So ist auch während jener Zeiten der stetigen Wiederkehr der Resolution eine schrittweise Ausdehnung der Autonomie zu verzeichnen. Als ein bedeutsamer Fortschritt der letzteren ist die kaiserliche Entschließung vom 4. Juli 1869 aufzufassen, die bei den landesfürstlichen Behörden des Königreiches die innere polnische Amtssprache einführte. Mit ihr gelangte die Landesverwaltung ausschließlich in die Hände eingeborener Beamter. Die nun unbedingt notwendig gewordene Kenntnis der Landessprache schloß den weitaus größten Teil der deutschen Beamten von Galizien aus. Auch vollzog sich damals die Polonisierung der beiden Landesuniversitäten Krakau und Lemberg, indem die Kollegien mit deutscher Vortragssprache wegfielen. Als nach dem Konflikte innerhalb des Bürgerministeriums die Ministerien des Grafen Alfred Potocki und des Grafen Hohenwart im Sinne des Föderalismus die Ausgestaltung der Verfassung versuchten, wurde von ihnen selbstverständlich auf den wichtigsten Beistand der Polen gerechnet. Hatten ihre Führer zu den Zeiten des Ministeriums Auersperg-Giskra extreme Entschlüsse ihrer radikalen Parteigenossen zu verhüten verstanden (z. B. im Herbst 1869 die Annahme des Antrags Smolka, zur passiven Opposition, d. h. zur Abstinenz überzugehen), so unterstützten sie jetzt mit offenkundiger Bereitwilligkeit Regierungen, die nicht mehr den Zentralismus als gebieterischen Grundsatz ihres Programms betrachteten. Aus den Zeiten des Kabinetts Potockis stammt ein Entwurf, der die in der Resolution enthaltenen

Digitized by Google

Forderungen zum großen Teil verwirklichen sollte. Galizien wird die bisherige Vollziehungsform der Reichsratswahlen durch den Landtag auch fernerhin verbürgt, im Sinne der Resolution werden die hauptsächlichen Gebiete der inneren Verwaltung ebenfalls dem Landtage zugesprochen. Allerdings heißt es im Entwurfe weiter, daß es „der Reichsgesetzgebung vorbehalten bleibt, im Falle durch die eben genannte Organisierung den Bedürfnissen des Reiches nicht genügend Rechnung getragen würde, hierzu eigene Organe aufzustellen." Statt eines obersten Gerichtshofes wird für Galizien innerhalb des Obersten Gerichtshofes in Wien ein Senat bestellt. Als dieser Entwurf dem Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses vorgelegt wurde, zeigten auch die Deutschen ihre Bereitwilligkeit, auf die Wünsche der Polen einzugehen, nur stellten sie eine Bedingung: Die galizischen Abgeordneten sollten das Prinzip der direkten Reichsratswahlen für die übrigen Kronländer verteidigen helfen. Die Polen glaubten aber den Sieg des Föderalismus bevorstehend und lehnten das Anerbieten der Deutschen ab. Damit war es auch mit dem Ausgleich vorbei. Der Entwurf konnte im Verfassungsausschusse die Annahme nicht erreichen. Indessen hatte Graf Hohenwart bereits eine vor der Resolution schon zur Sprache gebrachte Forderung verwirklicht, indem er den Abgeordneten Grocholski als Minister ohne Portefeuille, also gleichsam als „Landsmannminister", in sein Kabinett berufen hatte.

Unter Hohenwart glaubten die slawischen Föderalisten die Verwirklichung ihrer Ziele gekommen. Trotz des geschlossenen Widerstandes der Deutschen, der schließlich auch die Stimmung der Massen beeinflußte, schritt das Ministerium unbekümmert auf der eingeschlagenen Bahn weiter, bis endlich die Vorstellungen der besorgten Beamtenschaft in den Zentralstellen und ferner das Eingreifen des ungarischen Ministerpräsidenten Andrássy auf die Krone einwirkten, während die erregten Demonstrationen in Wien die Aufmerksamkeit des Auslands auf die österreichischen Konflikte gelenkt hatten. Hohenwart mußte zurücktreten. Die tschechischen „Fundamentalartikel", die in der schroffsten Form ein föderalistisches Regierungssystem verkündigten, wurden auf das Bestimmteste zurückgestellt. Angesichts der schmähsüchtigen Erbitterung, zu der sich die tschechischen Führer hinreißen ließen, mußte auf die Krone und

Digitized by Google

auf die Regierung die Haltung der Polen einen vorteilhaften Eindruck machen. Sie zogen sich auf ihre Resolution wie auf eine sichere Festung zurück, ließen es an akademischen Beileidskundgebungen für die enttäuschten Tschechen nicht fehlen, nahmen aber eine Galizien geltende Stelle in der kaiserlichen Thronrede, mit der am 28. Dezember 1871 nach dem Sturze Hohenwarts und der Ernennung des verfassungstreuen Ministeriums Adolf Auersperg-Lasser-Unger die Reichsratssession eröffnet wurde, bereitwillig zur Kenntnis: „Insoweit die eigentümlichen Verhältnisse des Königreichs Galizien eine besondere Berücksichtigung in der Gesetzgebung und Verwaltung erfordern, wird Meine Regierung bereitwillig die Hände bieten, um die im Schoße der Reichsvertretung geltend gemachten Wünsche innerhalb der Grenzen der Einheit und Macht des Gesamtstaates zu erfüllen und hiermit diese Angelegenheit zu endgültigem Abschluß zu bringen." Auch die Adresse, mit der das Abgeordnetenhaus die kaiserliche Begrüßung beantwortete, zeigte die Absicht der deutschen Mehrheit, den Polen entgegenzukommen. Der Entwurf, der Herbst zum Verfasser hatte, äußerte sich über diese Frage in dem Satze: „Die Lösung des Reichsrates von den Landtagen und die dadurch bewirkte Sicherung und Kräftigung der Zentralvertretung wird es erleichtern, über die besondere Berücksichtigung Galiziens in der Gesetzgebung und Verwaltung, soweit solche durch die eigentümlichen Verhältnisse dieses Königreichs gefordert werden, die erwünschte Verständigung herbeizuführen und so diese Angelegenheit zugleich mit jener der Wahlreform zu endgültigem Abschluß zu bringen." Tatsächlich beschäftigte sich auch der Verfassungsausschuß abermals mit der galizischen Resolution und mit dem Entwurf, der unter den Ministerien Potocki und Hohenwart ausgearbeitet worden. Hatten selbst jene Regierungen es für notwendig gehalten, die Rechte der Zentralregierung vor einer allmählichen Zurückdrängung zu sichern, so war auch jetzt die verfassungstreue Majorität des Ausschusses darauf bedacht, diese schützenden Bestimmungen noch zu verstärken. Bezüglich der in Galizien bestehenden politischen Verwaltungsbehörden, die dem Landtag untergeordnet werden sollten, hieß es in der Umarbeitung: „Doch darf der Grundsatz nicht beirrt werden, daß die Entscheidung in eigentlichen Regierungsgeschäften, soweit überhaupt

Digitized by Google

die Vollstreckung nur von der Regierung bestellten Organen zustehe." Die polnischen Abgeordneten konnten also gewahren, daß man mit ihnen zu einem erschöpfenden Abschluß gelangen wolle. Aber sie haben wohl damals nicht an eine längere Dauer einer Regierung in verfassungstreuem, zentralistischem Sinne geglaubt. Sie beantworteten die ihnen von den Deutschen gemachten Anerbietungen mit spröder Zurückhaltung und mahnenden Hinweisen auf die Forderungen der Tschechen. Das Ministerium Adolf Auersperg jedoch gewann damals von Tag zu Tag eine festere Stellung, und die Durchführung der Wahlreform, die die Reichsratswahlen von den Landtagen für alle Zeiten unabhängig machte, wurde ohne Hilfe der Polen im Abgeordnetenhause durchgebracht. Eine witzige Äußerung des Ministers Unger, die damals in den politischen Kreisen umging, bezeichnet die verschlechterte Situation der Polen. „Wir haben den Herren", so soll Unger auf eine Anfrage bezüglich der Polen gesagt haben, „einen Platz im Wagen angeboten, um mitzufahren; sie haben es aber vorgezogen, überfahren zu werden." So ist denn diese letzte Umarbeitung der Resolution*) niemals Gesetz geworden.

Im Frühjahr 1873 konnte der erste aus direkten Wahlen hervorgegangene Reichsrat zusammentreten, und es entsprach der trotz aller slawophilen und deutschfeindlichen Episoden noch immer vorsichtig gebliebenen Politik der galizischen Vertreter, daß sie sich sofort mit der vollzogenen Tatsache und mit dem gänzlichen Fehlschlagen ihrer Resolutionspolitik abfanden. Ihr Wortführer bei der Adreßdebatte von 1873 war Dunajewski, der einige Jahre später als österreichischer Minister der finanziellen Entwicklung des Reiches neue Bahnen weisen sollte. Er erklärte, daß seine Landsleute den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen entschlossen seien und in Gemeinschaft mit der deutschen Mehrheit des Abgeordnetenhauses an der Arbeit zur Förderung der wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Interessen des Staates teilnehmen wollten. In der nächstfolgenden Landtagssession wollte Fürst Georg Czartorysski die Versammlung bestimmen, gegen die direkten Reichsratswahlen Verwahrung einzulegen; aber der Umschlag der Stimmung bekundete sich durch die sofortige Ablehnung seines Antrages. Wenige Monate vorher hatte auch die Re-

*) Bernatzik, S. 753 u. f.

Digitized by Google

gierung einen Akt vollzogen, der die Rücksicht, die sie auf die Polen nehmen wollte, deutlich kundgab. Ziemialkowski war als Minister ohne Portefeuille in das Kabinett berufen worden*). Seither haben die Polen es vermieden, eine grundsätzliche Reformpolitik bezüglich der Verfassung zu treiben. Sie haben es vielmehr verstanden, sich auf den Bodenbesitz, den ihnen die Verfassung eingeräumt, wohnlich einzurichten. Sie haben die wichtigen Zugeständnisse, die ihnen auf dem Wege kaiserlicher Verordnungen zuteil geworden, bestens ausgenützt, um eine tatsächliche Autonomie herauszubilden. Indem ihnen die polnische innere Amtssprache, die Verfügung in den Schulangelegenheiten und die nationalen Universitäten gegeben worden, hatten sie Verwaltungs- und kulturelle Gebiete gewonnen, die bei kluger Behandlung kräftig erweitert werden konnten, und ferner glaubten sie sich der Regierung und den Zentralbehörden so wichtig zu erhalten und so nützlich zu machen, daß sich allmählich die galizische Autonomie als ein organisch Gegebenes, als eine eingewohnte Institution der österreichischen Gesamtverwaltung einfügen konnte. Die wichtigeren Ernennungen erfolgten und erfolgen noch heute von den Zentralstellen, von den Ministerien aus, und mit ihnen erscheint eine jede namhafte Aktion der Verwaltung Galiziens an die Verfügungen des Kabinetts gebunden. Allein die Wiener Zentralstellen und die galizische Statthalterei verbindet ein sicher funktionierender Rapport, so daß es wohl Meinungsverschiedenheiten, aber keinen Streit geben kann, der über die stillen Zugeständnisse, deren sich Galizien erfreut, hinausgehen würde. Die Polen haben seit 1873 auf ihr verfassungsrechtliches Ringen verzichtet, dafür aber gleichsam ein Gewohnheitsrecht autonomer Verwaltung mit glücklichem Erfolg zu begründen gewußt. Sie haben längst jenes Postulat bestimmter Verwaltungspauschalierungen aufgegeben, aber aus dem

*) Der erste polnische „Landsmannminister" war, wie bereits bemerkt, Grocholski gewesen; er wurde am 11. April 1871 aus den Reihen der polnischen Abgeordneten als „Minister ohne Portefeuille" („Landsmann-Minister") ernannt. Dieser Vorgang wiederholte sich seither stets, doch ohne daß die Stellung dieses Ministers gesetzlich festgelegt worden wäre. Es ist daher unrichtig, von einem „Minister für Galizien" zu sprechen; verfassungsrechtlich ist derselbe lediglich ein „Minister ohne Portefeuille", und verfassungsrechtlich besteht keine Nötigung, einen solchen Minister zu ernennen. (Bernatzik, S. 757.)

Digitized by Google

Säckel des Gesamtstaates wiederholt die reichlichsten Zubußen für ihr Land zu erzielen gewußt. Welche gedeihliche Entwicklung Galizien durch den innigen Anschluß an die Gesamtmonarchie, zu dem sich seine Führer seit der Adresse vom Dezember 1866 entschlossen hatten, genommen, bringen die vergleichenden Ziffern der Statistik zu deutlichem Ausdruck. Der Landesvoranschlag für 1886 betrug noch 1158000 Kronen, im Jahre 1905 27211000 Kronen. In den Ausgaben von 1866 fehlt eine Betragsziffer für Förderung der Landeskultur und der Gewerbe gänzlich. 1905 beansprucht sie nicht weniger als 16% des Gesamtbudgets. Eine wichtige Belehrung liefern die Daten der Ausgaben für Unterrichtszwecke und für Straßenbau. Die ersteren fordern im Jahre 1866 je 5% des Budgets, 1905 fallen auf das Unterrichtsbudget 38, auf Straßenbauten 14%. Galizien besaß im Jahre 1866 2476 Volksschulen mit 3000 Klassen und mit der gleichen Anzahl Lehrer. 1903 zählt es 4556 Volksschulen mit 10600 Klassen und 10082 Lehrern. Die Ausgaben für den Volksunterricht betrugen noch im Jahre 1874 nicht mehr als 848000 Kronen. 1903 ist der Kostenaufwand auf 15700000 Kronen gestiegen. 1865 besaß das Königreich 555 km Eisenbahnen, im Jahre 1901 3584. Die wirtschaftliche Entwicklung bekundet sich in der Statistik der Sparkasseneinlagen, die im Jahre 1870 14000000 und 1900 187000000 betragen hat.

Ein Bild der tatsächlichen Autonomie, welche Galizien gegenwärtig besitzt, gewinnt man sofort, wenn man die Gliederung des dortigen Verwaltungslebens überblickt. Das Land kennt nur eingeborene Beamte. Die polnische innere Amtssprache beherrscht mit Ausnahme der Gendarmerieagenden sämtliche Gebiete. Die eigentliche politische Verwaltung sowie der Dienst der Justiz- und Finanzbehörden, die gesamte Unterrichtsleitung vollzieht sich, was die erste und die zweite Gliederung der Aufsicht und der Appellationsmöglichkeit betrifft, im Bereiche der galizischen Statthalterei und des Landesausschusses. Die Ernennungen der oberen Organe werden zwar von den Ministerien vollzogen, bzw. für den kaiserlichen Akt vorbereitet, aber Wahl und Vorschlag der Persönlichkeiten gehen von den Landesorganen aus. So unterliegen die gerichtlichen Entscheidungen der ersten Instanz der Revision der beiden Oberlandesgerichte in Lemberg und Krakau (Ost- und

Digitized by Google

Westgalizien), die Steuerrekurse der galizischen Finanz-Landesdirektion, die Schulangelegenheiten dem galizischen Landesschulrat. Nun bleibt die dritte und höchste Instanz den Wiener Zentralstellen, den Ministerien vorbehalten. Hier entscheidet im obersten Gerichtshofe ein galizischer Senat, und in sämtlichen Ministerien behandeln nahezu nur konnationale Referenten die aus Galizien eingelangten Akten, um sie der Entscheidung des Ministers zu unterbreiten. Eine ministerielle Entschließung oder Ernennung, die aus diesem Rahmen herausträte, würde sofort die ernste Aufmerksamkeit des galizischen Verwaltungskörpers in Anspruch nehmen und die reichsrätlichen Vertreter des Königreiches angelegentlich beschäftigen. Die Hochschulen, die Akademie und ferner die Kultuskorporationen tragen den ausschließlichen Charakter von Landesinstituten zur Schau. Jahrzehnte hindurch haben in Galizien die staatliche und die engere Landesverwaltung in intimstem Zusammenhang mit den Vertretern des Landes in beiden Häusern des Reichsrats und in der österreichischen Delegation zu arbeiten gewußt. Nach außen hin bot seit den Siebzigerjahren die gesamte politische Tätigkeit dieses Kronlandes Österreichs das Bild einer grundsätzlich abgeschlossenen Organisation, die sich einer vorzüglichen Disziplin erfreute. Selten nur bekam die Außenwelt von Meinungsverschiedenheiten und Krisen zu hören. Mitten in dem Gewirr der übrigen Parteien und Fraktionen erlangte der Polenklub des Abgeordnetenhauses durch die Einheitlichkeit seines Wesens und den mächtigen Rückhalt, den ihm die Landesregierung gewährte, eine Machtstellung, die durch die wiederholten Wandlungen in der Zusammensetzung des Hauses und auch zuletzt durch die wesentlich eingreifenden Änderungen, die die Wahlreform von 1906 herbeiführte, kaum berührt worden ist.

Während der durch viele Monate dauernden Verhandlungen des Reichsrats über diese Wahlreform hatte der Polenklub mit einem nachhaltigen Widerstand der Ruthenen zu tun, die als die Vertreter des zweiten Volksstammes, der Galizien bewohnt, eine Anzahl von Mandaten in Anspruch nahmen, wie sie ihrer Bevölkerungsziffer (3 000 000) und dem Flächeninhalt ihres Bodenbesitzes entsprechen sollte. Es kostete der Regierung große Mühe, hier zu einem Kompromiß zu gelangen, das von den Polen gutgeheißen, von den Ruthenen unter manchem Protest hingenommen

Digitized by Google

wurde. Die Polen erhielten schließlich 82 (statt wie bis dahin 72) Mandate; die Ruthenen schnellten von 10 auf 33 Mandate hinauf. Die ruthenische Frage bildet seit Jahrzehnten eine schwere Belastung der Polenpolitik; kein Versuch, im Landtag und Reichsrat über ihre Forderungen hinwegzuschreiten, hat diese Frage aus der Welt zu schaffen vermocht, und jeder Regierung droht ein innerer Konflikt zwischen ihrem Bestreben, sich mit der Polenpartei im Einverständnis zu erhalten, und der selbstverständlichen Pflicht, die Ruthenen vor allfälligen polnischen Verwaltungsübergriffen zu schützen. Doch die bedeutendsten unter den galizischen Politikern haben sich seit Jahren nicht die Wahrheit verhehlt, daß eine Lösung, oder wenigstens die Vorbereitung einer Lösung der ruthenischen Frage, zu einer dringenden Notwendigkeit geworden sei. Eben jener Statthalter von Galizien, dessen Leben dem Fanatismus eines ruthenischen Studenten verfiel, Graf Andreas Potocki, hat sich um diese schwierige Aufgabe redlich bemüht, und sein Nachfolger Bobrzinzki gilt als eine führende Persönlichkeit in dieser Aktion, ja seine Bemühungen und seine ernste Stellungnahme haben ihm seinerzeit sogar feindselige Demonstrationen seitens der Lemberger Universitätsjugend zugezogen.

Die nüchterne Realpolitik der Polen ist jedem österreichischen Staatsmanne bekannt, es mußte mit ihr stets gerechnet werden; denn die gute Disziplin, die im Polenklub des Abgeordnetenhauses herrschte, bot verläßliche Bürgschaften, und bei der Krone weiß sie sich in Geltung zu erhalten, weil die wichtigsten und empfindlichsten Teile des Budgets ihrer Bewilligung sicher sein konnten. Als im Herbst 1872 in Budapest die Delegationen tagten, und man eine wirksame Opposition gegen das erhöhte Militärbudget fürchtete, sagte Kaiser Franz Josef zu einem polnischen Delegierten: „Ich weiß, daß ich immer auf die Polen rechnen kann, und ich zähle auf sie.“ Tatsächlich sind seither wiederholt Staatsforderungen, wie das Budget des gemeinsamen Kriegsministeriums, nur durch die Verläßlichkeit der Polen ohne weitere Fährlichkeiten durchgebracht worden. Auch die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie hat auf die polnischen Stimmen innerhalb der österreichischen Delegation zählen dürfen. In den Jahren, die auf die letzte Revolution folgten, war die öffentliche Stimmung in Galizien von den Hoffnungen auf die

Digitized by Google

unruhige Politik Louis Napoleons und von dem Hasse gegen Rußland bestimmt. Schmerzlich überrascht stellte sie den Zusammenbruch zärtlich gehegter, heimlicher Erwartungen fest, als das zweite Kaiserreich in dem Kriege gegen Deutschland sein Ende nahm. Die Begeisterung, die die Tschechen Rußland entgegenbrachten, trug nicht wenig dazu bei, die führenden Männer in Galizien von einem engeren Bündnis zurückzuhalten. Wenn die galizischen Realpolitiker zu Hause von ihren radikalen Gegnern und Hitzköpfen angefeindet wurden, so halfen sie sich nicht selten mit dem Hinweise, daß die Bereitwilligkeit, für die österreichisch-ungarische Armee alle Mittel zu bewilligen, eine patriotische polnische Pflicht sei, weil die Monarchie gegenüber dem Anwachsen der russischen Macht in ihrer Wehrhaftigkeit geschützt werden müsse. Jener oberste Grundsatz der österreichischen Polenpolitik, die Staatsnotwendigkeiten zu bewilligen, erhielt sich auch trotz des Verschiebungsprozesses, der sich innerhalb der Machtverhältnisse in Galizien selbst vollzog. Durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung gewannen die Städte an Einfluß, während Hochadel und Gentry eine Schwächung ihrer Stellung erfuhren. Im Polenklub des Abgeordnetenhauses traten die Vertreter der städtischen Demokratie in den Vordergrund, die neuen Männer blieben aber den überkommenen Grundsätzen, nach denen sich die Behandlung der staatlichen Anforderungen richtete, getreu. Erst in den letzten Zeiten ward in der polnischen Presse und bei Parteiversammlungen eine kritische Auffassung laut, die die parlamentarischen Führer und jene Polen, die hohe öffentliche Stellungen in der Staatsverwaltung innehatten, besorgt machte. Die verschärften Maßregeln, die Preußen in seinen polnischen Landteilen zur Anwendung brachte, vor allem die Verfügungen wegen des Religionsunterrichtes, wurden in Galizien mit sichtlicher Erbitterung besprochen. Nationale und kirchliche Motive vereinigten sich hier. Hochadel und Klerus fanden sich mit den radikalen Elementen der Städte zusammen, die angesehenen konservativen Politiker verhehlten sich nicht den ungünstigen Eindruck, den die bedingungslose Bewilligung des auswärtigen Etats in der Delegation seitens der polnischen Vertreter machen mußte. Durften polnische Delegierte eine auswärtige Politik Österreich-Ungarns unbedingt gut heißen, die sich durch so innige Beziehungen mit jenem Deutschen

Digitized by Google

Reiche verknüpft erwies, in dem man die Polen so feindselig behandelte? Die Verehrung für den Kaiser Franz Josef, bei dem man seit langen Jahren die letzte Entscheidung in der auswärtigen Politik gewärtigte, und ferner die überzeugende Art des Grafen Ahrenthal mag bis jetzt laute Äußerungen solcher Bedenken verhindert haben. Doch als eine Möglichkeit muß man es gelten lassen — und in Lemberg wie in Krakau dürfte man diese Möglichkeit als eine hohe einschätzen —, daß diese gewichtige Anzahl von Stimmen der österreichischen Delegation einmal versagen könnte, wenn es sich um eine bedeutsame, gemeinsame Aktion Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches handeln sollte*).

Daß die polnischen Führer in Galizien Kraft und Willen zeigen, jene Realpolitik aufrechtzuerhalten, die vor 44 Jahren feierlich inauguriert worden war und die dem Lande die wichtigsten autonomistischen Errungenschaften eingebracht hat, das beweist die besonnene Haltung, die sie bezüglich der Feier des Tannenberger Gedenktages einzunehmen beschlossen haben und die in dem dieser Tage veröffentlichten Schreiben des Grafen Wodzicki**) zu klarem Ausdrucke gelangt ist. Selbst das stets rege Mitgefühl für die preußischen Stammesgenossen vermag sie nicht von der Linie ihrer Politik, die die „Renaissance Galiziens" heraufgeführt, abzudrängen. Die furchtbaren Lehren des Jahres 1863 sind ihrem Gedächtnis eingeprägt geblieben. Die Worte, mit denen einer ihrer bedeutendsten Publizisten, St. von Kozmian,***) seine beredte Schilderung jener letzten Erhebung abschloß, mögen am Ende der vorstehenden Ausführungen ihren Platz finden: „Die neue Schule" — gemeint sind die Realpolitiker, die den Namen der Stanczyken-Partei führten — „durfte den nationalen Fehlern und Leidenschaften nicht trauen; denn, wie immer gedämpft, glimmen sie doch fort, und stets finden sich Männer bereit, sie anzufachen. Es läßt sich nicht vorher sagen, wann und in welcher Gestalt sie mit erneuerter Kraft ausbrechen . . . Die Zeiten haben sich geändert und damit auch die Ansichten. Aber die Gefahren, die aus dem

*) Vgl. in dieser Hinsicht die bei R. Dmowski, „La Question Polonaise" (Paris 1909), S. 53 u. f. vorgetragenen Anschauungen.

**) Im Wortlaut wiedergegeben in der „Neuen Freien Presse" Nr. 16368 vom 17. März 1910, Abendblatt.

***) Das Jahr 1863, Wien 1896, S. 400 u. f.

Digitized by Google

Nationalcharakter entstehen könnten, sind stets bereit, wieder aufzuleben. Die polnische Gesellschaft wird sich den Weltströmungen und den Umwälzungen nicht entziehen können; vor den Gefahren derselben werden sie die Gesetze der neuen Partei zu schützen haben. Diese Aufgabe ist in jeder Beziehung schwer, wie überhaupt unter den politischen Fragen die polnische die meisten Schwierigkeiten bietet. Gerade deshalb würde es der Nation zur höchsten Ehre gereichen, wenn sie die vor und nach der Teilung begangenen Fehler gutmachen könnte. Die moralischen Faktoren, und vor allem das Gefühl der Verantwortung, mögen dazu den Hebel bilden!"

Digitized by Google

II.

Graf Julius Andrássy und die ungarische Politik.

Die Begründung des modernen Ungarn. Julius Andrássy als Minister des Äußeren.

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Begründung des modernen Ungarn.
(1910.)

Seit fünfzehn Jahren steht alle Politik Österreichs unter der unmittelbaren Einwirkung der krisenhaften Verhältnisse in den Beziehungen zwischen den beiden Reichshälften. Die tiefgehende Bewegung, die zur Katastrophe des Ministeriums Badeni geführt hat, entwickelte sich aus der an das Kabinett herangetretenen Notwendigkeit, die Erneuerung des siebenundsechziger Ausgleichs durchzuführen. Seither ist es kaum ein halbes Jahr lang auf diesem Gebiete ruhig geblieben. Auch nicht nach dem umfassenden Ausgleichswerk, das 1907 seine Vollendung erfahren. Die gesamte Parteienbewegung in Ungarn erscheint auf die kritische Behandlung des Verhältnisses Transleithaniens zur Gesamtmonarchie zugespitzt, und jede Fraktion glaubt zur Begründung ihrer grundsätzlichen Stellungnahme auf den Wortlaut jener fundamentalen Bestimmungen zurückgreifen zu können, die 1867 Deák und Julius Andrássy festgelegt haben. Eine ungemein zahlreiche Literatur hat bereits die Erörterung jenes Friedensschlusses hervorgebracht. Ein riesiges Material rechtshistorischer und politischer Interpretationen liegt schon vor, und nun sind zu dem bereits seit vierzehn Jahren vollendeten urkundlichen Werk Konyis, an das sich weitere Quellenpublikationen angeschlossen, in allerjüngster Zeit zwei großangelegte Arbeiten hinzugekommen, die eine Fülle wichtiger Dokumente und privater Aufzeichnungen darbieten und selbst durch Darstellung und kritische Untersuchung die Vorgänge und Verhandlungen von 1866 und 1867 besser und gründlicher verstehen lassen. Um die letzte Jahreswende hat Professor Eduard von Wertheimer den ersten Band seiner Biographie Julius Andrássy sen. erscheinen lassen*), der den schöpferischen ungarischen Staatsmann bis zur Übernahme des Auswärtigen Amtes 1872 geleitet. Um Ostern hat der Privat-

*) Graf Julius Andrássy, sein Leben und seine Zeit. Nach neuen Quellen von Eduard Wertheimer. Erster Band. Bis zur Ernennung zum Minister des Äußern. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart.

Digitized by Google

dozent an der Wiener Universität und Ministerialrat im österreichischen Ministerratspräsidium, Iwan Žolger, als Ergebnis mehrjähriger Studien, die sogar die Schaffung eines ganzen philologischen Apparates in sich faßten, eine urkundliche Darstellung der damaligen Ausgleichsverhandlungen, verbunden mit einer kritischen Vergleichung der vorliegenden Texte, gegeben, die in beiden Reichshälften zu eingehenden Erörterungen geführt hat*).

Professor von Wertheimer umfaßt mit vollem Herzen und Begeisterung seinen Stoff. Dieser erste Band seiner Andrássybiographie darf als eine Geschichte Ungarns seit der Niederwerfung der Revolution bis zum Regierungsantritt des Ministeriums Lonyay betrachtet werden. Schwer gedemütigt, aus tausend Wunden blutend, lag Ungarn nach der Revolution darnieder. Allmählich richtete sich die Hoffnung wieder auf, der Kampf mit dem bösen Österreich, welcher das marianische Königreich aus der Welt schaffen wollte, brachte immer wichtigere Erfolge, der Kaiser ward für einen, die Nation befriedigenden Ausgleich gewonnen, und die Trennung der Donaumonarchie in zwei Hälften, deren jede ihre selbständige Regierung erhielt, vollzog sich. Der Einfluß Ungarns auf die gemeinsamen Angelegenheiten erwies sich stärker als derjenige, den Österreich auszuüben vermochte. Ja, Ungarn sah sich auch veranlaßt, die Entwicklung der inneren Politik Zisleithaniens entscheidend zu beeinflussen. Einen gewissen Höhepunkt erreichte dieses Aufsteigen der ungarischen Macht mit der Ernennung Andrássys zum gemeinsamen Minister des Äußern. Innerhalb zweiundzwanzig Jahren hat sich diese großartige Umgestaltung, dieser Triumph des nationalen Magyarismus vollzogen, und sie stellt sich in zwei Persönlichkeiten dar. An die Seite des zähe ausharrenden, weisen Deáks ist ein weit jüngerer Gefährte getreten. Er wird der bewußte Held der Nation, er ist Oberst in der Revolutionsarmee, er ist der Vertraute Kossuths gewesen. Des Flüchtlings harrte in der Heimat die Hinrichtung. In dem Begnadigten vollzieht sich nach der Heimkehr jener Wandel der Auffassung, der von dem Revolutionsmann Kossuth zu dem zielbewußten Verteidiger der angestammten Rechte, Deák, hinüber-

*) Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn von Dr. Iwan Žolger, Privatdozent der k. k. Wiener Universität. Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot. 1911.

Digitized by Google

führt. Ganz im Sinne des älteren Freundes kämpft und siegt er im Zeichen der Aussöhnung mit der Dynastie und erringt für Ungarn eine Machtstellung, wie sie vor wenigen Jahren kein Ungar zu träumen gewagt. Als die Geschichte eines Helden nimmt Wertheimer sein Problem, und seine Darstellung ist im Charakter des Monumentalen gehalten. Wiederholt merkt man ihm die Freude an, den Ton einer nationalen Epopäe anzustimmen. Wir erhalten ein Heldenbildnis, dem jeder Zug, der etwa stören hätte können, sorgsam ferngehalten worden ist. Der Staatsmann, der Heros, der Franz Josef die Krone des heiligen Stephan aufsetzen darf, irrt sich nie. Er hat daheim und in Wien mit unangenehmen Gegnern verdrießliche Kämpfe zu bestehen, aber er bleibt stets Sieger. Mit untrüglicher Fernsicht sieht er die kommenden Dinge voraus, er ist der reinste Patriot, der loyalste Gegner. Um ein solches nationales Denkmal aufzuführen und mit einer Fülle reichen Lebens auszugestalten, hat der Autor ein höchst ansehnliches Material gesammelt. Er beherrscht die gesamte zeitgenössische geschichtliche Literatur, und er scheint auch in der umfangreichen magyarischen Publizistik des letzten halben Jahrhunderts sich gründlich umgesehen zu haben, wenn auch ein berufener Kritiker, wie Graf Stephan Tisza, ihm hier mit gewichtigem Tadel gegenübertritt. Wichtig für die allgemeine historische Forschung erscheinen zwei Hauptquellen, die Wertheimer für seine Darstellung zur vollen Verfügung gestanden. Das Andrássysche Archiv und die Briefschaften Andrássys, die in den Besitz seiner Tochter, der Gräfin Ilona Batthyany übergegangen sind, einerseits, andererseits die überaus wertvollen Aufzeichnungen eines Freundes und Vertrauten Andrássys, des Baron Béla Orczy, der in entscheidungsreichen Jahren als Sektionschef im Auswärtigen Amt wirkte. Dazu kommen noch Einzelberichte und Darstellungen von gutunterrichteten Persönlichkeiten, die Zeugen der in dem ersten Band geschilderten Begebenheiten gewesen sind.

Auf die Begabung des jungen Andrássy war schon der ausgezeichnete Patriot Graf Stefan Szechenyi aufmerksam geworden. Der Vater hatte eine für damalige ungarische Verhältnisse ungewöhnliche Bildung besessen, er hatte sich viel im europäischen Westen aufgehalten und sich in mancher öffentlichen Frage schriftstellerisch betätigt. Die Verwaltung der Güter war der Mutter,

Digitized by Google

die als eine energische, umsichtige Dame aus reichem, altadeligem Hause geschildert wird, überlassen geblieben. Der temperamentvolle junge Edelmann zeigt in den Komitatssitzungen seine treffliche Rednergabe und seinen schroffnationalen, also oppositionellen Standpunkt. Die Bewegung des Jahres 48 gibt dem sechsundzwanzigjährigen Politiker reichliche Gelegenheit, in der Öffentlichkeit hervorzutreten, und er ist stets an der Seite der radikalsten Führer zu finden. Julius Andrássy hatte deren Aufmerksamkeit und Beifall schon vorher durch die scharfe Kritik gewonnen, mit der von ihm eine programmatische Darstellung der ungarischen Dinge von seiten eines hochangesehenen Konservativen, des Grafen Emil Dessewffy, beantwortet worden war. Schon hier erscheint eine Richtung für den künftigen leitenden ungarischen Staatsmann gegeben: Seine grundsätzliche Gegnerschaft zu den politischen Anschauungen jener Adelsgruppe, die dann zu Anfang der Sechzigerjahre die Entscheidung in der ungarischen Frage herbeiführen zu können glaubte und auch später noch sich als wichtiger Faktor im ungarischen Reichstag behauptete, zu den Altkonservativen. Die jäh vorwärtsstürmende Entwicklung hatte unter dem Einfluß der Julirevolution gegenüber der ständischen Opposition, die vor allem in der ängstlichen Überwachung der alten Adels- und Komitatsrechte ihre Hauptaufgabe gesehen, eine wesentliche demokratische Kampfpartei erstehen lassen, die die nationalen Schlagworte mit dem kosmopolitischen Radikalismus verband. Man war nur einig in der Abneigung und Furcht vor einem energischen dynastischen Regiment, das etwa auf den rücksichtslosen Zentralismus Josefs II. zurückgreifen wollte. Das Andenken an die Gefahr jener Schreckenszeit verband sich mit einer haßerfüllten Vorstellung von einem tatkräftigen deutsch-österreichischen Beamtentum, wie es während des Waltens Maria Theresias und Josefs heraufgekommen war. Man war einig, was die Abwehr einer mächtigen höfischen oder administrativen Wiener Regierung betraf. Im übrigen gingen die Anschauungen jener Hochtories und der Jungen weit auseinander. Der Radikalismus gewann und behauptete 1848 die Oberhand. Unter seiner Führung kam es zum völligen Bruch mit der Dynastie, zur Revolution. Wir treffen Andrássy in der vertrautesten Umgebung Kossuths. Im Heer der Aufständischen bekleidet er den Rang eines Obersten, doch führen ihn

Digitized by Google

die diplomatischen Missionen, mit denen der Gubernator ihn betraut, vom Kriegsschauplatz hinweg, nach der unteren Donau und nach Konstantinopel. Dort traf ihn die Kunde von dem hoffnungslosen Ausgang der Erhebung und der Ächtung ihrer Leiter. Auch auf Andrássy harrte ein Todesurteil. Schon während der Verhandlungen, die er als Agent Kossuths in Konstantinopel führt, gerät er in einen Gegensatz zu seinem Chef, er enttäuscht ihn offenbar durch seine nüchterne Art, nur erreichbaren Zielen seine Anstrengungen zuzuwenden. In den Jahren des Exils vollzieht sich allmählich eine Loslösung Andrássys vom Programm Kossuths. Er lebt zumeist in Paris, und der junge schöne ungarische Rebell, der von der Familie in der Heimat reichliche Mittel zu einer standesgemäßen Lebensführung zugewandt erhält, ist dort ein wärmstens aufgenommener Gast der vornehmen Salons. Mit gründlicher Aufmerksamkeit hat er während dieser Jahre der Verbannung die auswärtigen Verhältnisse, und namentlich die orientalischen Angelegenheiten, beobachten gelernt. Selbstverständlich blieb er in innigster Fühlung mit seinem Vaterlande. Er war von den zentralistischen Bestrebungen Bachs und von den Strömungen am Wiener Hofe unterrichtet. Der dringende Wunsch des jungen Kaisers, eine Ordnung der Dinge in Ungarn herbeizuführen, die der Bajonette entraten konnte, verriet sich bereits damals durch einzelne Maßnahmen und Begnadigungen, und auch für Andrássy erschien der Tag, da er durch eine auf der österreichischen Botschaft abzugebenden Erklärung die Erlaubnis zur Rückkehr nach der Heimat erlangen konnte. Er hatte in Paris eine reizende Heimatgenossin aus ebenbürtiger Familie geheiratet, und das glückliche Ehepaar eilte mit Freuden aus dem Exil hinweg, um auf ungarischem Boden sich seine Häuslichkeit zu begründen.

Andrássy hatte nicht gegen seine Überzeugung gesündigt, als er dem österreichischen Botschafter Hübner seine Loyalitätserklärung überreichte. Die Wandlung, die seine politische Auffassung durchgemacht, war eine gründliche. Wenn Kossuth das ungarische Land durch seine Sendlinge durchziehen ließ, um einen neuerlichen Aufstand vorzubereiten und zu ermöglichen, hatte Andrássy den Glauben an eine erfolgreiche Erhebung verloren. Sein gesunder Wirklichkeitssinn bewahrte ihn vor den Phantastereien jenes selbstgefälligen Verschwörertums, das in Paris und London Pläne

Digitized by Google

über Pläne schmiedete. Ein deutliches Zeugnis für den Umschwung seiner Anschauungen gibt ein Artikel, den er November 1850 in der „Eclectic Review“ erscheinen ließ. Die Arbeit führte den Titel „Die gegenwärtige Lage und Politik Österreichs“ und war nicht unterzeichnet. Andrássy spricht zu dem Leserkreis der Westmächte, vornehmlich zu Engländern. Er ist bemüht, die Sache seines Vaterlandes in Verbindung mit der Weltpolitik zu bringen. Das absolutistisch regierte Österreich habe nur mit der Unterstützung Rußlands die Revolution niederwerfen können. Es sei auf Rußland angewiesen, wenn es sein zentralistisches Regierungssystem aufrechterhalten und ferner seinen nichtdeutschen Besitz dem deutschen Bund angliedern wolle. Dieses Österreich stellt er seinen englischen Lesern als eine Gefahr für das europäische Gleichgewicht dar. Aber auch die österreichischen Staatsmänner, die eine solche Politik verträten, sündigten gegen jene Orientpolitik, die dem Kaiserstaat und der Dynastie vorgezeichnet seien. Um den Zentralismus aufrechtzuerhalten, sei Österreich genötigt, mit Rußland einig vorzugehen, der zielbewußten slawischen Vormacht, die die Herrschaft über den Donaustrom und das Schwarze Meer anstrebe, Ziele, die England zur schärfsten Wachsamkeit zwingen müßten. Das Land, das mit seiner geographischen Lage, mit seiner nationalen Eigenart, mit seinen wirtschaftlichen Problemen auf eine richtige österreichische und habsburgische Orientpolitik angewiesen sei, Ungarn, liege jetzt darnieder, sei unterjocht und werde von den Wiener Staatsmännern argwöhnisch beobachtet. Eine gesunde österreichische Politik müßte Ungarn, für das die Erhaltung Österreichs den größten Wert hätte, seine Rechte wiedergeben, um sich von Rußland loslösen und gegen dessen orientalische Pläne sich wehren zu können. „Gebt den Ungarn“, so schließt der Aufsatz, „ihre historische Unabhängigkeit, und sie werden wieder von Anhänglichkeit erfüllt werden, und dies liegt im Interesse sowohl Europas als auch Österreichs und Ungarn.“ In den Zeiten, da die Schwarzenbergsche Politik auf der Höhe bedeutender Erfolge hielt, hatte Andrássy dies geschrieben. In Paris hatte er noch den jähen Niedergang der österreichischen Machtstellung gewahren können. Die diplomatischen Aktionen, die den Krimkrieg begleiteten, schlossen mit der Isolierung Österreichs. Palmerston wußte nicht genug harte Worte für die Haltung der Wiener Diplomatie zu

Digitized by Google

finden. Während der Unterhandlungen durfte Cavour das Wort über die italienischen Verhältnisse ergreifen, und der Bruch zwischen dem Wiener und dem Petersburger Hof wurde offenbar. Wenn man aber trotzdem in Wien den Friedensschluß von 1856 froh begrüßte, weil durch ihn gewisse Hoffnungen der Emigranten und Mißvergnügten gründlich vereitelt erschienen und das gegenwärtige Regierungssystem geschützt dastehe, mochten schärferblickende Beurteiler der Sachlage, zu denen Andrássy zählte, die Gefahren erkennen, die die Monarchie umdrohten. Noch in Paris tröstete er einen bekümmerten Landsmann mit dem Hinweis auf die begangenen Fehler der Wiener Regierung: „Es könnte sehr bald die Zeit kommen," meinte er, „wo man auf uns angewiesen ist." Die ungünstige auswärtige Stellung Österreichs nach dem Pariser Frieden ward nur zu bald offenbar. Hatte Cavour während der Verhandlungen mit Zustimmung Napoleons III. Österreich für die Abtretung Parmas und Modenas eine habsburgische Tertiogenitur in den Donaufürstentümern anbieten lassen — ein Antrag, der von dem Grafen Buol-Schauenstein frostig zurückgewiesen worden war —, so bewies die Haltung Frankreichs und Sardiniens bald darauf, daß auf dem von Österreich so mühselig und mit solchem Kostenaufwand behaupteten italienischen Boden der Monarchie ein Angriff bevorstehe. In dem Krieg von 1859 stand Österreich allein. Sein unglückseliger Ausgang bewirkte notwendigerweise einen Umschwung in der inneren Politik. Nicht nur im Lager Kossuths, sondern auch in Ungarn wurden die schlechten Nachrichten von den lombardischen Kriegsfeldern mit Genugtuung aufgenommen. Man erfuhr, daß die Stellung des bisher allmächtigen Staatsministers Bach erschüttert sei, und daß an eine neue Ordnung der inneren Verwaltung gedacht werde. Hatte sich die Stimmung der Opposition gegen die unzugängliche österreichische Beamtenregierung im Lande bisher nur in geheimen Konventikeln geäußert, so ward es jetzt lebendiger. Angesichts des zehnjährigen Drucks, mit seinen polizeilichen Begleiterscheinungen, hatte es bloß eine Opposition gegeben, deren einzelne Schattierungen nur den genauen Kennern vertraut waren. Jetzt wurden schon Parteigliederungen bemerkbar. In den Reihen jener Politiker, die vor allem ihre Aufgabe in dem unbedingten Festhalten an den Forderungen einer selbständigen Verwaltung erblickten, war die Partei-

Digitized by Google

leitung dem allverehrten Deák zuerkannt worden, der von einem zahlreichen Stab älterer und jüngerer Gesinnungsgenossen umgeben war. Hier erscheint auch Julius Andrássy, der sehr bald zu den Intimsten in der Umgebung Deáks zählte. Verständigung mit der Dynastie auf Grund einer Auseinandersetzung, die die Selbständigkeit und die Achtundvierzigergesetzgebung der Länder der ungarischen Krone verbürgte und eine feste Verbindung mit den österreichischen Erbländern bildeten die Kardinalpunkte dieser zahlreichen Gruppe. Aber auch radikalere Politiker, die mehr zur Personalunion hinneigten oder auch ganz schroff den Kossuthschen Anschauungen huldigten, unterhielten Verbindungen mit den Anhängern Deáks.

Die Ungewißheit der nächsten Zukunft ließ noch kein bestimmtes sachliches Programm zu. Eine volle Verwirklichung ungarischer Selbständigkeit war vom Wiener Hofe nicht zu gewärtigen, auf wieviel man verzichten müssen werde, war nicht abzusehen. Argwöhnisch beobachtete man sich gegenseitig bezüglich der Geneigtheit zu Zugeständnissen. Freilich konnte damals kaum mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Deáksche Gruppe zu Verhandlungen mit Wien herangezogen werden könne. Sie hatte keine Fühlung mit der Umgebung der Krone und galt für unnachgiebig bezüglich der Achtundvierzigergesetzgebung. Von jener Verlassenschaft des Revolutionsjahres wollte man in Wien nichts wissen, hatte man doch eine gewichtige, echt magyarische Partei zur Hand, mit der Krone und Regierung unterhandeln konnten, die eine gedeihliche Regelung der ungarischen Frage versprach, und die ebenfalls von dem Vermächtnis der Revolution nichts hören wollte. Das waren die „Altkonservativen", die jetzt in den Vordergrund traten. Die Wiederherstellung der Verfassungszustände, wie sie vor 1848 geherrscht, also die alte ständische Verfassung, war das Ziel der Partei. Wurde diese Forderung erfüllt, so hatte Ungarn nach ihrer Auffassung alles erlangt, was es wünschen konnte, und das alte Treueverhältnis zur Krone war wieder hergestellt. Dem Radikalismus der Männer von 1848 standen sie ebenso ablehnend gegenüber wie die Wiener Regierungskreise. Eine ausgedehnte Beteiligung des Volkes an dem Verfassungsleben erschien den Altkonservativen unnötig. Der Macht des ungarischen Hochadels, dem die Gentry willig folgen sollte, war ein genügender Spiel-

Digitized by Google

raum im Lande gesichert. Freilich mußten sich die Altkonservativen diese Zugeständnisse mit der Verpflichtung erkaufen, daß sie, d. h. Ungarn, sich bereit erklärten, einen gemeinsamen Reichsrat, in den die Landtage der übrigen habsburgischen Länder Abgeordnete entsenden sollten, ebenfalls zu beschicken. Wir halten hier vor dem Oktoberdiplom, jenem kaiserlichen Erlaß, der am 20. Oktober 1860 verlautbart wurde. Ein vornehmer ungarischer Staatsmann, ein Patriot, der 1852 trotz seiner hohen Stellung als ehemaliger Kronhüter zum Tode verurteilt worden war, Nikolaus Vay, hatte es als neuernannter ungarischer Hofkanzler mitunterzeichnet. Ihm zur Seite standen Männer von erstem Namen Politiker, die wie am Hofe, so auch im Lande wegen ihrer Kenntnis der Verwaltung, ihrer vornehmen Gesinnung und ihrer loyalen Überzeugung sich hohen Ansehens erfreuten. Wenn also der junge Kaiser und seine militärische Umgebung, wenn die österreichischen Regierungsautoritäten darüber erfreut waren, daß nun ein Ausweg glücklich gefunden sei, der Ungarn versöhne und gleichzeitig doch dem Zentralismus gebe, was zu geben sei, so war dies angesichts der ablehnenden Haltung, die die Oppositionsgruppen einnahmen, recht gut zu begreifen. Nur erlebten Hofburg und Regierung eine schwere Enttäuschung. Eine ansehnliche Zahl von Obergespanen, die der Hofkanzler Vay aus den Reihen der Opposition entnommen hatte, wie Melchior Lonyay, Koloman Tisza und Julius Andrássy, lehnten die Übernahme dieses Amtes höflich, aber bestimmt ab. Die Wahlen für den neuen Reichstag wurden am Graner Kongreß nicht, wie die Regierung es gewünscht hatte, nach der Wahlordnung von 1860, sondern nach der aus dem Revolutionsjahre stammenden vorgenommen. In wenigen Wochen gab sich ganz im Sinne der verneinenden Haltung der führenden Persönlichkeiten im Lande eine dem Oktoberdiplom geradezu feindselige Stimmung kund. Bald mußte auch in Wien eingesehen werden, daß die Altkonservativen die Sachlage ganz falsch beurteilt hatten und weder die Macht besaßen, die Führung an sich zu nehmen, noch irgendeine Aussicht, einen Teil der Opposition zu sich herüberzuziehen. Bezeichnend war der Ausgang eines politischen Diners in Pest, zu dem altkonservative Gastgeber einige Persönlichkeiten aus der Deákschen Gruppe geladen hatten, um für ihre Auffassung Anhänger zu werben. Gegen das Ende der Mahlzeit,

Digitized by Google

als das Gespräch sachlicher zu werden begann, suchten die Oppositionellen das Weite, und nur Julius Andrássy hatte den Mut zu bleiben und den bestürzten Gastfreunden deutlich zu erklären, daß an ein Zugeständnis, wie es die Beschickung des Reichsrates darstellte, nicht zu denken sei. So eindringlich sprach dieser jüngste unter den führenden Persönlichkeiten der Deákgruppe, so überzeugt und gegenständlich, daß der bereits erwähnte Graf Emil Dessewffy ihm vorschlug, er möchte, was er hier vorgebracht, dem Kaiser sagen, worauf Dessewffy die bedeutsame Antwort erhielt, das könne er nicht, denn der Monarch hätte gegenwärtig nur zu den Altkonservativen in Ungarn Vertrauen.

Das Oktoberdiplom wurde also für Kaiser Franz Josef eine bittere Enttäuschung. Der Regierungschef, der es unterfertigt, Graf Agenor Goluchowsky sen., machte der berufensten Persönlichkeit des Zentralismus, Anton von Schmerling, Platz. Die bittere Erfahrung, die die Krone und die Altkonservativen gemacht, mochte ein Josephinischer Politiker deutscher Herkunft, der in dem Ministerum der Paulskirche einst eine erste Stelle eingenommen, als eine lehrreiche Mahnung betrachten, daß ein derzeitiges Unterhandeln nicht denkbar sei. Noch stand das Land unter scharfer polizeilicher Bewachung, noch war es umspannt von der Wirksamkeit verläßlicher Bachscher Beamten. Eine kriegerische Verwicklung war derzeit nicht zu gewärtigen. Wenn dieses Ungarn, daß an so vielen Wunden blutend aus der Revolution hervorgegangen war, nach zehn Jahren die Hand der Versöhnung, die sich ihm dargeboten hatte, ausschlug, wenn die Bereitwilligkeit zu einer ansehnlichen Summe von Zugeständnissen, die die eigene Verwaltung verbürgten, zurückgewiesen wurde, weil das Angebotene an die Bedingung der Anerkennung der zentralen Reichsgewalt geknüpft war, dann mußte dieses undankbare Land die auf ihm lastende Zwangsherrschaft weiter dulden, bis seine störrischen Führer endlich die Hoffnungslosigkeit ihrer Auffassung einsehen müßten. Daß die Krone sich in ihrem guten Rechte fühlen durfte, dafür sprach die Anschauung, die der greise Metternich kurz vor seinem Ableben geäußert hatte. Der Staatskanzler von einst, durch seine Ehe mit einem altaristokratischen magyarischen Geschlecht verwandt, sollte sich dahin ausgesprochen haben, daß Ungarn mit seinem Aufstand seine ganze althergestammte Verfassung verwirkt habe.

Digitized by Google

Wertheimer stellt heute, wo es gilt, eine bereits gänzlich fernliegende und abgeschlossene Entwicklung zu schildern, das Unternehmen der Altkonservativen als ein von Anfang an völlig hoffnungsloses hin. Er urteilt, wie der noch junge heißblütige Andrássy die Sache 1860 ansah oder wenigstens angesehen wissen wollte. Von einer völligen Aussichtslosigkeit konnte keine Rede sein. Das Verhängnis der Altkonservativen war wohl in dem Mangel einer energisch zugreifenden und auch zäh ausharrenden staatsmännischen Persönlichkeit aus einem der vornehmeren Geschlechter zu suchen. Daß sie Aussicht gehabt, den ersehnten Erfolg zu erreichen, beweist eine von Wertheimer mitgeteilte Äußerung, die Deák getan haben sollte. Dieser nüchterne, klarsehende Rechner meinte damals, daß für ihn und seine „Achtundvierziger" die Rollen ausgespielt seien. Das Oktoberdiplom und dessen Anerbieten, betreffend die ungarische Verfassung in dem Umfang, den sie vor 1848 gehabt, zum Ausgangspunkt zu nehmen, von dem aus eine schaffensfreudige Opposition allmählich die vorenthaltenen Errungenschaften der Revolution wiederum erkämpfen konnte, lehnte die Deákpartei mit ihrem radikaler gesinnten Anhang ab. Deák betonte in schlichter Unerschrockenheit den Rechtsstandpunkt, den Fortbestand der Achtundvierzigerverfassung, die im gemeinsamen Zusammenwirken von Krone und Reichstag geändert, aber niemals einseitig aufgehoben werden könne. Ein jedes Abgehen von diesem Rechtsstandpunkt setzte sie der Verurteilung seitens des Radikalismus aus. Die Anhänger Kossuths, die mit allen möglichen Emigrantenkomitees in Paris, London und Italien in Verbindung standen und auch noch die leichtentzündbare Phantasie des Volkes beschäftigten, hätten mit Freuden diesen willkommenen Anlaß benützt, die Deákgruppe zu verdächtigen. Die Furcht vor dem nationalen Fanatismus und der politischen Verleumdung, die heute in Ungarn auch die besten und mutigsten Männer anfällt, machte sich eben schon damals geltend. Man war auch vielleicht in seiner Umgebung über die Wiener Verhältnisse, über die dortige schwankende Stimmung und die Möglichkeit unterrichtet, noch mehr zu erlangen. Und noch eine Erwägung mochte Deák und die Seinigen vor der Anerkennung des Oktoberdiploms warnen. Dieser Erlaß wollte, was er Ungarn gewährte, auch jedem der habsburgischen Erbländer zugestehen. Das hieß den Föderalismus in Österreich begründen und dem

Digitized by Google

slawischen Element zur Übermacht über das deutsche verhelfen. Eine Aussicht, die angesichts der slawischen Bevölkerungsteile in Ungarn selbst und angesichts der kroatisch-slawonischen Nebenlande geradezu eine Gefahr darstellte.

Die Altkonservativen aber setzten anfangs große Hoffnungen auf Schmerling. Von seiner harten Tatkraft erwarteten sie, daß er die Deákistische Opposition beugen, etwaige Unruhen und Kundgebungen im Sinne des achtundvierziger Programms rücksichtslos verfolgen und dadurch ihrem Programm zu einer nachträglichen Anerkennung und auch Volkstümlichkeit verhelfen werde. Schmerling wiederum ließ sich die altkonservativen Minister in seinem Kabinett gerne gefallen. Auch er rechnete mit dem schließlichen Erfolge eines scharfen Regiments, dem man die Bereitwilligkeit und die von der Krone vertrauensvoll gewährte Möglichkeit, auszuharren, ansehen konnte. Der liberale Zentralismus, wie er schon vier Monate nach Erlaß des Oktoberdiploms durch die Verfassung vom 26. Februar 1861 verkündet worden, mußte von Ungarn respektiert und der großösterreichische Reichsrat von ihnen beschickt werden. Dann war auf konstitutioneller Grundlage erreicht, was Schwarzenberg und Bach angestrebt, die habsburgische Gesamtmonarchie befestigt. Dann konnte man den Ungarn ihre patriarchalische Selbstverwaltung gewähren, wie die Altkonservativen sie sich wünschten. Einem Vay, Anton Seczen, Paul Sennyey konnte man vertrauen, und tatsächlich war bei diesen vornehmen Führern noch so etwas vorhanden, was als eine Anhänglichkeit für Gesamtösterreich geschätzt werden konnte, ein ererbtes Gefühl der Loyalität für das ganze Reich, wie es die Persönlichkeit Maria Theresiens etwa wachgerufen hatte. Schon bei der Deákpartei der sechziger Jahre ist von ähnlichen Imponderabilien nicht das geringste zu spüren. Zwar gestatteten die höflichen, gemessenen Formen, die der alte Deák allem Österreichertum gegenüber zur Schau trug, keinen Einblick in dessen Auffassung. Wer aber die Reden, Briefe und vertraulichen Äußerungen Andrássys aus jener Zeit übersieht, der gewahrt die Kühle, das harte Fremdgefühl, mit denen der ungarische vornehme Politiker und Patriot gemäßigter Richtung die österreichischen Dinge anschaut. Wir sehen, mit welch grausamer Unbefangenheit Deák, Andrássy und die Ihren die Aktionen Rechbergs und Schmerlings

Digitized by Google

verfolgten und deren Mißlingen feststellten. Während das gefühlsselige Deutsch-Österreich von einem unbändigen Respekt für das ritterliche Magyarenvolk beseelt war und seine Versöhnung herbeiwünschte, verzeichnete man jenseits der Leitha jeden Fehlschlag, jede neue Verlegenheit mit Genugtuung. Die Führer sahen, wie das Reich den Katastrophen von 1866 zuglitt, und schienen nur von einer freudig ungewissen Spannung beseelt, was sich dann für sie ergeben werde. Bei den Reichstagswahlen von 1860 hatten sich die Anhänger Kossuths das Vergnügen geleistet, angesichts des verlorenen italienischen Krieges Napoleon, Garibaldi, Cavour als Kandidaten zu nominieren. Jetzt fand sich keine gewichtige Stimme, die das Freischärlerunternehmen Klapkas, der mit Bismarckischem Gelde an Seite der preußischen Armee ins Feld zog, gerügt hätte.

Die völlige verstandesmäßige Nüchternheit aller Parteimaßnahmen Deáks und Andrássys mußte hier ausführlicher festgestellt werden, um ihre bereits zu jener Zeit beginnende, legislatorische Tätigkeit zu würdigen. Gegenüber der Macht des großösterreichischen Staatsgedankens sollte die Unabhängigkeit Ungarns, sollte seine Verfassung für alle Zeiten verkündet und gesichert werden. War aber der ungarische Staat im unteren Donaubecken aufgerichtet und wollte er eine Mission, die sein Bestehen vom weltpolitischen Standpunkte rechtfertigte, erfüllen, dann bedurfte er der festen Verbindung mit der großen Hausmacht der Dynastie. In den pragmatischen Sanktionen hatten die ungarischen Stände das unzertrennliche Verhältnis zu den Erblanden verlangt, weil dies ihnen die Abwehr der Türkengefahr verbürgte. Auch im Staatssystem des 19. Jahrhunderts bedurfte das selbständige Ungarn eines ähnlichen Rückhalts. Diese Überzeugung ist ein Leitstern Deáks gewesen, und daß Andrássy dies frühzeitig erkannt, beweist jener bereits erwähnte Aufsatz in der „Eclectic Review“ vom Jahre 1850. Die Sorge des aufbauenden Patrioten mußte aber weiter reichen. Wenn das selbständige Ungarn erst durch die Erblande in eine Großmachtstellung einrückte, wenn es deren Armee, wenn es deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit benötigte, dann mußte es sich auf allen diesen Gebieten eine Sphäre mächtigen Einflusses sichern. Also auf der einen Seite völlige Loslösung von Österreich, auf der anderen Seite wiederum eine Ver-

Digitized by Google

bindung von solcher Innigkeit, daß die leitenden Staatsmänner Ungarns über die Kraft Österreichs nach Bedarf verfügen konnten. Auswärtige Politik, Handels- und Finanzpolitik und das Heerwesen mußten daher gemeinsam bleiben. Damit schien die unausweichliche Notwendigkeit einer gemeinsamen Vertretung gegeben, und damit war man ja wiederum bei einem Verfassungsgebilde, wie es der so verhaßte „Reichsrat" war, angelangt. Das war es, was durch Jahre hindurch den scharfsinnigen und unbeugsamen politischen Denker Deák beschäftigt hatte. Es schien kein Ausweg aus diesem Dilemma möglich. Andrássy glückte es, einen zu finden. Im Mai 1865 waren in einer Wiener Zeitung einige Artikel erschienen, die sich mit der Frage der gemeinsamen Angelegenheiten gelegentlich einer Verständigung mit Ungarn beschäftigten. Die Ausführungen waren einem Gespräch mit Deák entnommen, und diese Tatsache ward bald in Pest bekannt, ebenso wie in Wien, wo die Artikel das Interesse des Kaisers erregten und die Regierungskreise angelegentlich beschäftigten. Zwar wurde darin der Begriff eines Zentralparlaments abgelehnt, und damit der bestimmte Gegensatz gegenüber der Schmerlingschen Verfassungsreform betont, aber Deák stellte sich jetzt zwei „ebenbürtige", gleichbedeutende und gleichberechtigte Faktoren vor, die Deputationen mit den nötigen Vollmachten versehen sollten, und diese beiden Deputationen hatten sich miteinander und mit der Krone über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu verständigen. Wäre eine Verständigung nicht zu erreichen, so sahen die Artikel die Bestimmung vor, daß die Deputationen vereint mit Stimmenmehrheit maßgebende Beschlüsse fassen sollten. Diese Artikel trafen Andrássy auf seinem Landgut. Er eilte sofort nach Pest, um in mündlicher Auseinandersetzung dem verehrten Führer seine tiefernsten Bedenken zu offenbaren. Ein gemeinsames Beraten unterscheide sich nur dem Namen nach vom Reichsrat des Oktoberdiploms, und die Entwicklung zu einem Zentralparlament lag auch nicht fern. Nach einigen Tagen sichtlich zur Schau getragener Verstimmung ließ sich Deák Andrássys Vorschläge in geheim gehaltener Verhandlung erklären. Andrássy verlangte zwei Delegationskörper, gewählt durch den ungarischen Reichstag und den österreichischen Reichsrat. Bei Meinungsverschiedenheiten sollte der Weg schriftlicher „Nuntien" betreten werden. Eine gemeinsame

Digitized by Google

Beratung müsse, wie bereits bemerkt, wegen der eisernen Notwendigkeit, ein jedes gemeinsames Tagen zu vermeiden, ausfallen. Deák billigte jetzt den Entwurf des jüngeren Freundes, und nun erschien für die Partei die Institution, welche die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in Zukunft darstellen sollte, festgelegt. (Auch Andrássy freilich ist schließlich über einen Rest gemeinschaftlichen Entscheidens nicht hinweggekommen. Das bestehende Statut der Delegationen sieht im Falle einer nicht zu hebenden Meinungsverschiedenheit eine gemeinsame Abstimmung ohne jegliche Debatte vor, wobei die Stimmenmehrheit entscheidet.)

Fünfzehn Tage nach der Schlacht bei Königgrätz stieg im Gasthof eines Wiener Vororts ein Reisender aus Ungarn ab, der sich als „Advokat Ferenczy" in die Fremdenliste eintrug. Am anderen Tag wurde der Ankömmling vom Kaiser in der Hofburg empfangen. Es war Deák. Am 9. Juli war Kaiserin Elisabeth nach Pest gefahren; die hohe Frau, der man in Ungarn seit ihrer Vermählung warme Sympathien entgegengebracht, hatte die Mission, ihrem kaiserlichen Gemahl ein unbefangenes, treues Bild der Stimmung in Pest zu geben. Die Altkonservativen schienen von der Krone aufgegeben, wenn sie auch noch entschlossen waren, ihre Stellung als die berufenen Vertreter Ungarns in der Wiener Regierung zähe zu verteidigen. Noch vor der Reise Deáks hatte eine Begegnung zwischen dem Altkonservativen Tavernicus Sennyey und Andrássy stattgefunden, und der letztere war im allerhöchsten Auftrage gefragt worden, was unter den jetzigen Umständen sein Programm wäre. Sennyey erhielt die ungemütliche Antwort: „Der erste Punkt meines Programms ist, daß Ihr anderen Platz macht, solchen, die das Vertrauen der Nation besitzen; da ist Deák, bekleidet ihn mit der Verantwortlichkeit und es wird gehen." Wütend sprang Sennyey auf: „Du sagst, Ihr könnt gehen und Ihr denkt, daß der Kaiser Euch annehmen soll? So weit sind wir noch nicht, daß wir uns fortpacken und Ihr mit Triumph einzieht." Es war aber so weit gekommen, und Deák unterbreitete in der Audienz vom 19. Juli dem Monarchen die Forderungen Ungarns.

Im Dezember 1865 hatte der kaiserliche Hof während der Pester Reichstagsverhandlungen längeren Aufenthalt in der ungarischen Hauptstadt genommen. In der Thronrede vom 14. De-

Digitized by Google

zember war als erste Aufgabe der Session „die Bestimmung der Verhandlung und Behandlung der mit den übrigen Ländern und Provinzen des Reiches gemeinsamen Angelegenheiten" bezeichnet. Auch der Reichstag war auf diesen Wunsch der Krone eingegangen, und am 28. Februar hatte Deák den Antrag gestellt, daß ein Ausschuß vom Hause gewählt werde, der die Vorschläge über die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten ausarbeiten solle. Im März trat dann dieser aus 67 Mitgliedern bestehende Ausschuß zusammen. Er wählte den Vizepräsidenten des Reichstags, Julius Andrássy, zu seinem Vorsitzenden. Es wurde beschlossen, nicht an eine sofortige Detailausarbeitung heranzutreten, sondern ein aus 15 Mitgliedern bestehendes Subkomitee mit dieser Aufgabe zu betrauen, das dann mit einem fertiggestellten Entwurf dem Ausschuß Bericht zu erstatten habe. Im Hinblick auf die immer ernster drohende Kriegsgefahr betrieb Deák die Beschleunigung der Arbeiten. Am 26. Juni erschien das Werk dieses Subkomitees, das unter der Bezeichnung „Gutachten" vorgelegt wurde, fertiggestellt. Vier Mitglieder, die aus der radikalen Gruppe („Tiger") in den Ausschuß entsendet waren, darunter Koloman Tisza, erstatteten ein Separatgutachten. An demselben Tage erfolgte die Vertagung des Reichstags. Während der ersten Monate des Jahres 66 hatte der Kaiser in Pest wiederholt Gelegenheit gehabt, in mündlichem Gespräch mit den führenden Persönlichkeiten des Reichstags über die Notwendigkeit und die erforderlichen Formen dieser Vereinbarungen zu sprechen. In jener Audienz vom 18. Juli, zu der die Berufung Deáks nach Wien erfolgt war, entwickelte der Führer der nun als wichtigsten anerkannten Partei das Ausgleichsprogramm. Er erachtete die Ernennung eines ungarischen Ministeriums für geboten und nannte als die geeignetste Persönlichkeit, die Leitung derselben zu übernehmen, Andrássy, der auch sofort ersucht wurde, nach Wien zu kommen. Gleichzeitig war Andrássy auch von der Kaiserin, welche die Verhandlungen mit ernster Aufmerksamkeit verfolgte, ebenfalls bezüglich seiner Berufung verständigt worden.

Wertheimer gibt seiner Bewunderung der vornehmen Denkungsart Deáks und seiner Freunde dadurch Ausdruck, daß er den Eindruck der Audienz auf Kaiser Franz Josef kennzeichnet: Auf den Kaiser habe es stark eingewirkt, daß Deák nach Königgrätz

Digitized by Google

nicht mehr verlangt habe, als im Juni von dem Fünfzehner-Ausschuß festgelegt worden. Man sollte es aber vermeiden, mit Gefühlswerten zu arbeiten, wenn es sich um Verhandlungen von Macht zu Macht handelt. Deák, Andrássy und die Ihren waren auch bereits im Juni mit ihren nationalen Forderungen bis zu der Grenze gegangen, die Deák selbst gezogen. Was darüber hinausging, erachtete er offenbar als eine Gefahr für Ungarn selbst und drohte diesem seinem Vaterlande den sicheren Rückhalt zu entziehen, den die unzertrennliche Verbindung mit Österreich seiner Entwicklung gewährte. Im Laufe der Jahre hat eine unselige Zerrüttung des Parteiwesens einen Fanatismus der nationalen Ideen und anderseits eine Technik der Verdächtigungen aufkommen lassen, daß solche nüchterne Erwägungen, wie sie Deák geleitet, nur mehr selten laut werden dürfen. Die magyarischen Heißsporne von heute wollen die Grenzlinien, die die Führer der Nation damals selbst gezogen, nicht mehr anerkennen und betreiben bei der Krone die Erfüllung von Forderungen, die für das Land gefährliche Krisen heraufbeschwören können, Krisen, die Deák, der die Dinge von Achtundvierzig miterlebt, fürchten mochte. Sein klarer Blick hatte ihm offenbart, was er verhüten mußte. Er hat sicherlich nicht in einer Art von romantischem Edelmut die Hofburg, die eben unter dem Eindruck verlorener Schlachten stand, schonen wollen. Ihn leitete die gewissenhafte Überzeugung, daß ein Mehr an nationalen Errungenschaften, die den Zusammenhang mit Österreich noch stärker gelockert hätten, zum Verhängnis für Ungarn werden konnte.

Mit der Berufung Andrássys zum Kaiser beginnt jene Reihe von Verhandlungen, die nach manch schwierigem Zwischenfall zum Ausgleich von 1867 geführt haben. Und weil damals die Grundlage der österreichisch-ungarischen Monarchie von heute geschaffen worden ist, weil alle Erörterung des Verhältnisses zwischen Ungarn und Österreich auf die Auslegung des damals geschlossenen Vertrages zurückgreifen muß, ist der Verlauf der Verhandlungen wiederholt und ganz besonders in allerjüngster Zeit zum Gegenstand zahlreicher kritischer Studien und auch parteimäßiger Behandlung gemacht worden. In Ungarn bestand bereits eine ganze Literatur über die Ausgleichsgeschäfte, als man in Österreich in den politischen Kreisen mit einer genaueren Untersuchung der

Digitized by Google

voneinander abweichenden Texte und einer staatsrechtlichen Prüfung der einzelnen Bestimmungen begann. Über das Zustandekommen des Ausgleichs hat Wertheimer eine ausgezeichnete Quelle benützen dürfen, die über die Stimmungen in der Hofburg und innerhalb der Wiener und Pester Kreise reichliche Aufklärung gibt. Der Biograph Andrássys hat nämlich im preußischen Staatsarchiv die Berichte der Wiener Gesandtschaft benützen können, und was Wertheimer namentlich aus den Meldungen des Herrn von Werther zitiert, zeugt von der scharfen Aufmerksamkeit, mit der diese Vorgänge in Berlin beobachtet worden sind, und welche Bedeutung man ihnen zuerkannt hat. Für den Werdegang der Texte, also für eine innere Entwicklung der Verhandlungen hat die bereits erwähnte Untersuchung Žolgers eine Arbeit geleistet und ein Material geboten, die für alle weiteren Studien den Ausgangspunkt bilden müssen. Wenn die Ungarn sich bisher auf ihre staatsrechtliche Literatur berufen durften, die wegen des schwierigen, magyarischen Idioms nur kümmerlich benützt werden konnte, so hat Žolger mit seiner gründlichen Kenntnis der ungarischen Sprache sich eben auf diesem Gebiet das Verdienst erworben, eine peinlich genaue philologische Kritik des Textes zu leisten. Durch Žolger erhält die deutsche Geschichtsforschung auch den nötigen Einblick in die Strömungen, wie sie bezüglich der staatsrechtlichen Auffassung des Ausgleichs in Ungarn zum Ausdruck gelangt sind. Ja, es ist Žolger auch gelungen, manche Ansichten und Dogmen, die da vertreten erscheinen, auf ihre Entstehung zurückführen zu können.

Auf den Werdegang und das schließliche Ergebnis der Verhandlungen von 1867 greift auch der nationale Radikalismus in Ungarn zurück, wenn er seine Berechtigung begründen will, die Verbindung mit Österreich zu lockern oder sie auf eine Form der Personalunion zu beschränken. Seine Auslegung der Siebenundsechziger Ausgleichsbestimmungen geht dahin, die Vertragseigenschaften des Ausgleichs in Abrede zu stellen und den Ausgleich als ein Übereinkommen, geschlossen mit der Dynastie und nicht mit Österreich, hinzustellen. Es zeigt sich hier ein merkwürdiger Wandel der Anschauungen. Der Führer, der Begründer der Ausgleichsaktion in Ungarn, Deák hat, geleitet von den ernsten Erfahrungen der Jahre 1848 und 49 eine Voraussetzung als

Digitized by Google

unbedingt notwendig für den ganzen Ausgleich erachtet, nämlich verfassungsmäßige Zustände in Österreich, damit der Ausgleich von den parlamentarischen Vertretungen beider Teile angenommen und sanktioniert werden könne. Schon jene Maiartikel Deáks, in denen er die Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten erörterte, beweisen diese grundsätzliche Überzeugung. Dadurch erst, daß der Ausgleich Verfassungsgesetz wurde, mag er dem erfahrenen Kenner altösterreichischer Verhältnisse als gesichert erschienen sein. Sein Programm, wie das Andrássys, den er in jener Audienz vom 19. Juli 1866 als den berufenen Mandatar Ungarns dem Kaiser bezeichnet hatte, ging dahin, daß das „Gutachten" des Fünfzehner Ausschusses die Grundlage der Verhandlungen bilden müsse. Nachdem der Kaiser es geprüft, sollte es von der damaligen Wiener Gesamtregierung durchberaten werden. Wenn dann die Bestimmungen endgültig festgestellt waren, hatte es der österreichische Reichsrat und dann erst der ungarische Reichstag, dem es ein ernanntes ungarisches Ministerium vorlegen sollte, zu erledigen. Ob dann dieser Ausgleich als ein „Vertrag" bezeichnet werden konnte oder einem anderen Rechtsbegriff unterstellt werden mußte, darauf kam es nicht an, sondern auf die Tatsache, daß ein Gesetzentwurf, ausgearbeitet von einem Ausschuß des ungarischen Reichstags, mit Genehmigung der Krone vom österreichischen Reichsrat wie vom ungarischen Reichstag durchberaten und sanktioniert worden war. Die Ausführung dieses Programms erfuhr eine Verkümmerung, der sich Deák sicherlich nur mit einem gewissen Gefühl der Enttäuschung und des Unbehagens gefügt hat. Nachdem nämlich der Ausgleich in Verhandlungen, die zu Wien vom Ministerium Belcredi mit den Vertretern der ungarischen Reichstagsmehrheit über das Elaborat des Fünfzehner Ausschusses geführt wurden, zur Beratung gelangt war, entstanden Schwierigkeiten, hervorgerufen durch Belcredi und die ihm gleichgesinnten Ministerkollegen, die mit ihren Bedenken den Hof beeinflußten. Auch der indessen berufene neue Minister des Äußern, Beust, paßte sich der Auffassung Belcredis anfangs an. Man glaubte, die Ungarn noch immer zur Beschickung eines Zentralparlaments bringen zu können. Erst im Februar 1867 wurde diese Hoffnung aufgegeben, Beust schwenkte mit der bei ihm bekannten geschmeidigen Sorglosigkeit zu den

Digitized by Google

Ungarn hinüber. Ihm erschien jetzt für die Festigung seiner Stellung offenbar gedeihlicher, sich auf die Ungarn zu stützen. In Österreich mochte er sich unsicher fühlen, weil er, der Fremde, hier in den Kampf hinein versetzt wurde, den die deutschen Anhänger der zentralistischen Februarverfassung mit dem zum Föderalismus hinneigenden, slawenfreundlichen Minister Belcredi führten. Vielleicht hatte er auch im Verkehr mit seinen Ministerkollegen gemerkt, daß die Ausgleichsaktion hier durchkreuzt werden könnte. So rückte er denn bei seinem Aufenthalt in Pest (20. Dezember 1866) mit dem Vorschlag heraus, den Ausgleich „zu perfektionieren", ohne vorherige Mitwirkung des Reichsrats. Darauf ging Andrássy schleunigst ein. Ende Januar erschien Andrássy in Wien. „Man müsse aus dem ungarischen Ausgleich eine vollendete Tatsache schaffen," so äußerte er sich bei einer Audienz in der Hofburg. Beust hatte sich indessen mit den Führern der Deutschen über Belcredi hinweg verständigt, sicherlich mit Zustimmung Andrássys, der ja ebenso wie Deák, in Zisleithanien den Deutschen die Vorherrschaft zuerkannt sehen wollte und die slawischen Stimmungen der gegenwärtigen Regierung bedenklich finden mußte. So kam es zu Ministerkonferenzen in den ersten Tagen des Februars, in denen der wiederum aus Pest nach Wien zitierte Andrássy erklärte: „Man möge sich mit den Deutschen einigen, ob sie das Elaborat mit Bezug auf ihre eigene Verfassung akzeptieren, wenn ja, so soll es ihnen vorgelegt werden, nicht zum Zwecke der Begutachtung, sondern damit sie danach die Februarverfassung auf konstitutionellem Wege abändern." Andrássy und Beust siegten. Belcredi sah sich überrannt. Er und die mit ihm verbündeten ungarischen Altkonservativen konnten gegen die Vollendung der Ausgleiche, zu der die Dinge heranreiften, nichts mehr unternehmen, denn mit der Annahme dessen, was Andrássy vorgeschlagen, erschien sowohl die ungarische Verfassung von 1848 wiederhergestellt, als in Österreich der deutschliberale Zentralismus wieder zur Herrschaft berufen. Belcredi fiel. Am 17. Februar erneuerte ein königliches Reskript die ungarische Verfassung und ernannte Andrássy zum Ministerpräsidenten. Aber noch am 14. April 1867 vertrat Deák die Ansicht, das Elaborat im Reichstage erst zur Verhandlung gelangen zu lassen, nachdem seine Annahme im österreichischen Reichsrat erfolgt sei. Als die

Digitized by Google

Einberufung des Reichsrats immer weiter hinausgeschoben wurde, fügte er sich in die Taktik Andrássys. Seine Haltung während der ganzen Aktion vom Dezember 1865 bis in das Frühjahr 1867 ist ein vollgültiges Zeugnis für seine Auffassung, daß der Ausgleich zuerst unmittelbar mit der Krone, dem Zweck nach aber mit Österreich abgeschlossen worden ist.

Wenn Andrássy auf Beusts Vorschlag eingegangen und von der Vertretung Österreichs nur die nachträgliche Anerkennung beansprucht hat, wenn er darauf verzichtet hat, das Ausgleichsgesetz gewissermaßen organisch auch in Österreich Wurzel fassen zu lassen, so mag dies der bereits nervösen Unruhe und Ungeduld zuzuschreiben sein, die die ungarischen Politiker schon durch Monate wechselnder Hoffnung und Enttäuschung beherrschte. Er begnügte sich also mit der definitiven Annahme des Gesetzes durch den Reichsrat. Die Wahrung eines österreichischen Standpunktes hatte bereits insofern stattgefunden, als ja das Fünfzehner-Elaborat, wie bereits bemerkt, in den gemeinsamen Wiener Konferenzen (August/September 1866 und zu Beginn 1867) durchberaten wurde. Als Vertreter der ungarischen Reichstagsmajorität, die als die Schöpferin des Elaborats betrachtet werden konnte, nahmen zuerst Andrássy und Lonyay und später als Dritter der rühmlichst bekannte Patriot, Politiker und Dichter Eötvös teil. Die Ergebnisse dieser Konferenzen, insofern sie in Abänderungen des Textes bestanden, sind von der Leitung der Deák-Partei bei den Verhandlungen im ungarischen Reichstage mittels der Form von Initiativanträgen der Parteimitglieder eingebracht und durchgesetzt worden. Über diese gemeinsamen Konferenzen ist daher fast gar nichts bekannt gewesen. Erst Zolger wird ihrer Bedeutung gerecht, denn wenn von den ungarischen Teilnehmern auch über sie hartnäckig geschwiegen und ihren Resultaten in der gefälligeren Form jener Initiativanträge Geltung verschafft worden ist, so beanspruchen sie schon als Tatsache ihre Wichtigkeit, weil damit die Auffassung, der heute seitens der ungarischen Mehrheit das Ausgleichswerk von 1867 begegnet, und die vor allem von der stärksten politischen Persönlichkeit des heutigen Ungarns, Stefan Tisza, vertreten wird*), eine erschöpfende und formale Widerlegung erfährt.

*) „Jung Ungarn", 7. Heft: Graf Stefan Tisza, Ein österreichisches Werk über den 67er Ausgleich (Juli 1911).

Digitized by Google

Unter dem Drucke eines unbekümmerten nationalen Radikalismus befindlich, droht die Auffassung der ungarischen Politiker von heute den Boden zu verlassen, den Deák und mit ihm Andrássy für eine nationale Entwicklung, unter Rückhalt eines ersprießlichen Verhältnisses mit Österreich, sorgfältig geebnet und befestigt haben. Deák hat, wie dies aus zahllosen Äußerungen in Reden und Schriften zu erweisen ist, den Ausgleich von 1867 als einen Vertrag betrachtet, der bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten „beide Staaten gegeneinander verpflichtet". „Die Verteidigung und Aufrechterhaltung der gemeinsamen Sicherheit mit gemeinsamen Kräften ist eine gemeinsame und wechselseitige Verpflichtung," so heißt es im § 2 des Ausgleichgesetzes, und jenes bedeutsame kaiserliche Handschreiben vom 17. Oktober 1889, das im Sinne einer ungarischen Forderung bestimmt, daß Armee und Marine künftighin die Benennung „kaiserlich und königlich" anzunehmen haben, spricht von der „Einheit und Unzertrennbarkeit des gemeinsamen Heeres und der Kriegsmarine, wie diese, kraft der auf den Grundprinzipien der pragmatischen Sanktion errichteten und hieraus abgeleiteten Gesetze des Jahres 1867 grundsätzlich und endgültig festgestellt wurde" *). Die Vertragsnatur, die „wechselseitige", die für beide Teile bindende und jede einseitige Veränderung ausschließende Kraft des Abkommens, wird heute bestritten, als nichtbestehend verneint. Der Ausgleich, meint Tisza, wäre eine Verständigung mit dem Monarchen gewesen, nicht mit Österreich. Die Zustimmung des Reichsrats hätte für Ungarn keine Bedeutung gehabt, Österreich wäre auch an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen. Stefan Tisza bekämpft die Darstellung Žolgers, das neue Material, das diese Untersuchung darbietet, benutzt er nach selbstherrlichem Gutdünken. Er übersieht die Tatsachen, die seinen Schlußfolgerungen im Wege stehen.

Geht man seinen Ausführungen nach und vergleicht sie mit dem Urkundenmaterial, das nun über die Entstehung des Ausgleichs vorliegt, so entdeckt man die geschichtliche Begründung des Standpunktes, den Stefan Tisza einnimmt. Ein Stück Familientradition mag auch dabei im Spiele sein. Wie bereits erwähnt,

*) Bernatzik, Studienausgabe der österreichischen Verfassungsgesetze. Wien 1911.

Digitized by Google

hat sich in der Minorität des Fünfzehner-Ausschusses, die ein besonderes Gutachten über den zu schließenden Ausgleich abgegeben, der Vater Stefans, Koloman Tisza, befunden. In jenem Minoritätsvotum wird ausgeführt, daß nach ihrer Auslegung der pragmatischen Sanktion, Ungarn nur mit dem gemeinsamen Monarchen, nicht aber mit den Erbländern in einem Rechtsverhältnis stehe. Die Minorität weiß nur von einer Verpflichtung zu gegenseitiger, aber nicht zu einer gemeinsamen Verteidigung. Ungarn sei zur Anerkennung irgendeiner gemeinsamen Angelegenheit rechtlich überhaupt nicht verpflichtet. Ungarn, so sollte das Gutachten des Fünfzehner-Ausschusses nach ihrem Vorschlag erklären, wäre bereit, mit den Erbländern notwendige Vorkehrungen für die allgemeine Sicherheit „einverständlich" zu treffen, aber nicht einer der pragmatischen Sanktion entstammenden Verpflichtung gemäß, sondern nur aus freien Stücken, einer Erwägung der Opportunität folgend. Ein Rückblick heute nach mehr als vierzig Jahren auf die damaligen Verhandlungen, der die Entwicklung der ungarischen Dinge seither feststellt, läßt erkennen, daß das Minoritätsprogramm nachher die Parteidevise der von Koloman Tisza geführten Opposition gewesen ist, daß sie auch als solche weiterwirkte, als die Gruppe Koloman Tiszas in der alten Mehrheitspartei aufging und ihr Ministerpräsident der bestimmende Leiter aller ungarischen Politik wurde. Es war das Parteiprogramm der ungarischen Gentry, in der die wohlhabende, im ergiebigsten Ackerlande Ungarns ansässige Familie Tisza seit langem her ein mächtiges Wort zu reden hatte, jener Gentry, die ein großartiges Standesbewußtsein herausgebildet hat, eine Sicherheit der parlamentarischen Dialektik und ein heißes Machtbegehren hegt, wie heute kaum irgendeine andere konservative Gruppe am europäischen Festlande. Ihren Einfluß der Krone und den politischen Bildungen Zisleithaniens gegenüber zu wahren und zu stärken, ist ihre hauptsächlichste Sorge. Sie läßt Deák gewähren, sein Werk vollenden, sie kündigt aber mit diesem Minoritätsvotum bereits ihr Programm an. Sie hat es bis auf den heutigen Tag aufrechterhalten, wenn sie auch, als ihre Führer, Vater und Sohn Tisza, zur Herrschaft gelangt waren, im Verantwortlichkeitsgefühl ihrer leitenden Stellung ihre negierende Kritik, ihre harte Parteipolitik zurückstellen und sich dem Gebot einer großzügigeren

Digitized by Google

Anschauung bezüglich der Gesamtmonarchie anpassen mußte. (Man denke an Stefan Tiszas glänzende Verteidigung der Aehrenthalschen Aktion 1909.) Die Gentrypolitik der Tiszas darf als die richtige organische Fortbildung der ständischen Herrschaft genommen werden, die den Freiherrn vom Stein zu dem Ausrufe veranlaßte: „Hat Ungarn eine Verfassung? Ein tumultuarischer Reichstag, die Exemption einer Klasse von allen Geldleistungen, Leibeigenschaft in der rohesten Gestalt von Dreifünftel der Nation, das ist keine Verfassung. Ungarn müßte erst eine Staatsverfassung erhalten, und nur dann beobachtet der König den Krönungseid, wenn er alles versucht, um die Kräfte der Nation zu entwickeln, indem er ihr den Genuß gesetzlicher Freiheit verschafft." Wenn 1835 ein Anwalt dieses Adels über seine „unglückselige Fertigkeit im Zitieren und die Unbehilflichkeit in der Anwendung alter Gesetze" klagt, so ist dieses Merkmal der Gentry von heute frisch erhalten geblieben. Erstaunlich ist ihre Unbekümmertheit bezüglich der Auslegung und anderseits des Heranziehens oder Fallenlassens vorhandener Bestimmungen. Die alte Erfahrung, daß ein jedes Staatsgesetz, möge es noch so trefflich und bestimmt gefaßt erscheinen, die überraschendsten Auslegungen erfahren kann, bewährt sich ausgiebiger wie kaum irgend anderswo in der ungarischen Verfassungsgeschichte. Mit Recht meint ein Kritiker der gegenwärtigen, staatsrechtlichen Bewegung in Ungarn, daß die Gentry „Geist und politische Methode der ständischen Versammlungen beibehalten und auf unsere Zeit gebracht habe" *). Welche vielgestaltige Deutung haben die Bestimmungen der pragmatischen Sanktion nicht erhalten! Deák, die Tiszas, das Minoritätsvotum des Fünfzehner-Ausschusses berufen sich auf sie als auf einen Vertrag, während die historische Forschung dargetan hat, daß „der Zweck der damaligen langen Verhandlungen eben der gewesen sei, jeden Schein eines Vertrages zwischen Karl VI. und den Ständen zu vermeiden" **). Während der absolutistische Zentralismus Bachs in seiner „Schreckensherrschaft" die pragmatische Sanktion als Zeugen anrief, um eine Sonderstellung Ungarns als unberechtigt hinzustellen (er berief sich auf das Wort: „In-

*) Garr, Die ständischen Elemente in der ungarischen Politik. Schmollers Jahrbuch XXXIV.

**) Turba, Die pragmatische Sanktion. Wien 1906.

Digitized by Google

separabiliter") und der ungarische Ministerpräsident Batthyány 1849 hingerichtet wurde, „weil er durch seine Tätigkeit den von der pragmatischen Sanktion geschaffenen Verband gelockert habe", entnehmen heute sämtliche Wortführer des ungarischen Radikalismus diesen Bestimmungen das Material für die Versuche eines historischen Beweisverfahrens. Andererseits verleugnet heute die Gentry den Vertragscharakter des beide Reichshälften verpflichtenden Ausgleiches von 1867, obwohl Deák den Ausgleich in einem mit der Vertretung Österreichs vereinbarten Vertrag festgelegt wissen wollte und Andrássy trotz seiner Ungeduld auch eine leidliche Form für die Verwirklichung dieses Postulats Deáks gefunden hat. Selbstverständlich hat auch Kaiser Franz Josef den Ausgleich so aufgefaßt. Als der Monarch aber gelegentlich der Günser Manöver 1893 bei einer Ansprache von einer „bilateralen Vereinbarung" gesprochen hatte, nahm die Gentry im Reichstag diesen Anlaß wahr, die Vertragsnatur des Ausgleichs zur Diskussion zu stellen. Damals stand wieder die Verhandlung wegen Erneuerung des Ausgleichs nach zehnjähriger Dauer bevor, und die radikale Opposition ebenso wie das sichtlich bestens vorbereitete Ministerium gaben Erklärungen ab, wieder einmal gestützt auf die gute, geduldige und so brauchbare pragmatische Sanktion, die die Krone und die zisleithanische Regierung darauf vorbereiten sollten, daß ohne große Zugeständnisse die Erneuerung nicht zu erreichen sein werde. Man bedenke, daß dem Kaiser Franz Josef vom Jahre 1861 bis auf den heutigen Tag zugemutet worden ist, alle diese dialektischen Virtuosenstücke, den gesamten Wandel der staatsrechtlichen Konstruktionen mitanzuschauen, und daß wahrlich das Pflichtgefühl zu bewundern ist, mit dem der Herrscher den Weg von Deák bis zu den jüngsten Interpretationen mitgemacht hat.

Es geschähe der ungarischen Gentry schweres Unrecht, wenn man ihr die reiche Fülle politischer Begabung bestreiten wollte. Die Erklärung für diese leidenschaftliche Neigung zu staatsrechtlichen Polemiken liegt darin, daß sie mit den fortwährenden Äußerungen solcher mißtrauischen Feinfühligkeit wichtige Absichten verfolgt hat. Bald sollte die Krone eingeschüchtert werden, die mit ihrer militärischen Autorität die Allmacht der Gentry vor den Augen des Landes immerhin noch in Schatten stellte; oder

Digitized by Google

es sollte der Versuch gemacht werden, der Krone diese souveräne Macht, über das Heer zu verfügen, aus den Händen zu winden. Als nach einer Reihe schwerer innerer Krisen in Österreich mit Ernst von Körber eine staatsmännische Persönlichkeit die Verwaltung in die Hände nahm, die in Jahren ungestörter Entwicklung eine Erstarkung des österreichischen Selbstgefühls bewirkte und damit das ungarische Übergewicht bedroht schien, da hielt man es drüben in Ungarn für geboten, mittels des staatsrechtlichen Radikalismus an die Bedeutung Transleithaniens zu mahnen. Und noch eine Erklärung haben die Gegner der ungarischen Gentry anzuführen: Angesichts der überernsten, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen, angesichts des Wahlreformpostulats, die in Ungarn ihrer Verwirklichung harren, soll die Partei die drohende Erschütterung ihrer Macht vor sich sehen und durch das stetige Aufwerfen staatsrechtlicher Fragen die Aufmerksamkeit des Landes von diesen weit wichtigeren Angelegenheiten weglenken zu wollen. Dies eine ist sicher, daß die Führer der Gentry, wenn sie in gewichtigen Augenblicken der Ruhe in der inneren Politik bedürfen, es in der Macht haben, mit einem Male all das Interpretationsgezänk zum Schweigen zu bringen. Allerdings geht dabei zuweilen die Beliebtheit des Führers für geraume Zeit verloren, davon kann Stefan Tisza erzählen, dessen starke staatsmännische Begabung über die Geschicklichkeit parlamentarischer Dialektik weit hinausragt, er mag in die jeweilige oppositionelle Stimmung im Lande niedertauchen. Er liebt es offenbar, zuweilen einen übermütigen Husarenritt in das staatsrechtliche Gebiet des Ausgleichs mitzumachen; aber er hat auch wiederholt den Mut bewiesen, dem Chauvinismus entgegenzutreten und offen seiner Überzeugung vom hohen Wert, den ein gedeihliches Verhältnis mit Österreich darstellt, zu vertreten. Eine solche Überzeugung mag vielleicht die gesamte Gentry hegen, ein gewisses Sicherheitsgefühl mag ihr innewohnen, daß ja schließlich Ungarn und Österreich doch aufeinander angewiesen und daher unlöslich miteinander verbunden seien, welche Form auch dem Zusammenhang gegeben würde. Dieses Sicherheitsgefühl macht leichtsinnig und läßt mit bedenklichen Worten und Begriffen spielen. Aber die Führer der Gentry vergessen wohl nie, mit Wirklichkeiten nüchtern zu rechnen. Die Tiszas wollen von einer Lockerung des

Digitized by Google

Ausgleichs, die schließlich zur Personalunion führt, ebensowenig hören wie Deák und Andrássy. Als der Kaiser in einer der ersten Audienzen Andrássys die Befürchtung äußerte, daß Ungarn durch einen Erfolg ermutigt, bis zur Personalunion fortschreiten könnte, versicherte Andrássy, er stehe ein für die volle Hingabe seiner Nation an die zu bewerkstelligende dualistische Neugestaltung des Staates: „Denn Ungarn wird nie aus der Monarchie hinausgravitieren, nur muß gesorgt werden, daß Ungarn und seine Konstitution Platz haben in der Monarchie." Und wenn Andrássy vor einer föderalistischen Ausgestaltung Österreichs im Sinne des Slawismus den Kaiser eindringlich warnte, so weiß auch die ungarische Gentry von heute, was sie durch ein Verlassen des im Ausgleich von 1867 festgelegten Dualismus von der südslawischen Bewegung zu gewärtigen hätte.

Der Biograph Andrássys geleitet in diesem stattlichen ersten Bande noch durch die Jahre seines Wirkens als ungarischer Ministerpräsident bis zur Übernahme des gemeinsamen Ministeriums des Äußern. Reich fließen die bisher nicht benützten handschriftlichen Quellen für Wertheimer bei der Darstellung des Verhältnisses Andrássys zu Beust und des bedeutungsvollen Eingriffs, zu dem sich 1870 der ungarische Kabinettschef veranlaßt sah. Die beiden Kapitel zählen zu den interessantesten des verdienstvollen Werkes, und Wertheimer hat es vortrefflich verstanden, das von ihm herbeigebrachte neue Material in die bereits vorhandene Literatur einzuordnen. Trotz manchen wichtigen Dienstes, den Beust in der Ausgleichsaktion dem Wortführer der Deákpartei erwiesen, scheint von allem Anfang an das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und Andrássy kein vertrauensvolles gewesen zu sein. Die Geschäftigkeit, das unruhig flackernde Wesen des Sachsen hatte sich, wie bereits erwähnt, schon bei den Ausgleichsverhandlungen offenbart. Beust hat nach der Konstituierung der selbständigen ungarischen Regierung offenbar geglaubt, daß die Tätigkeit der leitenden Männer jetzt durch die Organisation der neuen Verwaltung vollauf in Anspruch genommen sein werde, und daß ihm nun freie Hand für seine diplomatischen Pläne gelassen sei. Er mußte bald gewahren, welcher falschen Auffassung er sich hingegeben. Von ungarischer Seite wurde jede Stellungnahme des Auswärtigen Amtes scharf beobachtet. In das Ministerpalais

Digitized by Google

am Ballhausplatz war nun auch bald, entsprechend dem neuen Verhältnis zu Ungarn, ein ungarischer Sektionschef eingezogen. Baron Belá Orczy war ein vertrauter Freund des Pester Ministerpräsidenten. Er stand fortwährend in intimer Fühlung mit Andrássy, und die ungarische Regierung sah sich also stets aufs beste von den Vorgängen im Auswärtigen Amt unterrichtet. Auch Beust wurde dies bald gewahr, er mochte diesen Tatbestand recht bitter empfinden; es hat ihm aber an dem richtigen Mut gefehlt, sich dagegen zu wehren. Wenn in Wien Beust als der Mann galt, der Österreich eine Genugtuung für Königgrätz verschaffen werde, so war dies Grund genug, um die Ungarn gegen ihn mißtrauisch zu machen. Für sie sollte es zu keiner Möglichkeit kommen, daß Österreich seinen Einfluß auf die deutschen Dinge zurückgewinne. Sie mußten anläßlich eines solchen Erfolges der auswärtigen Politik der Monarchie eine schlimme Rückwirkung auf das Verhältnis ihres Landes zur Gesamtmonarchie fürchten. Preußen gegenüber ist Andrássy damals noch recht kühl gegenübergestanden. In den Junitagen von 1866 sagte er zu Belcredi: „Gebt uns unsere Verfassung und wir marschieren nach Berlin," worauf er allerdings die bissige Antwort erhalten hatte: „Möglich, wir würden aber am Ende dann den zweiten Feldzug gegen Ungarn führen müssen!" Als leitender Staatsmann Ungarns vertrat Andrássy den Standpunkt, daß Österreich-Ungarn seine diplomatische Tätigkeit hauptsächlich den orientalischen Fragen zuwenden müsse. Auf diesem Gebiet sei Rußland der gewichtigste Gegner. Ein preußisch-russisches Bündnis war die große Gefahr, die er verhütet sehen wollte. Dies wäre der einzige Anlaß gewesen, sich gegen Preußen zu wenden. Wenn im Orient die Strömungen, die gegen die Stellung Österreichs bestanden, von Preußen eine Förderung erfahren hätten, dann wäre er bereit gewesen, eine Annäherung zu Frankreich gutzuheißen. Andrássy glaubte 1868 gewisse Österreich feindliche Kundgebungen und Wühlereien in Rumänien auf russischen Einfluß zurückführen zu können, und er nahm an, daß auch Preußen der Sache nicht fernstehe. Damals gebrauchte er die Mittelsperson eines italienischen Diplomaten, um nach Berlin die Warnung gelangen zu lassen, daß, im Falle die erwähnten Kundgebungen von Berlin weiter begünstigt würden, „der ungarischen Regierung nichts anderes übrig bliebe, als ihre

Digitized by Google

Stütze in Paris zu suchen". Von Florenz aus erging dann ein Bericht an Bismarck, und der preußische Generalkonsul in Bukarest erhielt vom Kanzler den Auftrag, dem Fürsten Carol dringend nahezulegen, alle Umtriebe unter den ungarischen Rumänen einzustellen. Ja, die Erklärung ging so weit, daß mit der Abberufung des Vertreters aus Bukarest gedroht wurde. Mit dieser Stellungnahme Preußens wurde die Entlassung des rumänischen Ministeriums Golesku-Bratianu erklärt. Im Gegensatz zu der Richtung, die Andrássy der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns gern gegeben hätte, bewegte sich offenbar alles Sinnen und Handeln Beusts. 1868 verzeichnet Orczy in seinem Tagebuch die Klage Kallays, der damals noch als Generalkonsul in Belgrad weilte, daß Beust sich eigentlich nur für die deutschen Angelegenheiten interessiere, um das Übrige sich dagegen wenig kümmere. Beust hielt seine Blicke unverwandt nach Paris gerichtet. Die auswärtigen und die inneren Verhältnisse und Stimmungen, die dort zu kriegerischen Entscheidungen zu drängen schienen, und die Frage, wie sich das Verhältnis des Norddeutschen Bundes zu den Südstaaten ausgestalten werde, boten für seine Geschäftigkeit und für die diplomatische Kleinkunst, die er so sehr liebte, ausgiebigen Spielraum. In Ungarn gewahrte man verdrießlich, wie Beust die Empfindlichkeit Bismarcks bei kleinlichen Anlässen reizte. Andrássy hatte sich seine alten Pariser Beziehungen zu erhalten gewußt, und er scheint über die geheimen Verhandlungen, die von Beust und seinem Freunde Vitzthum geführt wurden, ziemlich genau unterrichtet gewesen zu sein. Schon gegen Ende des Jahres 1868 mußte Andrássy, indem er sein ganzes Ansehen aufbot, sich gegen die Revanchepolitik Beusts wenden. Vergebens hoffte Beust, daß der entschiedene Gegner, den er in Andrássy für seine gegen Preußen gerichteten Pläne gefunden hatte, durch die Reichstagswahlen und durch die Zunahme der radikalen Opposition von der wachsamen Beobachtung der auswärtigen Aktionen abgezogen würde. Damals reiften jene Verhandlungen, die Frankreich, Österreich und Italien zu einem Bündnis vereinigen sollten. Hierüber und über die Hohenzollernsche Thronkandidatur für Spanien ist an dieser Stelle vom verehrten Herausgeber bereits zweimal Erschöpfendes gesagt worden. Wertheimer fügt aber durch seine Darstellung des Kronrates, der

Digitized by Google

in Wien am 18. Juli 1870 abgehalten wurde, einen wertvollen Beitrag zu den bereits bekannten Tatsachen hinzu.

Am 11. Juli hatte Beust, überrascht von der überschnellen Entwicklung der Dinge, den Botschafter Österreich-Ungarns, Fürsten Richard Metternich, angewiesen, den leitenden Persönlichkeiten Frankreichs zu erklären, daß sie die Ereignisse überstürzt und für Österreich-Ungarn keine Nötigung vorhanden sei, am Kriege gegen Preußen teilzunehmen. Am 14. Juli wurde Metternich durch eine Depesche nochmals beordert, einen Versuch zu machen, auf den Kaiser einzuwirken, daß er sich mit der Thronentsagung des Erbprinzen von Hohenzollern begnüge. Napoleon wies ihm eine Erklärung des Ministerrats vor, die er selbst aufgezeichnet, und die am folgenden Morgen der Deputiertenkammer mitgeteilt werden sollte. Sie werde die Tatsache feststellen, daß die Regierung sich mit der Thronentsagung begnüge. „Es ist nicht zu leugnen," schrieb Orczy an seine Mutter, „daß der größte Anteil an diesem Erfolg unserem Einfluß auf Napoleon zuzuschreiben ist. Da nun Italien erklärte, seine Haltung in dieser Sache der unsrigen anzupassen und so zu handeln, wie wir es für gut finden, so sah Kaiser Napoleon ein, daß er die öffentliche Meinung schwer für sein Unternehmen wird gewinnen können und wird sich mit der Zurückziehung des Prinzen von der Kandidatur vor der Hand begnügen. . . ." König Viktor Emanuel hat sein Wort gehalten, als er im vorigen Jahre dem General Möring sagte: „Dites à l'empereur François Joseph que s'il veut disposer de mon sang et de mon armée, il l'aura toujours à sa disposition." Es ist anders gekommen. Ollivier und Gramont gelang es, den Kaiser umzustimmen, und in der Kammer erfolgte die bekannte kriegerische Erklärung. „Die Kriegssituation", verzeichnet Orczy, „ist plötzlich in ein sehr ernstes Stadium getreten, nur ein Wunder kann noch den Konflikt zwischen Frankreich und Preußen verhüten." In Wien bot die französische Diplomatie ihre ganze Überredungskunst auf, um Österreich-Ungarn mitzureißen. „Haben Sie", sagte Caseaux, der Chargé d'affaires, zu Orczy, „wohl bedacht, daß, wenn Preußen siegt, dies gefährliche Folgen für Sie nach sich ziehen könnte? Frankreich könnte auf Kosten Österreich-Ungarns Frieden schließen; allein ohne Ihr Bündnis vertraut es auf seinen Sieg. Frankreich kann ein Jahr

Digitized by Google

lang Krieg führen, ohne Mangel an Geld und Menschen zu leiden, während Preußen bei seinem hinaufgeschraubten Wehrsystem binnen kurzer Zeit Bankrott machen müßte." Ein Anwalt Frankreichs erstand in dem damaligen Reichskriegsminister Freiherrn von Kuhn. Der ausgezeichnete General und Armeeorganisator verfaßte damals eine Denkschrift, in der er sich für den Krieg aussprach. Er lebte in der Überzeugung, Preußen werde nicht auf Süddeutschland rechnen können. Er beschäftigte sich mit der Möglichkeit, daß Preußen siegte und Österreich-Ungarn neutral geblieben wäre. „Es sei sicher," sagte er, „daß dann König Wilhelm sofort alle deutschen Fürsten ihrer Throne verlustig erklären würde. . . . Die preußische Pickelhaube am Inn bedeutet so viel wie finis Austriae." Kuhn wollte Galizien zugunsten einer Abtrennung Polens von Rußland aufgeben, auf Südtirol verzichten; für alle Verluste hätte sich die Monarchie durch die Erwerbung der Donaufürstentümer, Bosniens, Bayerns, Württembergs und Badens zu entschädigen. Auch nach einer anderen Richtung schaute Kuhn in seiner Denkschrift aus: das siegreiche Österreich konnte auch den Zentralismus im Innern wieder herstellen und die Zweiteilung der Monarchie aufgeben. Bezeichnend für das draufgängerische Temperament des Generals ist es, wie er sich zu der Eventualität eines vernichtenden Sieges Preußens über seine Gegner stellte. Dann erfülle sich nur das unvermeidliche Geschick der Monarchie, meinte er; sie hätte in jedem Falle, auch wenn sie neutral geblieben wäre, zugrunde gehen müssen. Am Hof wie im Auswärtigen Amte wußte man, daß, wie 1868, auch jetzt nicht auf die Zustimmung Andrássys gerechnet werden könne. Am 16. Juli war er in Wien eingetroffen, nachdem er zu Hause sich mit seinen Freunden gründlich beraten hatte. Der damalige preußische Generalkonsul in Budapest, Waecker-Gotter, berichtete nach Berlin, daß man sich in Pest für die Befolgung strikteſter Neutralität ausspreche. Er verwies auf die Haltung des alten Klapka, der Andrássy in einem Briefe bei seinem Patriotismus beschwor, Ungarn um keinen Preis in das Abenteuer einer französischen Allianz verwickeln zu lassen. Für den 18. Juli war ein Kronrat zusammenberufen. Erzherzog Albrecht, Beust, Kuhn, Lonyay als gemeinsamer Finanzminister und die beiden Ministerpräsidenten, Alfred Potocki und Andrássy, sollten unter dem Vorsitz des

Digitized by Google

Kaisers über die Haltung der Monarchie beraten. Auf ein noch ziemlich vorsichtig gehaltenes Referat Beusts folgte eine bewegte Debatte. Der österreichische Ministerpräsident war für eine Politik der Passivität. Erzherzog Albrecht meinte, daß zwischen einer vollständigen Ausrüstung oder Passivität gewählt werden müsse, daß anfangs September an der sächsischen Grenze die entscheidende Schlacht zu erwarten sei, die Österreich-Ungarn zur Tat rufen werde. Gefährlich wäre es, die Mobilisierung erst in diese Zeit zu verlegen, wo auch Rußland gerüstet dastehen werde. Militärisch stelle sich die Sache so: könne und wolle man um den halben September in die Aktion nicht eintreten, so lasse man die Rüstung ganz bleiben. Wolle man sich aber für diesen Zeitpunkt bereithalten, so treffe man die Vorbereitungen gleich und energisch. Kuhn befürwortete die Anteilnahme am Kriege und sprach sich für die sofortige Rüstung in „großartigem Maßstabe" aus. Von einer solchen „bewaffneten Neutralität" wollte Andrássy nichts hören. Sie bedeute eine Provokation unserer Nachbarn. Er sprach sich für einen Zustand der Neutralität aus, der militärische Vorbereitungen gestatte, um nicht überrascht zu werden. Er verstand darunter Ankauf von Pferden und Vorräten, die vorläufige Mobilisierung von 300 000 Mann und die Veranstaltung, daß man binnen drei Wochen schlagfertig sein könnte. Er meinte, daß Österreich-Ungarn den Kampf nur dann aufnehmen müßte, wenn Rußland sich an demselben beteilige. Er warnte vor Napoleon und dem jähen Wechsel seiner Entschlüsse, der Kaiser habe noch nie ein Unternehmen ganz zu Ende geführt und gehe, ohne erst seine Bundesgenossen zu befragen, selbständig vor. Wer bürge Österreich-Ungarn dafür, daß der Kaiser, wenn man sich zu sehr mit ihm einlasse, nicht mit Preußen plötzlich abschließe und die Monarchie dieser Macht und Rußland preisgebe. Wenn Beust die Nutzlosigkeit einer Aussprache mit Preußen betonte, empfahl Andrássy eine ausdrückliche Neutralitätserklärung an den Norddeutschen Bund. Der Botschafter General Schweinitz sollte zum Kaiser berufen werden, schlug er vor, damit ihm in freundschaftlichster Weise die Gründe auseinandergesetzt werden könnten, die Österreich-Ungarn zur teilweisen Rüstung genötigt hätten. Nach langer Beratung entschied sich Kaiser Franz Josef dahin, daß vorläufig Neutralität beobachtet, zugleich aber mit der bei der Sach-

Digitized by Google

lage nötigen Armierung begonnen werde; den Mächten wäre seine Neutralität bekanntzugeben und gleichzeitig mit dieser Deklaration eine, die Rüstung motivierende Aufklärung zu erteilen. Von jener freundschaftlichen Mitteilung an den Botschafter des Norddeutschen Bundes, wie sie Andrássy beantragt, wurde abgesehen. Später hat Andrássy an diesen seinen Rat erinnert und gemeint: „Wäre er befolgt worden, hätte König Wilhelm wohl nie an den Zaren telegraphieren können: Nur allein dem von Rußland auf Österreich-Ungarn ausgeübten Drucke verdanke er die Neutralität Österreich-Ungarns."

Die zwei letzten Kapitel behandeln die österreichische Krise 1871, die Pläne des Ministeriums Hohenwarth und den Sturz Beusts. Wertheimer hat auch hier interessante, neue Mitteilungen über den bereits bekannten Eingriff Andrássys in jene Aktionen zugunsten einer föderalistischen Ausgestaltung Österreichs gebracht. Damals vollendete sich das Kanzlergeschick Beusts. Schon lange vorher wußte man, daß Andrássy als sein Nachfolger bezeichnet werde. Was bisher nur bei wichtigen Entscheidungen sich gezeigt hatte, wurde nun offenbar: Das Schwergewicht des Einflusses auf die auswärtige Politik der Monarchie war an Ungarn gefallen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Julius Andrássy als Minister des Äußeren.

(1913.)

Professor von Wertheimer hat nun auf den stattlichen ersten Band seiner Andrássy-Biographie zwei andere Bände folgen lassen, die sein Werk abschließen. Beide behandeln Andrássys Wirken als Nachfolger Beusts auf dem Ballhausplatze. Der zweite Band führt über Reichstadt hinaus, der dritte berichtet über den russisch-türkischen Krieg von 1877, über den Berliner Kongreß und über den Bündnisabschluß mit dem Deutschen Reiche. Mit diesem wichtigen Erfolge beschloß der ungarische Staatsmann seine ministerielle Tätigkeit. Wiederum darf man Professor von Wertheimer nachrühmen, daß er der historischen Forschung eine Fülle von Bereicherung gebracht. Unter den Publikationen über die neueste Geschichte stehen die beiden Bände, was die Herbeischaffung neuen belangreichen Materials betrifft, in erster Reihe. Wie karg nimmt sich dagegen aus, was Gorjainow, der Petersburger Archivar, über die jüngste Geschichte des Balkans dargeboten hat. von Wertheimer verfügte, wie bereits an dieser Stelle berichtet, über das gräflich Andrássysche Archiv. Ihm ist ferner der Einblick in die Archive Österreich-Ungarns gewährt worden, und das Tagebuch ebenso wie der Briefwechsel des Sektionschefs im Auswärtigen Amte, Baron Orczy, mit seiner Mutter, der ebenfalls hier bereits erwähnt worden, geben ein getreuliches Bild der Absichten, Wünsche und Stimmungen in der Umgebung des Ministers. Eine entscheidende Förderung hat aber die Darstellung Wertheimers durch die kaiserliche deutsche Regierung erfahren, die dem ungarischen Gelehrten den Einblick in das diplomatische Aktenmaterial über den Verkehr Deutschlands mit Österreich-Ungarn und Rußland gestattet hat. Wir lernen die Berichte der Botschafter von Schweinitz, des Grafen Stolberg und des Prinzen Reuß an Bismarck und an Kaiser Wilhelm samt den schwerwiegenden Randbemerkungen des Kanzlers kennen, wir vermögen an der Hand dieses ausgezeichneten Quellenmaterials die Be-

Digitized by Google

deutung und den Eindruck von Andrássys Wirken abzuschätzen. Dazu kommen noch zahlreiche Einzelmitteilungen in schriftlicher und mündlicher Form. Wertheimer ist mit verdienstlichem Eifer vielen Spuren nachgegangen, die ihm eine Vermehrung urkundlichen Stoffes verhießen.

Was der Schreiber dieser Zeilen vor zwei Jahren über das Leitmotiv des ersten Bandes gesagt, ist uneingeschränkt für die Fortsetzung und den Schluß aufrechtzuerhalten: Wir haben es mit der Verherrlichung einer nationalen Heldenpersönlichkeit zu tun, mit einem biographischen Denkmal, das den Ruhm Ungarns durch die Geschichte seines bedeutenden Staatsmannes der Welt verkünden will. Allerdings erscheint Andrássy jetzt als gemeinsamer Minister für beide Reichshälften, und die Darstellung muß sich wiederholt mit der inneren Politik Österreichs ebenfalls beschäftigen. Aber um Andrássy, den magyarischen Heros, handelt es sich, der seinem Lande, seinem König und freilich damit auch Zisleithanien für geraume Zeit die Richtung der auswärtigen Politik bestimmt hat. Wir müssen nüchtern prüfend an diese in eitel Glanz gehüllte Darstellung herantreten, um ihr zu entnehmen, was sie unbefangener wissenschaftlicher Betrachtung als wertvollen Gewinn gebracht hat.

Andrássy, der bisherige Ministerpräsident Ungarns, der am Ausgange des Jahres 1871, dem Rufe seines Kaiser-Königs folgend, auf den Wiener Ballhausplatz übersiedelte, fand eine auswärtige Stellung der Monarchie vor, die er selbst mitgeschaffen hatte. War er es doch gewesen, der in den bewegten Ministerratssitzungen während des Frühsommers 1870 den Plänen Beusts erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt. Die raschen Siege der deutschen Armeen hatten Beusts kunstvolles Gespinst auf Nimmerwiedersehen davongeweht; sein Versuch, sich der völlig umgestalteten Sachlage anzupassen, war mißlungen. Die berühmte Depesche Bismarcks und die Salzburger Begegnung Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Josef im Herbst 1871, zu der auch Andrássy zugezogen gewesen, ließen neue politische Formationen gewärtigen. In Berlin wurde die Ernennung Andrássys freundlichst begrüßt. Der ungarische Staatsmann, der wiederholt die preußenfeindlichen Projekte Beusts vereitelt hatte, konnte jedenfalls mehr Vertrauen einflößen als der ehemalige sächsische Premier. Freilich erinnerte

Digitized by Google

man sich seiner in Frankreich verbrachten Exiljahre und der vielen Beziehungen, über welche er dort noch verfügen mochte. Auch konnte man von dem einstigen Freunde Kossuths befürchten, daß die bestimmende Note seiner Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns sich in einer Rußland feindlichen Haltung ausdrücken werde. So sah man mit Spannung den ersten Äußerungen des neuen Ministers entgegen. Andrássys erste Erlässe an die Vertreter der Monarchie im Auslande zeigten sofort in unverkennbarer Deutlichkeit die Richtung an, die er eingeschlagen wünschte. Vor allem strebte er sorgfältig gepflegten loyalen Verkehr mit dem Deutschen Reiche an. Daß der ungarische Politiker mit Genugtuung die Erfüllung des Hohenzollerschen Einheitsprogramms betrachtete, die noch etwaige bestehende Hoffnungen der Habsburgischen Dynastie auf die Rückeroberung einer deutschen Großmachtstellung zunichte machte, war leicht begreiflich, auch daß er, der eben die Hohenwart-Krise mit ihren begehrlichen slawischen Tendenzen durchgemacht, auf ein deutsch regiertes Zisleithanien sich stützen wollte. Wir sehen aber den neuen Minister vor allem die Stellungnahme zu Rußland erwägen. Er sucht Anknüpfung bei dem intimen Verbündeten des Zarenreiches in Berlin, er versucht gleichzeitig eine Annäherung an jene Macht, die damals als der zielbewußte Gegner aller russischen Pläne galt, England. Andrássy hatte Bismarck Wertvolles zu bieten. Die nächsten Jahrzehnte standen sicherlich im Zeichen der französischen Revanchegefahr. Andrássys Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns konnte ihm die Gewähr leisten, daß sich Allianzverhandlungen, wie sie die vom Mai 1870 gewesen, nicht wiederholen würden. Allerdings konnte der Minister Österreich-Ungarns eine selbstverständliche Gegenleistung erwarten: Die Anbahnung besserer Beziehungen zu Rußland; denn mit dem rückhaltlos ergebenen Alliierten eines der Monarchie feindseligen Rußlands war ein vertrauensvolles Verhältnis ausgeschlossen. Im anderen Falle hätte die Donaumonarchie anderweitige Wege und Freundschaften suchen müssen, um sich zu sichern. . . . Andrássy hatte schon als ungarischer Ministerpräsident einige Fühlung mit dem Vertreter des Norddeutschen Bundes in Wien, General von Schweinitz, unterhalten. Man kannte in Berlin seine Besorgnisse bezüglich der südslawischen und rumänischen Tendenzen, die den magyarischen

Digitized by Google

Staat bedrohten; man wußte, welche Stellung er vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges im Kronrate eingenommen. Gleich nach Übernahme des auswärtigen Portefeuilles hatte Andrássy am 22. November eine ausführliche Besprechung mit Schweinitz. Rückhaltlos bezeichnete er ein Zusammengehen mit Deutschland als die Basis seines ganzen politischen Systems. Schweinitz berichtete hierüber an seinen kaiserlichen Herrn und an den Reichskanzler. Bismarck antwortete mit einer deutlichen Vertrauenskundgebung für Andrássy. Ja, er ging sogar weiter, er meinte, der besorgte ungarische Staatsmann sollte den serbischen und rumänischen Dingen nicht zu große Wichtigkeit beilegen; er sollte vielmehr, über diese kleinen nachbarlichen Befürchtungen hinwegsehend, sich überzeugen, daß sein Staat zwischen Deutschland und Rußland stehe. Ein gutes Verhältnis zum neuen Deutschen Reiche sei daher „weit wichtiger und zuverlässiger als die Stimmung, wie sie von Zeit zu Zeit in Bukarest oder Belgrad vorherrschen möge". Die Äußerungen des Kanzlers und die überaus herzliche Aufnahme, die der neuernannte Botschafter, Graf Karolyi, beim Kaiser und Kronprinzen, ebenso wie bei Bismarck, fand, konnte die Wiener Kreise davon überzeugen, welchen Wert man auf ein gutes und loyales Verhältnis zu Österreich-Ungarn zu legen gewillt sei. Allerdings versäumte Bismarck nicht, die feste Freundschaft des Hohenzollernhauses und der preußischen Politik mit Rußland zu betonen. Bismarck kannte die tiefbegründeten Sympathien seines greisen kaiserlichen Herrn zu gut, er selbst schätzte den Rückhalt, den sein Wirken bisher an Rußland gehabt, hoch genug ein, als daß er dies nicht nach Wien hin mit einem ernsten Hinweis bekundet hätte. Doch meinte er damals zu Karolyi: „Preußens Dankbarkeit wird doch nicht so weit gehen, um einen eventuellen Angriff Rußlands auf Österreich-Ungarn zu dulden. . . . Kaiser Alexander wird es gewiß auch nicht darauf ankommen lassen, die Freundschaft Preußens auf eine allzu harte Probe zu stellen. Dem Zaren wird es sicher gelingen, die alte, mächtige, Österreich feindlich gesinnte moskowitische und panslawistische Strömung im Zaume zu halten. Nur auf diese Weise vermöge es der Zar zu ermöglichen, daß Preußen das Bindeglied für die Herstellung der ehemaligen Herzlichkeit zwischen Rußland und Österreich-Ungarn werde." Damit finden wir schon

Digitized by Google

angedeutet, daß der Kanzler einer aktuellen Revanchepolitik Frankreichs durch ein Dreikaiserbündnis zuvorkommen wollte.

Andrássy jedoch hat sich damals, als er das Auswärtige Amt übernahm, ein festes, vertrauliches Einverständnis mit dem Deutschen Reiche als unentbehrliche Voraussetzung für eine andere Mächtegruppierung gedacht. Dies geht aus der Unterredung hervor, die er um die Wende von 1871/72 mit dem englischen Botschafter in Wien, Lytton-Bulwer, hatte. Er ging von der am Kontinente damals viel erörterten englischen Politik der Nichtintervention aus. „Das Inselreich vermeide intime Beziehungen zu Frankreich, um nicht Deutschland zu berunruhigen, es vermeide auch eine Verbindung mit Deutschland, um Frankreich nicht zu kränken. Für einen Bund mit Rußland müßte England so schwere Opfer an seinen politischen Grundsätzen und nationalen Interessen bringen, für die es keine denkbaren Entschädigungen erhalten könnte. Keine dieser erwähnten Schwierigkeiten würde sich aber mit einer Verständigung Englands mit Österreich-Ungarn ergeben." Andrássy verband diese Erklärungen an den englischen Diplomaten zwar nicht mit dem Vorschlage einer Allianz oder militärischer Vereinbarungen, er meinte nur, ein Verhältnis, welches über Höflichkeiten und müßige Beteuerungen des guten Willens hinausreiche, würde einer Friedenspolitik wesentlich förderlich sein. „Einem solchen Einvernehmen zwischen England und Österreich konnte sich Deutschland und Italien leicht anschließen. Die zwei Mächte, von denen eine Gefährdung gewärtigt werden konnte, Frankreich und Rußland, würden durch eine solche Gruppierung in Schach gehalten. Im Bunde mit England aber möchte er (Andrássy) sein größtes Ziel erreichen: die Verhinderung einer Allianz zwischen Preußen und Rußland, die nach seiner Meinung, wenn auch noch so unnatürlich, doch in den Bereich der Möglichkeiten gehöre. Eine derartige Gefahr, die er unter die denkbar größten zähle, wolle er um jeden Preis von den Völkern Europas abwenden. Wisse das jetzt nach der Sympathie Englands und Österreich-Ungarns strebende Deutschland, daß es sich im Kriegsfalle auf die zwei Friedensmächte stützen könne, so werde es seine Zuflucht nicht zu Rußland nehmen. Erst wenn das Berliner Kabinett zu der Erkenntnis gelangt sein sollte, daß Österreich-Ungarn und England nicht vereint vorgehen und nicht den Wert

Digitized by Google

der Unabhängigkeit Deutschlands von Rußland ermessen, erst dann wird es, vor die Möglichkeit eines neuen Angriffes seitens Frankreichs gestellt, keine andere Wahl haben, als die Allianz mit Rußland." Zum Schlusse verwies Andrássy auf die Bedeutung der österreichisch-ungarischen Armee: „Binnen sehr kurzer Zeit werden wir über eine wohlorganisierte militärische Kraft verfügen, die, für den Fall europäischer Verwicklungen, selbst die stärksten militärischen Staaten froh sein werden, an ihrer Seite zu haben. Diese Tatsache wird nach ihrem vollen Werte von unserem deutschen Nachbarn geschätzt." Lord Granville, dem Lytton-Bulwer über die Eröffnungen Andrássys ausführlich berichtet, hat sie in der verbindlichsten Form beantwortet und ebenfalls den Wert einer Übereinstimmung zwischen England und Österreich-Ungarn betont. Eine Verinnerlichung des Verhältnisses zwischen den beiden Kabinetten ist jedoch nicht erfolgt. Wertheimer meint, wahrscheinlich hätte der englische Minister die Intimität der deutsch-österreichischen Beziehungen, die auch er als eine notwendige Voraussetzung hätte annehmen müssen, verkannt. Sicherlich sind auch die Ansichten des neuen Ministers durch die ungünstigen Schilderungen, die sein Vorgänger Beust von ihm in London entworfen, durchkreuzt worden. Der eitle Diplomat, der sich plötzlich von dem ungarischen Outsider depossediert sah, hat durch mehrere Jahre hindurch gegen alle Gebote loyaler Subordination die Wirksamkeit Andrássys zu schädigen gesucht. Jedenfalls hat damals Andrássy gewahren müssen, daß er derzeit mit England nicht als mit einer gleichgesinnten und tatbereiten Macht rechnen könne. So ließ er denn seine ins Amt mitgebrachte Anschauung fallen und entschied sich für Deutschland, obgleich ein vertrautes Zusammenwirken mit dieser Macht eine Annäherung zu Rußland bedingte.

Bereitwillig folgte nun Andrássy den Anregungen Bismarcks, der mit Erfolg in St. Petersburg sich zugunsten Österreich-Ungarns bemühte. Dies schien keineswegs eine leichte Sache. Die Beustschen Unterhandlungen mit Grammont hatten den russischen Staatskanzler, Fürsten Gortschakow, beunruhigt, nicht minder die entgegenkommende Haltung der Ministerien Potocki und Hohenwart gegenüber den weitgehenden Forderungen des galizischen Landtages. Die polnische Frage galt als der empfindlichste Punkt

Digitized by Google

bei Alexander II.; die „Resolution“ *), die 1871 von Lemberg aus nach Wien gerichtet worden, scheint ihn in Schrecken versetzt zu haben. Und nun sah man den einstigen magyarischen Revolutionär Andrássy sich um den Wiedereintritt der Polen in den österreichischen Reichsrat bemühen. Wie einst Kaiser Franz Josef hatte auch er nach Hohenwarts Sturze jenes Kellerspergsche Projekt, mittels der Ruthenen die Polen zu bekämpfen, verworfen. Gegenüber den beharrlichen Anhängern der tschechischen Fundamentalartikel und eines erklärten Föderalismus trat er für eine regierungsfähige Reichsratsmehrheit in möglichst zentralistischem Sinne, bestehend aus den Deutsch-Österreichern und Polen, ein. (Galizien erhielt damals wiederum einen Landsmannminister.) Zu Schweinitz sprach sich Andrássy ebenso offen über die Zugeständnisse an Galizien aus, wie er es bereits zu Salzburg Bismarck gegenüber getan hatte. Er verwies darauf, daß der Statthalter von Galizien alle Verfügungen bezüglich des Heimatrechtes und der Fremdenpolizei in seiner Hand behalten habe, daß weder Preußen noch Rußland durch einen galizischen Ausgleich beunruhigt werden sollten; ein österreichisch-ungarischer Staatsmann jedoch müsse darauf bedacht sein, den einzigen slawischen Stamm, der der panslawistischen Agitation unzugänglich sei, nicht gewaltsam in das Lager der Gegner zu treiben. Wir ersehen aus den Berichten, die der damalige deutsche Botschafter in Petersburg, Prinz Reuß, nach Berlin sandte, daß man dort Andrássy einen geschworenen Feind Rußlands glaubte. Mit glücklichem Erfolge bekämpfte Bismarck diese Voraussetzung. Das Rundschreiben vom 23. November 1871, das Andrássy an die auswärtigen Vertretungen richtete, wurde daher mit seinen friedlichen Tendenzen in Petersburg sehr freundlich aufgenommen. „Wir wollen Andrássy an der Arbeit sehen,“ meinte Gortschakow, und der für Petersburg neuernannte österreichisch-ungarische Gesandte, Baron Langenau, erfuhr bei seiner Antrittsaudienz eine Aufnahme, über die er hocherfreut nach Wien berichtete. „Die Welt wird über meine russenfreundliche Politik erstaunen,“ meinte damals Andrássy zum österreichischen Minister Unger. Die panslawistische Presse in Rußland schlug jedoch gegenüber Andrássy einen entschieden feindseligen

*) Vgl. meinen Aufsatz „Österr. Polenpolitik“.

Digitized by Google

Ton an; die Erbitterung der Tschechen über die Entfernung Hohenwarts, die sie mit Recht auf Andrássys Eingriff zurückführten, wirkte hier ersichtlich nach. Auch die preußenfeindlichen österreichischen Ultramontanen und Feudalen deutscher Zunge, die mit den Tschechen im Bunde gewesen waren, versuchten Andrássys Ernennung zum Minister des Äußern als eine Bedrohung des Friedens hinzustellen. Um so energischer erschien Bismarck bestrebt, das Möglichste zur Befestigung der Stellung Andrássys zu tun. Schon damals vernahm der deutsche Kanzler von Gortschakow die Befürchtung, daß Österreich-Ungarn Gebietsteile von Bosnien und der Herzegowina annektieren wolle. Bismarck glaubte dies bestreiten zu können und verwies andererseits auf die zahlreichen Fälle, die in Österreich als Beweis für Rußlands feindselige Gesinnung gewertet werden mußten. Durch Karolyi ließ er diese seine Bemühungen nach Wien wissen. Über das Berliner Kanzleramt sollten die wichtigen Fäden laufen, die Österreich-Ungarn und Rußland miteinander zu verknüpfen vermochten. In Paris sollte man sich davon überzeugen, in welch starker Position Deutschland seinen Gegner beobachte. Tatsächlich schien der Verkehr zwischen Petersburg und Wien reger und freundlicher zu werden. Die Äußerungen Alexanders II. zu Langenau und auch zum Prinzen Reuß bezeugten dies, und bezüglich Galiziens schien man durch die Erklärungen Andrássys einigermaßen beruhigt. Die galizischen Führer ließen ja die berüchtigte „Resolution" fallen; der klugen Verwaltung des Ministeriums Auersperg-Lasser gelang es, sich mit ihnen abzufinden. Faßt man die letzten vier Jahrzehnte österreichischer Politik vom Standpunkte der heiklen Polenfrage ins Auge, so darf man es als keine geringe Leistung der Krone und der Minister veranschlagen, daß trotz aller späteren Gruppenbildungen im österreichischen Parlamente, bei welchen die polnischen Abgeordneten bzw. Delegierten eine wichtige, ja oft ausschlaggebende Rolle innehatten, die Vertreter Galiziens niemals die engen Beziehungen zum Deutschen Reiche gefährdet haben, stets haben Andrássy, Kalnoky und Aehrenthal, wesentlich durch ihren Monarchen unterstützt, die galizischen Parteiführer, die auf die kritischen Stimmungen der Wählerschaften verwiesen, für die Notwendigkeit ihrer auswärtigen Politik zu gewinnen gewußt.

Digitized by Google

Die gelungene Anbahnung freundlicherer Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn offenbarte sich in der Berliner Drei-Kaiser-Zusammenkunft im September 1872. Wertheimer bringt neue Belege für die ursprünglich nicht bekannte Tatsache, daß Alexander II. gleichsam sich selbst zu der seit längerer Zeit zwischen Kaiser Wilhelm und Franz Josef verabredeten Zusammenkunft eingeladen hat. Allerdings stand in jenen Sommermonaten, während welcher der Entschluß des Zaren heranreifte, Alexander im Banne der Überredungskunst Peter Schuwalows, während Gortschakow in der Schweiz weilte. Graf Schuwalow vertrat eine Auffassung, die ein loyales, gutes Verhältnis zu Österreich-Ungarn wünschte, während der Staatskanzler, wohl aus Selbsterhaltungstrieb, panslawistischen, Österreich feindlichen Tendenzen, die den Weg zu Alexander II. gefunden hatten, nachzugeben jederzeit bereit schien. Der leicht bestimmbare, übernervöse Zar erwies sich in seinen Entschließungen geradezu unberechenbar. Temperamentvolle, agitatorische Diplomaten, wie Ignatiew, wußten über Minister und Generäle hinweg bei ihm sich durchzusetzen. Mit Mühe wahrte der alternde, bei Hofe nicht besonders respektierte Gortschakow nach außen hin die Scheinvorstellung von Autorität. Ein Rückblick auf die Jahre 1872—78 zeigt, daß alle Beziehungen, aller Meinungsaustausch zwischen Rußland und Österreich-Ungarn von der Hofpartei abhängig sind, die im Augenblicke die Stimmung des Zaren für sich auszunützen vermag. Die Entrevue in Berlin, das Erscheinen Alexanders bei der Weltausstellung und der Erwiderungsbesuch Franz Josefs in Petersburg im Februar 1874 offenbaren die Vorherrschaft einer höfischen Auffassung, die sich der panslawistischen Propaganda möglichst fern hält. Gortschakow konferierte zu Berlin mit Andrássy über die Erhaltung der Türkei und über die Notwendigkeit, eine Einmischung in das Verhältnis der Pforte zu ihren christlichen Untertanen zu vermeiden. Auch darüber waren die beiden Staatsmänner einig, daß im Falle einer Erhebung christlicher Gebiete der Türkei keine Unterstützung zu gewähren sei. Und im Frühsommer 1873, da der Zar, von Gortschakow und dem Feldmarschall Berg begleitet, zum Besuche der Weltausstellung erschien, kam es zu Vertragsverhandlungen, die auf eine dauerhafte Freundschaft hinzuweisen schienen. Eine Bedrohung des europäischen Friedens sollte durch gemeinsames

Digitized by Google

Vorgehen abgewehrt werden. Erzherzog Albrecht und die russischen Generäle berieten über die Heeresmacht, die jeder der beiden Monarchen sofort zur Verfügung stellen solle, falls der Freund von dritter Seite angegriffen würde. Franz Josef und Alexander vereinbarten, „selbst für den Fall, als die Interessen ihrer Länder in einzelnen besonderen Fragen nicht übereinstimmen sollten, sich miteinander zu verständigen; die Gegensätze sollten nicht das Übergewicht über Rücksichten höherer Ordnung erlangen." Diese Wiener „Entente" entsprach der bekannten, wenige Wochen vorher in Petersburg abgeschlossenen Konvention zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zar, und sie wurde sofort nach Berlin gemeldet. (Auch Gorjainow, der sichtlich bemüht ist, die vertrauliche Intimität des diplomatischen Verkehrs, der in der Mitte der siebziger Jahre zwischen Wien und Petersburg bestanden, abzuschwächen, weiß von der Tatsache des Wiener Übereinkommens.) Freilich fehlte es zur selben Zeit, da die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn in sichtlicher Steigerung freundlichere, ja sogar intime Formen annahmen, nicht an Zwischenfällen, die eine pessimistische Auffassung im Wiener Auswärtigen Amte als bedenkliche Begleiterscheinung zu den Bestrebungen des Ministers buchen konnte. Die eifrigen diplomatischen Agenten Rußlands betätigten sich am Balkan mit deutlich tendenziösen Unternehmungen und Ratschlägen. In den kleinen souveränen Balkanstaaten Serbien und Montenegro wurde beharrlich daran gemahnt, daß nur an der Newa der allgewaltige Helfer, der Befreier wohne. Andrássy blieben selbstverständlich derartige Agitationen und Umtriebe nicht verborgen. Er wußte jedoch, obwohl es seinerseits keineswegs an der erforderlichen Wachsamkeit fehlte, zumeist derlei unliebsame Meldungen, die die angeknüpften Beziehungen zu Rußland zu stören drohten, mit einer vornehmen Geste als unwichtige Klatschereien oder als Mißverständnisse zurückzuweisen. Erschien ihm der Fall ernster, dann war er auch mit einer Gegenagitation rasch zur Hand; aber er sprach damals ein bedeutsames Wort aus, das auch seine Nachfolger bereitwillig zu dem ihrigen gemacht haben. Der Aufenthalt Ristitschs, des serbischen Staatsmannes, in Wien, hatte in St. Petersburg gewisse Befürchtungen erregt. In einer Instruktion, die Andrássy am 21. Mai 1873 an Langenau abgehen ließ, hieß es: „Was uns betrifft, so wird es uns stets fernliegen,

Digitized by Google

Rußland irgendwie entgegentreten zu wollen, wenn es sich gezwungen sähe, seiner Stellung zu diesem oder jenem seiner kleinen Nachbarländer Nachdruck zu verleihen. Wir würden vielmehr eine solche Geltendmachung seines berechtigten Ansehens überall mit Vergnügen sehen, dürfen aber in analogen Fällen einer ähnlichen Beurteilung uns seinerseits versehen."

Eine wohlberechtigte Haltung, der eine doppelte Absicht zugrunde lag, beobachtete Andrássy während des Besuches, den er im Gefolge seines kaiserlichen Herrn im Winter 1874 in St. Petersburg abstattete. Da kam es zu einer ausführlichen Erörterung zwischen ihm und Gortschakow. Der Wiener Staatsmann hatte die Vorwürfe erwähnt, die ihm wegen der Petersburger Reise des Kaisers gemacht wurden. Er verwies auf die politischen und höfischen Schwierigkeiten, die er überwinden hatte müssen, und er gebrauchte eine glückliche Form freimütiger Mitteilung der Gegengründe, mit denen er gesiegt hätte. Man könne nicht wissen, hätte er den Wiener Gegnern des Petersburger Besuches entgegengehalten, ob nicht einmal die Zeit kommen werde, in der Deutschland es für ersprießlich erachten werde, nicht bloß in seinen Einheitsbestrebungen weiter als bisher zu gehen, sondern seine Machtsphären auf die Deutschen Österreichs auszudehnen. Eine unvermeidliche Folge davon wäre, daß die Monarchie immer mehr nach Osten abgedrängt würde, was natürlich wieder Rußland nicht angenehm sein könnte. Zur Verhütung solcher Pläne Deutschlands bliebe nichts anderes übrig, als sich des russischen Einflusses auf das deutsche Kabinett zu bedienen. Wo aber wäre dies leichter zu erreichen als am Sitze der russischen Regierung selbst. . . . Der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Prinz Reuß, hat diese Ausführungen, die er „aus sicherer Quelle hatte", an Bismarck berichtet. Andrássy hat auch vorausgesetzt, daß dies geschehe. Seit der Berliner Entrevue von 1872 mußte er wissen, welch vertraulicher Verkehr zwischen Berlin und Petersburg von Herrscher zu Herrscher, von Ministerium zu Ministerium bestehe. Bismarck war es gewesen, der Alexander geraten, einen gleich intimen Verkehr zwischen den Petersburger und Wiener Kabinetten einzuleiten. Alexander hatte hierauf durch Erzherzog Albrecht, mit dem ihn eine besondere Freundschaft verband, gelegentlich seines Besuches der Wiener Weltausstellung 1873 anfragen lassen,

Digitized by Google

Bismarck die befriedigendste und bündigste Friedenszusage bekommen habe. Doch damit war diese Scheinaktion Rußlands noch nicht zu Ende. Das Petersburger Korrespondenzbureau berichtete von einer Äußerung Gortschakows zum französischen Botschafter: Rußland werde Deutschland zu hindern wissen, daß es Frankreich angreife.

Der deutsche Kanzler hatte schon kurze Zeit vorher eine peinliche Erfahrung mit Rußland gemacht. Als er wegen der ganz unberechtigten Füsilierung des Hauptmanns Schmidt gegen die karlistischen Abenteurer energisch vorging und deren dreiste Haltung mit der Anerkennung der spanischen Republik beantworten wollte, begegnete er in St. Petersburg einer prinzipiellen Ablehnung, während Österreich-Ungarn einen dankbar begrüßten Mittelweg vorschlug. Auch Kaiser Franz Josef war nämlich von der Notwendigkeit einer solchen hastigen Parteinahme für die Republik nicht zu überzeugen gewesen. Da hatte Andrássy, der die freundschaftliche Stellung der Monarchie zu Deutschland hier bekunden wollte, beantragt, nicht die Republik, sondern die Regierung Seranos als Exekutivgewalt anzuerkennen. Damit war keine Verpflichtung eingegangen, die sich im Falle eines Wiedererstarkens der monarchistischen Partei als lästig erwiesen hätte. Dieser diplomatische Schritt genügte der von Bismarck beabsichtigten Demonstration, deren Unterbleiben als eine Schlappe hätte ausgelegt werden können. Die boshafte Komödie aber, die jetzt Gortschakow aufgeführt, überzeugte Bismarck von der Unberechenbarkeit des Verhältnisses zu Rußland, und gleichzeitig bestärkte es ihn in seiner Absicht, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn möglichst zu festigen. Schon im Vorjahre, als er, wie Andrássy richtig berechnet, aus Petersburg von jenen Äußerungen des österreichisch-ungarischen Ministers gehört, die sich auf die Möglichkeit einer gegen die Monarchie gerichteten deutschen Annexionspolitik bezogen, hatte er sofort in Wien anfragen lassen, was Andrássy in solche Beunruhigung versetzt haben könne. Er hätte angenommen, meinte er in seinem Schreiben an den Botschafter Schweinitz, daß die in Österreich gewohnheitsmäßig verbreiteten Besorgnisse vor einem Übergreifen Deutschlands bei Andrássy entweder nie vorhanden gewesen seien oder, wenn sie bestanden haben sollten, längst und vollständig beseitigt seien. Er hätte die Einsicht in

Digitized by Google

betrachtet werden müsse. Andrássy hätte geantwortet, an eine solche Absicht würde in Wien nicht gedacht. Reuß fügte hinzu, daß Gortschakow in seiner hochfahrenden Art gemeint hätte, es wäre ganz gut, wenn man von Zeit zu Zeit in Wien erinnert würde, wie man über diesen Punkt in Petersburg denke. Ein Vergleich jedoch all der vorliegenden höfischen und diplomatischen Berichte über den Petersburger Besuch Franz Josefs läßt die Annahme zu, daß der eitle Russe dem deutschen Botschafter gegenüber bezüglich der Schärfe seiner Erklärungen merklich übertrieben habe. Mußte ihm doch eben jetzt daran gelegen sein, die denkbar besten Beziehungen zu Wien zu pflegen, jetzt, da er Bismarcks Übergewicht auf dem diplomatischen Gesamtgebiet mit Beunruhigung und Eifersucht gewahrte und zu erschüttern unternahm. Seit geraumer Zeit schon suchte die geängstigte französische Diplomatie Zuflucht in St. Petersburg. Nur von dort aus konnte etwas gegen Bismarck unternommen und die intim verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Höfe gegen ihn ausgenützt werden. Trefflich kam dann zu statten, wenn man mit Österreich vertrauliche Fühlung hatte.

Das Jahr 1875 hat auch Gorschakow den gewünschten Erfolg gebracht. Der damalige Kriegslärm, bei dem alle deutschfeindlichen Diplomaten, Agenten und Journalisten, die zwischen Paris, London, Wien und Petersburg hin- und herflanierten, mittun mußten, vermochte den seiner Sache sicheren Reichskanzler des jungen Deutschen Reiches nicht aus seiner kühl ablehnenden Ruhe zu reizen. Gortschakow erschien aber selbst an der Spree, tat überaus geschäftig und aufgeregt, und es gelang ihm, der Öffentlichkeit vorzutäuschen, sein autoritatives, energisches Auftreten habe die Gefahr beschworen, den Krieg verhindert, Deutschland, Bismarck zum Rückzuge gezwungen. „Maintenant la paix est assurée," deklamierte er. Er machte Andeutungen, wie nur ihm nach schwerer Mühe dieses große Werk geglückt; Bismarck hätte sich eben vor dem Stärkeren beugen müssen. Der deutsche Kanzler mußte damals auch gewahren, wie der leicht bestimmbare Zar sich völlig dem Beginnen Gortschakows angepaßt hatte. Zu Karolyi äußerte Alexander in Berlin wiederholt, wie er nun Berlin mit einem beruhigten Gefühl verlassen, da er sowohl von Kaiser Wilhelm, als auch vom Kronprinzen und dem Fürsten

Digitized by Google

Bismarck die befriedigendste und bündigste Friedenszusage bekommen habe. Doch damit war diese Scheinaktion Rußlands noch nicht zu Ende. Das Petersburger Korrespondenzbureau berichtete von einer Äußerung Gortschakows zum französischen Botschafter: Rußland werde Deutschland zu hindern wissen, daß es Frankreich angreife.

Der deutsche Kanzler hatte schon kurze Zeit vorher eine peinliche Erfahrung mit Rußland gemacht. Als er wegen der ganz unberechtigten Füsilierung des Hauptmanns Schmidt gegen die karlistischen Abenteurer energisch vorging und deren dreiste Haltung mit der Anerkennung der spanischen Republik beantworten wollte, begegnete er in St. Petersburg einer prinzipiellen Ablehnung, während Österreich-Ungarn einen dankbar begrüßten Mittelweg vorschlug. Auch Kaiser Franz Josef war nämlich von der Notwendigkeit einer solchen hastigen Parteinahme für die Republik nicht zu überzeugen gewesen. Da hatte Andrássy, der die freundschaftliche Stellung der Monarchie zu Deutschland hier bekunden wollte, beantragt, nicht die Republik, sondern die Regierung Seranos als Exekutivgewalt anzuerkennen. Damit war keine Verpflichtung eingegangen, die sich im Falle eines Wiedererstarkens der monarchistischen Partei als lästig erwiesen hätte. Dieser diplomatische Schritt genügte der von Bismarck beabsichtigten Demonstration, deren Unterbleiben als eine Schlappe hätte ausgelegt werden können. Die boshafte Komödie aber, die jetzt Gortschakow aufgeführt, überzeugte Bismarck von der Unberechenbarkeit des Verhältnisses zu Rußland, und gleichzeitig bestärkte es ihn in seiner Absicht, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn möglichst zu festigen. Schon im Vorjahre, als er, wie Andrássy richtig berechnet, aus Petersburg von jenen Äußerungen des österreichisch-ungarischen Ministers gehört, die sich auf die Möglichkeit einer gegen die Monarchie gerichteten deutschen Annexionspolitik bezogen, hatte er sofort in Wien anfragen lassen, was Andrássy in solche Beunruhigung versetzt haben könne. Er hätte angenommen, meinte er in seinem Schreiben an den Botschafter Schweinitz, daß die in Österreich gewohnheitsmäßig verbreiteten Besorgnisse vor einem Übergreifen Deutschlands bei Andrássy entweder nie vorhanden gewesen seien oder, wenn sie bestanden haben sollten, längst und vollständig beseitigt seien. Er hätte die Einsicht in

Digitized by Google

Wien und Budapest vorwaltend geglaubt, daß die Macht und die Einheit des Deutschen Reiches durch dessen Verschmelzung mit den seit „vierhundert Jahren" tatsächlich von Deutschland getrennten österreichischen Erblanden eher verlieren als gewinnen würde. Aus den Denkwürdigkeiten Bismarcks klingt noch die erbitterte Stimmung nach, in die der Scharlatanstreich Gortschakows ihn versetzt hatte. Andrássy fühlte heraus, daß man in Berlin nunmehr ein sicheres Einverständnis mit Rußland nicht mehr als zum Besitzstand der deutschen Politik buchen könnte. „Das Resultat scheint mir für uns befriedigender als für Bismarck," so heißt es in seinem Berichte an Kaiser Franz Josef, „wir haben den Frieden, die Deutschen eine Lektion erhalten."

Die folgenden vier Jahre zeigen Bismarck mit dem diplomatischen Problem beschäftigt: Rußland an Deutschlands Seite festzuhalten, aber gleichzeitig sich der habsburgischen Macht zu versichern. Es hieße seine Größe verkennen, würde man annehmen, daß sein persönlicher Groll gegen Gortschakow ihn dazu hätte bewegen können, von nun an die intimen Beziehungen mit St. Petersburg aufzugeben oder leichter einzuschätzen; aber die gemachte Erfahrung mag ihm deutlich den schwankenden Grund gezeigt haben, auf dem sie beruhten. Der vertraute Verkehr der verwandten Höfe, gemeinsame Erinnerungen aus älterer Zeit boten keinen genügenden Halt, und die wohlwollende, aber nervös schwächliche Persönlichkeit Alexanders II. war, wie man leicht ersehen konnte, jedem Günstling, der energischer seine Ziele zu verfolgen wußte, nicht allzuschwer zugänglich. Panslawistische Tendenzen schienen in der Umgebung des Kaisers mit bequemeren, altkonservativen Anschauungen um die Oberhand zu ringen. An den kecken Intrigenstückchen, die damals Ignatiew über Gortschakow und die Kabinettskanzlei hinweg wagen durfte, läßt sich die Unberechenbarkeit der höfischen Verhältnisse ermessen. Nach außen hin aber zählte der herzliche Verkehr mit Berlin zu den festen Normen aller auswärtigen Politik Rußlands, und niemand glaubte fester an ihn als Kaiser Wilhelm. Er pflegte ihn zärtlich als ein teures, ihm überkommenes Erbteil; er wachte über dieses Vermächtnis und wurde verstimmt, wenn von irgendeiner Seite her, und wenn es auch sein bewährter Reichskanzler war, daran gerührt wurde. Geschehnisse und Wandlungen erwiesen sich aber

Digitized by Google

stärker als solch pietätvolles Festhalten. Über die leisen Verschiebungen, die sich da vollzogen, über das Reifen einer neuen Formation, die Bismarck für geboten hielt, nachdem er sich bald fördernd, bald zögernd mit ihr beschäftigt hatte, geben die Publikationen Wertheimers reichen Aufschluß. Er hat wahrscheinlich den ganzen brieflichen und Depeschenverkehr zwischen Kaiser Wilhelm und seinem Reichskanzler, sämtliche Botschafterberichte, die Korrespondenz des mit außerordentlicher Mission betrauten Gesandten von Radowitz und auch der Diplomaten zur Verfügung gehabt, die, wie Otto von Bülow, den Kaiser auf dessen Reisen begleiteten. Schade, daß er uns nur durch die von ihm ausgewählten Zitate wissen läßt, welch kostbares Quellenmaterial er zur Hand gehabt. Die Bereitwilligkeit, mit der, bestimmt durch das fruchtbare Beispiel Leopold von Rankes, die Mehrzahl moderner Forscher in einem Anhang die wichtigsten Aktenstücke, auf denen sie ihre Darstellung aufgebaut, dem Leser zu eigener Beurteilung darbieten, hätte den Verfasser bestimmen sollen, ebenfalls diesem guten Brauch zu folgen. Wir vermögen nicht zu übersehen, was ihm zu Gebote gestanden, wir gewahren nur zu unserem Erstaunen, daß diese reich und ergiebig fließenden Quellen in manch bedeutungsvollem Augenblick gänzlich versagen. Die Darstellung weist dann empfindliche Lücken auf. Professor von Wertheimer scheint darauf verzichtet zu haben, sie durch Bearbeitung des bereits vorhandenen Materials auszufüllen. Damit wird aber auch die Beurteilung der Andrássyschen Tätigkeit arg erschwert. Die Lücken mögen vielleicht die schwungvolle Schilderung eines nationalen Helden nicht beeinträchtigen; bei einem Geschichtswerke verursachen sie den leidigen Eindruck des Fragmentarischen.

Kaum war 1875 die Aufregung wegen der Möglichkeit eines neuen deutsch-französischen Krieges vorüber, als sich die Balkanfrage mit dem Aufstande in Bosnien wiederum geltend machte. Die heillos schlechte Verwaltung, der unversöhnliche Gegensatz zwischen den mohammedanischen Großgrundbesitzern und den christlichen Rajahs hatten dort eine große Menge von Explosivstoff angesammelt. Die Insurrektion erstreckte sich über das ganze Land, sie erregte die christliche Bevölkerung der übrigen Balkangebiete; Serbien, Montenegro erschienen bereit, einzugreifen. Man gewahrte die umfassende Tätigkeit einer im Sinne Rußlands

Digitized by Google

wirkenden Agitation. In Serbien bedrohte die südslawische Propaganda die Dynastie Obrenowitsch. Fürst Milan, damals ein Jüngling, stand unter dem Einflusse des ehrgeizigen Ristitsch, von dem es hieß, er werde seinen Schützling dazu bringen, auf seinen Thron zugunsten einer serbischen Republik zu verzichten. Überall horchte man mit besorgter Spannung auf die Nachrichten vom Aufstande. Die südslawische Propaganda wurde auch in Berlin mit Aufmerksamkeit verfolgt. Am 18. August äußerte Kaiser Wilhelm zum österreichischen Geschäftsträger: Fürst Milan sei jung und unerfahren, er befinde sich ganz in der Hand seiner Ratgeber und dürfte nicht kräftig genug sein, um der nationalen Richtung mit Erfolg entgegenzutreten. Andrássy ward von den Vorgängen in Bosnien und andererseits in Belgrad gründlich durch seinen Generalkonsul in der serbischen Hauptstadt, den trefflichen Benjamin von Kallay, unterrichtet. Im Konak Milans rangen alle möglichen Einflüsse miteinander um die Herrschaft, die serbischen Parteiführer warben bei den Großmächten, namentlich bei Rußland und Österreich-Ungarn, um Unterstützung. Daß man in Petersburg die Machtstellung des Wiener Kabinettes fürchtete, hatte schon vor einigen Monaten die lauernde Äußerung des russischen Generalkonsuls in Belgrad bewiesen: Er sehe die einzige Lösung der gefährlichen Krisis darin, Erzherzog Johann von Toskana (damals Offizier in der k. u. k. Armee, später als Johann Orth verschollen) zum Herrscher von Serbien auszurufen.

Zum Verständnis der Andrássyschen Balkanpolitik muß vor allem ein Leitmotiv hervorgehoben werden, das für einen Staatsmann Ungarns bestimmend war: die Sorge vor einer südslawischen Bewegung, die auf ungarisches und auch auf österreichisches Gebiet übergreifen konnte. Nicht um ein Geringeres als um die Herrschaft des magyarischen Stammes im Ländergebiete der Stephanskrone handelte es sich hier. Dies hatte auch Déak wie Andrássy veranlaßt, für die deutsche Vorherrschaft in Österreich, die ja ebenfalls von den Slawen bekämpft ward, einzutreten. Darum hat Andrássy sich auch die längste Zeit gegen die Idee einer Besitznahme Bosniens und der Herzegowina abwehrend verhalten. Ganz anders urteilten Männer aus jenen Kreisen, die stets vorwiegend einen großösterreichischen Patriotismus gepflegt haben, aus der Armee und der Marine. Aus dem Jahre 1856

Digitized by Google

ist eine Denkschrift Radetzkys bekannt, die den Besitz von Bosnien und der Herzegowina wegen Istriens und Dalmatiens als wünschenswert bezeichnet. 1866 äußert Tegetthoff ein Ähnliches. Ihn leitet der Standpunkt der Küstenverteidigung. In Tatistschews „Alexander II." findet sich die Mitteilung, daß bald nach den preußischen Siegen von 1866 Bismarck für die Erwerbung der beiden Länder deutsche Bundeshilfe der Habsburger Monarchie in Aussicht gestellt haben soll. In Paris wie in Petersburg schien es damals erwogen worden zu sein, ob und wann Österreich-Ungarn sich diesen Ersatz für das verlorene Venetien werde holen wollen, und schon gleich bei seinem Einzug in das Auswärtige Amt (November 1871) glaubte Andrássy, wie Gorjainow erwähnt, den russischen Botschafter in Wien mit der Erklärung beruhigen zu müssen, man hege weder bezüglich Bosniens und der Herzegowina noch gegen die Donaufürstentümer Eroberungspläne. Sicherlich war er von der fortschreitenden Zerrüttung der osmanischen Macht unterrichtet. Der Weiterentwicklung der panslawistischen Agitation zugunsten Rußlands war sein Blick gefolgt. Wie sämtliche führende Persönlichkeiten in der Monarchie schien auch er von der Überzeugung durchdrungen, daß zumindestens das westliche Balkangebiet im Falle einer Aufteilung der Türkei in die Machtsphäre Österreich-Ungarns gerückt werden müßte. Eine Besitzergreifung entsprach seiner Auffassung keineswegs. Er, der, wie bereits bemerkt, eine Machtentwicklung des Slawentums mit Sorgen betrachtete, mußte eine Vermehrung des südslawischen Elementes in seinem engeren Vaterlande als wenig wünschenswert erachten und auch gefaßt sein, daß gelegentlich einer militärischen Aktion sich in Österreich eine starke oppositionelle Strömung bei den Deutschen ergeben würde. Ein energisches Auftreten Österreich-Ungarns, das die bosnische Bewegung durch eine Besetzung des Landes beendigte, hieß die gesamte orientalische Frage aufrollen und Rußland den Freibrief für ein Vorrücken gegen Konstantinopel erteilen. Andrássy — und er wußte dabei Ungarn hinter sich — wollte daher den Zerfall der Türkei soweit als möglich hinausschieben. Seiner Auffassung entsprach eher eine nach Möglichkeit zu bewerkstelligende Wiederherstellung der türkischen Oberherrlichkeit in Bosnien. In einer Denkschrift an den Kaiser meint er, daß man die Türken nicht aus den beiden Provinzen ver-

Digitized by Google

drängen, sie vielmehr solange als möglich dort stützen, ihnen Ratschläge erteilen und Reformen anempfehlen solle; allerdings hätte die Monarchie, wenn ihre Bemühungen schließlich erfolglos blieben, im gegebenen Moment an die Stelle der Pforte zu treten, falls es ihr an der Kraft mangle, ihre Position selbst zu verteidigen. Zeigte sich Österreich-Ungarn bemüht, die türkische Regierung zu gründlichen entsprechenden Reformen zu bestimmen, dann würde auch Rußland zurückgehalten, als Angreifer vorzugehen. Vermochte die Türkei nicht, die geforderten Reformen zu verwirklichen, und erlangte damit Rußland eine Berechtigung, vorzudringen, dann ergab sich für Österreich-Ungarn die Besetzung Bosniens als eine Selbstverständlichkeit, als eine Notwendigkeit. Andrássy hat an diesen seinen Anschauungen festgehalten und sie auch dem Kaiser Franz Josef gegenüber zu vertreten gewußt, solange die Lage im nahen Orient und die Haltung Rußlands es zuließen.

Er hat dabei mit einer erheblichen Gegnerschaft zu tun gehabt; namentlich innerhalb der Generalität, die in Erzherzog Albrecht ihren hochangesehenen Führer sah, ward am Ende der sechziger Jahre der Ruf nach einer Erweiterung des österreichisch-ungarischen Machtgebiets am Balkan immer lauter. Auch die Kurie scheint stets ein Vorrücken der katholischen Monarchie auf diesem Gebiete gewünscht und gefördert zu haben. 1875 unternimmt Kaiser Franz Josef eine Reise nach Dalmatien, die bald die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes auf sich ziehen sollte. Man kolportierte Äußerungen des Monarchen, die den Einmarsch in Bosnien verhießen. Im kaiserlichen Hoflager erschienen katholische Bischöfe aus der Herzegowina, die Franz Josef als ihren Zaren und Erretter begrüßten. Andrássy mußte von Bismarck die Äußerung hören, er finde es äußerst befremdlich, daß es einem General (es war der Statthalter von Dalmatien, Feldzeugmeister Baron Rodich gemeint) gelungen sein sollte, den Kaiser zu einer Reise zu bewegen, die Österreich-Ungarn in eine so schwierige Situation gegenüber dem christlichen Aufstand bringe. Für die Freunde und Bundesgenossen bedeute dies ein ungemein gefährliches Zeichen. Man sieht, daß der deutsche Reichskanzler darüber genau unterrichtet war, wie fern sein österreichisch-ungarischer Amtsgenosse dieser Unternehmung stehe. Die Äußerung bedeutete aber auch ein unmutiges Erstaunen wegen des überwiegenden Einflusses der

Digitized by Google

Armeekreise auf die auswärtige Politik. Damals hat Andrássy wohl die ganze überzeugende Kraft seiner Beredsamkeit, sein ganzes Ansehen, das ihm seine bisherige Tätigkeit als Ministerpräsident und dann als Minister des Äußern erworben, aufgeboten, um den Kaiser von der Richtigkeit seiner Auffassung und von der Notwendigkeit einer überaus vorsichtigen, jedoch zielbewußten Balkanpolitik zu überzeugen. Er erreichte den gewünschten Erfolg, man gewahrte wiederum die geschickte Hand Andrássys in der Behandlung, die in Wien die heikle Aufstandsfrage erfuhr. Der Minister hat sich auch fortan bis in die Tage des Berliner Kongresses des Vertrauens seines Kaisers sicher fühlen dürfen. Dieser wichtigen Übereinstimmung verdankte er seine späteren Erfolge, die allerdings auch seine vorsichtige Haltung rechtfertigten. Während Alexander II. verschiedenartigen höfischen Einwirkungen nachgibt, während Bismarck stets auf die pietätvolle Gesinnung seines greisen Herrn gegenüber dem russischen Hofe Rücksicht nehmen muß, vermag der Staatsmann Österreich-Ungarns mit ruhiger Sicherheit die eingeschlagene Richtung zu verfolgen. Wertheimer gewährt uns Einsicht in den Briefwechsel zwischen Alexander und Franz Josef, der den Notenwechsel der beiden Mächte begleitet. Bei Alexander gewahrt man dessen gütiges, aber leicht bewegliches Wesen. Man fühlt auch zwischen den Zeilen die wechselnden Einflüsse der einzelnen Diplomaten heraus. Franz Josef wiederum spricht nur mit Worten des Herrschers und des auf vornehmster Höhe stehenden Gentleman aus, was die Noten seines Ministers sachlich erklären.

Von der Reformnote im Dezember 1875 an tritt die feste, zumeist unbeirrbare Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den Balkanwirren in Sicht. Man verhält sich, bei Beobachtung bester freundschaftlicher Formen, mit Rußland auf möglichst gutem Fuße, weiß aber ein Eingehen auf Verpflichtungen, die eine gemeinsame Aktion mit sich bringen könnte, zu vermeiden. Andrássy pflichtet dem Mai-Memorandum Gortschakows von 1876 bei, das allein England nicht annimmt. Dem Vorschlage, ob die britische Macht an die Türkei nötigend heranzutreten habe, tritt Bismarck, dem Andrássy zur Seite steht, entgegen, weil beide Mächte einen russisch-türkischen Krieg vermeiden wollen. Bei Hanotaux, Histoire de la France contemporaine, Bd. IV, findet sich ein Bericht der französischen Vertretung, die feststellt, Rußland habe in Berlin

Digitized by Google

einen gewissen Widerstand und eine Übereinstimmung Deutschlands und Österreichs vorgefunden, den es nicht erwartet hatte. Gortschakow veranlaßt nun den Zaren, eine direkte Verständigung mit Österreich zu suchen. Am 8. Juni kam es zu der Unterredung zwischen Alexander und Franz Josef auf Schloß Reichstadt, der Gortschakow und Andrássy und ferner der russische Botschafter am Wiener Hofe beiwohnten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in einem ausführlichen Schriftstück festgelegt. In jenen Tagen standen bereits serbische Truppen auf bosnischem Boden, und die orthodoxen Christen der Herzegowina wollten sich an Montenegro anschließen. Für Österreich-Ungarn schien also eine Aktion geboten, die ihre Machtstellung im westlichen Balkangebiete sicherte. Dies erforderte gemäß der pietätvoll erhaltenen Gepflogenheiten des Drei-Kaiser-Verhältnisses (die entente à trois, wie es Schuwalow herabmindernd benannt hatte) eine Auseinandersetzung mit Rußland, dessen Eingreifen in die Balkankonflikte gewärtigt werden mußte. Die Hauptpunkte der Reichstädter Verabredungen sind bekannt. Angesichts des Vormarsches der Serben mußte mit dem Falle einer türkischen Katastrophe gerechnet werden. Da sollte nun Rußland seine Gebiete am Schwarzen Meere und in Vorderasien erweitern und auch Bessarabien wiederum erlangen; für Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina vorbehalten bleiben, bis auf einige wenige Gebietsteile, mit denen Serbien bzw. Montenegro zu befriedigen war. Wahrscheinlich durch eine russische Mitteilung war bereits im März das Aufteilungsprogramm der französischen Regierung bekannt. Eine Äußerung des Ministers Duc Decazes deutet auf die Herkunft seiner Information: „Bismarck rät Österreich," so zitiert Hanotaux, „Bosnien und die Herzegowina militärisch zu besetzen, und sollte es selbst dauernd dort bleiben." Wir halten bei dem Zeitpunkte, da Andrássy sich gezwungen sah, von seinem Widerstreben gegen eine Besetzung der beiden türkischen Provinzen Abstand zu nehmen. Die Ereignisse auf dem Balkan schienen sich bedrohlich zu gestalten, sie erwiesen sich stärker als die Bedenken, die der ungarische Politiker für sein Vaterland wie für Österreich gegen eine Vermehrung der slawischen Elemente in der Monarchie gehegt. Freilich mußte Andrássy gewärtigen, in den Parlamenten der beiden Reichshälften einer gefährlichen Opposition zu begegnen. Aber Andrássy, dies offen-

Digitized by Google

bart seine Haltung bis in den russisch-türkischen Krieg hinein, betrachtete die Reichstädter Ergebnisse noch immer nur als eine Art von Versicherung für den schlimmsten Fall. Bei einem Zusammenbruche der Türkei sollte Österreich-Ungarn für seine Stellung an der Adria, die 1866 durch den Verlust Venetiens empfindlich geschädigt worden, eine wesentliche Verstärkung erfahren, die auch seine Einflußsphäre bis nach Saloniki hin sichern konnte. Ob diese äußerste Annahme Wirklichkeit wurde, war keineswegs noch ausgemacht. Vielleicht bewies die Türkei noch die notwendige gesunde Widerstandskraft, vielleicht ward Rußland davon abgehalten, seinen vernichtenden Schlag zu tun. Dann konnte ja auch Österreich-Ungarn es bei dem Maße von Autorität, über das es bisher am westlichen Balkan verfügte, bewenden lassen. Die Erfolge der türkischen Waffen und die bedrängte Lage, in die Serbien durch die erlittenen Niederlagen geraten, ließen in Rußland im Herbste 1876 die Kriegspartei und die panslawistische Agitation zu stärkerer Geltung kommen. Serbien und Montenegro mußten vor dem türkischen Sieger geschützt und die Gelegenheit zu einer großen und breit angelegten Aktion benützt werden. Abermals traten der Zar und Gortschakow an Österreich-Ungarn heran, doch die vielbesprochene Mission des Grafen Sumarokow-Elston hatte nicht den gewünschten Erfolg. In Wien lehnte man den Vorschlag eines russischen Einmarsches in Bulgarien und einer gleichzeitigen Besetzung Bosniens durch österreichisch-ungarische Truppen mit dem Hinweis ab, daß damit die gute Absicht, die Türkei zu ausgiebigen Reformen zu zwingen, schwerlich zu verwirklichen sei. Andrássy wurde von der Überzeugung geleitet, daß Rußland, wenn es einmal militärische Positionen in Bulgarien gewonnen, aus dem Lande nicht mehr hinausgehen werde. Eine derartige Schwächung der Türkei wollte er verhüten, zumal er immer noch den dargebotenen Preis der Annexion Bosniens und der Herzegowina recht kühl einschätzte. Am russischen Hofe zu Livadia wurde die spröde Haltung Österreich-Ungarns von der Kriegspartei fast wie eine Herausforderung behandelt. Die Frage kam auf, ob man, bevor man gegen die Türkei marschiere, sich nicht mit der Donaumonarchie mit den Waffen auseinandersetzen sollte. Wie schon aus den Denkwürdigkeiten Bismarcks bekannt ist, erging jetzt eine russische Anfrage

Digitized by Google

an den deutschen Freund, ob in diesem Falle auf seine Neutralität zu rechnen sei. Der Bescheid, daß Deutschland es nicht ertragen könne, daß einer von den beiden ihm befreundeten Staaten „so schwer verwundet und geschädigt würde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde", brachte eine große Enttäuschung. Wertheimer zitiert den Bericht Karolyis über eine Unterredung mit Bismarck: „Gortschakow", so hat ihm Bismarck erzählt, „scheue kein Mittel, um Zwietracht zu erregen. So habe ihm der russische Kanzler in einem nach Varzin gerichteten Privatbrief den Wunsch ausgedrückt, daß sich Deutschland jetzt offen für Rußland erkläre. Obgleich nun er das Schreiben nur mit Phrasen beantwortet hätte, ohne auch nur die Politik zu streifen, hätte Gortschakow trotzdem in London das Gerücht verbreitet, er habe aus Berlin einen für Rußland sehr befriedigenden politischen Bericht erhalten — und dies einzig in der Absicht, das englische und deutsche Kabinett zu verfeinden." In demselben Monat, da der Reichskanzler dem österreichisch-ungarischen Botschafter diese Eröffnung machte, beantwortete er das Liebeswerben der Russen mit dem Schweinitz erteilten Auftrage, bei Gortschakow anzufragen, ob er gewillt wäre, gegen die Bürgschaft einer Unterstützung im Orient einen Garantievertrag für die Reichslande einzugehen. (Wertheimer zitiert eine Meldung des Botschafters vom 1. November, aus Yalta datiert, ferner den Bericht, den Bismarck am 31. August 1879 seinem Kaiser erstattet, und endlich ein Schreiben Herbert Bismarcks an seinen Bruder, datiert von Trient am 24. August 1879.) Er erhielt eine „rundweg" verneinende Antwort. Der Bericht Karolyis ist vom 28. November datiert. Ganz kurz vorher hatte Bismarck mit dem englischen Minister Salisbury, der auf der Durchreise nach Konstantinopel in Berlin vorsprach, eine Unterredung gehabt. Die Balkanfrage war zu einer europäischen geworden. Dies hatte ein deutlich gegen Rußland gerichteter Trinkspruch des englischen Premiers Beakonsfield und ferner eine kriegerische Ansprache des Zaren an den Moskauer Adel bewiesen. Gegenüber Salisbury betonte nun Bismarck die Notwendigkeit, wenn es zum Bruche mit der Türkei käme, den Krieg zu lokalisieren. Großbritannien habe keinen Grund, zu den Waffen zu greifen, wenn russische Truppen die Donau überschreiten und in die Türkei einrücken

Digitized by Google

sollten. Auf die von Salisbury geäußerte Befürchtung wegen Konstantinopel wies der Kanzler auf die Beteuerung Alexanders II. hin, daß er gar nicht daran denke, Konstantinopel zu besetzen. Bismarck erklärte schließlich, daß er in keinem Falle die Hand zu einer Politik bieten werde, die eine Ausbreitung des russisch-türkischen Krieges in Europa zu erleichtern vermöchte. Wir erfahren dies aus einem Schreiben Bismarcks an den damaligen deutschen Botschafter in Wien, Grafen Stolberg, der den Auftrag erhielt, davon Andrássy in Kenntnis zu setzen. Der Botschafter war ferner beauftragt, auf die früher erwähnte Anfrage, die Gortschakow nach Berlin getan hatte, zurückzukommen. Er sollte Andrássy mitteilen, daß Bismarck „es nicht für ersprießlich halte, schon jetzt Rußland gegenüber bezüglich des möglichen Zerwürfnisses mit Österreich-Ungarn eine bestimmtere Sprache zu gebrauchen Es könnte ja sein, daß sie Eindruck machen würde, aber damit wäre die Angelegenheit noch nicht erledigt. Stellte sich Deutschland ins Vordertreffen, so mußte es die freundschaftliche Fühlung mit Rußland einbüßen, deren Erhaltung für alle Teile notwendig sei. Das eine aber könne er versichern, daß die deutsche Regierung bisher dem russischen Kabinette kein bindendes Versprechen gegeben habe und auch nicht geben werde. Noch könne er zu seiner Genugtuung und Beruhigung den Punkt nicht sehen, an dem die Wege von Rußland und Österreich-Ungarn auseinanderzugehen drohen. Sollte er jedoch einen solchen wahrnehmen, würde er sich gewiß bemühen, ihn außer Sicht zu bringen ... Deutschland wolle mit Rußland und Österreich-Ungarn auf gutem Fuße bleiben und dadurch den Frieden sichern ... Die ganze europäische Lage bestimme ihn im Interesse des Deutschen Reiches zu einer solchen Haltung. Würde er jetzt einseitig gegen Rußland vorgehen, so hätte das nicht nur die Störung des friedlichen Verhältnisses zwischen dem Zarenreiche und Deutschland zur Folge, aller Wahrscheinlichkeit nach könnte es Rußland veranlassen, sich mit England zu verständigen, für einige Zeit seine orientalischen Pläne beiseite zu setzen, um vorerst gegen die nächsten Nachbarn eine Koalition mit Frankreich und Italien einzugehen ... Schwerlich würde sich jemand die Verantwortung aufhalsen wollen, einen solchen Zustand eigens heraufzubeschwören." Solch vertraulichen Eröffnungen gingen Erklärungen, für die Öffentlichkeit bestimmt, zur Seite.

Digitized by Google

Am 1. Dezember sprach der Fürst ausführlich bei einem parlamentarischen Diner, das er gab, von der Stellungnahme Deutschlands zu den ernsten Ereignissen, die sich am Balkan vorbereiteten. Er betonte da die uneigennützige Auffassung, die das Deutsche Reich hierbei beobachten könne. Weder ein russisch-türkischer Krieg noch ein Eingreifen Englands könnte die Deutschen nötigen, aus ihrer Reserve herauszutreten. Nur eine Eventualität, die Gefährdung der Integrität Österreich-Ungarns, dessen lebensgefährliche Verwundung er nicht dulden könnte, würde Deutschland in die Zwangslage bringen, für die Monarchie einzutreten. Doch benutzte Bismarck diese Gelegenheit, um die starke Stellung der habsburgischen Dynastie und besonders die Kaiser Franz Josefs zu kennzeichnen. Der Herrscher habe es in seiner Macht, von sämtlichen Völkern seiner Krone Mittel zur Verfügung zu erhalten, die jedem Angriffe gewachsen wären. In der Reichstagsrede vom 5. Dezember fühlte er sich verpflichtet, eine auf Rußland abzielende Bemerkung Eugen Richters mit einer Sympathiekundgebung für Rußland zu beantworten. Doch klangen seine Ausführungen in den Satz aus, sein Bestreben, gute Beziehungen zu Rußland, Österreich-Ungarn und England zu erhalten, könnte nur dadurch gestört werden, „wenn irgendeiner unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu betätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts getan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich zu behandeln und unsere stärkere Liebe zu dem einen zu beweisen durch den Haß gegen den anderen".

In Livadia wußte man sich also mehr als zureichend darüber orientiert, wie weit man auf die gute Gesinnung Bismarcks rechnen könne. Für einen Krieg gegen Österreich-Ungarn reichte die erhaltene Auskunft nicht aus, Gortschakow betrat abermals den Weg der Verhandlungen. Es kamen jene zwei Konventionen zustande, die militärische vom 15. Januar und die „convention additionelle", die am 18. März zu Wien unterzeichnet wurde. Gemäß der erstgenannten hatten Serbien, Montenegro und der Sandschak Novibazar im Falle eines russisch-türkischen Krieges als neutrale Zone zu gelten. Damit war die Möglichkeit ausgeschlossen, daß das westliche Balkangebiet zum Schauplatz strategischer Unternehmungen von Rußland gemacht werde (ein durch

Digitized by Google

unvorhergesehene Ereignisse notwendig gewordenes Beschreiten der Zone durch russische Truppen sollte jedoch nicht als ein gegen Österreich-Ungarn gerichtetes Vorgehen aufgefaßt werden). Die convention additionelle bezog sich auf die Umgestaltung der territorialen Verhältnisse am Balkan im Falle der Auflösung der Türkei (Andrássy rügte in der Instruktion an den österreichisch-ungarischen Botschafter zu St. Petersburg die böse Undeutlichkeit dieses Wortes mit treffenden Einwänden). Diese zwei Konventionen sicherten in diesem Falle Österreich-Ungarn mit den bosnischen Gebieten und der Herzegowina eine Bevölkerungsvermehrung von 1 200 000 Seelen zu. Der Sandschak Novibazar sollte an Serbien und Montenegro fallen, an das letzterwähnte Fürstentum auch der Hafen von Antivari. Eine denkwürdige Klausel verlangte Gortschakow noch hinzugefügt: „Die hohen vertragschließenden Mächte gehen die Verpflichtung ein, sich gegenseitig auf diplomatischem Gebiete zu unterstützen für den Fall, daß die territorialen Änderungen, als Ergebnisse eines die Teilung oder Auflösung des ottomanischen Reiches bewirkenden Krieges, Anlaß zu einer Kollektivberatung der Mächte geben sollten." Andrássy hat den Wunsch seines russischen Kollegen bereitwillig gutgeheißen. Er hat diese Bestimmung mit großem Erfolge, wie sich bald darauf erwies, ausgenützt. Der Abschluß der beiden Konventionen darf als ein ansehnlicher Erfolg Andrássys eingeschätzt werden. Er sicherte der Monarchie für den wahrlich nicht herbeigesehnten Fall einer türkischen Katastrophe den Machtbesitz, den grundsätzlich wohl die allgemeine Auffassung in Österreich-Ungarn verlangte. Er hatte dies erreicht ohne kostspielige kriegerische Vorbereitungen, ohne drückende Verpflichtungen gegenüber Rußland, ohne die Preisgabe wohlwollender Gesinnungen für die Türkei. Die Politik Österreich-Ungarns konnte sich der freundschaftlichen Gesinnung Deutschlands sicher fühlen und hatte genauen Bescheid über die Grenze des Einverständnisses zwischen den beiden nordischen Kaiserhöfen. Andrássy hatte sich auch während des Verlaufes der letzten diplomatischen Aktionen, namentlich gelegentlich der Konferenzen zu Konstantinopel, wiederum überzeugen müssen, wie sanguinisch seine einstige Rechnung auf ein Zusammengehen mit England gewesen und wie leicht die russische Diplomatie einen Weg nach London und daselbst eine

Digitized by Google

gute Aufnahme gefunden habe. Er hatte sich überzeugt, wie richtig der sorgenvolle Blick des deutschen Kanzlers diese Möglichkeit berechnete.

Wir vermissen in der Darstellung Wertheimers ausführlichere Mitteilungen über das Verhältnis der österreichisch-ungarischen Politik jener Zeit zu Rumänien und dessen Fürsten aus dem Hohenzollernhause. Hier macht sich eine der Lücken der Darstellung bemerkbar, die die Übersicht der Andrássyschen Politik erschwert. Die Darstellung des wertvollen Buches gewinnt wiederum durch Lebendigkeit und durch den Wert des mitgeteilten neuen Materials gelegentlich der abermaligen Verhandlungen mit England, die zu jenen „Deklarationen" führten, mit denen Andrássy sich vor einem Wortbruch Rußlands schützen wollte. Er hatte den Antrag Beakonsfields, betreffend eine gemeinsame Aktion zum Schutze Konstantinopels und der Meerengen, mit dem kühlen Bemerken zurückgewiesen, daß er noch keinen Anlaß gehabt hätte, an der Loyalität Alexanders II. irre zu werden; übrigens habe, so wurde den Engländern in sachlicher Hinsicht bedeutet, der Londoner Antrag nur die Interessen Englands, nicht die Österreich-Ungarns ins Auge gefaßt. Eine Fortsetzung der Verhandlungen veranlaßte Andrássy zu jenen sieben Punkte umfassenden Deklarationen, die geheim gehalten wurden. Nur Bismarck erfuhr sie durch mündliche Mitteilung Andrássys, der damit dem Kanzler ein deutliches Zeichen seines unbedingten Vertrauens geben wollte. Die Geheimhaltung hatte er von England gefordert, weil Rußland ihm bisher noch keinen Anlaß zum Zweifel gegeben hätte. Die Deklarationen betreffen die Unabhängigkeit Konstantinopels, die Feststellung, daß Rußland am rechten Donauufer keine Erwerbungen machen, und daß keine großslawische Staatenbildung zugelassen werden dürfe; ohne Mitwirkung der Garantiemächte solle keine definitive Regelung der Balkanverhältnisse erfolgen, ein jedes Protektorat über die zu gewärtigenden neuen Staatsbildungen müsse vermieden und auch von irgendeiner russischen wie österreichisch-ungarischen Sekundogenitur abgesehen werden. Die Bestimmungen zeigen auch in diesem Zeitpunkte, wie genau der Staatsmann Österreich-Ungarns an der Richtlinie festhielt, die sein Kaiser und er sich vorgezeichnet. Was Rußland zu Reichstadt gewünscht, Befreiung der Christen am Balkan, Rückgewinnung

Digitized by Google

Bessarabiens und Gebietsausdehnung in Asien, blieb durch die Deklarationen unberührt.

Die russischen Waffenerfolge und der Niederbruch der Türkei verleiteten die russische Diplomatie zu dem Wagnis, die mit Österreich-Ungarn getroffenen Abmachungen beiseite zu schieben. Trotz aller liebenswürdigen, aber leeren Vertröstungen, die die Briefe Alexanders II. an Franz Josef enthielten, überzeugten die Waffenstillstandspunktationen, ebenso wie die Friedensbedingungen von San Stefano, Andrássy von der deutlichen Absicht Rußlands, Österreich-Ungarn vorzuenthalten, was es ihm, um gesichert in den Krieg ziehen zu können, zugesprochen hatte. Andrássy trat nun mit scharfer Entschlossenheit auf. Er ließ aus seinen Maßnahmen und Äußerungen erkennen, daß er selbst die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland ins Auge fasse. Er wußte, daß er zumindest mit der Neutralität des Deutschen Reiches rechnen könne; hatte doch Bismarck, gleich nachdem er die Mitteilung über den Frieden von San Stefano erhalten, es als einen Fehler der russischen Staatsmänner bezeichnet, daß sie den türkischen Frieden nicht mit Österreich-Ungarn, wie es notwendig gewesen wäre, abgeschlossen hätten. Andrássy mag wohl auch jetzt nüchtern erwogen haben, inwiefern er auch auf das Eintreten Englands zählen könne. Eine gewichtige Gegnerschaft erwuchs ihm in der nächsten Umgebung des Kaisers. Einzelne Generäle von Einfluß zählten zu ihr. Den gefährlichsten Widerpart mußte er aber in dem österreichischen Militärbevollmächtigten am russischen Hofe, Oberst von Bechtolsheim, erblicken, der auch Bismarck als beharrlicher Bekämpfer eines deutsch-österreichischen Einverständnisses geschildert wurde. Andrássy gewahrte, daß Franz Josef ebenso wie er über die arge Täuschung, der sich Rußland schuldig gemacht, denke, daß der Monarch jedoch nicht leichten Herzens sich zu einer Kriegserklärung an Alexander II. entschließen werde. Der Minister sah von Tag zu Tag, wie die feindliche Stimmung sich verschärfte, und er entschloß sich, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Der Kaiser beantwortete diesen Schritt mit einer deutlichen Vertrauenskundgebung. Er bot seinem Minister die Abberufung Bechtolsheims aus St. Petersburg an, auf welche Andrássy jedoch, da sie unnötiges Aufsehen gemacht hätte, verzichtete. Daß Alexander II. den Rücktritt Andrássys betrieben hätte, glaubt Wertheimer ver-

Digitized by Google

neinen zu können. Er selbst jedoch erwähnt später eine Äußerung Ignatiews, der in den letzten Tagen des März in Wien verweilte und mit Andrássy verhandelte: „Wenn ich noch einige Zeit keinen Erfolg erringen kann," so drohte er dem deutschen Diplomaten, Baron Ring, „so werde ich Andrássy springen lassen." Jedenfalls schien man in St. Petersburg Andrássy als den eigentlichen Gegner zu betrachten, und schwerlich wurde ein Mittel unversucht gelassen, seine Stellung zu untergraben. Man gewahrte, daß zu gleicher Zeit Bechtolsheim vor seiner Politik warnte, daß der österreichisch-ungarische Botschafter Zichy in Konstantinopel durch schwächliche Ausführung der ihm erteilten Instruktionen und durch Abhängigkeit von seinem englischen Kollegen seinem Chef ernstliche Schwierigkeiten bereitete, und daß auch Beust von London aus es nicht an seinem gewohnten Intrigenspiel fehlen ließ. Dazu kam noch die unruhige, einer Okkupation gänzlich widerstrebende Haltung zahlreicher parlamentarischer Kreise in beiden Reichshälften. Nicht unerwartet kam Andrássy die Mitteilung zu, welche Mühe der deutsche Reichskanzler aufbiete, um Rußland die ernsten Verlegenheiten, in die es durch den Widerstand Englands und Österreich-Ungarns gegen den Frieden von San Stefano geraten, zu mildern. Er durfte die Haltung Bismarcks auf dessen stets nach Frankreich hinüberspähende Vorsicht zurückführen und kannte die dankbaren Sympathien des alten Kaisers für das russische Herrscherhaus und besonders für seinen liebenswürdigen Neffen Alexander. Andrássy mußte die außerordentliche Gewandtheit erkennen, mit der Bismarck ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Freundschaft Deutschlands für Österreich-Ungarn und für Rußland erhielt. Der Reichskanzler zeigte sich unangenehm überrascht, als er wahrnahm, daß Rußland nach San Stefano, statt gleich mit Österreich-Ungarn, mit England zu verhandeln unternahm. Er ließ den Botschafter Karolyi wissen, daß er die entschlossene Haltung Andrássys gegenüber den Zumutungen Rußlands billige, allein er beobachtete im offiziellen diplomatischen Verkehr doch eine strenge Reserve. „Das Gewicht der offiziellen Sprache des Berliner Kabinetts wird immer bloß schüchtern und tropfenweise zu unseren Gunsten in die Wagschale gelegt, um sich vor dem Vorwurfe einer zu großen Parteinahme für unsere Interessen zu schützen," meinte Karolyi.

Digitized by Google

Als der österreichisch-ungarische Botschafter diesen Bericht verfaßte, mochte er bereits davon in Kenntnis gesetzt sein, daß Kaiser Wilhelm dem Zaren gegenüber die Erwartung geäußert habe, daß die politischen Verhältnisse bei aller Verworrenheit doch eine friedliche Lösung erfahren würden. An seinem Bemühen werde es nicht fehlen, diese Ziele zu erreichen. Ein solches Wort des greisen Herrschers angesichts der ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Österreich-Ungarn einerseits und dem Besieger der Türken, der den Frieden von San Stefano abgeschlossen, andererseits, enthielt eine bedeutungsschwere Zusicherung für den russischen Freund. Allerdings ging damals auch ein beruhigendes Wort Bismarcks an Andrássy von Berlin ab. Staatssekretär Bülow mußte Karolyi davon verständigen, daß der Reichskanzler Andrássy bitten ließe, überzeugt zu sein, daß „sich in unseren Gefühlen zu Ihnen nichts geändert hat, wir bleiben die Alten".

Der Berliner Kongreß war das Ergebnis der vielfachen Verhandlungen Rußlands mit England und Österreich-Ungarn. Eine Weile hatte es den Anschein, als ob Alexander und seine Diplomaten um eine gemeinsame Konferenz, in der sämtliche Großmächte vertreten waren, herumkommen würden. Mit England wollte man sich bezüglich Konstantinopels und der Gestaltung am Balkan verständigen und damit kurzweg eine vollendete Tatsache schaffen. Später jedoch verwies der Einspruch Österreich-Ungarns, der auch von England willkommen geheißen wurde, auf den Kongreß als den besten, als den einzigen Ausweg, den Rußland einschlagen konnte, wenn es nicht abermals zu den Waffen greifen wollte. Dafür boten sich jedoch keine günstigen Möglichkeiten. Das Heer war zum großen Teile erschöpft, der Rumäne derartig aufgebracht über die bessarabische Frage, daß er nach Wien bestimmte Zusicherungen für den Fall eines russischen Krieges machen ließ. So befreundete man sich denn in St. Petersburg mit der Kongreßidee und traf die bestmöglichen Vorbereitungen, um, gestützt auf die Gewißheit eines bereits gelungenen Einverständnisses mit England, den größten Teil der im Kriege errungenen Erfolge zu behaupten. Die russischen Kongreßdelegierten mußten auch voraussehen, daß Österreich-Ungarn vom Kongreß das Mandat für die Okkupation Bosniens und der Herzegowina verlangen werde.

Digitized by Google

Dies entsprach der Reichstädter Abmachung, wie der „convention additionelle“, ebenso wie den Verhandlungen, die dem Kongresse vorausgegangen waren. Die Engländer und Andrássy vereitelten bald nach Beginn der Verhandlungen jeden Versuch einer größeren slawischen Staatenbildung am Balkan. England wollte damit Konstantinopel schützen, Österreich-Ungarn seinerseits ein Anschwellen des Panslawismus verhüten. Als nach der Erledigung der bulgarischen Territorialfrage am 28. Juni Bismarck die Verhandlungen über Bosnien und die Herzegowina eröffnete, ergriff Andrássy als erster das Wort. Er wandte sich gegen die von Rußland in den Friedensverhandlungen mit der Türkei getroffenen Bestimmungen, daß in Bosnien und der Herzegowina eine autonome Organisation geschaffen werde. Er erklärte diesen Gedanken für undurchführbar und verwarf ihn deswegen als etwaige Bürgschaft dafür, daß damit jene gefährlichen Gärungen gestillt werden sollten, die der Monarchie so große Schwierigkeiten und materielle Opfer verursacht hätten. Nach dem Minister Österreich-Ungarns ergriff Lord Salisbury das Wort, um den Antrag zu stellen, durch Kongreßbeschluß sollte Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden. Die Unfähigkeit der Türkei zu durchgreifenden Reformen sei erwiesen, Serbien und Montenegro die Provinzen zuzusprechen, hieße unter Bedrohung der übrigen dort wohnenden Rassen eine Kette slawischer Staaten bilden (dies war ein nachdrücklicher Hinweis auf den Erfolg, den eben England und Österreich in der bulgarischen Frage errungen). Den Ausführungen Salisburys schloß sich der deutsche Reichskanzler an. Er erwies Österreich-Ungarn damit einen wichtigen Dienst, daß er bei der Okkupation nicht allein ein österreichisch-ungarisches, sondern ein europäisches Interesse feststellte. Die Stimmen Frankreichs und Italiens fielen hierauf ebenfalls Salisburys Antrag zu. Zum Schlusse pflichtete ihm Rußland bei. Dies ist der tatsächliche Verlauf des 28. Juni. Der Kongreß hatte sich für die Okkupation erklärt, mit Ausnahme einer einzigen Macht, der besiegten Türkei.

Wertheimer als Anwalt seines Helden will von den Möglichkeiten einer vollständigen Besitzergreifung der beiden türkischen Provinzen von vornherein nichts wissen. Aus seiner Darstellung läßt sich auch die Überzeugung gewinnen, daß Andrássy über die

Digitized by Google

Okkupation, die allerdings tatsächlich einer Besitzergreifung gleichkam, nicht hinauszugehen gewillt war. Er führte jetzt durch, was er seit Reichstadt sich vorgezeichnet und was er seinem Monarchen versprochen hatte. Österreich-Ungarn eroberte nicht die beiden türkischen Provinzen, sondern es ließ sich von Europa das Mandat erteilen, dort als verwaltende Macht aufzutreten und sich festzusetzen. Nach den Tatsachen, die durch den Frieden von San Stefano geschaffen worden, bedurfte Österreich-Ungarn einer anderen, stärkeren Machtstellung am westlichen Balkan, als sie bisher gewesen. Verzichtete die Monarchie auf die Besetzung, so fielen diese Gebiete als russische Gnadenbezeigung an Serbien und Montenegro, die beide weder das Ansehen noch die Eignung besaßen, dort geordnete Verhältnisse zu schaffen und damit Europa die Ruhe zu verbürgen. Die Verhandlungen Andrássys, die dem 28. Juni vorausgegangen waren, hatten ihn der Bereitwilligkeit Englands und Deutschlands sicher gemacht. Auch Rußland schien nachgeben zu wollen, trotz einiger Bedenken wegen des Sandschaks. Einen Wunsch des Zaren, dem Fürsten von Montenegro den Hafen von Antivari zuzusprechen, wollte Andrássy bei Kaiser Franz Josef unter gewissen Vorbehalten durchsetzen. Nur die türkischen Diplomaten vermochte der österreichisch-ungarische Staatsmann nicht umzustimmen. Andrássy mußte mit jenem religiös-politischen Grundsatz türkisch-islamitischer Staatsanschauung rechnen, der dem Herrn aller Gläubigen es zu einer schweren Sünde anrechnete, auf ein bisher ihm gehörendes Gebiet zu verzichten, wenn nicht ein feindlicher Sieger es ihm entrissen. Aber auch die mildere Form der Okkupation machte die Türken nicht anderen Sinnes. Sie mochten auch von den Unterströmungen sich etwas erhoffen, die sich am Kongreß bemerkbar machten. Freilich hatte Lord Salisbury, als er seinen Antrag stellte, sich direkt an die türkischen Vertreter gewandt und ihnen empfohlen, freiwillig auf die Provinzen zu verzichten. Er würde dies als einen Akt „weiser Selbsterkenntnis" rühmen. Bismarck, gereizt durch die mannigfachen Verzögerungs- und Ausredekünste, mit denen die türkischen Delegierten schon seit einigen Tagen einer jeden definitiven Antwort auswichen, machte ihnen ungeduldig und barsch schwerwiegende Vorwürfe über ihr Verhalten, das einen Kongreß störe, dem sie eine vorteilhafte Korrigierung des

Digitized by Google

Friedens von San Stefano zu verdanken hätten. Endlich entschloß sich die Pforte zuzustimmen, allerdings mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie sich mit Österreich-Ungarn noch weiter über die Okkupation verständigen wolle. Dies ward allgemein als ein leidlicher Ausweg angenommen. Allein wiederum hielt Andrássy nicht vor einer fertigen Sache, sondern türkischerseits hatte man nur eine neue Ausflucht gewonnen. Die Pforte suchte keine Verständigung mit Österreich-Ungarn, sondern einer ihrer Vertreter eröffnete schließlich Andrássy, daß er und seine Kollegen die Kongreßakte nicht unterzeichnen könnten, wenn Österreich-Ungarn nicht eine geheim zu haltende Erklärung über die Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans und ferner über den provisorischen Charakter der Okkupation abgebe. Wir hören, daß der Stab, den Andrássy nach Berlin mitgebracht, über diesen schroffen Gegenzug empört gewesen, daß erfahrene und klarblickende Mitarbeiter ihrem Chef dringende Vorstellungen dagegen gemacht hätten. Der Minister Österreich-Ungarns dürfe sich diese Zumutung nicht bieten, er müsse es auf die letzte Möglichkeit ankommen lassen. Trotzdem hat Andrássy den Türken nachgegeben. Für dieses Zurückweichen ließen sich gewiß triftige Gründe anführen: Die Gefahr der Vereitlung des gesamten Kongresses, die Gefahr eines Krieges mit der Türkei lag vor. Die Russen hätten triumphierend Berlin verlassen, und die Haltung Englands hätte sich der veränderten Situation ohne Rücksicht auf die Monarchie angepaßt. Andrássy und seine Nachfolger haben auch erfolgreich die Bedeutung der angegebenen Erklärung zunichte gemacht. Damals aber ließ sie sich wie eine empfindliche Schlappe an, die Andrássy und mit ihm Österreich-Ungarn im letzten Augenblick einer so glücklich durchgeführten Aktion erlitten. Nachdem man durch ernste Jahre hindurch das Ziel der Großmachtstellung am westlichen Balkan im Auge behalten, nachdem man dem siegreichen Rußland gegenüber sich behauptet, mußte man sich den Preis aller Mühe von der schwächlichsten und unzuverlässigsten aller Mächte empfindlich schmälern lassen. In einem späteren Kapitel erörtert Wertheimer die Gründe, die Andrássy zu seinem Rücktritt 1879 veranlaßt hätten. Er vermag nur Vermutungen anzuführen, aber noch heute hält sich die Annahme aufrecht, daß Kaiser Franz Josef die problematische Form, in der sein Minister das Mandat

Digitized by Google

der Okkupation nach Hause gebracht, als eine schwere Enttäuschung aufgefaßt habe.

Die Haltung Bismarcks in der Okkupationsfrage sollte von fortwirkender Bedeutung für die nächsten Jahre der deutschen Politik werden. Nochmals sei hier darauf verwiesen, daß nach Wertheimers Darstellung Österreich-Ungarn auf den Beistand Englands und des Deutschen Reiches und andererseits mit einer schließlichen Umstimmung Rußlands im Sinne Reichstadts rechnen konnte. Der Verlauf der Sitzung und Abstimmung am 28. Juni entsprach auch diesen Erwartungen. Doch berichtet uns der Verfasser, daß die Russen vom Antrag Salisbury peinlich überrascht, geradezu „konsterniert" gewesen, und daß Bismarcks Ausführungen sie ebenfalls verstimmt haben dürften. Er beruft sich dabei auf Aufzeichnungen Andrássys für eine Ministerratssitzung. Wir dürfen auf bisher nicht bekannte Vorgänge, Gegenvorschläge und Hemmungen vor der Sitzung am 28. Juni schließen. Wertheimer zitiert die Mitteilung eines vertrauten Mitarbeiters Andrássys, den der Minister nach Berlin mitgenommen, um sie als „schier unglaublich" abzuweisen. Nach der Schilderung dieses Gewährsmannes, des Baron Doczi, hat der deutsche Reichskanzler noch im letzten Augenblick seinen österreichisch-ungarischen Kollegen aufgesucht und ihn davon abbringen wollen, vom Kongreß sich das Mandat zur Okkupation zusprechen zu lassen. Die Glaubwürdigkeit der Angaben dieses hohen Beamten im Auswärtigen Amte ließe sich schwer anfechten. Sie bringt nur einen neuen Beweis für die ungemein schwierige Stellung Bismarcks zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Er sah die Erbitterung der Russen, denen der Kongreß die Ergebnisse des Friedens von San Stefano wesentlich beeinträchtigte, während die Habsburger Monarchie ihren ausbedungenen Preis hereinbringen konnte. Vielleicht haben die russischen Bevollmächtigten ihn dringend um eine ablehnende Haltung gegenüber dem Vorhaben Österreich-Ungarns ersucht, ein Wunsch, den er, wenn Österreich-Ungarn einmal sein Verlangen geltend gemacht, nicht erfüllen konnte; vielleicht hat Kaiser Wilhelm von seinem Kanzler gefordert, daß er hier eingreife, und daß er die weitestgehende Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Zaren, auf die Stimmung in Rußland und die gefährdete Geltung der Dynastie nehme. Vielleicht hielt Bismarck, gestützt auf Äußerungen

Digitized by Google

früherer Jahre, das Begehren des Ungarn Andrássy nach einer Okkupation Bosniens nicht für so bitterernst gemeint, da ja in beiden Reichshälften sich eine so nachhaltige Opposition zum Worte gemeldet. Der deutsche Kanzler mag also den Versuch einer Umstimmung unternommen und damit sich um die Russen verdient gemacht haben. Freilich, als er Andrássy unerschütterlich gesehen, mußte er bei der Abstimmung für das gute Recht des befreundeten Österreich-Ungarns rückhaltslos eintreten. So mögen Gortschakow und die Seinen erst in der Sitzung vom 28. Juni davon überzeugt worden sein, daß weder ihre Sonderunterhandlungen und Fühlungnahmen mit England noch die Freundschaft zwischen den beiden Kaiserhöfen von St. Petersburg und Berlin sie von der zu Reichstadt eingegangenen Verpflichtung erlösen konnten.

Auf den Kongreß folgte die Okkupation. Der Beginn der Aktion erwies zwar, daß Andrássy das erforderliche Aufgebot an militärischer Macht zu gering angesetzt, man traf auf einen wohlorganisierten Widerstand, der dem Staatsmann die heftigsten Vorwürfe in der Presse und später in den Vertretungskörpern eintrug. Namentlich in der österreichischen Delegation und im österreichischen Abgeordnetenhause mußte er sich eine rücksichtslos hämische Kritik gefallen lassen. Zu Beginn seines Wirkens als Minister des Äußern hatte ihm die deutschliberale Mehrheit für sein Eintreten in der Hohenwart-Krise dankbares Vertrauen bewiesen. Diese Sympathien mögen jedoch während der schwierigen Verhandlungen für den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1876, bei denen er keineswegs jene objektive Haltung beobachtet hatte, die dem gemeinsamen Minister vorgeschrieben schien, schwere Einbuße erlitten haben. (Wertheimer hat dieses Kapitel mit einer recht ärmlichen und befangenen Darstellung abgetan.) In Österreich mußte wegen der unvernünftig doktrinären Opposition der deutschen Liberalen das Ministerium Auersperg-Unger einer Regierung Platz machen, die bald genug partikularistisch-slawenfreundliche Tendenzen entwickelte. Bald nachdem Andrássy die längst ersehnte Konvention mit der Pforte abgeschlossen und damit die Besetzung der beiden türkischen Provinzen zu einer einstimmig anerkannten Tatsache erhoben hatte, hörte man von seinen Rücktrittsabsichten.

Digitized by Google

Er wäre von der politischen Schaubühne nicht auf der vollen Höhe eines durch Jahre hindurch angestrebten und endlich durchgesetzten Erfolgs abgetreten, wenn ihm, dem bereits nur halb noch im Amte befindlichen Minister, nicht der gewichtige Anteil an einem Abkommen von europäischer Bedeutung, wenn ihm nicht der Abschluß des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und seiner Monarchie zugefallen wäre. In Rußland hatte nämlich die Enttäuschung und der Zorn über die empfindliche Beeinträchtigung der Friedensergebnisse von San Stefano und über die von Österreich-Ungarn durchgeführte Okkupation Formen angenommen, die die Aufmerksamkeit der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung auf sich ziehen mußten. Man hörte von vorsichtigen Anfragen, die von der Newa aus nach Paris und Rom für den Fall kriegerischer Ereignisse gerichtet worden, die russische Presse erging sich in grimmigen Ausfällen, namentlich gegen die Haltung Bismarcks, in der Umgebung Alexanders II. geboten General Miljutin, Fürst Lobanow und andere deutschfeindliche Persönlichkeiten. Zum deutschen Botschafter äußerte sich der Zar in scharfen Worten über die angeblich Rußland feindliche Stellungnahme der deutschen Politik bezüglich der Orientfragen, der Zar warnte schließlich mit sorgenvoller Miene: „Cela finira d'une manière très sérieuse." Und am 15. August 1879 erhielt Kaiser Wilhelm ein Schreiben, in dem Alexander bei seinem Oheim in nachdrücklichem Tone sich gegen Bismarck wandte. Von da ab vermögen wir das Werden des deutsch-österreichischen Bündnisses an der Hand der Wertheimerschen Publikation Schritt für Schritt zu verfolgen. Wir erhalten urkundliche Hinweise allerersten Ranges. Vielleicht noch reicher und ergiebiger als die ermöglichte Erforschung der Archive und Korrespondenzen in Österreich und Ungarn hat sich die Ausbeute erwiesen, die dem Verfasser im Berliner Staatsarchiv geglückt ist. Um die großangelegte Denkschrift des leitenden deutschen Staatsmannes für seinen Kaiser, die in 62 Bogenseiten die Notwendigkeit des Bündnisses vertritt, gruppiert sich die ausführliche Korrespondenz mit Radowitz, Otto von Bülow und Stolberg und selbstverständlich auch jene Andrássys, ebenso wie seine an Kaiser Franz Josef gerichteten Meldungen.

Der deutsche Kanzler sah im Frühsommer 1878 sein junges

Digitized by Google

Reich abermals von schwerer Gefahr umdroht. Stets erhob sich von neuem der Revancheruf in Frankreich, sehnsüchtig spähte man dort nach Bundesgenossen aus, und der Rückhalt, auf den bisher der Kaiser und sein wachsamer Staatsmann vertrauen zu können geglaubt, ward zweifelhaft. Die Entwicklung der Orientfrage hatte Österreich-Ungarn veranlaßt, an der Seite Englands gegen Rußland Stellung zu nehmen, und auch bei Frankreich hatte die Monarchie durch englische Vermittlung hilfsbereites Entgegenkommen gefunden. Die Zeiten des Dreikaiserbündnisses waren also längst vorüber, nun führte Rußland eine brüsk-feindliche Sprache, trotzdem man in Berlin mit solch ängstlicher Vorsicht und loyalem Bemühen das freundschaftliche Einvernehmen gehütet, und Österreich-Ungarn schien andere Wege für die Aufrechterhaltung seiner Balkanstellung wandeln zu wollen. Der russische Freund drohte, wenn der Panslawismus die Oberhand gewann, ein scharfer Gegner zu werden, während Österreich-Ungarn noch an der Seite Deutschlands festgehalten werden konnte. Nun kam noch die bedeutungsvolle Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt Andrássys. Hing dies mit der Wendung in der inneren Politik Zisleithaniens zusammen, die wiederum slawenfreundliche Ansätze offenbarte und die Ultramontanen zu Einfluß kommen ließ? Der Kanzler mochte rasches Handeln für geboten halten, er wollte klar sehen und bei günstiger Wahrnehmung rasch sich Österreich-Ungarns versichern. Eine Zusammenkunft, die er noch im Sommer mit Andrássy in Gastein hatte, konnte ihn vor allem davon überzeugen, daß man in Wien das gute Verhältnis zum Deutschen Reich fortzuerhalten wünsche. Auch in Wien war die feindselige Gesinnung in Rußland und der diplomatische Eifer, der in St. Petersburg sich bemerkbar machte, die Veranlassung zu einer Fühlung mit England und über London auch mit Frankreich gewesen. Wertheimer nimmt an, daß Bismarck hier schon den Ansatz zu einer Wendung in der auswärtigen Politik Österreichs fürchten konnte. Die Orientmacht Österreich-Ungarn, die eben die Okkupation vollzogen, sah sich nach einem Rückhalt um, der es gegen Rußlands Revanchepläne sicherte. Von Deutschland war nach den Erfahrungen der letzten Jahre, war angesichts der Traditionen, an denen Kaiser Wilhelm festhielt, eine solche Deckung schwerlich zu erwarten. Drohten aber nicht diese neu

Digitized by Google

angeknüpften Beziehungen der Donaumonarchie sie Deutschland zu entfremden und sie in neuartige Verpflichtungen zu bringen? Bismarck sprach sich jetzt offen gegen Andrássy, der aus dem diplomatischen Verkehr mit London und Paris kein Hehl gemacht, aus. Deutschland sehe sich jetzt genötigt, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu wählen. Was an der Newa sich vorbereiten könne, die dortige animose Stimmung, die auch auf den Zaren ihren Einfluß nicht verfehlt, lasse es nicht mehr zu, gleich nahe sich zu jedem der beiden bisherigen Freunde zu stellen. Er schlug eine engere, festere Knüpfung der Beziehungen zwischen Berlin und Wien vor. Andrássy sah den Augenblick gekommen, den er so lange sich herbeigewünscht. Er glaubte Bismarck für die Zustimmung seines Kaisers die besten Zusicherungen geben zu können. Nur einen Bündnisvertrag, den Frankreich als gegen sich gerichtet auffassen konnte, meinte Andrássy nicht befürworten zu können. Ein solches Abkommen stellte ja die Sicherungen in Frage, die Österreich-Ungarn für seine Stellung am Balkan sich verschafft. Das abzuschließende Bündnis hätte den Zweck, einen Angriff Rußlands abzuwehren. Gegen diese gemeinsame Gefahr wäre eine Vereinigung geboten. Wir sehen aus dem vorliegenden Quellenmaterial, das Wertheimer benützt, daß Bismarck sich der Auffassung Andrássys nicht verschloß und die Überzeugung gewonnen hatte, daß er einen weiter ausgreifenden und allgemeineren Vertrag nicht erreichen werde können. So erklärte er sich denn für seine Person bereit, den Zielpunkt eines Bündnisses anzunehmen, den Andrássy als den einzig möglichen und wünschenswerten für Österreich-Ungarn bezeichnet hatte. Nur sah er voraus, daß er schwer Kaiser Wilhelm von der Notwendigkeit überzeugen werde, einen Vertrag, der zur Abwehr gegen Rußland geschlossen werde, zu unterzeichnen, die pietätvollen Erinnerungen des greisen Herrschers würden sich gegen eine derartige ausdrückliche Fassung auflehnen.

Trotzdem hat Bismarck seinen Kaiser dazu gebracht, der Unterzeichnung dieses Vertrages zuzustimmen. Schwere, schmerzvolle Wochen waren es, die Bismarck und seine helfenden Freunde durchzumachen hatten. Kaiser Wilhelm glaubte bei der Zusammenkunft mit seinem Neffen Alexander zu Alexandrowo zureichende Versicherungen loyalster, freundschaftlicher Gesinnung erhalten zu

Digitized by Google

haben. Auch Generalfeldmarschall von Manteuffel bestärkte ihn darin. Der vorgeschlagene Vertrag mit Österreich-Ungarn erschien dem Sohne Friedrich Wilhelms III. wie ein Frevel gegen ein „heiliges Vermächtnis". Im Sinne Bismarcks arbeiteten in der Umgebung des Kaisers Otto von Bülow, von Radowitz und Generaladjutant von Albedyll. Auch Stolberg leistete dem Kanzler wichtigen Beistand. Zuweilen trat die Möglichkeit des Rücktritts Bismarcks in nahe Sicht. Einen mächtigen Schritt nach vorwärts bewirkte der Vorschlag, den Otto von Bülow dem Kaiser machte. Die beiden Vertragschließenden sollten sich dahin verständigen, daß man Kaiser Alexander von dem abgeschlossenen Defensivbündnis in Kenntnis setze. Gern stimmten Franz Josef und Andrássy zu. Als ein besonderer Artikel wurde die Bestimmung in den Entwurf aufgenommen, Andrássy hat die Fassung ausgearbeitet!

Trotzdem fühlte Kaiser Wilhelm sein Gewissen gegen den Neffen belastet. Sein Verlangen nach einem generellen Vertrag, in dem Rußland nicht zu erwähnen sei, erfuhr jetzt von seiten Moltkes einen gewichtigen Einwurf. Bestehe man auf solcher Fassung, dann könnte ja das Reich einmal in die Zwangslage geraten, Österreich-Ungarn gegen Italien beizustehen. Am 12. Oktober hielt der Feldmarschall auf Bitten Bismarcks und Stolbergs nochmals Kaiser Wilhelm einen Vortrag, in dem er dartat, welch großen Wert das Bündnis mit der Donaumonarchie im Falle eines Angriffes von Osten darstelle, während für einen Krieg im Westen der Beistand Österreich-Ungarns weit weniger ins Gewicht falle. Am Hofe von Livadia, so erfuhr Bismarck, der es Andrássy weitermeldete, hatte man bereits Kenntnis von den Gasteiner und Wiener Verhandlungen, man vermutete den Abschluß eines „territorialen Garantievertrages". In den letzten Tagen des September sprach der russische Diplomat Saburow beim Reichskanzler im Auftrage Alexanders vor; er hatte Bismarck zu fragen, ob dessen Gesinnungen gegen Rußland noch die gleichen seien wie im Jahre 1877. Die Antwort zeigt wiederum die Linie, die der deutsche Staatsmann stets eingehalten: Sollte er noch weiterhin der Ratgeber Kaiser Wilhelms bleiben, so würde er seinen Einfluß in dem gleichen Sinne ausüben wie vor dem Kongresse und während desselben. Nie aber könnte er Bestrebungen unterstützen, durch die Österreich-Ungarn gefährdet würde. Am 16. Oktober

Digitized by Google

unterzeichnete Kaiser Wilhelm den Vertrag. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn schlossen sich durch ihn fester zusammen, die Weltpolitik mußte mit dieser bedeutsamen Tatsache rechnen. Das Gesamtwirken Andrássys als Minister des Äußern erhielt mit dem erreichten Bündnis einen Abschluß, der die bösen Eindrücke der letzten Okkupationsphasen verwischte. Andrássy durfte den Vertrag als das endlich erreichte Ergebnis seiner auswärtigen Politik betrachten und auch verlangen, daß es in diesem Sinne gewürdigt werde. Am 8. Oktober richtete Kaiser Franz Josef ein ungemein huldvolles Handschreiben an den scheidenden Minister. Darin war die Hoffnung ausgesprochen, daß Andrássys staatsmännisches Wirken nicht abgeschlossen sei. Wertheimer deutet an, daß der Graf an eine mögliche Wiederkehr in das Ministerpalais am Ballhausplatz gedacht habe. Sie ist nicht erfolgt. Etwa sieben Jahre nach seinem Rücktritt, im Herbste 1886, entschloß er sich, in die Führung der auswärtigen Politik durch eine an den Kaiser gerichtete Denkschrift einzugreifen. Die gewaltsame Entfernung des Fürsten Alexander von Battenberg aus Bulgarien veranlaßte ihn zu diesem Schritte, er glaubte die allzu vorsichtige Haltung des Grafen Kalnocky bekämpfen zu müssen. Der angegriffene Minister hat die von seinem Vorgänger geäußerten Bedenken ebenfalls in einer ausführlichen Darlegung beantwortet und damit bei seinem kaiserlichen Herrn recht behalten. Auch Bismarck dürfte damals die zähe, nüchterne Ruhe, mit der Kalnocky die Interessen seines Staates zu wahren wußte, richtig gewürdigt haben, obwohl er niemals zu diesem Kollegen in so herzlich warme Beziehungen trat, wie sie zwischen ihm und Andrássy sich herausgebildet hatten. Bis auf den heutigen Tag haben aber Kalnocky und alle Nachfolger Andrássys auf der Grundlage weitergewirkt, die er in schöner Übereinstimmung mit seinem Kaiser 1879 geschaffen hat.

Digitized by Google

III.

Zur neueſten deutſchen und öſterreichiſchen Geſchichte.

Bismarck und Öſterreich.

Kaiſer Wilhelm I. und Bismarck.

Zur Entſtehungsgeſchichte des Bündniſſes zwiſchen dem Deutſchen Reiche und Öſterreich-Ungarn.

Randgloſſen zum „Interview".

Graf Aehrenthal. (Fragmente zu ſeiner Beurteilung.)

Über Friedjungs „Öſterreichiſche Geſchichte".

Digitized by Google

Digitized by Google

Bismarck und Österreich.

Eine Vorrede (Österreichische Bibliothek).

(1915.)

In diesen Blättern sind Äußerungen des preußischen Staatsmannes zusammengetragen, der den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland vorbereitet und siegreich durchgeführt hat, des deutschen Kanzlers, der acht Jahre nach der Gründung des neuen Reiches das Bündnis mit Österreich-Ungarn abgeschlossen hat. Die eigentliche Reihe beginnt mit dem ersten amtlichen Aufenthalt Bismarcks in Wien 1852, also bald nach den Tagen von Olmütz und reicht über den Ausgang seines Waltens hinaus. Der Leser soll von ihm selbst erfahren, wie er über Österreich gedacht und empfunden, wie er dessen Bedeutung aufgefaßt hat. Manch ernste Erkenntnis ist daraus zu entnehmen, manch charakteristischer Zug. Wir lernen das Werden des gewaltigen Politikers verstehen, der der deutschen Nation die sehnsüchtigen Träume verwirklicht hat, die sie seit einem halben Jahrhundert gehegt. Wir hören von seinen Erwägungen in den Jahren, da er auf der Höhe seines Wirkens über die Sicherheit des von ihm geschaffenen Werkes wachte. Stets hat er sich dabei mit Österreich auseinandersetzen müssen und darum hat er auf unsere Monarchie während der vier Jahrzehnte seines Waltens als leitender Staatsmann bestimmend eingewirkt. Manch herbe Erinnerung wird die Durchsicht der Aufzeichnungen bei dem reiferen Geschlechte in Österreich wachrufen, manch schmerzhaften Eindruck bei der bewundernden Jugend. Die Hand, die wir gerne freundschaftlich gedrückt hätten, erhob sich gegen uns zu Vernichtung drohendem Schlage, selten nur traf uns ein warmgütiger Blick aus den wunderbaren Augen, zumeist schauten sie mit kühlem Mißtrauen zu uns hin. Doch wie überall verlangt auch hier die volle Wahrheit ihr strenges Recht, und sie ist es, die dann auch gerne eine ausgleichende Erkenntnis bereit hält; hier manch sonnige Episode und zuletzt die zuversichtliche Mahnung an hohe Aufgaben, die unserem Staate

Digitized by Google

gesetzt sind. In den Zeiten, da Fürst Felix Schwarzenberg mit seiner rücksichtslos kühnen Stoßpolitik wichtige Erfolge errang, hat Otto v. Bismarck, der gefürchtetste unter den Junkern des preußischen Landtags, in Frankfurt seine erste Stellung angetreten. Friedrich Wilhelm IV. hatte sich ihn als Preußens Vertreter am Bundestage erwählt, ihn, dessen wilde Herausforderungen der Liberalen selbst das Erstaunen, ja den Schrecken seiner konservativen Parteigänger erregt hatten. Man wußte am Berliner Hofe, daß der kaum dreiunddreißigjährige Deichhauptmann von Schönhausen es gewagt hatte, seinem Könige Vorwürfe wegen dessen Zurückweichen in den Märztagen 1848 zu machen. Man erzählte sich auch, daß der König darauf gelegentlich der Neubildung des Ministeriums den Namen Bismarcks, weil er „nach Blut rieche" zurückgewiesen habe. Trotzdem zählte der junge Abgeordnete zu dem intimen politischen Kreise am Hofe und er war es auch gewesen, der den Mut gefunden hatte, in der kritischen Stunde, da die Olmützer Verhandlungen im Landtage besprochen wurden, für die Regierung einzutreten. Seine damaligen Ausführungen entsprachen sichtlich der Auffassung Friedrich Wilhelms IV. Niemals vergaß dieser König den Tag, da Königin Luise ihren Erstgeborenen „mit der Uniform bekleidete und ihn ermahnte, die unglücklichen österreichischen Brüder zu rächen". Niemals wollte er von dem Testament seines Vaters abweichen, das die Allianz der Ostmächte als unantastbaren Grundsatz aufstellte. Ein Wort des Staatskanzlers Hardenberg ist maßgebend für die Auffassung, die der preußische Hof in der vormärzlichen Zeit über sein Verhältnis zu Wien festgehalten hat: „Die Welt sollte nicht einmal ahnen, daß ein Zerwürfnis zwischen beiden Mächten möglich sei".

Sicherlich hat auch damals Bismarck Preußens Zurückweichen in Olmütz für ein nur allzu sichtbares Eingeständnis der Schwäche angesehen. Preußen vergab sich aber nicht zuviel, wenn es dem Wunsche des allgewaltigen Zaren Nikolaus, des Schwagers seines königlichen Herrn, und der Großmacht Österreich nachgab, denn damit wahrte es wenigstens den Zusammenhalt der konservativen Mächte gegenüber der Revolution und jenem parlamentarischen Radikalismus, der im Berliner Landtag die unumschränkte Autorität der Regierung und der Macht der Krone anfocht. Er hätte es für ein leichtfertiges Beginnen gehalten, wenn Preußen jetzt ohne

Digitized by Google

sicheren Rückhalt seine Sache mit dem Schwerte hätte ausfechten wollen und damit vor allem das Verhältnis zu Rußland gefährdet hätte. Selbst in den höchsten Hofkreisen erregte die Rede Bismarcks, mit der er dem Ministerium zu Hilfe eilte, Erstaunen und Befremden. Von einem Politiker, der stets seinen Preußenstolz betont hatte, war die Verteidigung der Olmützer Abmachungen nicht zu erwarten gewesen. Doch bald erwies es sich, wie irrig von dieser parlamentarischen Hilfsaktion auf die Auffassung Bismarcks geschlossen wurde. Dieser neue Gesandte am Bundestage wußte die Gefährdung der Machtstellung Preußens in Deutschland durch das konsequente Vorgehen Schwarzenbergs richtig einzuschätzen und ihr zu begegnen. Damals begann er seinen Kampf gegen Österreich. Alle Tradition deutscher Geschichte sprach für eine Vormachtstellung der Habsburger Dynastie in deutschen Landen. Auch der romantische Sinn Friedrich Wilhelms IV. hatte diese stets mit hochgestimmten Worten anerkannt. Der junge Diplomat, den er jetzt nach Frankfurt gesandt, erkannte sofort den schwachen Punkt für Preußens Stellung, und er vermied es beharrlich, auf irgendeine Äußerung allgemeiner *deutscher* Interessen einzugehen. Er verschanzte sich in seiner Stellung als Vertreter der *preußischen* Macht, der keine anderen Gesichtspunkte zu berücksichtigen habe. Die Stärkung Preußens als Großmacht war sein erstes Postulat. Sein Könighhaus durfte ganz im Sinne der friderizianischen Anschauung keine andere als eine preußische Politik treiben. Und da gewahrte er in Frankfurt mit Genugtuung, wie nachhaltig stark sich eine gemeinsame Institution erwies, die die deutschen Kleinstaaten mit Preußen verband. Der deutsche Zollverein gewährte einen solchen wirtschaftlichen Vorteil, gegen die alle preußenfeindliche Gesinnung, die an den kleinen Höfen bestehen mochte, nicht aufkommen durfte. Dies hatte auch Schwarzenberg erkannt, und seine ganze Energie setzte er daran, die norddeutsche Großmacht auch aus dieser Stellung herauszudrängen. Mit Eifer betrieb er am Bundestag den Vorschlag, auch die Ordnung der handelspolitischen Fragen zu Bundesangelegenheiten zu machen, damit wäre der bisherige Zollverein erledigt gewesen und der österreichischen Monarchie ihre Einbeziehung in das deutsche Zollgebiet möglich geworden. Doch hier traf der sieggewohnte Felix Schwarzenberg auf einen grundsätzlichen Widerstand. Draußen

Digitized by Google

im Reiche erschrak der Kaufmann, der Fabrikant, der kleinstaatliche Beamte vor der Idee eines siebzig Millionen zählenden Zollgebietes, das bis an die untere Donau reichen sollte. Ein Zeitungskrieg, der in Süddeutschland darüber ausbrach, wurde von Bismarck trefflich für Preußen ausgenützt. Da starb Schwarzenberg. Wenige Monate später sandte Friedrich Wilhelm IV. Bismarck nach Wien, gleichsam auf die hohe Schule der Diplomatie. Er brachte das Angebot eines preußischen Handelsvertrages mit, das der Donaumonarchie für den Verzicht auf den Eintritt in den Zollverein eine Entschädigung bieten sollte. Denn Bismarck hat schon damals in seinen Anfängen die Möglichkeit einer Verständigung als letztes Auskunftsmittel, wenn alle Angriffspläne fehlschlagen sollten, sich bereit gehalten. Für ihn ist Österreich der natürliche Gegner der preußischen Großmachtstellung in Deutschland. Er muß mit allen Mitteln bekämpft, geschwächt, ja in seiner Stellung als deutsche Großmacht vernichtet werden. Es gilt, alle verwundbaren Stellen seines politischen Systems aufzuspüren und dort ihm Verlegenheiten zu bereiten. Es gilt, Österreichs Gegner zu beobachten, sie zu bestärken, um sich im rechten Augenblick mit ihnen zu verständigen. Doch dies alles kann ohne Erfolg bleiben und günstige Umstände dem Gegner zu Hilfe kommen. Preußen darf sich auf das Wagnis eines Angriffskrieges nur dann einlassen, wenn gründliche Berechnung den Erfolg verbürgt. Da ist es nun gut, im schlimmsten Falle die Möglichkeit eines Vergleiches bereit zu haben. So hat es Bismarck gehalten von jenem Handelsvertrage, den er 1852 nach Wien mitbrachte bis zu jener letzten Mission des Herrn von Gablenz im Frühjahr 1866.

Der preußische Staatsmann, der mit einer Verteidigung der Ergebnisse von Olmütz beginnen mußte, der in Frankfurt den Höchststand der Schwarzenbergischen Politik antraf, hat also damals Österreich keineswegs mit liebevollen Augen betrachten können. Er wurde sein überzeugter Gegner. Die Briefe an den Generaladjutanten Friedrich Wilhelms IV., General von Gerlach, wohl die wichtigste Quelle für die Auffassung Bismarcks in den fünfziger Jahren, predigen das schärfste Mißtrauen gegen Österreich. Einzelne Briefe nehmen die Gestalt und Ausdehnung von Denkschriften an. Man gewahrt die Absicht, durch Gerlach zum König

Digitized by Google

selbst zu sprechen und seine Anhänglichkeit an die Idee der Heiligen Allianz zu erschüttern. Ohne Weisung hierzu von Berlin erhalten zu haben, reist er nach Paris, findet Gelegenheit zu vertraulichen Unterhandlungen mit dem dritten Napoleon und erwägt die Möglichkeit eines engen Zusammenschlusses zwischen Preußen, Rußland und dem erneuerten Kaiserreich. Der Bund wurde damals von ihm als die erforderliche große Maschinerie gegen Österreich gedacht. Immer wieder begegnet man den bösen Auslassungen über die Wiener Diplomatie, gegen das herrschende Ministerium und auch abfälligen Äußerungen über den Hof. Mit sichtlichem Vergnügen zeichnet er jeden Klatsch auf, der sich mit dem Privatleben der österreichischen Staatsmänner beschäftigt. Kritiklos überliefert er dem Vertrauten seines Königs den Schmutz des Frankfurter Salon- und Börsengeschwätzes über die Wiener Persönlichkeiten. Nirgends begegnen wir in diesen Berichten, die sich so angelegentlich mit Österreich befassen, einer ernsten Erörterung des neuen Verwaltungssystems, das durch den leider zu früh verstorbenen Stadion begründet worden ist. Bismarck kümmert sich um die Persönlichkeiten, die in Wien Einfluß besitzen, er mag sich über die Armee, vielleicht auch über die Finanzwirtschaft unterrichtet haben, ein Erfassen des staatlichen Charakters, der stillwirkenden Triebkräfte und ihrer Leistungsmöglichkeit liegt ihm gänzlich ferne. Eine Erscheinung, die bis auf unsere jüngste Gegenwart in allen politischen Kreisen Deutschlands leider von uns festgestellt werden muß! Die Gründlichkeit des Urteils, die sonst den Deutschen nachgerühmt wird, fehlt hier, ja sogar auch der Wunsch zu einem gründlichen Verständnis zu gelangen. Die unzähligen Schwierigkeiten, die sich dem sorgenden Blick eines Staatsmannes in Österreich-Ungarn darbieten, werden leichthin mit einem wohlmeinenden Ratschlag abgetan, der der Sachlichkeit entbehrt, oder mit einem gleichgültig-geringschätzigen Lächeln nur festgestellt. Das Bewußtsein einer trefflichen Verwaltung, die das einst kleine Preußen schon in den Zeiten Friedrich Wilhelms I. zu einem wohlhabenden und starken Staatsgebilde erhoben hat, scheint einen unbefangenen Blick und die Erkenntnis nicht aufkommen zu lassen, daß die durch nationale, wirtschaftliche, konfessionelle und Partei-Bildungen so vielfach durchsetzte Donaumonarchie in ihrer Struktur nicht mit der Gleichförmigkeit nord-

Digitized by Google

deutscher Art verglichen werden kann. Seitdem die Gegenreformation und das dreißigjährige Ringen im siebzehnten Jahrhundert Österreich der politischen Betrachtung Deutschlands entfremdet hat, beginnt auch die Kenntnis österreichischer Verhältnisse nachzulassen, zu fehlen. Die Staatsmänner, Gelehrten und Publizisten erscheinen weit besser über Frankreich und England unterrichtet, als über das Staatswesen, in dem der erwählte römisch-deutsche Kaiser regiert. Der großartige Aufschwung deutscher Geschichtsforschung in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts kam der wissenschaftlichen Würdigung der neueren österreichischen Geschichte nur in beschränktem Maße zugute. Das herrliche Schaffen des (von Bismarck so geschätzten) Leopold v. Ranke, das uns ein Meisterbuch über Wallenstein schenkte und interessante Charakteristiken Maria Thereſiens und Josefs II. darbietet, hat sich nur selten und flüchtig mit der inneren Entwicklung Österreichs befaßt, das er in einer politischen Abhandlung zu den „Mächten des Beharrens" rechnet. Die preußische Historiographie in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts steht mit Ausnahme der Welfischen Parteidarstellung stramm im Dienste der preußischen Idee. Kalt, lieblos, feindselig und verzerrt werden die österreichischen Dinge behandelt. Österreich hatte jetzt für Vergangenes zu büßen, für die Verwüstungen der Gegenreformation, für die dürre Mechanik der Metternichschen Politik, für den hochmütigen Imperialismus Felix Schwarzenbergs. Selbst in den schönen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit" Gustav Freytags suchen wir vergebens eine Schilderung des inneröſterreichischen Lebens aus den letzten Jahrhunderten. Nur eine Erscheinung hebt sich von der ganzen Reihe einseitiger preußischer Patrioten ab, allerdings eine der größten, die in Deutschland politisch gewirkt: der Reichsfreiherr von Stein. Sein großzügiges Denken hat Preußen die herrliche Erneuerung seines Staatswesens gebracht, sein klarer Blick hat auch die Bedeutung der theresianischen und josefinischen Regierung zu würdigen verstanden. Wenn wir heute die glänzend geschriebenen, aber von leidenschaftlichem Österreich-Haß erfüllten „historischen und politischen Aufsätze" Heinrich von Treitschkes lesen, begegnen wir derselben Betrachtungsweise, wie sie Bismarck in seinen Briefen an Gerlach und andere liebt. Gegenüber allen Erörterungen der deutschen

Digitized by Google

Frage, die auch österreichische Rechte anerkennen, wird die Notwendigkeit einer ausschließlich preußischen Politik schroff betont. War es doch in den ersten sechziger Jahren den preußischen Militärkapellen verboten, die beliebte Weise des alten, treuherzigen Frageliedes E. M. Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland" zu intonieren!

Das sorgfältig vorbereitete Bündnis mit Italien und die böhmischen Waffenerfolge verwirklichten 1866 den kühnen Traum Bismarcks. Preußen ward die Vormacht Deutschlands. Und jetzt vollzieht sich zur Überraschung, ja auch zum Befremden mancher Gruppen seines Anhangs eine jähe Wendung in seinem Verhältnis zu Österreich. Der preußische Ministerpräsident, der mit der siegreichen Armee durch Böhmen und Mähren dem Mittelpunkte des feindlichen Staates sich näherte, der noch am 10. Juli eine Proklamation an den Straßenecken Prags hatte anschlagen lassen, die dem „glorreichen Königreich Böhmen" die Erfüllung seiner „nationalen Wünsche" verhieß, der Staatsmann, der den ungarischen Revolutionär Klapka eine Legion bilden ließ, nahm gegen seinen König und dessen Generäle eine abwehrende Stellung an und vertrat die Auffassung, daß Österreich keine Gebietsabtretung an Preußen zugemutet werden dürfe. Trotz aller energischen Einwürfe König Wilhelms erklärte er, daß Preußen „kein Richteramt zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben habe. Österreichs Rivalitätenkampf gegen Preußen sei nicht strafbarer als der preußische gegen Österreich". Im Hochgefühl des errungenen großartigen Erfolges bewahrte er genügend kaltes Blut, um dem Hohenzollernkönig klar zu machen, wie die Dynastie Österreichs in ihrem Herrschergefühl geschont und wie die Möglichkeit bewahrt werden müsse, später an dem besiegten Staat einen wertvollen Freund zu gewinnen. Nur mit dem Aufgebot seines ganzen Einflusses, sogar mittels der Bitte um seine Entlassung vermochte Bismarck nach Szenen schwerster Erregung seiner Auffassung zum Siege zu verhelfen. Die Haltung in jenen denkwürdigen Stunden zeigt sein staatsmännisches Genie in seiner Größe. Er setzte in diesem harten Ringen seine eben ins Ungeheuere gesteigerte Autorität ein, seine Machtstellung, die Freundschaft seines Königs, um seinem Staate die Bürgschaft für noch in der Ferne liegende Möglichkeiten zu erhalten.

Digitized by Google

Mit ruhiger Wachsamkeit hat der Kanzler des norddeutschen Bundes das vielgeschäftige Walten des aus Dresden nach Wien berufenen Beust verfolgt. Er durfte seinen guten Beziehungen zu den maßgebenden staatsmännischen Persönlichkeiten in Ungarn vertrauen; die Haltung Julius Andrássys während der Kronratssitzungen im Juli 1870 haben seine Zuversicht gerechtfertigt. Und in den Tagen, da die Verhandlungen des Kanzlers mit den süddeutschen Staaten, die an der Seite des norddeutschen Bundes gegen Frankreich kämpften, wegen der Gründung des neuen Deutschen Reiches ihren Abschluß fanden, richtete Bismarck nach Wien jene denkwürdige Note, die den Wunsch eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Habsburgermonarchie aussprach. Schon dem Nachfolger Beusts, Andrássy, sollte es beschieden sein, die guten Beziehungen, die sich jetzt zwischen Wien und Berlin eben herausgebildet hatten, immer inniger und inniger zu gestalten. Mit Unmut und Sorge sah Bismarck die intime Freundschaft zu Rußland, die er trotz mancher brüsken Zumutung der russischen Staatskanzlei mit sichtlicher Vorliebe gepflegt, allmählich unsichere Formen annehmen, er konnte das Zarenreich nicht mehr als einen unerschütterlich sicheren Posten in seiner Rechnung ansetzen. Von Petersburg aus wurde von ihm und seinem Kaiser eine hilfsbereite ergebene Haltung in den Balkanfragen erwartet, die auch bis zur Preisgabe Österreich-Ungarns sich bewähren sollte. Der Kanzler des Deutschen Reiches hielt sich nur die Pflicht vor Augen, für eine Sicherung gegen die französische Revancheidee zu sorgen. 1876 beantwortete er eine Anfrage Gortschakows, welche Haltung das Deutsche Reich im Falle eines Krieges, den Rußland gegen Österreich-Ungarn führen müsse, einnehmen würde, mit der Gegenfrage, ob Rußland für den Besitz Elsaß-Lothringens einzustehen bereit wäre. Er erhielt einen verneinenden Bescheid. Von da ab beobachtete er mit seinem virtuosen Geschick eine sorglich vermittelnde Haltung, die es ihm gestattete, Rußland alle Rücksichten, wie sie sein Kaiser in altgewohnter Freundschaft für die nahverwandte Zarenfamilie wünschte, zu erweisen, andererseits aber den gerechten Ansprüchen Österreich-Ungarns als Balkanmacht zu ihrer Anerkennung zu verhelfen. Und dann trat der harte Zwang an ihn heran, dieses unmöglich gewordene „Makleramt“ fallen zu lassen. Der Umschwung am Hofe Alexanders II. gebot dies, mächtiger als alle

Digitized by Google

Familienbeziehungen war daselbst die panslawistische Idee und der mit ihr verbundene Haß gegen alles „Westlingswesen" geworden. Bismarck sah das Schreckgespenst einer russisch-französischen Koalition vor sich aufsteigen, der sich die Donaumonarchie anschließen könnte. Jetzt bot er Andrássy den Abschluß eines festen Bündnisses an. Er mußte den Vertrag seinem Kaiser abringen, der von einem Bruch mit einer so langjährigen Tradition nichts hören wollte. Aber er hat ihn auch sich selbst abgerungen, denn nicht minder wie Kaiser Wilhelm I. hätte er gerne an der Freundschaft zu Rußland festgehalten. Die Sicherheit, mit der in St. Petersburg der Monarch und seine Minister über das Reich und seine ungeheueren Kräfte verfügen konnten, hatte es ihm angetan. Dazu kam noch der enorme Wert, den Rußland mit seiner Ein- und Ausfuhr für das gesamte norddeutsche Wirtschaftsleben hatte. Ein ganzes System altgewohnter Besitzvorstellungen sah der preußische Staatsmann gefährdet, der den Bund mit Österreich zu schließen unternahm. Dem österreichischen Wesen war er auch seit 1866 nicht viel näher gekommen. Er hatte die loyale Gesinnung des Kaisers Franz Josef verehren gelernt, er wußte um den Enthusiasmus der deutsch-österreichischen Jugend, aber seine Äußerungen in diesen Jahren verraten, wie dieses staatsmännische Genie die tief verborgene, die unbewußte Kraft des Donaustaates nicht richtig eingeschätzt hat. Seine kühle Kritik bleibt an der Oberfläche haften. Dazu kam noch, daß er allem katholischen Wesen gegenüber sich fremd, ja abweisend verhielt. Mit Schlagworten, wie „beichtväterliche Einflüsse" ließ sich ein solch weites Gebiet kultureller Tatsachen nicht abtun. Doch froh mutet es uns an, wenn wir gewahren, wie den deutschen Kanzler auf der Reise, die er von Gastein nach Wien zu Kaiser Franz Josef unternimmt, mit einemmale das warme Gefühl der Stammeszusammengehörigkeit überkommt und wie er sich von den Wogen begeisterter Huldigung tragen läßt.

Er hat korrekt an dem geschlossenen Bündnis festgehalten, aber er hat auch keine Gelegenheit versäumen wollen, nach der Katastrophe Alexanders II. die Möglichkeit des alten vertrauten Verhältnisses zwischen den Kaiserhöfen zu Berlin und Petersburg wiederum erstarken zu lassen. Niemals versäumte er, den nur defensiven Charakter des Bündnisses mit Österreich-Ungarn zu

Digitized by Google

betonen, und in intimem Verkehr äußerte er sich unmutig über die Politik des Grafen Kalnoky, die sich zwar nicht angriffslustig erwies, aber mit ernstem Nachdruck den Besitzstand und die Haltung Österreich-Ungarns gegenüber allem russischen Andringen im Auge behielt. Vielleicht hat er zuviel von dem starken Willen Alexanders III. und von dem Ansehen, dessen er sich bei diesem Monarchen erfreuen durfte, gehalten. Solange es anging, hat er jedenfalls an eine günstige und vorteilhafte Rückbildung der Beziehungen zu Rußland geglaubt. Diese Auffassung hat auch seinen Sturz überdauert, sie ist wiederholt in Äußerungen und in den von ihm beeinflußten Zeitungsartikeln zum Ausdruck gelangt, die an der Amtsführung seines Nachfolgers scharfe Kritik übten. Doch auch für uns Österreicher hat er in diesen seinen letzten Jahren manch gutes und warmes Wort bereit gehalten. Er durfte sich des Bündnisses rühmen, das er geschaffen und das nun allseitig als eine feste Bürgschaft der Machtstellung des Deutschen Reiches und des Weltfriedens eingeschätzt wurde. Und als am Petersburger Hofe alle die innigen Beziehungen zum Hohenzollernhause zunichte wurden, die der Kanzler so treu gehütet, als der Zar das Haupt des republikanischen Frankreichs als seinen Freund und Verbündeten begrüßte, da erwies sich Bismarcks Werk noch stärker, als er es vielleicht selbst gedacht.

So erweist es sich zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden. Das Blut vieler Tausende hat den Bund der beiden Kaiserreiche, die gegen eine Welt von Feinden im Kampfe stehen, besiegelt. Und die Regimenter Österreich-Ungarns haben sich dauernden Waffenruhm in den Riesenschlachten errungen, in denen sie die Ostgrenze des Deutschen Reiches schützen halfen.

Wien, im Frühjahr 1915.

Digitized by Google

Kaiser Wilhelm I. und Bismarck.

(1901.)

Zwei ansehnliche, reich mit Faksimiles ausgestattete Bände Bismarck-Reliquien bietet der J. G. Cottasche Verlag dem deutschen Publikum als Weihnachtsgruß. Wir haben es nicht mit einer Fortsetzung oder dem Abschluß der „Gedanken und Erinnerungen" zu tun, sondern mit einer Art von Urkundenwerk, das der bereits vorliegenden erzählenden Darstellung eine Stütze und anderseits sinnliche Deutlichkeit und Farbe verleihen soll. Also eine illustrierende Ergänzung der ersten Publikation, die vor drei Jahren, da der Fürst eben aus dem Leben geschieden, das Wirken des großen Staatsmannes erzählt hat, wie er selbst es aufgefaßt sehen wollte. Über die Bedeutung und den Wert der Denkwürdigkeiten gab es damals nur eine Stimme, jetzt erst, trotz des schon vorliegenden reichen Materiales, schien die Grundlage für eine richtige Beurteilung der letzten Epoche der deutschen Geschichte geschaffen und auch der gründliche Einblick in das Wirken Bismarcks ermöglicht jetzt erst seine volle Würdigung. Doch diese mächtigen Eindrücke sollten bald eine bedeutsame Umformung erfahren. Nicht etwa, daß dies gewaltige Standbild, das sich Bismarck selbst aufgerichtet, durch die Busch'schen Tagebuchblätter irgendwie an seiner monumentalen Größe eine Einbuße erfahren hätte, aber die Züge seines Antlitzes sind jetzt andere geworden, ja zuweilen überkommt uns ein Gefühl, als ob wir früher nur eine eherne Maske gesehen und jetzt erst eine aufrichtige, vom inneren Leben bewegte Physiognomie erhalten hätten. Was Busch, dieser verehrungsbeflissene, journalistische Agent und fürsorglich berechnende Notizensammler, in seinen drei Bänden berichtet, das hat eine wahre Krise in der Bismarck-Literatur hervorgerufen, und tatsächlich behalten diejenigen Recht, die von da ab eine bereits bestandene Bismarck-Legende als zerstört bezeichneten. Möchte man auch irrtümliches Auffassen, boshaftes Verzerren und die Schwerhörigkeit des Herausgebers geltend

Digitized by Google

machen können, die Wahrhaftigkeit der Mitteilungen in ihrer Gänze hielt vor der schärfsten historischen Kritik Stand. Über sie nichtachtend hinweg zu schreiten, ist unmöglich, aus beiden Quellen muß fernerhin geschöpft werden. In den „Gedanken und Erinnerungen" spricht der Staatsmann in offiziellem autoritativen Tone. Wir wissen, daß der Kanzler mitten in seinen amtlichen Erklärungen einen zweckdienlichen Witz, eine bisher im obrigkeitlichen Verkehr ganz ungewohnte Wendung nicht verschmähte, aber trotzdem blieb er stets ein in strammer Haltung funktionierender Beamter; dieser gemessenen Form entspricht die Darstellung in seinen Denkwürdigkeiten. Bei Busch läßt sich der Meister bei seiner täglichen Arbeit zuschauen. Er sitzt mit aufgeknöpftem Amtsrock mitten unter seinem vertrauten Personal, das seine Absichten, seine augenblicklichen Sorgen und seine beharrlichen Gegner kennt. Der tägliche Kampf, die unerbittliche, weil unvermeidliche Verfolgung der überall geschäftigen Opposition spielt sich vor uns ab, und da geht es eben nicht so erbaulich, nicht so wohlgeordnet zu wie bei einer — Denkmalsenthüllung.

Die heute vorliegenden zwei Bände, die als „Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen" bezeichnet sind (I. „Kaiser Wilhelm I. und Bismarck". II. „Aus Bismarcks Briefwechsel"), sind, entsprechend den Denkwürdigkeiten, wiederum in jenem amtlichen Tone gehalten. Der Diplomat, der Minister und zuletzt der Reichskanzler schreibt an seinen königlichen Herrn, als ob er in dienstlicher Meldung vor seinem Monarchen stünde. Der märkische Junker ist vor allem Offizier, und demgemäß hält er sich korrekt und aufrecht, die eine Hand am Degenknauf, die andere kann ein Aktenstück, bei festlichen Gelegenheiten auch ein Glas Sekt halten. Bismarck geht nie aus dieser gemessenen Art des Verkehrs heraus, doch hat er sich auch auf diesem streng eingegrenzten Gebiet seinen persönlichen Stil geschaffen, der scharf und nachdrücklich seine Ausführungen gestaltet. Vom Beginn seiner diplomatischen Tätigkeit an ist der Begründer des neuen Deutschen Reiches sich seiner Bedeutung bewußt. Sein brieflicher Verkehr mit Otto v. Manteuffel und Schleinitz beweist dies. Die äußeren Formen der Unterordnung werden nie außer acht gelassen, aber die Chefs haben zweifellos die Überzeugung sich aneignen müssen, daß sie hier einer leitenden Kraft der nächsten Zukunft gegenüberstünden. Innerhalb der konservativen

Digitized by Google

Adelspartei dürfte das Auftreten Bismarcks im preußischen Landtage sein unbestrittenes Ansehen begründet haben. Denn schon von Frankfurt aus nimmt er bestimmenden Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung. Die innere preußische Politik tritt in diesen neuesten Bänden vor der auswärtigen zurück, im Vordergrunde steht die deutsche Frage und das Verhältnis zu Österreich, die gesamte Weltlage, eine jede Verwicklung wird von Bismarck in Hinsicht auf Preußens Stellung im Deutschen Bunde und auf die Absichten Österreichs erörtert, dem in ihm ein furchtbarer Gegner heranwächst. Wir erfahren aus den jetzt veröffentlichten Korrespondenzen keine neuen Tatsachen, die die bisherige Auffassung umzugestalten vermöchten, aber für die Geschichte der Fünfzigerjahre sind dieselben von großem Wert. Von hohem psychologischen Interesse ist der Verkehr Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen, dem späteren König und Kaiser Wilhelm I. Die beiden Männer finden sich eins in ihrer Kritik der deutschen Verhältnisse, sie fühlen sich als die Träger einer neuen preußischen Politik. Der Darstellung dieses Zusammenwirkens, das hier in aller Stille anhebt, erscheint die ganze Publikation gewidmet. Wie Fürst und Minister aufeinander vertrauen und rechnen konnten, wie Verstimmungen und ernste Meinungsverschiedenheiten stets in einer für beide Teile ehrenden Weise ausgeglichen worden und wie innig schließlich der Einklang zwischen Kaiser und Kanzler in den letzten Jahren geworden, das soll sie wohl unanfechtbar erweisen.

Kaiser Wilhelm I. ist keine weiche Natur gewesen. Wir haben es mit einem strengen, frühe schon soldatisch geschulten Prinzen zu tun, der seiner letzten Ziele und Wünsche sich klar bewußt ist. Wie alle Hohenzollern hat er die höchste Meinung von dem durch die Vorsehung eingesetzten Herrscherberuf, die höchste Meinung von der Stellung seines Hauses in Preußen und in Deutschland. Der Fürst, der die Revolution durchgemacht, der fachkundige General, der sorgenvoll die letzten militärischen Entwicklungen verfolgt, verschließt sich mit harter Entschlossenheit vor allen politischen Neubildungen und sieht in der durch seine Ahnen geschulten Gentry Altpreußens alles Heil. Er ist ein genauer fleißiger Geschäftsmann, den Gang der Regierungsmaschinerie verfolgt er mit gründlich geschultem Blick. Er wacht mit spar-

Digitized by Google

samem, ja sogar mißtrauischem Sinn über die finanzielle Verwaltung, und sein ungewöhnlich gutes Personengedächtnis bereitet seinem Minister nicht selten böse Schwierigkeiten. Er denkt mit synodaler Strenge über religiösen Radikalismus, er verzeiht einem Edelmann nur selten die Abtrünnigkeit von konservativer Gesinnung. Mit peinlicher Sorge überwacht er seinen Kanzleiverkehr und die uneingeschränkte Ausübung seines letzten Entscheidungsrechts. „Mein Sohn sagte mir," so schreibt er im August 1866 an Bismarck, „daß er des Herzogs von Coburg Wunsch auf ein Stückchen Bayern, Ihnen schon in Nikolsburg vorgetragen habe, ich habe aber weder von Ihnen noch von meinem Sohne bis vorgestern etwas davon gehört. Auch war ich sehr überrascht, durch Savigny gestern bereits den Abschluß mit Baden zu erfahren, während ich gar nichts vom Gange der Unterhandlungen wußte. Ich wünsche daher, täglich nun von den Verhandlungen mit Bayern und Darmstadt unterrichtet zu sein." Nicht leicht ließ sich Wilhelm I. von einer einmal gefaßten Meinung abbringen, auch die dringendste Vorstellung seines Ministerpräsidenten behandelte er lieber in einem solchen Falle, wo er sich nicht in vollem Rechte fühlen mochte, dilatorisch. Der verhängnisvolle Sturz des österreichischen Ministers des Äußern, des Grafen Rechberg, ist auf diese Weise erfolgt. Es handelte sich bekanntlich 1864 um den Wunsch Österreichs, daß im neuen Handelsvertrag der Artikel XXV des alten, der eine praktisch bedeutungslose Zusicherung bezüglich Verhandlungen über den Eintritt Österreichs in den Zollverein enthielt, wieder mit aufgenommen werden solle. Rechberg, der für eine Verständigung mit Preußen in der Schleswig-Holsteinischen Frage eifrig und erfolgreich eingetreten war, ersuchte Bismarck um dieses kleine Zugeständnis, weil er ein solches, um seinen Gegnern im Ministerium Stand halten zu können, brauchte, und sein preußischer Kollege befürwortete dasselbe angelegentlich. Allein Delbrück wußte den mißtrauischen König gegen dies Verlangen Österreichs einzunehmen. Bismarck weilte in Biarritz und vermochte aus der Ferne nicht mit seiner Auffassung durchzudringen. Die Antwort Preußens auf die dringende Anfrage Österreichs blieb aus, so daß Rechbergs Stellung zu einer unhaltbaren wurde. Als sein Sturz sich vollzogen hatte, wollte König Wilhelm die Ver-

Digitized by Google

schuldung nicht zugeben: „Daß der Paragraph 25 Rechberg nicht stürzte, beweiset, daß man unsere Entscheidung nicht abwartete," schreibt er etwas kleinlaut an den Minister. In großen Dingen allerdings wird das Einvernehmen nie gestört. Der Minister hat wohl alle seine Geschicklichkeit aufzubieten, um den ihm feindlichen Koterien am Hofe entgegenzuarbeiten, doch bleibt sein energischer Appell an den König nie erfolglos. Bismarck führt bei solchen Gelegenheiten eine gar scharfe Sprache. Auf einen Vermittlungsversuch des Herzogs Ernst von Coburg-Gotha bezieht sich ein ausführliches Schreiben Bismarcks am 3. April 1866. Dasselbe beginnt mit folgender Charakteristik des Herzogs:

„Eure Majestät haben durch Abeken zu befehlen geruht, daß ich mich über die Frage äußere, ob der ehrfurchtsvoll wieder beigefügte Brief des Herzogs von Coburg zu beantworten sei. Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß der Herzog von Coburg seit vier Jahren an jeder Intrigue gegen Euer Majestät innere und auswärtige Politik betheiligt gewesen ist. Se. Hoheit hat wesentlich zur Herbeiführung demokratischer Wahlen in Preußen durch Geld und Einfluß mitgewirkt, sich an den Vereinen zu Bewaffnung des Volkes betheiligt und der Monarchie gegenüber sich so verhalten, daß Eure Majestät in einem längeren Schreiben dem Herzog schlagende Vorhaltungen machten und den Besuch desselben wegen des üblen Eindruckes in der Armee ablehnten. Der Herzog mit seinen Beamten Sannoer und Francke ist der Hauptträger des antipreußischen Augustenburgerthums, ohne ihn hätte der Erbprinz mit sich reden lassen. Der Herzog hat die Abberufung Lord Napier's als eines zu preußischen Diplomaten herbeigeführt. Die Einwirkung auf Se. königliche Hoheit den Kronprinzen erlaube ich mir ehrfurchtsvoll anzudeuten. Gewiß aber sage ich nicht zu viel, wenn ich Se. Hoheit als einen der unversöhnlichsten Widersacher der Politik Euer Majestät bezeichne und von ihm keine Hingebung für Euer Majestät Ehre und Vortheil gewärtige."

November 1868 erweist sich zwischen dem König und Bismarck, der in Varzin weilt, eine Meinungsverschiedenheit bezüglich der Deckung des Defizits. Der Minister fügt sich schließlich dem Wunsche des Königs, der in nachfolgender Weise hierfür Dank sagt:

„... Wenn je meine Achtung und Dankbarkeit gegen Sie sich noch steigern könnte, so war es der Inhalt Ihres Briefes. Nach Ihren vorhergegangenen Aeußerungen und Ansichten muß ich den Entschluß, den Sie auf meine Vorhaltungen gefaßt haben, unendlich

Digitized by Google

hoch anschlagen! Wir standen uns mit verschiedenen Auffassungen gegenüber und natürlich war ich in der schweren Lage, zuletzt meiner Ueberzeugung folgend, den Ausschlag zu geben — als Sie mir so freundschaftlich entgegenkamen und mir einen Dissensus zwischen uns ersparten. Empfangen Sie dafür meinen wahren Freundesdank!"

Doch schon drei Monate später kommt es wiederum zu einer Verstimmung Bismarcks, der nun Rücktrittsabsichten äußert. Bestürzt antwortet der König: „Wie können Sie nur daran denken, daß ich auf Ihren Gedanken eingehen könnte. Mein größtes Glück ist es ja (diese Worte sind zweifach unterstrichen) mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein." — Und nun folgt jene aus den „Gedanken und Erinnerungen" bereits bekannte Stelle: „Ihr Name steht in Preußens Geschichte höher als der irgendeines preußischen Staatsmanns. Den soll ich lassen? Niemals!"

Am stärksten kam das Herrschergefühl Wilhelms I. gegenüber dem preußischen Landtag und dem deutschen Reichstag zum Ausdruck. Bei einem Fürsten, der inmitten der Stürme des Jahres 1848 seine Überzeugung ungebrochen sich bewahrt hatte, erscheint diese seine mißtrauische und kühle Haltung erklärlich. Allein auch später, da längst die innigste Verehrung des greisen Monarchen auch in allen Äußerungen der Vertretungskörper zum Ausdruck kam und die Politik des Reichskanzlers in den wichtigen Fragen mit der vollen Zustimmung derselben rechnen konnte, erwies es sich, daß die Gesinnung des Kaisers dieselbe geblieben, wie zur Zeit des Verfassungskonflikts. So schreibt er am 16. März 1879 an den Reichskanzler:

Die neueren Erscheinungen im Reichstage tragen die Tendenz meiner Ansicht nach an sich, die direkt von der Reichsregierung ausgehenden Maßregeln zurückzuweisen und immer mehr die Ansicht zu verfolgen, die ihm zustehende parlamentarische Gesetzeskraft und Bestimmung in eine Prépondéranz über die Regierung das heißt in eine parlamentarische Regierung umzuwandeln.

Beweise hiefür:

1. Die Regierung überließ dem Beschluß des Parlaments die Entscheidung über die Zulassung der ausgewiesenen Social-Demokraten, obgleich sie berechtigt gewesen wäre, diese Zulassung durch Arrestation der Letzteren zu prévéniren. Der Reichstag, die Ansicht der Regierung hinreichend kennend, daß die Zulassung zurückzuweisen sei, beschloß (leider mit Hinzutritt der Konservativen) die Zulassung.

Digitized by Google

2. Die Vorlage der Reichsregierung des Disciplinar-Verschärfungs-Gesetzes verwarf derselbe, ohne, wie es verfassungsmäßig war, dasselbe zu berathen, zu amendiren und selbst dann erst zu verwerfen, und setzte sich selbst an die Stelle, um dergl. Gesetze einzubringen.

3. Der Reichstag verlangt jetzt, nachdem von mir die Untersuchung der Catastrophe des Untergangs des großen Kurfürsten befohlen, von mir das Kriegsgericht zum Spruch über diese Untersuchung ernannt ist, mir die Endscheidung über diesen Spruch allein zustehet, womit diese rein militärische Angelegenheit ihren Abschluß erreichen wird — verlangt der Reichstag also die Vorlage der Akten und Papiere über diese Angelegenheit und setzt sich somit zum Richter über die Königlich-Kaiserliche Befehls-Prérogative! Gehet ihm dies durch, so ist ein Prezedenz gegeben, dessen Folgen jedes Kind einsiehet.

Diese 3 Fälle liefern also den Beweis, wohin der Reichstag gravitirt. Dem muß auf das Endschiedenste entgegengetreten werden und ersuche ich Sie auf diese Ansicht die Reichs- und Preußischen Behörden, welche mit dem Reichstage zu verkehren haben, aufmerksam zu machen und auf das Nachdrücklichste klar zu machen, um vorkommenden Fällen dieser Art, die gewiß nicht auf sich warten lassen werden, endschieden von Haus aus entgegen zu treten.

Ihr

Wilhelm.

An der Seite und im Verein mit einer so kräftig ausgeprägten Herrscherpersönlichkeit hat Bismarck fast ein Menschenalter hindurch regiert und eine neue preußische Politik geschaffen, die dann schließlich in eine deutsche ausmündete. Ein einsamer Mann erscheint er uns in der furchtbaren Brandung, die ihn umtost. Er ringt mit den auswärtigen Gegnern auf Leben und Tod, er hat die gesetzmäßige Landesvertretung gegen sich, und am Hofe lauern seiner die nimmermüden Nachstellungen seiner ultrakonservativen Standesgenossen. Immer mußte er im Felde liegen, von einer Schlacht zur andern eilen und den feindlichen Hinterhalt aufspüren. Hierzu mußte der Körper stahlhart sein und nicht minder die Seele. Er hat denn auch nie Pardon gegeben, wie die politischen brachte er auch persönliche Dinge bis zu erbarmungslosem Ende. Er konnte listiger als seine listigen Feinde sein, vor seiner Verstellungskunst wurden sie alle zu ärmlichen Stümpern. „A Corsaire, Corsaire et demi", ruft er, indem er Kaiser Wilhelm von der Düpierung Napoleons erzählt. Er war ein Meister der journalistischen Kampagne. Doch irrt man hier, wenn man ihn

Digitized by Google

darum den ersten modernen Staatsmann nennt, weil er diese Waffe des diplomatischen Arsenals zuerst gründlich verwandt hätte. Darin sind schon Frankreichs Staatsmänner und Diplomaten im 17. Jahrhundert Virtuosen gewesen. Alljährlich flogen aus den namenlosen holländischen Druckereien die schärfsten Flugschriften, Pasquille und Schlüsselromane auf, die sich auf französische Politik beziehen, und vom Bundestagsgesandten Bismarck erfahren wir, mit welchem Eifer und Erfolg Österreich die norddeutsche Presse beeinflusse.

Doch ist er von keinem auf diesem Gebiet übertroffen worden. Hierin ist Busch der entscheidende Zeuge, wenn man will, Ankläger. Eine solche übermächtige Gestalt mit den Behelfmitteln konventioneller ethischer Orthodoxie zu messen und einzuschätzen und das Schicksal ihres Andenkens im Volke bestimmen zu wollen, erscheint uns als ein recht fragwürdiges Unternehmen. Der Inhalt der Buschschen Tagebücher soll die Persönlichkeit des ersten Reichskanzlers für immer, trotz ihrer unleugbaren Größe, der Nation entfremdet haben, zu solch philiströser Aburteilung hat sich selbst ein Historiker wie Hans Delbrück verleiten lassen. Und wir wissen doch, daß volkstümliches Gedächtnis, fortgrünende Erinnerung der späteren Geschlechter nicht nach menschlichen Satzungen sich entwickelt, nein, anders und anscheinend ganz willkürlich. Aus dem Friedrich Rotbart und seinem genialen Enkel, dem zweiten Friedrich, wuchs die Gestalt des im Kyffhäuser harrenden Hohenstaufenkaisers zusammen, aus dem Makedonierkönig Alexander wurde ein orientalischer Märchenheld, dem ehrgeizigen tschechischen Feldhauptmann Waldstein hat Schillers Genius eine andere Physiognomie aufgeprägt, und der größte Herrscher, den England gehabt, der Lord-Protektor und seine tapferen Eisenseiten sind dem Gedächtnis seines Volkes völlig entschwunden. Und welchen Heldenschicksalen mag die Riesengestalt unseres Hagen entstammen? Sicherlich hat manch ein neidischer Seneschall am Burgundenhof den finstern Mann angefeindet, und die öffentliche Meinung der damaligen Tage, die Spielleute, dürften über die Ränke des habsüchtigen Wächters des Nibelungenhorts ihre Spottlieder gesungen haben. Nur eines vermochten sie ihm nicht zu bestreiten, die Treue gegen seinen Lehnsherrn. Vielleicht wird dieser Zug auch dem historischen Antlitz Bismarcks in den

Digitized by Google

fernsten Zeiten bewahrt bleiben. Er selbst hat sichtlich in seinen Denkwürdigkeiten das Hauptgewicht auf dieses sein Verhältnis zu Wilhelm I. gelegt. Die vorliegende reiche Sammlung schließt mit dem Tode des greisen Kaisers, das letzte Stück ist eine Depesche des Hofmarschalls Grafen Radolinski, der die Heimkunft seines Sohnes anzeigt. Dem ersten Kanzler war sein Herrscher dahingeschieden, dem er den Kaiserthron zurechtgezimmert hatte.

Digitized by Google

Digitized by Google

Zur Entstehungsgeschichte des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn.

(1911.)

Länger als ein Menschenalter sind nun das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie miteinander durch ein urkundliches Vertragsverhältnis verknüpft. Dem Geschlechte von heute erscheint dieser Bund bereits als eine altgewohnte Tatsache, als ein sicherer Besitzteil, als die Grundlage für alle politische Erwägung. Das Bündnis ist dem Volke ins Bewußtsein hineingewachsen; in dem dämmerhaften Empfinden der Massen vermag sich kein dürrer Vertragstext zu behaupten, da wird die vertraute Nachbarschaft des Freundes empfunden, die Vorstellung von vereinigter Wehrkraft ist ins Blut übergegangen. Und da mag es vielleicht von einigem Nutzen und auch von froher Erbauung sein, auf die Zeiten einen Blick zurückzutun, da von den leitenden Staatsmännern und den Herrschern, bei denen die Entscheidung zu gewärtigen war, das Bündnis erwogen ward. Wie alle mächtigen Institutionen ist auch dies Werk, gleichsam organisch gewachsen, in scharfer Luft, bedroht, behindert durch viele, viele Fährlichkeiten. Manch zähe Tradition, manch schmerzliches Gedenken mußte erst zum Schweigen gebracht werden. Es galt, den Zusammenschluß der beiden Großmächte ihrer Weltstellung, ihren Lebensbedingungen anzupassen. Umfassende Denkschriften entstanden, in krisenhaften Stimmungen ward beraten, depeschiert und dann endlich, nach Monaten und letzten bangen Wochen ist der Abschluß erfolgt. Zu einem festen Bau war die sichere Grundmauer aufgeführt, er hat sich behauptet und Weltstürmen getrotzt. Stolz ragt er heute in siegreiche Höhe.

Der deutsch-französische Krieg von 1870 hat ebenso wie für die gesamte europäische Politik auch für Österreich-Ungarn eine wichtige Wendung gebracht. Die ersten Erfolge der deutschen Waffen machten

Digitized by Google

der vielberufenen, geschäftigen Bündnispolitik des Grafen Beust bekanntlich ein Ende. Von Versailles aus richtete im Herbst Bismarck jenes von loyaler, aufrichtiger Gesinnung zeugende Schreiben an das Wiener Auswärtige Amt, und die Antwort bekundete den guten Eindruck, den die Annäherung gemacht. Die Erwiderung offenbarte die gleiche Bereitwilligkeit zur Pflege gutnachbarlicher Beziehungen. Im Frühherbst 1871 begrüßte Kaiser Franz Josef den von der Gasteiner Kur heimkehrenden Kaiser Wilhelm in Salzburg. An der Zusammenkunft nahm auch der Reichskanzler teil. Die Berichte über die Salzburger Tage feierten unter deutlichem Hinweis auf das am Ruder befindliche slawenfreundliche Ministerium Hohenwart die überaus herzlichen Formen, welche die Begegnung der Herrscher angenommen hatten. Dann fiel Hohenwart, und fast gleichzeitig mit ihm mußte Beust dem bisherigen ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Julius Andrássy Platz machen.

Andrássy ist als nationaler Patriot und Politiker emporgekommen. Einst war das Todesurteil über ihn, den Diplomaten der Revolutionsregierung, ausgesprochen worden. Erst nach langen Jahren des Exils hatte die kaiserliche Gnade ihm die Rückkehr gestattet. An der Seite Déaks, des großen Denkers der ungarischen Nation, lernte er dann mit den politischen Wirklichkeiten zu rechnen und an einer Ermöglichung der Verständigung arbeiten. Wie alle seine politischen Freunde, betrachtete er 1866 die gefallenen Entscheidungen als die herbeigesehnte Loslösung der habsburgischen Länder von der deutschen Vormachtsfrage. Nun gelangte der Besitz der ungarischen Krone zu der gewünschten Bedeutung.

Als nun 1870 Beusts Plan eine Wiedergewinnung der österreichischen Machtstellung in Deutschland anstrebte, war ihm Andrássy erfolgreich entgegengetreten und bei seinem kaiserlichen Herrn mit seinem Neutralitätsantrag durchgedrungen. Als Nachfolger Beusts war daher der ungarische Staatsmann von Bismarck mit sichtlicher Sympathie begrüßt worden. Man gewärtigte von ihm die Pflege freundschaftlicher Beziehungen. Zwar versäumte Bismarck es nicht, dabei auf die feste Freundschaft des neuen Deutschen Reiches mit Rußland hinzuweisen, er erklärte aber gleichzeitig, daß Preußens Dankbarkeit nicht so weit gehen werde, einen Angriff Rußlands auf Österreich-Ungarn zu dulden.

Digitized by Google

Der neue Minister jedoch folgte zuerst den großen politischen Eindrücken, die er während seiner Exiljahre im Westen erhalten hatte. Die diplomatische Konstellation während des Krimkrieges und die Pariser Friedensunterhandlungen hatten ihm die überlegene Macht Englands und seiner führenden Staatsmänner gezeigt. Das Emporkommen der deutschen Macht, das Wiedererstarken Rußlands und der Frankreich beherrschende Revanchegedanke mußten in dem nun gereiften ungarischen Politiker die Tendenz, die Donaumonarchie mit England fester zu verknüpfen, wesentlich verstärken. Heute noch sind die Gesichtspunkte, wie er sie für eine Konferenz mit dem britischen Botschafter in Wien, Lytton-Bulwer, aufgezeichnet, bemerkenswert. England, so führt er aus, vermeide intime Beziehungen zu Frankreich, um Deutschland nicht zu beunruhigen; es vermeide eine Verbindung mit Deutschland, um Frankreich nicht zu kränken. Für einen Bund mit Rußland müßte England schwere Opfer an seinen politischen Grundsätzen bringen, für die es keine denkbare Entschädigungen erhalten könne. Keine der erwähnten Schwierigkeiten würde sich aber bei einer Verständigung Englands mit Österreich-Ungarn ergeben. Einem solchen Einvernehmen vermöchten Deutsche und Italiener sich anzuschließen; und die zwei Mächte, von denen eine Gefährdung zu fürchten wäre, Frankreich und Rußland, würden durch eine solche Gruppierung in Schach gehalten. Andrássy betonte als Letztes und Wichtigstes, eine Allianz zwischen Preußen und Rußland müsse verhindert werden, sie bedeute eine Gefahr für Europa. Wenn Deutschland, das jetzt die Sympathien Englands und Österreich-Ungarns anstrebe, davon überzeugt würde, daß es sich im Kriegsfalle auf diese beiden Friedensmächte stützen könne, dann brauche es nicht seine Zuflucht zu Rußland zu nehmen. Erst wenn man in Berlin erkannt habe, daß Österreich-Ungarn und England nicht vereint vorgehen und nicht den Wert der Unabhängigkeit Deutschlands von Rußland ermessen, erst dann werde es, vor die Möglichkeit eines neuen Angriffes seitens Frankreichs gestellt, keine andere Wahl haben als diese Allianz. Lord Granville, dem der Botschafter die Auseinandersetzungen Andrássys übermittelte, gebrauchte in seiner Antwort überaus verbindliche Worte, die ebenfalls den Wert einer Übereinstimmung zwischen England und Österreich-Ungarn hoch anschlugen, doch unterließ er, auf das Anerbieten weiter einzugehen.

Digitized by Google

In seiner vertrauten Umgebung hat Andrássy die Vermutung geäußert, seine Aktion sei damals durch seinen Vorgänger im Auswärtigen Amte, der jetzt den Botschafterposten in London inne habe, durch Beust, dessen Eifersucht er überall gewahre, gestört worden.

Andrássy ging nun, nachdem er bezüglich Englands eine Enttäuschung erfahren, darauf aus, die freundschaftlichen Anerbietungen, die von Berlin aus gemacht wurden, zu pflegen und weiter zu festigen. Er wußte, daß eine unabweisliche Voraussetzung dabei in Betracht komme, ein gutes Einvernehmen Österreich-Ungarns mit Rußland. Schon in den Tagen von Versailles hatte Bismarck sich über die Vorteile geäußert, die eine Art Erneuerung der alten „heiligen Allianz" zu bieten vermöchte. Jetzt hatte er seinen ganzen Einfluß in St. Petersburg aufgeboten, um dort eine höfische Vormeinung gegen den einstigen ungarischen Revolutionär Andrássy zu entkräften und dem nunmehrigen Minister eine freundliche Aufnahme seines Rundschreibens zu erwirken. Zar Alexander und sein Staatskanzler, Fürst Gortschakow, erwiesen sich der Dreikaiseridee zugetan. Die Zusammenkunft der Herrscher, die im Sommer 1872 in Berlin stattfand, verkündete der Welt und namentlich nach Paris hin eine vollzogene Tatsache. Durch die „Erinnerungen" Robert von Keudells vermögen wir festzustellen, daß damals, Herbst 1872, Bismarck mit Genugtuung die Annäherung der Donaumonarchie an das Deutsche Reich sich verinnerlichen sah. Keudell kam damals in den ersten Tagen des Oktober nach Varzin. Er war eben zum Gesandten in Konstantinopel ernannt und sollte vom Kanzler mündliche Instruktionen empfangen. Auf einer langen Waldfahrt, die der Hausherr von Varzin mit seinem Gaste unternahm, gedachte er gemeinsam durchlebter Zeiten. Er zog dabei eine Art von Bilanz seines Wirkens. Er meint von den schnellen Friedensschlüssen in Nikolsburg und im Innern, daß sie vielleicht seine verdienstlichsten Leistungen gewesen seien. Zum Schlusse wies er „auf die hoffnungsreiche Freundschaft Österreich-Ungarns" hin.

Doch schon 1874 konnte Andrássy, als er seinen kaiserlichen Herrn nach Petersburg begleitete, feststellen, daß am Hofe sich Antipathien gegen Berlin geltend machten, während namentlich die Militärkreise, wie dies eine schon im Vorjahre zu Wien getroffene Vereinbarung bewies, eine intimere Fühlungnahme mit Österreich-Ungarn ins Auge faßten. Doch der richtige Blick Andrássys er-

Digitized by Google

kannte, unbeirrt durch ein eifriges Aufgebot von Höflichkeiten, die triebartigen Phänomene, die für eine Beurteilung der Entschlüsse, die am russischen Hofe erfolgten, maßgebend waren: Gortschakow erwies sich erfüllt von bösartiger Eifersucht gegen die so hoch emporgestiegene Hohenzollernmacht und die Schiedsrichterstellung Bismarcks. Ein nicht minder bösartiges Mißtrauen folgte jedem Schritte, den Österreich-Ungarn an seiner südöstlichen Grenze unternahm, und am Hofe, ebenso wie im ganzen Lande, erstarkte eine panslawistische Agitation, der weder der Zar noch seine Regierung Einhalt gebieten konnte. Gegenüber den aufgetauchten anarchistischen Bestrebungen tat der Dreikaiserbund seine guten Dienste. Man bezeigte sich darum als liebenswürdige Freunde, sah aber die Gelegenheit herannahen, dem deutschen Reichskanzler die Überlegenheit der russischen Diplomatie zu erweisen und anderseits am Balkan das alte Postulat der slawischen Vormachtstellung zu verwirklichen.

Andrássys Erkenntnis wurde in kurzer Zeit sachlich vollauf bestätigt. Durch deutschfeindliche Agenten und Journalisten, wie sie damals zwischen den europäischen Hauptstädten hin und her flanierten, war wieder einmal ein Kriegslärm in Szene gesetzt worden, der von einer ruchlosen Intrige Bismarcks meldete; der Kanzler hatte kühl und kurz ablehnen lassen, allein von Petersburg her wurde mit lauter Umständlichkeit schweres diplomatisches Geschütz angefahren. Gortschakow erschien in Berlin und nach ihm Kaiser Alexander. „Der Friede ist jetzt gewahrt," wurde von dem russischen Minister feierlich verkündet. Der Zar äußerte zum österreichisch-ungarischen Botschafter, Grafen Karolyi, in Berlin, er könne nun ruhig die deutsche Hauptstadt verlassen, und nach der Heimkehr brachte das Petersburger Telegraphenbureau eine Erklärung Gortschakows gegenüber dem französischen Botschafter, „Rußland werde Deutschland zu hindern wissen, daß es Frankreich angreift." Nach der russischen Darstellung hat das Deutsche Reich eine diplomatische Niederlage und Zurückweisung erfahren, und der Kanzler, der schon vorher gelegentlich eines karlistischen Handels von Rußland im Stich gelassen worden, gewahrte jetzt offenbar den schwanken Grund, auf dem das Verhältnis zu Rußland beruhte; er sah nun eine zweite Rückendeckung notwendig und ließ das Einvernehmen mit dem Wiener Kabinett noch vertraulichere Formen annehmen; keineswegs ließ er den Schein einer Erkältung

Digitized by Google

der deutsch-russischen Beziehungen aufkommen. Dies hätte nur Kaiser Wilhelm, der seinem Neffen Alexander zärtlich ergeben war, stutzig gemacht und die deutsche Öffentlichkeit beunruhigt; aber mit schärfstem Mißtrauen überwachte er nun die russischen Dinge.

Er sollte bald erkennen, wie schwierig das Problem sich gestalte, das er sich gesetzt hatte: Rußland an Deutschlands Seite festzuhalten, aber auch gleichzeitig der habsburgischen Macht sicher zu bleiben. Denn um die Mitte der siebziger Jahre begannen die Balkanwirren mit dem bosnischen Aufstand, der Aktion Serbiens mit dem russischen Memorandum im Mai 1876.

Aus der langen Reihe diplomatischer und kriegerischer Aktionen, die dann der Berliner Kongreß von 1878 abschloß, seien für unser Thema nur einige wenige Tatsachen hervorgehoben. Am 8. Juni 1876 traf Kaiser Franz Josef mit dem Zaren Alexander in Reichstadt zusammen; an der Konferenz nahmen Andrássy, Gortschakow und der russische Botschafter in Wien teil. Rußland bedurfte einer Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn, wenn es sich veranlaßt sah, in die Balkanverwicklung einzugreifen. Für die Möglichkeit einer türkischen Katastrophe wurde nun das bekannte Abkommen getroffen, das der Donaumonarchie Bosnien und die Herzegowina vorbehielt. Das Reichstädter Ergebnis wurde vom russischen Kanzler sofort nach Paris gemeldet. Bezeichnend für die Intimität, die schon damals zwischen Rußland und Frankreich bestand, ebenso wie für die giftig-schlaue Art Gortschakows, seine ausländischen Freunde zu instruieren, ist eine Äußerung des damaligen französischen Ministers des Äußern, Duc Decazes, über die erfolgte Abmachung. Sie lautet: „Bismarck rät Österreich, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen, und sollte es selbst dauernd dort bleiben."

Doch jene türkische Katastrophe, für deren Fall Österreich-Ungarn in Verhandlungen getreten war, verzögerte sich wegen der türkischen Erfolge in Serbien. Und abermals schlug Rußland vor, es würde in Bulgarien einmarschieren, Österreich-Ungarn möge Bosnien besetzen. Allein diesmal vertrat Andrássy eine ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf die durchgreifenden Reformen, die die Mächte von der Pforte verlangten. Der russische Hof befand sich damals in Livadia, die Kriegspartei wollte die spröde Antwort Andrássys als eine Herausforderung betrachtet wissen und arbeitete auf eine Auseinandersetzung mit den Waffen hin. In dem Falle war die

Digitized by Google

Haltung Deutschlands entscheidend. Bismarck beantwortete die russische Anfrage mit der Erklärung, daß Deutschland es nicht ertragen könne, daß einer von den beiden ihm befreundeten Staaten so schwer verwundet und geschädigt würde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. Tatsächlich sah aber der Reichskanzler sich vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt. Der österreichisch-ungarische Botschafter, Graf Karolyi, meldete aus Berlin, Bismarck habe ihm geklagt, daß Gortschakow kein Mittel scheue, um Zwietracht zu erregen. Da hat denn Bismarck eine Belastungsprobe gewagt: er ließ bei Gortschakow anfragen, ob er gewillt wäre, gegen die Bürgschaft einer Unterstützung im Orient einen Garantievertrag für Elsaß-Lothringen einzugehen. Er erhielt eine rundweg verneinende Antwort. Er für sich mochte sich jetzt im klaren wissen. Doch es galt, auf die Sympathien seines Kaisers und auf das hergebrachte Freundschaftsverhältnis der beiden Höfe Rücksicht zu nehmen. Bismarck hielt es auch für geboten, in den Balkanwirren die überlegene Stellung des unbeteiligten Beobachters zu bewahren. Der deutsche Botschafter, Graf Stollberg, erhielt den Auftrag, am Wiener Ballhausplatze zu erklären, daß der Kanzler es nicht für ersprießlich halte, Rußland gegenüber bezüglich des möglichen Zerwürfnisses mit Österreich-Ungarn eine bestimmtere Sprache zu gebrauchen. Es könnte ja sein, daß sie Eindruck machen würde, aber damit wäre die Angelegenheit noch nicht erledigt. Stellte sich Deutschland ins Vordertreffen, so müßte es die freundschaftliche Fühlung mit Rußland einbüßen, deren Erhaltung für alle Teile notwendig sei. In Livadia aber hatte man nun die Aussicht auf den Beistand Deutschlands aufgegeben; man gab es auf, gegen Österreich-Ungarn ins Feld zu ziehen, man betrat wiederum den Weg der Verhandlungen. In zwei Konventionen ward mit Österreich-Ungarn ein Abkommen getroffen, das auf den ausdrücklichen Wunsch Gortschakows eine Schlußklausel, betreffend eine Kollektivberatung der Großmächte, erhielt.

Der Ausgang des russisch-türkischen Krieges und die weitgehenden Bedingungen des Friedens von San Stefano haben dann den entschlossenen Widerstand Englands und Österreich-Ungarns hervorgerufen. Die russischen Diplomaten mußten zurückweichen, es kam zu mehrfachen Verhandlungen. Andrássy gewahrte, daß Bismarck

Digitized by Google

alle Mühe aufbiete, um die Schwierigkeiten, die Rußland jetzt fand, zu mildern. Kaiser Wilhelm erklärte dem Zaren gegenüber, an ihm werde es nicht fehlen, daß „die politischen Verhältnisse bei aller Verworrenheit doch eine friedliche Lösung erfahren würden". Ein solches Wort des greisen Herrschers angesichts der ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Österreich-Ungarn einerseits und dem Besieger der Türken, der den Frieden von San Stefano abgeschlossen, andererseits, enthielt eine bedeutungsschwere Zusicherung für den russischen Freund. Trotz dieses Rückhalts sah sich Rußland gezwungen, der ihm jetzt recht unbequem gewordenen Kongreßidee, die Gortschakow einst als einen Trumpf gegen Österreich-Ungarns Anspruch auf Bosnien hatte ausspielen wollen, sich zu fügen.

Und am 28. Juni erteilte der Berliner Kongreß Österreich-Ungarn das Okkupationsmandat. Auch die Russen waren zuletzt gezwungen gewesen, nachzugeben, das gute Recht der Donaumonarchie und der Wortlaut aller mit Rußland getroffenen Vereinbarungen redete eine zu deutliche Sprache. In den Punktationen von San Stefano hatte man es unternommen, die Österreich-Ungarn gemachten Zusagen beiseite zu schieben. Das Forum der Großmächte machte die Wiederholung eines solchen Handstreiches unmöglich. Und die Russen mußten gewahren, daß der deutsche Reichskanzler für die Sache Österreich-Ungarns eintrat. Nun vernahm man sehr bald nach dem Abschluß des Kongresses, daß diese Haltung Bismarcks die Petersburger Staatsmänner peinlich überrascht habe. Wir hören von einem Versuche, den Bismarck noch in allerletzter Stunde bei Andrássy unternommen habe, ihn von seiner Forderung, die Okkupation betreffend, abzubringen. Sicherlich hat man russischerseits am Berliner Hofe alles aufgeboten, um den Erfolg Österreich-Ungarns zu verhindern. Und Bismarck hat vielleicht wiederum eine Entscheidung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn hinausschieben wollen. Dann aber, als der Entscheidung nicht auszuweichen war, hat er sich an die Seite Andrássys gestellt.

Dieser Entschluß Bismarcks ist in St. Petersburg als ein Freundschaftsbruch aufgefaßt und als ein Verrat hingestellt worden. Jetzt kam jene deutschfeindliche Richtung, die vom General Miljutin und dem Fürsten Lobanow vertreten wurde, zur Geltung. Die

Digitized by Google

Ergebnisse des Kongresses wurden gegenüber den Errungenschaften von San Stefano als ein schweres Verbrechen, mit Hilfe Bismarcks an Rußland begangen, hingestellt. Nach Paris und Rom ergingen vorsichtige Anfragen für den Fall kriegerischer Ereignisse, und die russische Presse erging sich in grimmigen Ausfällen gegen den deutschen Reichskanzler. Auch mit dem deutschen Botschafter besprach Alexander II. die angeblich feindselige Stellungnahme der deutschen Politik. „Das wird ein schlechtes Ende nehmen," so schloß der Kaiser seine Kritik. Und noch mehr. Am 15. August 1879 richtete Alexander an Kaiser Wilhelm ein Schreiben, das bösartige Wendungen gegen Bismarck enthielt. Von dem allen war der Kanzler verständigt, als er von Wien die Mitteilung erhielt, daß Graf Andrássy an seinen Rücktritt denke und von Kaiser Franz Josef bereits die gnädige Zustimmung erhalten habe. Erst nach Wochen überzeugte sich Bismarck, daß tatsächlich Andrássy sich der Ruhe bedürftig fühle. Zuerst brachte Bismarck die Nachricht mit der eben vollzogenen Wendung in der inneren Politik Österreichs in Zusammenhang. Er glaubte, das Emporkommen deutschfeindlicher Einflüsse fürchten zu müssen. Er verhehlte sich nicht, daß Österreich-Ungarn zur Behauptung Bosniens gegenüber der panslawistischen Politik Rußlands sich nach einem Rückhalt umsehen müsse, den es bisher bei Deutschland wegen dessen Freundschaft für Rußland nicht gewärtigen konnte. Österreich-Ungarn hatte bei seiner Aktion gegen den Frieden von San Stefano im Einverständnis mit London und Paris gehandelt. Leicht konnte sich daraus ein engeres Verhältnis entwickeln. Der Kanzler fürchtete sein Deutsches Reich von der Gefahr einer Isolierung bedroht. So kam es um die Wende des August zu der denkwürdigen Gasteiner Unterredung mit Andrássy.

Über die Gasteiner Verhandlungen, an die sich eine Wiener Reise und Audienz Bismarcks bei Kaiser Franz Josef anschloß, und ferner über die Formulierung des Bündnisvertrages hat sich bereits stattliches Quellenmaterial angesammelt. Zuerst wurde in der Öffentlichkeit nichts als die Tatsache bekannt. Nach achteinhalb Jahren erfolgte am 3. Februar 1888 in der „Wiener Abendpost" die Veröffentlichung des Textes. Über die Entstehungsgeschichte haben dann die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bismarck ausführlich, aber nicht ganz genau in den Daten, berichtet und Erklärungen von

Digitized by Google

ausgezeichnetem Werte geboten. Dazu kamen Mitteilungen zahlreicher Diplomaten, deren Farbengebung eine vorsichtige Würdigung verlangte. Eine wesentliche Bereicherung an urkundlichem Material hat jüngst das große biographische Werk des Professors Eduard von Wertheimer über Julius Andrássy gebracht. Dem verdienten ungarischen Forscher hat auch mit rühmenswerter Bereitwilligkeit der Reichtum des Berliner Staatsarchivs zur Verfügung gestanden, dazu kamen die Aufzeichnungen aus dem Kreise Andrássys, die von Woche zu Woche die Verhandlungen begleiteten. Hier seien noch die Denkwürdigkeiten Chlodwig Hohenlohes angeführt und die dreibändigen Notaten des vielberufenen Dr. Busch. An dies gedruckte Material schließt sich für uns noch die Tradition an, mündliche Überlieferung von hörenswerten Zeugen.

Die Gasteiner Verhandlungen gingen für den deutschen Staatsmann von der Voraussetzung aus, daß Österreich-Ungarn, als eine der Großmächte des nahen Orients, sich nach einem Rückhalt umsah, der es gegen Rußlands Revanchepläne sicherte. Von Deutschland war nach den Erfahrungen der letzten Jahre, war angesichts der Traditionen, an denen Kaiser Wilhelm festhielt, eine solche Deckung schwerlich zu erwarten. Wenn nun die Monarchie neue Beziehungen anknüpfte, war vielleicht eine gewisse Entfremdung gegen das Deutsche Reich zu gewärtigen. Aus dem diplomatischen Verkehr mit dem Londoner und Pariser Kabinett hat Andrássy dem deutschen Reichskanzler gegenüber damals kein Hehl gemacht. Ebenso offen sprach sich jetzt Bismarck aus. Nun sehe sich Deutschland genötigt, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu wählen. Über die Gesichtspunkte, die für den leitenden Staatsmann des Deutschen Reiches bei der Entscheidung in Frage kamen, ist uns bei Busch eine interessante Plauderei Bismarcks erhalten. Damit soll angeführt sein, wie sich der Kanzler in behäbiger, zwangloser Weise zu einem ihm näher stehenden Manne über Gastein geäußert hat:

„Ich war damals in großer Angst wegen Rußland und dachte, es würde zwischen dem und Österreich zu einem Bündnisse kommen, wo die Franzosen auch dabei gewesen wären. Die Russen hatten zuletzt brutale Briefe an uns geschrieben, mit Drohungen, wenn wir sie in der orientalischen Frage nicht unterstützen, und ich dachte, sie könnten nicht so auftreten, wenn sie nicht in Österreich einen

Digitized by Google

guten Freund hätten, der ein Bundesgenosse werden könnte. Sie hatten sich auch in Paris um ein Bündnis bemüht — durch Obrutschew. Das ist der Adjutant und Vertraute von Miljutin, dem Kriegsminister. Aber die Franzosen wollten nicht, und sie sagten es uns, dem Botschafter und sonst wem. Wie eine tugendhafte Frau es ihrem Manne sagt, wenn jemand ihr unanständige Anträge macht. Nun denn, das ging mir sehr im Kopfe herum. Ich hatte mich immer mit Österreich verständigen wollen; schon 1852 schwebte mir so etwas vor. Der Gedanke war, als der Deutsche Bund noch bestand, Österreich muß in Deutschland nicht allein maßgebend sein wollen, Preußen nicht bei jeder Gelegenheit drücken und einschnüren wollen, es muß Preußen eine Stellung im Bunde gönnen, in der ihm gestattet ist, seine volle Kraft nach außen hin einzusetzen, zur Abwehr von Angriffen und Prätensionen, die von den benachbarten Mächten drohen. Dann dachte ich wieder daran, mich mit ihnen zu vertragen, zum Beispiel 1870, aber mit Beust war nichts anzufangen, und so blieben vorbereitende Schritte ohne Erfolg. Andrássy schien geeigneter. Mein alter Gedanke mußte jetzt nach den veränderten Verhältnissen eine andere Form bekommen. Ich wollte ein öffentliches, verfassungsmäßiges Bündnis gegen eine Koalition, unauflöslich, nur aufzulösen bei uns durch Kaiser, Bundesrat und Reichstag, bei ihnen durch Kaiser, Trans und Zis. So kam der türkische Krieg heran, der Berliner Kongreß und die Ausführung dessen, was da ausgemacht worden war. Da wollten sie in Petersburg, daß wir ihre Interessen unbedingt wahrnehmen und alle ihre Ansprüche unterstützen sollten. Das konnten wir aber nicht, da auch Unbilliges darunter war und Gefährliches. Sie fingen dann an, gebieterisch zu mahnen, anmaßend, zuletzt drohend. Ich konnte mir das nur mit der Vermutung erklären, daß eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg entweder schon stattgefunden habe oder im Werke sei. Die russische Reise Andrássys und verschiedene andere Beobachtungen hatten diese Befürchtungen nahegelegt, und so war ich im vorigen Sommer sehr in Angst. Frankreich hätte sich wohl bald zu den beiden andern gefunden. Ob dann aber England zu Deutschland gehalten hätte, war zweifelhaft, da die nicht leicht Partei für eine Macht nehmen, die nicht als Übermacht erscheint. So ging ich mit schwerem Herzen von Kissingen nach Gastein, und als Andrássy

Digitized by Google

kam, war ich sehr begierig, zu hören, was er sagen würde. Da erfuhr ich aber, daß nichts derart existierte. Es war keine Verständigung mit Rußland erfolgt, und jetzt rückte ich mit meinen Gedanken heraus, und er war gleich dabei, das heißt, er war für das Bündnis, aber nicht für ein verfassungsmäßiges. Davon wollte er nichts wissen, auch nichts von der Öffentlichkeit, und es war am Ende auch gut, denn ihre Vertretungen hätten daran ohne Sachkunde herumgemäkelt und dies und jenes anders gewollt. Die sind noch schlimmer als unsere. Sonst war Andrássy ganz mit mir einverstanden, und der Kaiser in Wien war fast noch mehr dafür. Aber unserer nicht. Der machte Einwendungen, obwohl die Russen so perfid und unverschämt wie nur möglich gewesen waren. Auch gegen die Österreicher, so daß selbst der gewiß russenfreundliche Erzherzog Albrecht später zu Andrássy sagte: ‚Ich freue mich jetzt über das Bündnis mit Deutschland; denn die Russen sind doch gar zu unzuverlässige Intriganten.' Ich habe damals wohl tausend Seiten geschrieben, Tag und Nacht, und alles mögliche vorgestellt, gebeten und gebettelt, ohne etwas auszurichten. Und doch hatte es Eile. Andrássy wollte abgehen. Er war müde, wie ich, und er konnte sich's gönnen, einmal auszuruhen und faul zu sein. Er hatte seinen Nachfolger schon kommen lassen, hielt es aber für eine Ehre, das Bündnis selbst abzuschließen. Und ich konnte doch auch nicht ewig in Wien bleiben. Wenn es aber jetzt nicht gemacht worden wäre, unter ihm, so wäre gar nichts daraus geworden; denn die andern hatten kein Herz dafür. Und dann hätten sich die Russen doch noch mit ihnen verständigen können gegen uns. Der allergnädigste Herr aber wollte das nicht einsehen. Auch in Berlin sträubte er sich noch. Endlich schien er zu wollen. Ich bat um einen Urlaub und erhielt ihn in besonders amtlichem Tone. Kaum wollte ich aber den Rücken drehen, so erließ er sofort allerhand entgegengesetzte Befehle, und ich mußte Stollberg zu ihm schicken, daß er sie wieder umkehrte. Der hat sich sehr gut benommen und gar nicht servil. So ist die Sache denn zustande gekommen, und ich denke, sie wird halten. Ich wollte sogar ein öffentliches Bündnis."

Nach Gastein kam also Bismarck mit der Überzeugung von den Gefahren, die an der Newa sich vorbereiten könnten. Die dortige animose Stimmung, die auch auf den Zaren ihren Einfluß nicht

Digitized by Google

verfehlt hätte, lasse es nicht mehr zu, gleich nahe sich zu jedem der beiden bisherigen Freunde zu stellen. Er schlug eine engere, festere Knüpfung der Beziehungen zwischen Berlin und Wien vor. Andrássy sah den Augenblick gekommen, den er solange sich herbeigewünscht. Er glaubte, Bismarck für die Zustimmung seines Kaisers die besten Zusicherungen geben zu können. Doch einen allgemeinen Bündnisvertrag, den auch Frankreich als gegen sich gerichtet auffassen könnte, meinte Andrássy nicht befürworten zu können. Ein solches Abkommen stellte ja die Sicherungen in Frage, die Österreich für seine Balkanstelle sich verschafft. Man müßte sich gegen einen Angriff Rußlands schützen, meinte der Minister Österreich-Ungarns, hier läge eine gemeinsame Gefahr vor, und eine Vereinigung wäre geboten. Andrássys Bedenken wurden von Bismarck in ihrer Berechtigung anerkannt. Doch indem er sich ihnen fügte, mußte er die Umrisse seines Bündnisplanes arg beschränken, und er sprach die Befürchtung aus, daß in der Form, wie sie Andrássy sich dachte, der Vertrag ernste Schwierigkeiten bei Kaiser Wilhelm finden wird. Bald darauf erschien Fürst Bismarck in Wien. Er erzählt in seinen Erinnerungen, wie sich „sein Bewußtsein, daß er sich auf rein deutschem Gebiete und unter deutscher Bevölkerung befinde, durch die entgegenkommende Haltung des Publikums auf den Stationen vertieft hätte". Bei Kaiser Franz Josef findet er eine „sehr huldreiche Aufnahme" und die Bereitwilligkeit, das Bündnis abzuschließen. In Gastein hatte er eine groß angelegte Denkschrift, die in 62 Bogenseiten die Notwendigkeit des Bündnisses darlegte, für Kaiser Wilhelm ausgearbeitet. Gleichzeitig unterrichtete er König Ludwig von Bayern in einem ausführlichen Schreiben von seinem Vorschlage. Ferner mußte Herr von Holstein, einer der vertrauten Mitarbeiter des Kanzlers, den Fürsten Chlodwig Hohenlohe, damals Botschafter in Paris, aus Altaussee nach Gastein herbeizitieren. Er wurde von Bismarck eingeweiht und ersucht, zu Kaiser Wilhelm zu reisen. In des Kanzlers Denkwürdigkeiten wird seiner Mitwirkung keine Erwähnung getan.

Kaiser Wilhelm war indessen am 3. September zu Alexandrowo vom Zaren mit der gewohnten Herzlichkeit und Ehrfurcht empfangen worden. Der Feldmarschall von Manteuffel und der russische Kriegsminister Miljutin nahmen an der Zusammenkunft teil.

Digitized by Google

Man hielt russischerseits für den Kaiser die zärtlichsten Friedensversicherungen bereit, auch Miljutin versäumte nicht, in diesem Sinne Erklärungen zu machen und sich den Anschein loyalster Friedensliebe zu geben. Höchlich befriedigt über die erhaltenen Eindrücke verließ der greise Herrscher Alexandrowo. Er war trotz aller bedenklichen Meldungen und Vorstellungen der letzten Zeit wiederum in seiner Überzeugung, daß er auf den Zaren und auf Rußland rechnen könne, gefestigt. Entsprach doch diese Auffassung den Erinnerungen seiner Jugend und der dankbaren Empfindung, die er jetzt noch für die entscheidende Hilfe hegte, die der erste Alexander seinem Vater und der unvergeßlichen Mutter, der Königin Luise, gewährt. Die geschichtliche Forschung von heute denkt freilich auch über diese vermeintliche Großtat Alexanders I. anders. Und auch der Laie vermag sich aus den Erinnerungen der Prinzessin Radziwill eine interessante Aufklärung über die Tage von Tilsit, über die Demütigung des Hohenzollernhauses und die Haltung Alexanders zu verschaffen. Kaiser Wilhelm hütete jedoch das Andenken an den rettenden Zaren als ein Heiligtum. Das Freundschaftsverhältnis mit dem russischen Kaiserhause und also auch mit seiner Politik zählte zu den bei ihm feststehenden Traditionen; die Haltung des Zarenreiches 1866 und 1870 schien ihm seine pietätvolle Auffassung vollauf zu bestätigen. Und nun trat Bismarck, der lange Jahre mit ihm scheinbar eines Sinnes gewesen, mit dem Ansinnen an ihn heran, mit dem Habsburgerreich ein Bündnis einzugehen, das ausdrücklich gegen seinen Neffen Alexander gerichtet war. Bismarck hatte wohl gewußt, warum er Andrássy ein Bündnis allgemeinen Charakters vorgeschlagen. Er hatte auch richtig vorausgesehen, daß die Fassung, die Österreich wünschte, seinen alten kaiserlichen Herrn als eine ungeheuerliche Zumutung zu einer bestimmten Abweisung veranlassen würde.

Von Hohenlohe werden wir über jene Septembertage und ihre Stimmungen anschaulich unterrichtet. Da heißt es in seinen Aufzeichnungen:

Gastein, September 1879.

Gestern abend, als wir uns auf den Wildensee (ein Jagdschloß im Totengebirge) vorbereitet hatten und von Politik frei zu sein hofften, kam ein Telegramm von Holstein, der mir mitteilte, daß der Reichskanzler mich heute abend sprechen wolle. Es war nichts

Digitized by Google

zu machen. Marie mit den Gästen ging heute auf den Wildensee und ich in Gottes Namen nach Gastein. Hier empfing mich Holstein, der mir sagte, es handle sich um sehr ernste Dinge, und der Reichskanzler wolle mich sprechen.

„Die Lage ist folgende: Der Reichskanzler, der Rußland nicht traut, ist hierhergekommen, um — innerhalb des Dreikaiserbündnisses — eine Defensivallianz mit Österreich zu verabreden. Als aber der Kaiser den Vorschlag des Kanzlers erhielt, war unterdessen Alexandrowo und die Begegnung mit dem Kaiser von Rußland gewesen, und nun will er auf das Projekt nicht mehr eingehen.

Der Reichskanzler dagegen will seine Entlassung geben, wenn der Kaiser nicht zustimmt. Holstein hat vorgeschlagen, daß ich den Kaiser überreden soll. Darauf ist Fürst Bismarck eingegangen. Ich habe heute abend mit Holstein gesprochen und ihm gesagt, daß ich mit dem Projekt nicht einverstanden sei. Erstens traue ich Österreich nicht, zweitens halte ich Rußland nicht für ernstlich feindlich. Endlich glaube ich, daß eine Allianz mit Österreich eine Allianz von Rußland und Frankreich zur Folge haben wird. Damit ist der Krieg da, während Bismarck glaubt, daß er mit seiner Allianz den Frieden sichern wird. Ich denke, ich gehe erst nach Aussee zurück und dann wieder hierher und von hier nach Straßburg."

Aber tags darauf erfahren wir:

„Gestern die Akten gelesen und mit dem Fürsten gesprochen. Bismarck hat mich doch überzeugt von der Notwendigkeit der Allianz mit Österreich. Er sagt, Österreich kann nicht allein bleiben gegenüber den Bedrohungen durch Rußland. Es wird sich nach Allianzen umsehen entweder mit Rußland oder mit Frankreich. In beiden Fällen entsteht für uns die Gefahr der Isolierung. Nun ist aber der Kaiser durch die fatale Zusammenkunft in Alexandrowo unzugänglich und will nicht auf das Bündnis eingehen, in dem er eine Perfidie gegen den Neffen sieht. Bismarck seinerseits hat sich so weit mit Andrássy engagiert und ist so überzeugt von der russischen Gefahr, daß er die Verantwortung nicht tragen will und in diesem Falle mit dem Rücktritt droht. Der Kaiser dagegen droht mit Abdizieren. Es besteht beim Kaiser

Digitized by Google

eine große Verlegenheit, was er tun soll. Nun ruft Bismarck die Hilfe der Botschafter an und bittet, daß ich und Münster (Botschafter in London) mit dem Kaiser sprechen. So werde ich denn am Sonntag nach Straßburg gehen und sehen, was sich machen läßt."

Und aus Straßburg berichtet er weiter:

„Nach einer Fahrt über Ischl nach Wels mit den Kindern, die ich dort verließ, kam ich früh sechs Uhr nach München. Um fünf Uhr in Straßburg. Hier bekam ich eine gute Wohnung im Hotel de France und ging dann auf Erkundigung aus. Im Hotel de Paris fand ich Radziwill, der aber über Politik nicht sprach. Lehndorff fand ich in der Präfektur, wo der Kaiser wohnt und wo ich mich bei Perponcher meldete. Lehndorff, der in die Sache eingeweiht war, jedoch kein vollständiges Verständnis hatte, meinte, es gehe alles gut. Der Kaiser sei mit allem einverstanden. Neu war mir, daß die Kaiserin diesmal mit ‚dem großen Manne im Gebirge' übereinstimme. Das hatte man mir in Gastein anders gesagt. Später suchte ich Otto Bülow auf. Dieser sagt, Stollberg habe dem Kaiser seinen Vortrag gehalten und im Auftrage des Reichskanzlers um die Genehmigung zur Verhandlung und zum Abschluß eines Defensivvertrages mit Österreich gebeten, in welchem aber von Rußland keine Rede sei. Der Kaiser habe an den Rand des dem Vertrage zugrunde liegenden Schriftstückes ‚einverstanden' geschrieben. Soweit wäre nun alles in Ordnung; aber es fragt sich, ob man sich in Wien auf einen so allgemeinen Vertrag einlassen will. Daran hat Fürst Bismarck in Gastein noch gezweifelt, und auch Bülow war darüber noch nicht beruhigt. Er sagte mir, der Kaiser halte die Sache sehr geheim und habe noch nicht einmal mit Moltke darüber gesprochen. Es sei zweifelhaft, ob er mit mir davon anfangen werde, ich würde wohl genötigt sein, selbst davon anzufangen. Der Kaiser Alexander hat unserm Kaiser versichert, daß er keine Schritte bei Frankreich getan habe. Es wird schwer sein, dem Kaiser begreiflich zu machen, daß der kaiserliche Neffe von den Schritten, die von der russischen Diplomatie unter der Hand getan werden, gar nichts zu wissen braucht."

Digitized by Google

Wir gewahren, daß Hohenlohe bezüglich Andrássys noch nicht klar zu sehen glaubt, und auch er erachtet Rußlands agitatorische Tätigkeit nicht ernstlich gegen das Deutsche Reich gerichtet.

22. September, abends.

„Heute früh bei Bülow und dann Besuche und Einschreiben bei den Prinzen. Gegen vier Uhr kam der Kaiser mit den Prinzen vom Manöver zurück. Bald darauf erschien eine Ordonnanz und rief mich zum Kronprinzen. Der fragte mich, warum ich eigentlich gekommen sei, und ich sagte es ihm offen. Dann sprachen wir über die schwebende Frage. Er hörte meine Argumente zugunsten des Vertrages an. Um fünf Uhr fuhr ich zum Diner des Kaisers in die Präfektur. Nach Tisch sprach der Kaiser längere Zeit mit Moltke und mir, so daß Bülow nachher fragte, ob wir eine Beratung gehalten hätten. Wir hatten aber von unbedeutenden Dingen gesprochen, worüber sowohl Moltke als ich den Kaffee versäumten. Beim Abschied bestellte mich der Kaiser auf acht Uhr.

Der Kaiser empfing mich um acht Uhr in seinem Arbeitskabinett. Zuerst erkundigte er sich, wo ich herkomme, usw. Dann fragte mich der Kaiser, ob ich den Reichskanzler gesehen hätte. Ich sagte: „Ja, in Gastein." Der Kaiser: „Er ist wohl sehr gereizt?" Ich: „Nein, aber beunruhigt." Darauf erzählte der Kaiser den ganzen Hergang der Sache, den Brief des Kaisers Alexander, die Antwort, die Begegnung in Alexandrowo, seine Unterredungen mit dem Kaiser Alexander, mit Miljutin und Giers. Auf einmal nun, nachdem die freundschaftlichen Versicherungen ausgetauscht worden seien, habe der Reichskanzler, wahrscheinlich um sich für den Brief des Kaisers Alexander zu rächen, den Vorschlag gemacht, ein Bündnis mit Österreich gegen Rußland zu schließen. Das habe er nicht tun können. Er habe den Eindruck gewonnen, daß Bismarck eine Koalition von Österreich, Deutschland, Frankreich und England im Plan habe. Ich widerlegte dies. Wenn jetzt, solange Andrássy am Ruder sei, ein solcher Bund nicht geschlossen werde, so würde die konservative Partei in Österreich sich auf unsere Kosten mit Rußland verständigen. Frankreich werde dann auch nicht zurückbleiben. Es werde also Rußland durch das Bündnis mit Österreich ein doppelter Dienst geleistet, einmal, die

Digitized by Google

Revolution im Schach zu halten und dann Österreich festzumachen und es abzuhalten, einer Koalition gegen Deutschland und Rußland beizutreten. Das schien dem Kaiser einzuleuchten. Aber er sprach sich nicht weiter darüber aus. In der ganzen Unterredung fand ich beim Kaiser viel Zugänglichkeit für die Argumente des Reichskanzlers, aber immer dabei die Befürchtung, daß er seinem Neffen und Freund gegenüber illoyal erscheinen könnte. Ein positives Resultat erreichte ich nicht. Aber meinen Auftrag, meine Meinung dem Kaiser vorzutragen, hatte ich erfüllt."

Und daran schließt er an demselben Tage eine Betrachtung.

Notiz vom 22. September 1879.

„Rußland ist gegen Österreich erbittert. Österreich stört seine Pläne im Orient. Rußland will und muß ihm den Krieg erklären, wenn es jene Pläne durchführen will. Es wird uns dann fragen, was wir tun wollen. Halten wir mit Rußland und bleiben neutral, so verbindet sich Österreich mit Frankreich und England. Wir stehen dann mit Rußland gegen Frankreich, Österreich und England. Tun wir jetzt gar nichts, so kann Österreich sich mit Rußland verständigen. Ist dann Frankreich stark genug, so fängt es mit uns Krieg an, bei dem Rußland und Österreich als unfreundliche Neutrale zur Seite stehen. Wir sind dann isoliert, ja wir können dann einer Koalition von Österreich, Rußland und Frankreich gegen uns entgegengehen. Haben wir Österreich durch einen Vertrag gebunden, so wird England stets auf dieser Seite der Kontinentalallianz stehen, und dann können wir die Feindschaft Rußlands und Frankreichs mit ansehen.

In Rußland ist die revolutionäre Strömung so stark, daß man nicht weiß, wozu sich die Regierung drängen lassen kann. Es ist sehr möglich, daß die konstitutionelle Reformpartei in Rußland den Krieg wünscht, um zu ihren Reformen zu gelangen. Jedenfalls ist auf die Freundschaft eines so durchwühlten Landes nicht zu bauen.

Die panslawistische Partei wird durch das österreichisch-deutsche Bündnis einen échec erleiden und dabei die Möglichkeit gegeben sein, der konservativen Richtung in Rußland eine Stütze zu bieten."

Sicherlich hat Kaiser Wilhelm es besonders schmerzlich empfunden, daß sein Bismarck sich von Rußland abgewandt hatte. Aus Busch

Digitized by Google

entnehmen wir aber Äußerungen, die der Kanzler schon am 27. Februar 1879, also fünf Monate vor der Gasteiner Reise, gemacht, und die bereits seine Stellungnahme gegen russische Anmaßung offenbaren. Das Gespräch geht von Gortschakow und von den deutschfeindlichen Artikeln im „Golos" (einer St. Petersburger Zeitschrift) aus. Da heißt es:

„Nun aber Gortschakow; Sie wissen, wie der ‚Golos' fortwährend gegen unsere Politik und meine Person losgeht. Und wie er behauptet, wir wären undankbar gewesen bei dem Berliner Kongresse, und wie er ein Zusammengehen Rußlands mit Frankreich empfiehlt. Das ist aber Gortschakow und Jomini, und das muß in unsere Presse gebracht werden, und es muß Gortschakow charakterisiert und nachgewiesen werden, was wir Rußland in den letzten 50 oder 60 Jahren zu danken oder nicht zu danken hatten und was wir für Rußland getan haben in dieser Zeit. 1813 hat es uns geholfen, aber in seinem Interesse. 1815 am Wiener Kongreß war die russische Politik im allgemeinen gut, aber auch schädlich für uns: Sie hintertrieb eine bessere Gestaltung Deutschlands, die nicht zu den Plänen paßte, nach denen Alexander I. die Welt ordnen wollte. Und dann wurden unsere Entschädigungsansprüche von den Russen nur lau unterstützt. Zuletzt war ihr Gewinn größer als der unsere, und wir hatten doch mehr eingesetzt, geopfert, geleistet. 1830 wollten sie uns in Gemeinschaft mit Frankreich anfallen, dem sie das linke Rheinufer verschaffen wollten, und die Sache kam nur nicht zustande, weil die Julirevolution ausbrach. Kurz vor der Februarrevolution war ein ähnlicher Plan in der Entwicklung. 1847 schlugen wir auch im russischen Interesse den Aufstand in Posen nieder; während des ersten Krieges mit Dänemark (um die Herzogtümer) traten sie uns in den Weg. Den Gang nach Olmütz verdankten wir zum großen Teile dem Kaiser Nikolaus. Das soll nur so ein kurzer Überblick über Soll und Haben sein. 1866 und 1870 hat uns Rußland nicht angegriffen, im Gegenteil. Aber das war doch auch im russischen Interesse. Preußen war 1866 der Exekutor des russischen Zornes über Österreich, und 1870 war es auch nur gesunde Politik, wenn sie für uns waren. Und wenn wir ihnen dennoch Dank schuldeten, so haben wir ihn 1870 abgetragen, in London. Wir haben ihnen die Freiheit des Schwarzen Meeres verschafft."

Digitized by Google

Die vorgeschlagene Fassung eines Vertrages mit Österreich-Ungarn mußte dem Sohne Friedrich Wilhelms III. wie ein Frevel gegen ein „heiliges Vermächtnis" erscheinen. Vergebens sprachen in der Umgebung des Kaisers Otto von Bülow, von Radowitz und Generaladjutant von Albedyll sich für den Antrag des Kanzlers aus. Auch Graf Stollberg vertrat die von Österreich-Ungarn gewünschte Formel. Dankbar hat Bismarck seiner Mitwirkung gedacht. Man hielt in einer Krisenstimmung, auch das Gesamtministerium wollte mit seinem Chef zurücktreten. Da bewirkte ein glücklicher Vorschlag Otto von Bülows eine wesentliche Milderung in der Auffassung des Kaisers. Er meinte, die beiden Vertragschließenden sollten sich dahin verständigen, daß man Kaiser Alexander von dem abgeschlossenen Defensivbündnis in Kenntnis setze. Man fragte in Wien an, und gern hat Kaiser Franz Josef und mit ihm sein Minister zugestimmt. Als ein besonderer Artikel wurde die Bestimmung in den Entwurf aufgenommen; nach Wertheimer hat Andrássy die Fassung ausgearbeitet.

Der Vertrag erhielt nun nachfolgende Formulierung:

„In Erwägung, daß Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, und der deutsche Kaiser, König von Preußen, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

in Erwägung, daß beide Monarchen ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse durch festes Zusammenhalten beider Reiche imstande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

in Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Österreich-Ungarn und Deutschland niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren,

haben Ihre Majestäten, der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, und der deutsche Kaiser,

indem Sie Einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen.

Digitized by Google

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seite Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, Einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel II.

Würde Einer der hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Kontrahenten geheimgehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnis beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide hohe Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß; sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen beide gerichtet betrachten müßten."

Digitized by Google

Allein noch immer zögerte Kaiser Wilhelm mit der Unterzeichnung. Immer wieder versuchte er seinen Wunsch, betreffend einen allgemein gehaltenen und nicht auf Rußland hinzielenden Vertrag, zur Geltung zu bringen. Endlich wußte Moltke mit zwei Vorträgen, die er dem Kaiser hielt, durchzudringen. Am 12. Oktober wies der Feldmarschall darauf hin, welch großen Wert das Bündnis mit der Donaumonarchie im Falle eines Angriffes von Osten darstelle, während für einen Krieg im Westen der Beistand Österreich-Ungarns weit weniger ins Gewicht falle. Am 16. Oktober setzte endlich Kaiser Wilhelm seinen Namen unter den Vertrag.

Der Bündnisvertrag ist also das Ergebnis gründlicher Erwägung gewesen, das nur langsam herangereift war: das Ergebnis nüchterner staatsmännischer Rechnung angesichts harter Notwendigkeiten. Gern hat man dann die Imponderabilien der Gefühle von aller Zusammengehörigkeit gelten lassen. Denn an diesen Gefühlen erstarkte allmählich die Überzeugung vom Werte des Bündnisses. Mit Genugtuung gewahrte man, wie hoch seine Bedeutung von den außenstehenden Mächten eingeschätzt wurde. Der Kampf der Nationalitäten in Österreich-Ungarn um Machtbesitz in der Verwaltung mochte scharfe Formen annehmen und in der inneren Politik krisenhafte Zustände hervorrufen. Von der Krone wurde die durch das Bündnis bestimmte Grundnote der auswärtigen Politik in unerschütterlicher Treue festgehalten. Der große Kanzler aber sah jetzt herangereift, was er vor sieben Jahren im Gespräch mit Keudell als „hoffnungsreiche Freundschaft" gewertet hatte. Auch hier war er jetzt dessen sicher, was ihm damals noch ein frohes Ziel bedeutet, und wiederum konnte er wie damals sagen: „Nach Gottes Wille ist ja für Deutschland das Notwendige erreicht worden." So wuchs aus den scharf umgrenzten Vertragspunktationen im Volke das Bewußtsein einer Bundesgenossenschaft empor, aus dem Verstandeswerk der Politik der Orgelton treugehüteter, freundschaftlicher Empfindung, wie sie heute alle die Hunderttausende umfaßt, die da draußen für die heimatliche Erde in heißem Kampfe stehen.

Digitized by Google

Randglossen zum „Interview".

Wien, 11. November 1908.

Nun hat auch Reichskanzler Bülow gesprochen, und die Parteiführer haben ihre Kümmernisse zum Ausdruck gebracht. Mit großer Genugtuung scheinen die Politiker Deutschlands den Verlauf der Gerichtssitzung zu verfolgen, die über den Kaiser gehalten wird. Da ist es wohl auch dem Ausland — Österreich bleibt wohl hier ausgenommen — nicht übelzunehmen, daß ein ähnliches Gefühl der Genugtuung allenthalben still oder offen gehegt wird. Gute Tage sind's nicht, die Deutschland jetzt durchmacht. Ob der Kaiser, ob er allein hieran Schuld trägt?

Bald werden es zwanzig Jahre sein, daß Bismarck aus dem Amte scheiden mußte, weil er dem jungen Kaiser ein gewisses Maß von selbständigem Vorgehen nicht zugestehen wollte. Der deutsche Politiker sprach sich damals laut und vernehmlich in stattlicher Majorität für den jungen Herrscher und gegen den Schöpfer des Deutschen Reiches aus. Von den höchsten Kreisen bis zu jenen Organen der öffentlichen Meinung, die für den kleinen Bürger das politische Urteil zu besorgen hat, ward ein Gefühl froher Erleichterung zur Schau getragen, und als der gestürzte Riese ungebärdig um sich schlug, gab es nur eine Stimme strengsten Tadels. Nahezu zwei Jahrzehnte sind darüber vergangen, und ein ähnlicher Fall steht zur Erörterung. Äußerungen des Kaisers sind, willkürlich zusammengestellt, in England veröffentlicht worden. In ihrer formlosen Art konnten sie keine Überraschung bereiten. Die persönliche temperamentvolle Art des Kaisers muß man in Deutschland schon längst gewöhnt sein. Sie sind aber in England, wie es sich jetzt herausstellt, mit ausgezeichnetem Erfolg benutzt worden. Nun aber organisiert sich in der deutschen Öffentlichkeit eine arge Entrüstung, und unter den Äußerungen schärfsten

Digitized by Google

Tadels und Bedauerns wird beschlossen, daß der Kaiser sich dem steifen Zeremoniell eines landesüblichen Konstitutionalismus fortan stillschweigend zu beugen habe. Was also einstens dem jungen Kaiser Wilhelm gegenüber einem Bismarck bereitwilligst zugebilligt worden war, das soll jetzt dem nun fünfzigjährigen deutschen Kaiser und Könige von Preußen verboten werden. Dazu kommt noch, daß Bismarck in seinen schwersten Zeiten wiederholt mit der Hartnäckigkeit des alten Kaisers zu kämpfen gehabt: Wegen des Veto des strengen Rechners Delbrück hatte er den Sturz Rechbergs nicht verhindern können, und wichtige Projekte waren von ihm aufgegeben worden, weil sie an der wirtschaftlichen Auffassung des alten Herrn gescheitert waren. Bismarck wußte also, warum er an den jugendlichen Nachfolger seines verehrten Herrn jene Forderung gerichtet hatte. Das Interview des „Daily Telegraph" jedoch zeigt den Kaiser zweifellos wärmstens bemüht, ein Werk zu vollbringen, das von der gesamten Nation gründlichst gewünscht wird. Trotzdem ereilt ihn heute die Acht und der Bann des deutschen Politikers.

Und dabei darf man in Deutschland doch keineswegs unzufrieden über die Ergebnisse sein, die jenes Maß von Selbstherrlichkeit, das die öffentliche Auffassung in Deutschland damals dem kaiserlichen Jüngling in seinem Konflikte mit Bismarck eingeräumt, gezeitigt hat. Im schweren Ringen mit einer hartnäckigen Opposition hat er dem Deutschen Reiche eine mächtige Flotte geschaffen. Das feindselige Verhältnis zu den besiegten französischen Nachbarn ist durch seine persönliche Haltung zweifellos gemildert, gebessert worden. Und auch ein bedeutsamer Akt rückhaltloser Umkehr infolge einer starken öffentlichen Kundgebung sei hier in Erinnerung gebracht: die Zurückziehung der Zedlitzschen Schulvorlage. Deutschland besitzt in Kaiser Wilhelm eine reich begabte, hochempfindende Herrscherpersönlichkeit, deren Eingebungen von begeisterter Vaterlandsliebe getragen werden, und die bestrebt ist, mit der gründlichsten Aufmerksamkeit den großen nationalen Strömungen und bewegenden Zeitideen nachzugehen. Die Höhe seiner Stellung steigert selbstverständlich für das Auge und Ohr der politischen Öffentlichkeit die Seh- und Schallerscheinungen. Sicherlich machen seine Kundgebungen nur zu oft einen ganz anderen

Digitized by Google

Eindruck als den beabsichtigten; wiederholt hat er der Alltagsmeinung zuwidergehandelt und gesprochen. Er lebt nationalen Zielen und will alles, auch Kunst und Literatur, in deren Dienst gestellt sehen, so daß er der modernsten Entwicklung auf diesen Gebieten nicht selten fremd und abweisend gegenübersteht. Bekanntlich hat solches Verkennen junger Entwicklungstriebe der Verehrung für den großen Friedrich keinen Schaden gebracht, und daß der Kaiser mit seiner impulsiven Art, mit dem Reichtum seines Wesens das gesamte geistige Leben des Erdkreises beschäftigt, anregt, das werden vielleicht nur deutsche Beurteiler zu leugnen unternehmen.

Was hat nun jenes vielberufene Interview gebracht? Vor allererst erhält man allerdings einen recht bösen Eindruck bezüglich der Art seiner Zusammensetzung. Wenn ein sensationslustiger englischer Publizist oder Dilettant willkürlich die nach Zeit und Thema verschiedenen Einzelheiten zusammengestellt hat, so darf dies gewiß nicht verwundern. Wenn aber diese Redigierung irgendein höherer Beamter des kaiserlichen Auswärtigen Amtes für möglich erachtet, dann muß man allerdings mit Bedauern feststellen, daß die großartige Schulung, die Bismarck und unter ihm Lothar Bucher in der deutschen Reichskanzlei durchgeführt, gänzlich verloren gegangen ist. Mit welcher unerbittlichen Feinfühligkeit hat nicht Bismarck die ihm vorgelegten, für Tageszeitungen bestimmten Artikel begutachtet! Man kann sich den wesentlichen Inhalt des Interview in einer anderen Fassung und dann völlig einwandfrei vorstellen. Als der wichtigste Punkt erscheint das Bestreben des Kaisers, ein gutes Verhältnis mit England herbeizuführen, zum mindesten ein gebessertes. Mit Entrüstung hat, wie uns allerseits gekündet wird, der Deutsche vernommen, daß er nach der Meinung des Kaisers in großer Mehrheit keine freundlichen Gefühle für den gewaltigen wirtschaftlichen Nachbar jenseits des Kanals hege. Aus den zornigen Entgegnungen konnte man aber nur Furcht wegen dieser vermeintlichen Enthüllung entnehmen; die Tatsache wird wohl schwerlich bestritten werden können. Warum auch? Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, seine Eroberungen auf dem Weltmarkte ließen ihn überall auf den englischen Konkurrenten stoßen, bezüglich dessen man sich auch wiederum nicht verwundern darf,

Digitized by Google

wenn er sich mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln dagegen wehrt. Für den industriellen Aufschwung mußte der Schutz einer starken Flotte geschaffen werden; der Engländer ist also nicht bloß der handelspolitische Rivale, er hat auch die notwendig gewordene Erhöhung der Steuern bewirkt, und das prägt sich im Volksbewußtsein aus. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer wissen, was England für sie bedeutet. Da gibt es kein Beschönigen, keinen sentimentalen Hinweis auf historische Erinnerungen, auf dynastische Verwandtschaft oder auf die Gemeinsamkeit humanistischer Ideen. Die Nebenbuhlerschaft besteht, und die ernste Sorge um die Abwehr, wenn die englische Politik auch fernerhin durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel die aufstrebende wirtschaftliche Macht zurückzudämmen bemüht sein sollte. Große Nationen haben aus solchen nationalen Empfindungen und Sorgen kein Hehl gemacht, sondern dieselben genommen als eine andere Art von Patriotismus. Niemals hat die politische Welt Englands ihre Gefühle gegen den französischen Erbfeind verleugnet, und bezüglich Deutschlands beobachtet die englische Öffentlichkeit keineswegs ein besonderes Maß von Zurückhaltung. Niemals hat Frankreich seine Revanchegefühle zu vertuschen gesucht, und noch in den ersten Zeiten der Annäherung an England konnte man die hämischsten Wendungen gegen die Eigensucht Albions in der ernsthaften französischen Presse lesen, und nur in Deutschland zittert kleinbürgerlicher Sinn, wenn die Tatsache dieser gegnerischen Gesinnung festgestellt wird. Und mit diesem sonoren Ausdruck nationalen Empfindens ist in England und Frankreich noch ein ganz besonderer Sinn für politische Würde verbunden. Sicherlich haben die politischen Versuche und Unternehmungen des Königs Eduard manche scharfe Gegnerschaft in England gefunden, manche besorgte kritische Einschätzung seitens der parteimäßigen Opposition. Aber das bedeutsame Wort der englischen Verfassungslehre, nach dem der König kein Unrecht tun könne, gilt auch hier. Niemals würde das englische Parlament unter der Zustimmung der Öffentlichkeit ein solches trauriges Bild darbieten wie der gestrige deutsche Reichstag, und es ist bezeichnend, daß Fürst Bülow seine Ausführungen mit der mahnenden Äußerung einleiten mußte, daß er an die Wirkung im Auslande zu denken habe.

Digitized by Google

In den ersten Jahren seines heftig umstrittenen ministeriellen Wirkens hat Bismarck wiederholt seiner Überzeugung energischen Ausdruck verliehen, daß sich niemals ein preußischer König zu einem konstitutionellen Schattenkönig herabnötigen lassen werde, und dies hoffe er auch zum Besten des Vaterlandes. Damals haben ausgezeichnete und begeisterte Patrioten, wie Treitschke, ihm aus dem Grunde ihres Herzens beigestimmt. Heute wird kein ähnliches Machtwort laut? Ob zum Besten der Nation?

Digitized by Google

Digitized by Google

Graf Aehrenthal.

Fragmente zu seiner Beurteilung.

(1912.)

Im letzten Herbste war dem Grafen Aehrenthal ein hartes Ringen, ein heftiger Kampf um die Aufrechterhaltung seiner Politik auferlegt worden. Durch die Entscheidung der Krone ward ihm der Sieg, allein er sah sich trotzdem einer gewichtigen Gegnerschaft in Österreich, einer lauten Opposition gegenüber. Seine Stellung erschien von einer gefährlichen Brandung umgeben. Da meldeten sich die unheimlichen Zeichen einer zerstörenden Krankheit mit einem Male in deutlicher Form. Selbst die Kunde von einem gebieterischen Ausspruch der Ärzte, die eine völlige Loslösung von seiner aufreibenden Tätigkeit als unvermeidlich erachtet hatten, erfuhr noch eine politische Auslegung: der Minister, so hieß es im gegnerischen Lager, wird somit anscheinend der gebotenen Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit Folge leisten, damit er nicht schließlich vor der Übermacht seiner Gegner zurückzuweichen brauche. Doch die Ärzte hatten leider nur zu gut die furchtbare Krankheit eingeschätzt. Der Minister brach nach wenigen Tagen verzweifelter Gegenwehr zusammen. Angesichts des Sterbelagers verstummte mit einem Male das Kampfgeschrei. Um den Scheidenden waltete jetzt eine Stille, in der sich Achtung, Mitgefühl, vielleicht auch Bestürzung ausdrückten. Und als der Graf vollendet hatte, hob eine Totenklage in der Hauptstadt und im Lande an, die einmütig seinen Hintritt als den schwersten Verlust für das Reich betrauerte. Gefühl und Urteil sahen in dem Verstorbenen eine Verkörperung des Staatsbewußtseins, wie es sich in solch reiner, scharf umrissener Form seit langem nicht mehr ausgeprägt hatte. Er war der Staatsmann Österreich-Ungarns gewesen. Der Rückblick auf seine nur wenige Jahre umspannende Tätigkeit läßt erkennen, welche Ziele und Leistungen, welche Fähigkeiten solche Geltung geschaffen haben.

Digitized by Google

Er stammte aus einer böhmischen Familie, die seit den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts zum hohen Adel des Landes mitgezählt wurde. Die Lexas waren zu Ende des 18. Jahrhunderts ein Prager Geschlecht, dessen Namen in die Landestafel eingetragen war*). Johann Baptist Lexa ist wegen seines freigebigen patriotischen Wirkens in den Kriegsnöten um die Wende des Jahrhunderts in den Ritterstand erhoben worden. Sein Sohn erreichte eine der höchsten Stellen in der Landesverwaltung und durch sie den Freiherrnstand. Er ist der Großvater des Ministers gewesen. Dieser, Alois Lexa, Freiherr v. Aehrenthal, wurde auf dem Familiengute Groß-Skal am 27. September 1854 geboren. Der Vater widmete seine Haupttätigkeit der Bewirtschaftung seiner Güter. Er galt als eine der besonnensten, verläßlichsten Stützen des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in Böhmen, der länger als ein Menschenalter die eigentliche Führung der deutsch-böhmischen Angelegenheiten in den Händen hatte. Frühzeitig ist er erblindet (auch der Minister hat in den letzten Zeiten seine geschwächte Sehkraft schonen müssen). Die Mutter, Maria Felicia, stammte aus der gräflichen Familie Thun-Hohenstein. Ihr Einfluß scheint bei der Erziehung der freiherrlichen Kinder der maßgebende gewesen zu sein. Die ganze Familie zollte der ausgezeichneten Dame höchste Verehrung. Der Minister hat bis zu ihrem, erst im vorigen Jahre erfolgten Hinscheiden stets in innigstem Verkehr mit ihr gestanden. In Prag erledigte der Jüngling die Gymnasialstudien, dann zog er auf ein paar Semester nach Bonn. Der Abschluß der akademischen Studien erfolgte wiederum in Prag, dann wurde der junge Adelige sofort in den diplomatischen Dienst aufgenommen. Wir sehen ihn am Ende der Siebzigerjahre als Attaché unter dem österreichisch-ungarischen Botschafter, dem General Freiherrn v. Langenau zu St. Petersburg. Dort verbleibt er auch, als an Stelle dieses Diplomaten der frühere Gesandte in Kopenhagen, Graf Gustav Kalnoky, von dem Grafen Andrássy nach der Newastadt beordert wird. Das innige Verhältnis, das sich nun zwischen diesem

*) Die Familie kann bis zu einem Oberstburggrafen, das ist Verwalter Lexa, hinauf verfolgt werden. Er wird in dem zu Blowitz bei Pilsen ausgestellten Taufschein des Josef Anton Lexa vom 8. Februar 1733 als Vater genannt.

Digitized by Google

hochstehenden Manne und seinem Legationssekretär herausbildete, ist wohl entscheidend für den Entwicklungsgang Aehrenthals geworden. Ende 1881 wurde Kalnoky an Stelle des frühzeitig verstorbenen Freiherrn v. Haymerle als Minister des Äußeren nach Wien berufen. Wenige Monate später mußte ihm Aehrenthal nachfolgen. Der neue Minister betraute ihn mit Agenden in seiner Präsidialkanzlei, und diese Wiener Jahre sind die eigentliche Schule für den jungen Diplomaten geworden. Er ward in ein umfangreiches Wirkensgebiet hineingestellt und hatte sich an den Arbeiten sämtlicher Ministerialsektionen zu beteiligen. Besondere Aufmerksamkeit widmete er damals dem Studium der verwickelten Rechtsverhältnisse im nahen Orient. Jede einzelne Frage, namentlich die vielfachen Verästelungen im dortigen Kirchenwesen, verlangte ihre gründliche Berücksichtigung. Seinen Chef mußte er wiederholt auf dessen Reisen begleiten, so nach Varzin zu einem Besuche bei Bismarck und nach Skjernevice zur Dreikaiserzusammenkunft. 1888 ward Aehrenthal vom Minister als Botschaftsrat nach Petersburg gesandt, wo er in kritischen Tagen an der Seite des Botschafters Grafen Wolkenstein die Politik der Monarchie zu vertreten hatte. 1894 wiederum ins Auswärtige Amt zurückberufen, sah er auf Jahre schwierigster Arbeit, aber auch namhafter Erfolge zurück. Als Graf Kalnoky 1895 infolge eines Konfliktes mit dem ungarischen Ministerpräsidenten von seinem Amte zurücktrat, schied mit ihm auch Aehrenthal aus dem Ministerpalais am Ballhausplatz. Zum ersten Male ward ihm jetzt eine selbständige amtliche Stellung zuteil. Er übernahm den Gesandtenposten in Bukarest, der noch vor der Ernennung des Grafen Goluchowski zum Nachfolger Kalnokys zur Erledigung gelangt war.

Die deutlichste Anerkennung für die Geltung, die sich Aehrenthal auf dem Bukarester Posten erworben, drückte sich durch die im Februar 1898 erfolgte Ernennung zum Botschafter am St. Petersburger Hofe aus. Von diesem Zeitpunkte an tritt seine Persönlichkeit in den Vordergrund der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns. Er beginnt hier als einer der kommenden Männer zu gelten. Für Rußland und den dortigen Botschafterposten bewies er die trefflichste Eignung; hatte er doch schon in seinen Anfängen die dortigen höfischen, diplomatischen und politischen Verhältnisse, ebenso die großen Fragen kennen gelernt, die

Digitized by Google

das gewaltige Zarenreich bewegten. Noch in seinen letzten Jahren pflegte er gerne auf die gründlichen Studien hinzuweisen, mit denen er die Eigenart der nordischen Großmacht umfaßt hatte. So entwickelte er dann auch in den sieben Jahren seiner Petersburger Botschaftsleitung eine fruchtbare Tätigkeit. Sicherlich entsprach es dem Programme seines jetzigen Chefs, des Grafen Goluchowski, daß er auf eine gegenständliche Annäherung zwischen der Balkanpolitik seiner Monarchie und der Rußlands hinarbeitete. Durch die Entente von 1897 erschienen die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte festgestellt. Jetzt verlangten die mazedonischen Unruhen das Bekunden einer tatkräftigen Haltung, die sowohl der Türkei wie den kleinen Balkanstaaten das Einverständnis Österreich-Ungarns und Rußlands und den festen Willen der beiden Mächte deutlich vor Augen führte. Es galt, Ruhe zu schaffen, autoritativen Schutz für die bestehenden Verhältnisse, andererseits deutlichste Bürgschaften für die Durchführung der Verwaltungsreformen in Mazedonien. 1902 verweilte der russische Minister des Äußeren, Graf Lambsdorf, in Wien, und im Oktober 1903 folgte Zar Nikolaus einer Jagdeinladung Kaiser Franz Josefs nach Mürzsteg in Obersteyer, die zu vertraulicher Erörterung eine zwanglose Gelegenheit darbieten sollte. Schon 1896 hatte der damalige Botschafter Österreich-Ungarns, Prinz Franz Liechtenstein, zu einer solchen Einladung geraten, die mit ihrem intimen Charakter endlich wieder einmal über offiziellen Verkehr und sorgfältig abgemessene Höflichkeiten hinausführen sollte. Im Mürzsteger Jagdschlosse kamen denn auch jene Vereinbarungen zustande, die für eine Zeitlang das allerseits respektierte Programm der gesamten Balkanpolitik darstellten. Es entsprach den zwei leitenden Gedanken der beiden Mächte: Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Besitz- und Machtverhältnisse und rasche Verwirklichung der verheißenen Reformen für Mazedonien. Damit sah Rußland seine Stellung und seinen Einfluß im nahen Orient hinreichend gesichert, um den vollen Machtaufwand seinen Plänen im fernen Osten zu widmen und Österreich-Ungarn die bereits seit den Achtzigerjahren beobachtete Haltung anerkannt, die die Bewahrung des Statusquo in der Türkei und in den kleinen Balkanstaaten und andererseits die Niederhaltung revolutionärer Erscheinungen bezweckte. Das Einvernehmen mit Ruß-

Digitized by Google

land ermöglichte auch der Politik des Grafen Goluchowski, den kleinen Balkanstaaten gegenüber die Überlegenheit der österreichisch-ungarischen Großmacht bezüglich aller handelspolitischen und Eisenbahnfragen zu kraftvollem Ausdruck zu bringen. Die Welt wußte das Deutsche Reich und schließlich auch Italien in Übereinstimmung mit den beiden Regierungen, die sich in Mürzsteg zu einem gemeinsamen Programm für den Balkan geeinigt hatten.

Die Ernennung Aehrenthals, die nach dem Rücktritt des Grafen Goluchowski am 22. Oktober 1906 erfolgte, war bereits längere Zeit in Sicht gewesen. Der neue Minister ward mit zahlreichen Äußerungen der Sympathie und Achtung begrüßt. Werktätige Freunde hatten in Berlin für ihn um ein vertrauensvolles Entgegenkommen geworben, und ein schmeichelhafter Artikel, den die St. Petersburger Zeitung dem scheidenden Botschafter gewidmet, bewies den guten Eindruck, den der nunmehrige Nachfolger des Grafen Goluchowski an der Newa hinterlassen. In Österreich-Ungarn selbst war Aehrenthal als kundiger Diplomat, der über eine umfassende Kenntnis der gesamten Weltpolitik verfügte, bekannt. Er zählte damals zu jenen politischen Persönlichkeiten Böhmens, die zum Kreise des Thronfolgers, Erzherzog Franz Ferdinand, gerechnet wurden. Mit besonderer Genugtuung wurde sein Amtsantritt in Deutschösterreich begrüßt, denn hier hatte der Name Aehrenthal vom Vater her und durch den älteren Bruder des Ministers, der im österreichischen Abgeordnetenhause zu den Führern des verfassungstreuen Grundbesitzes zählte, den besten Klang.

Vor allem jedoch galt der neue Minister als der Schüler und Freund des Grafen Gustav Kalnoky und als entschlossener Vertreter jener auswärtigen Politik Österreich-Ungarns, die dieser während seiner vierzehnjährigen Amtsführung mit rühmlichem Erfolge vertreten hatte. Und tatsächlich muß eine Charakteristik des nun dahingeschiedenen österreichischen Staatsmannes von dem Wirken und den Anschauungen Kalnokys ihren Ausgang nehmen. Ohne dieses Vorbild, ohne diesen Lehrmeister wären Aehrenthals Entwicklung und sein Auftreten in den Jahren der Reife nicht leicht zu verstehen. Durch ihn war der junge Diplomat zu der sicheren Überzeugung von einer erneuten Großmachtstellung der Monarchie erzogen worden. In der Seele Kalnokys, dieses

Digitized by Google

schweigsamsten aller österreichischen Diplomaten, hatte sich in festen Zügen eine moderne Auffassung Österreich-Ungarns herausgebildet, die ihn bei seinen wichtigen Entschließungen, ebenso wie bei den geringfügigsten Maßnahmen seiner Kanzleiführung bestimmte. Ursprünglich ein trefflicher und eifriger Reiteroffizier, war Kalnoky während der Amtsführung Buol-Schauensteins ein fleißiger Legationssekretär geworden. Kurze Zeit nach dem Tode Felix Schwarzenbergs war der Sproß des in Mähren begüterten ungarischen Adelsgeschlechtes in den diplomatischen Dienst getreten. Damals stand die auswärtige Politik Österreichs auf einer gewissen Höhe ihrer Erfolge. Kalnokys fernere Beamtenlaufbahn bot ihm aber nur das schlimme Bild eines verhängnisvollen Niederganges und schwerer Enttäuschungen. Der Krimkrieg schuf Österreich den Haß Rußlands und das Mißtrauen, ja die Geringschätzung der Westmächte. In den Abschluß der Pariser Friedensverhandlungen schmetterte wie eine Zukunftsfanfare die feindselige Erklärung Cavours hinein. Solferino entschied den Verlust einer vierhundertjährigen Machtstellung in Italien, und auf den böhmischen Schlachtfeldern ward ein stolzes Traumbild zunichte gemacht, das, trotz der militärischen nnd diplomatischen Siege Friedrichs des Großen, seit Maria Theresia und Josef von der Dynastie und ihren Räten mit zäher und heißer Liebe festgehalten worden war. Und gleichzeitig mußte die Theresianische und Josefinische Staatsordnung und Verwaltung eine entscheidende Umbildung erfahren: Die ungarischen Postulate von 1848 gelangten jetzt zu dauernder Verwirklichung. Der alte Staat erschien in zwei Hälften gegliedert, deren organischer Zusammenhang stets wiederkehrenden Lockerungsversuchen ausgesetzt war. An eine zielbewußte Politik, wie sie in der alten Wiener Staatskanzlei betrieben worden, war nicht mehr zu denken. Mühselig begann sich das Donaureich aus den Krisen der Sechzigerjahre wiederum herauszuarbeiten. In diesen harten Zeiten wuchs Kalnoky heran. Mit nüchternem Wahrheitssinn umfaßte er die jähe Umgestaltung, die das europäische Staatssystem erfahren. Er hielt die noch immer höchst ansehnlichen Reste der einstigen überlegenen Machtstellung des Habsburgerreiches zu Rate und rechnete mit der jetzigen Leistungsfähigkeit, mit den Möglichkeiten neuer Kombinationen. Als er durch das persönliche

Digitized by Google

Vertrauen des Kaisers nach dem plötzlichen Dahinscheiden des Ministers von Haymerle an die erste Beamtenstelle der Monarchie berufen worden, fand er bereits stattliche Ansätze vor, die eine Wiedererstarkung Österreich-Ungarns in Aussicht stellten. Der kühn und scharf ausblickenden Staatskunst Andrássys war es gelungen, zu dem jungen Deutschen Reich ein vertrauensvolles Verhältnis zu begründen, durch das der magyarische Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten noch fester gestützt wurde. Andrássy war ferner mit seinem Verständnis auf den Wunsch Bismarcks, das in seiner Haltung schwankende Italien heranzuziehen, eingegangen, und durch die Monarchenzusammenkunft zu Reichstadt hatte er sich die Anwartschaft auf das Okkupationsrecht für Bosnien und die Herzegowina gesichert, das später der Berliner Kongreß trotz manchen Widerstandes, der selbst auf Bismarck Eindruck machte, bestätigen mußte. Damit hatte Österreich-Ungarn sich eine feste, wenn auch umstrittene Stellung am Balkan geschaffen, die freilich das Verhältnis zu dem russischen Nachbar keineswegs freundlicher gestalten konnte. Die gemeinsame Sorge vor feindseligen Absichten der slawischen Vormacht hatte dann das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn veranlaßt, sich noch inniger und vertragsmäßiger zusammenzuschließen. Deutschland mußte im Westen, Österreich-Ungarn im Osten scharfe Wacht wegen der neugewonnenen Territorien halten. So fand Kalnoky als jüngsten und wichtigsten Besitzstand der Monarchie das Bündnis mit Deutschland vor. Die Aussicht auf eine sachlichere Verständigung Italiens mit den Alliierten erschien der Verwirklichung nahe. Doch verzichtete weder das Reichskanzleramt noch der Berliner Hof auf die Möglichkeit, sich mit Rußland auseinanderzusetzen, und man mochte in Wien eine zögernde Haltung der deutschen Politik richtig einschätzen, wenn die russische Balkanpolitik und namentlich ihr Auftreten in Bulgarien Österreich-Ungarn zu entschiedener Abwehr nötigte. Dem neuen Minister stand also manch wertvolle Errungenschaft jungen Datums zu Gebote, und ihm sollte sein Staat es verdanken, daß durch ein kluges und vorsichtiges Wirtschaften mit diesem Pfunde von Jahr zu Jahr seine Geltung im europäischen Konzert wiederum emporwuchs. Die nüchterne Gründlichkeit Kalnokys ließ ihn die gesamte politische Lage stets sicher erfassen. Er vermied jede Machtäußerung, die nicht unbedingt

Digitized by Google

geboten war. Er wußte sich rasch den Ruf eines sicheren diplomatischen Geschäftsmannes zu erwerben, auf dessen Wort man fest bauen konnte. Mit rückhaltloser Offenheit erfuhren die Vertreter einer jeden Macht von ihm, welche Haltung die k. und k. Regierung einzunehmen gedenke. Er wachte mit strenger Ehrenhaftigkeit über die genaue Erfüllung der Verpflichtungen, die Österreich-Ungarn eingegangen, er zeigte aber auch die erforderliche Entschlossenheit, die Leistungen zu beanspruchen, die ihm zugesagt worden. Er entsprach der hohen Auffassung, die sein kaiserlicher Herr bezüglich der Bündnispflichtigen der Monarchie hegte, durch tadellos korrekte Haltung, und Bismarck wußte gleich nach der ersten Begegnung mit dem neuen Minister von ihm zu rühmen, daß er in den zwei Stunden, die ihnen zur Verfügung gestanden, mehr Geschäfte abgemacht habe, als mit seinem „Freunde" Andrássy in ebensoviel Tagen. Aber Kalnoky ist dem großen deutschen Staatsmanne wohl niemals warm nahe gekommen. Zwei Männer, geleitet von hartem Realismus, standen hier einander gegenüber, die alle Möglichkeiten erwogen und das feste vertrauensvolle Bündnis ihrer Staaten als Gebote der Notwendigkeit und als Bürgschaft der eigenen Stärke erkannt hatten. Doch ward es wohl dem österreichischen Aristokraten und Offizier nicht möglich, angesichts seines deutschen Kollegen den Schöpfer der preußisch-italienischen Allianz von 1866, den Sieger in dem Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zu vergessen, und Bismarck hat durch zahlreiche Bemerkungen, mochten sie auch noch so vorsichtig abgetönt sein, bis in seine letzte Zeit bekannt, daß er niemals einer gewissen Unsicherheit gegenüber Österreich-Ungarn, das er dem jungen Deutschen Reich als Verbündeten zugesellt, ledig geworden sei. Wie ein Restgefühl, das von einer folgenschweren politischen Operation herrührte, muteten solche peinliche Zwangsvorstellungen an. Bismarck hat weit über das Bündnis mit Österreich hinausgerechnet, und Kalnoky hat sich der Erkenntnis dieser Tatsache keineswegs verschlossen. Er erkannte den honorigen Willen Bismarcks an, eine russische Balkanpolitik, die Österreich-Ungarns Machtstellung gefährdete, zu verhindern; er hat aber im Herbste 1887 von seinem Aufenthalte in Friedrichsruh den Eindruck mitgenommen, daß zwischen Deutschland und Rußland wiederum ein besonderer Zusammenhang geschaffen worden

Digitized by Google

sei. Er ahnte oder wußte sogar schon den Abschluß des bekannten Rückversicherungsvertrages. Er selbst hatte es jederzeit als eine Hauptaufgabe seines Amtes betrachtet, ein möglichst gutes, ja vertrauliches Verhältnis zu Rußland herauszubilden. Einen Höhepunkt dieser Bemühungen bezeichnete die Dreikaiserzusammenkunft in Skjernevice. Seine Rußland freundliche Politik war sogar in einer dem Kaiser eingereichten Denkschrift von seinem Vorgänger Andrássy angegriffen worden, und Kalnoky hatte sich zu einer ausführlichen Beantwortung veranlaßt gesehen, die unter anderem mit dem Hinweis auf die Reichstädter Monarchenbesprechung von 1876 eine glückliche Erwiderung vorbringen konnte. Allein das gewalttätige Vorgehen Rußlands gegenüber Bulgarien und die gönnerhafte Hand, die russische Agenten über alle Verschwörerpraktiken am Balkan hielten, überzeugten Kalnoky von der unbedingten Notwendigkeit, gegen einen Vorstoß der Petersburger Politik die umfassendsten Schutzvorkehrungen zu treffen. Angesichts der zögernden Vorsicht der deutschen Politik gegenüber Rußland erachtete Kalnoky eine noch stärkere Bürgschaft für einen ausreichenden Schutz seiner Balkanpolitik als geboten. Und so kam es in demselben Jahre, da Bismarck den bis zum Jahre 1896 geheim gebliebenen Rückversicherungsvertrag abschloß, zu jenem Einvernehmen zwischen Österreich, Italien und England, das die Möglichkeit einer russischen Aktion auf dem Balkan und gegen Konstantinopel vorsah. Wußte sich also die Bismarcksche Politik einen intimeren Zusammenhang mit dem Petersburger Hofe zu bewahren, so gelang es andererseits dem wachsamen Walten Kalnokys, neben dem deutschen Bündnis auch anderweitige zu seiner Sicherung ausreichende Beziehungen zu begründen. So war es ihm also gelungen, seinem Staate mit seinen 800 000 trefflich ausgebildeten Soldaten, die während der Okkupation ihre guten Qualitäten bewiesen hatten, eine ausgezeichnete Stellung in der Weltpolitik zu erobern, wie sie Österreich-Ungarn seit einem Menschenalter nicht innegehabt. Österreich-Ungarn stand als eine Macht von unbedingt friedlichen Tendenzen da, die gewillt war, den gegenwärtigen allgemeinen Besitzstand zu erhalten, mit deren Stimme und Einfluß aber von allen Seiten gerechnet werden mußte, eine Macht, wertvoll für ihren Verbündeten und für ihre Freunde, umworben von allen, eine Macht, die die Selbständigkeit

Digitized by Google

ihrer Haltung sich sorgsam zu wahren verstand. Österreich-Ungarns jetzige Großmachtstellung mochte Kenner seiner Geschichte an jenes merkwürdige Programm Wallensteins erinnern, das er dem Minister Ferdinands II., Harrach, bei jener wichtigen Zusammenkunft zu Bruck entwickelt hatte: Die kaiserliche Macht, so meinte der General, brauche nicht an die Notwendigkeit einer kriegerischen Unternehmung zu denken, sie solle nur mit einer stattlichen Armee kriegsbereit im Reiche stehen, dies würde genügen, um Glanz und Reputation des Kaisers unanfechtbar zu machen.

Diese Auffassung mußte ausführlich geschildert werden; denn in ihr wurzelt die staatsmännische Persönlichkeit Aehrenthals. Während der Amtsführung seines unmittelbaren Vorgängers Goluchowski mochte er bei aller persönlichen Hochachtung einen gewissen Rückgang des Ansehens der auswärtigen Geltung der Monarchie, eine Periode unselbständigen und zögernden Gebarens feststellen. Rußland hatte sich nun offen zum Alliierten Frankreichs erklärt; andererseits hatte der nun bekannt gewordene Rückversicherungsvertrag seine Abmachungen mit dem Deutschen Reiche offenbart. Den deutschen Bemühungen war es wohl in erster Linie zu verdanken, daß über Berlin jene bereits erwähnte Verständigung ermöglicht wurde, die zwischen Lambsdorf und Goluchowski vorbereitet wurde und zu Mürzsteg ihr reales Ergebnis erhielt. Aehrenthal fand die mazedonische Reformaktion mit ihren Zivilagenten und Gendarmeriekommanden vor, Vorkehrungen, die beschwichtigen und jeden Anlaß für den Vorstoß irgendeiner aktionslustigen Macht verhüten sollten. Wie lange sich solch ein Verwaltungsnotbehelf der Diplomatie bewähren würde, war ungewiß. Der neue Minister des Auswärtigen traf auf diesem Gebiete schwüle Ruhe am Balkan an, unruhige Stimmungen in den Balkanstaaten, eine dumpfe, verhaltene Opposition in der Türkei. Man gewärtigte, daß nach den furchtbaren Enttäuschungen, die über Rußland im fernen Osten hereingebrochen, die Politik der St. Petersburger Regierung sich erneut einer slawischen Großmachtspolitik zuwenden werde, um hier wenigstens das alte Ansehen durch irgendwelche Erfolge wieder herzustellen. Bei den Friedensverhandlungen von Portsmouth hatte England hilfreich Vermittlungsdienste geleistet, vielleicht vereinigten sich jetzt diese beiden Mächte zu einer gemeinsamen Politik am Balkan. Das mazedonische Komitee in London

Digitized by Google

entwickelte eine ungewöhnlich laute Tätigkeit, und im englischen Unterhause beantworteten die Minister mit sichtlicher Bereitwilligkeit und bedeutsamer Miene Interpellationen über die traurige Lage in Mazedonien. Die Balkanfragen stellten augenscheinlich für die englische Politik ein willkommenes Operationsfeld dar. Von hier aus wie über St. Petersburg konnte auf Österreich-Ungarn eingewirkt werden.

Aehrenthals erstes Auftreten in den Delegationen gestaltete sich recht günstig. Deutsche und Magyaren, auf welche beide Nationen einst auch Kalnoky die auswärtige Politik Österreich-Ungarns gestützt sehen wollte, brachten ihm offenkundige Sympathien entgegen. Mit den leitenden Kreisen des deutsch-österreichischen Parteilebens stand er schon lange in vertrautem Verkehr. Jetzt erwies er sich auch als eifriger Förderer jener ungarischen Koalition, die nach der Ex-Lex-Episode ein leidliches Verhältnis mit der Krone begründet hatte. In dieser Hinsicht ist er, der Nachfahre, weit über Kalnokys Standpunkt hinausgegangen. Selbstverständlich mußte er auf den üblichen Einwand des Tschechenführers Kramař gegen den Wert des Dreibundes gefaßt sein, und er beantwortete diese konventionelle Gepflogenheit des slawischen Enthusiasten mit dem entsprechenden nüchternen Hinweis auf den bewährten Nutzen des Bündnisses. Auf ein heikles Gebiet führte den neuen Minister eine polnische Interpellation über das Vorgehen der preußischen Regierung in ihren polnischen Gebietsteilen. Sein Vorgänger Goluchowski war wohl niemals einer gewissen Zaghaftigkeit bezüglich seines Polentums ledig geworden, das ihn dem Petersburger Hof etwa verdächtig erscheinen lassen konnte, und dankbar hat er sicherlich von dem Mittleramte, zu dem Deutschland gern bereit war, Gebrauch gemacht. Aehrenthal, dem deutschen Minister des Äußeren gegenüber traten die österreichischen Polen mit einer Mahnung hervor, deren Beachtung sie von ihm erwarten durften. Ihre Führer machten ihn wiederholt auf die Besorgnis aufmerksam, daß es ihnen daheim die Wählerschaften schließlich verwehren würden, für das Budget einer auswärtigen Politik zu stimmen, die auf der Freundschaft mit einem zur grausamsten Verfolgung allen Polentums entschlossenen Staate gegründet sei. Aehrenthal hat wiederholt im vertraulichen Verkehr und durch Mittel publizistischer Art in Berlin auf die Schwierigkeiten hinweisen

Digitized by Google

lassen, die der Bündnispolitik durch Maßregeln wie etwa das Enteignungsgesetz erwachsen müßten. In der Öffentlichkeit der Delegationssitzungen entgegnete er, daß er es für eine gefährliche Methode halte, die innere Politik eines anderen Staates in die Debatte zu ziehen. Was die Stellung der Regierung zu dieser Frage anbelange, so müsse an dem Grundsatze festgehalten werden, daß es nicht wünschenswert sei, hier die Angelegenheiten einer fremden Macht zur Diskussion zu bringen. Als ein Jahr später Dr. Kramař die preußische Polenpolitik abermals zur Sprache brachte und Aehrenthal höhnisch Mangel an Energie vorhielt, bekam dieser Russenenthusiast von dem Minister die scharf zugespitzte Antwort, daß eine solche Energie deplaciert gewesen wäre und auch nicht zum Ziele geführt hätte; er spare sich diese Energie bis zu dem Augenblicke, wo von irgendeiner anderen Seite ein Versuch gemacht werden sollte, „sich in unsere Angelegenheiten einzumischen". Selbstverständlich waren auch die österreichischen Polen von der Unangreifbarkeit des Bündnisses mit Deutschland überzeugt. Aehrenthal hatte es schon zu Beginn seiner Übersicht gleichsam als die Grundlage der auswärtigen Politik Österreichs hingestellt und das glückliche Wort der „Kontinuität" gewählt, um seiner Überzeugung von dem kostbaren Werte dieses langjährigen Verhältnisses die charakteristische Färbung zu verleihen. Die Auffassung, daß das Bündnis die denkbar günstigste, ja die selbstverständliche Wehr- und Friedensbürgschaft darstelle, hat Aehrenthal mit seinen diplomatischen Anfängen stets geleitet. Um so empfindlicher wirkten später auf ihn Maßnahmen und Äußerungen der verbündeten Seite, die nach seinen Eindrücken dieses feste Einverständnis verletzen oder in seiner öffentlichen Geltung beeinträchtigen konnten. Für den vertrauten Freund gibt es eine andere Skala der Beurteilung wie für Fernstehende, die man gleichmütig abzuschätzen gewohnt ist. Herzliche und vertrauensvolle Worte hatte Aehrenthal für den zweiten Verbündeten, für Italien. Auch dieser Macht gegenüber hat er seine loyale Freundschaft während der Jahre seines ministeriellen Wirkens treu bewahrt. Sicherlich war er sich hier aller Möglichkeiten der italienischen Verhältnisse und Volksinstinkte bewußt, und seine korrekte, bündnistreue Haltung ist gleichzeitig auch das gute Ergebnis gewissenhafter Rechnung gewesen.

Für das Mürzsteger Programm und seine Erfolge wählte Aehren-

Digitized by Google

thal bei diesem seinem ersten Delegationsberichte Worte freundlicher Würdigung, die freilich auch einen leisen Zweifel an dem Werte der erzielten Vorteile erraten ließen. Doch empfahl er noch ein Jahr später, in der nächsten Delegation, den Mächten, diese Vereinbarungen nicht zu verlassen, sondern sie weiter auszugestalten. Gleichzeitig trat er um die Wende von 1907 mit seinem Projekt der Sandschakbahn hervor, das, ein langjähriges Postulat der österreichisch-ungarischen Handelspolitik, den Anschluß der bosnischen Eisenbahnlinien an die türkischen via Mitrowitza verwirklichen sollte. „Aehrenthal fasse die Stellung Österreichs lebendig auf", so frohlockte der Delegierte Bärnreither über diese Initiative. Die Aktion des Ministers wurde aber nicht als eine rein wirtschaftliche, sondern als ein politischer Vorstoß behandelt und in diesem Sinne von der Auslandspresse, namentlich von der russischen und der südslawischen, kritisiert. Ja, der bereits erwähnte tschechische Russenfreund Dr. Kramař verlangte noch in der Delegation eine Erklärung, daß das Einverständnis der Monarchie mit Rußland und den übrigen Mächten bezüglich der mazedonischen Reformen nicht durch die Sandschakbahn erschüttert werde. Auch Aehrenthal ließ gegen eine tendenziöse Beurteilung des Sandschakbahnplanes protestieren. „Die wirtschaftliche Entwicklung der Monarchie zwinge sie", so hieß es im Fremdenblatte, „zu dem Werke. Die Aktion Österreich-Ungarns habe mit Politik absolut nichts zu schaffen, die Legung eines Schienenstranges von Uvac nach Mitrowitza könne mit der Entente mit Rußland und dem Mürzsteger Programm nichts zu tun haben." Bald darauf wurde dem Eisenbahnplane Österreich-Ungarns ein zweiter an die Seite oder vielmehr entgegengestellt: das Programm der Donau-Adriabahn.

Und in diesen Balkanangelegenheiten war, wie bereits erwähnt, England an der Seite Rußlands zu finden. Gegenüber der türkenfreundlichen Haltung des Deutschen Reiches, gegenüber Österreich-Ungarn, das das Mürzsteger Programm als die noch immer brauchbarste Auskunftsmethode empfahl, erhoben jetzt nach längerer Pause die britischen Minister im Parlamente wiederholt scharfe Anklagen wegen des unzuverlässigen Verhaltens der türkischen Regierung. Die Stimmung der leitenden Kreise jenseits des Kanals deutete augenscheinlich darauf hin, daß eine neue Aktion im

Digitized by Google

europäischen Südosten vorbereitet werden sollte. Bedeutungsvoll für diese Anzeichen waren die Vermutungen über den Verlauf des Besuches, den König Eduard dem Kaiser Franz Josef in Ischl Mitte August des vorhergehenden Jahres (1907) abgestattet hatte. Die Abrüstungsfrage beschäftigte damals alle politischen Konjunkturen. Wiederholt waren bedeutsame Äußerungen in England wie in Deutschland über den Fortgang der Flottenbauten gefallen. War eine Verständigung hier zu gewärtigen, oder standen schon zwei feindliche Mächte sich gegenüber und schauten einander in die Augen? An die bereits seit Monaten umfassend angekündigte Zusammenkunft des Königs Eduard mit dem greisen Herrscher Österreich-Ungarns scheinen sich nun bedeutsame Erwartungen geknüpft zu haben. Aus dem dichten Nebelkreis, der heute noch die Geschehnisse des Ischler Besuches umhüllt, aus den zahlreichen Verlautbarungen jener Tage ist namentlich eine, die sich auf den Ischler Besuch des Königs Eduard bezieht, hier zu erwähnen. Ihr Inhalt ist von maßgebender Seite in Abrede gestellt worden; allein, auch als Legende genommen, gibt sie den politischen Stimmungen jener Tage charakteristischen Ausdruck. Kaiser Franz Josef, so hieß es, habe einen geäußerten Wunsch seines königlichen Gastes, der, begleitet von dem Staatssekretär, Sir Charles Hardinge, im Salzkammergut eingetroffen war, nicht erfüllen können. Den Dreibund zu lockern und Österreich-Ungarn von Deutschland abzurücken, erwies sich als unmöglich. Man schloß nun auf die Absicht des Königs, den standhaften Verbündeten des Deutschen Reiches zu einer Einwirkung auf Kaiser Wilhelm bezüglich der Flottenbaureduktion zu bestimmen. Doch auch hierin ist der Besuch erfolglos geblieben. Von Ischl begab sich König Eduard zu einem Kuraufenthalte nach Marienbad, wo er in den ersten Tagen nach seinem Eintreffen eine Zusammenkunft mit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau hatte. Einer zukünftigen Geschichtschreibung wird es vorbehalten sein, die Bedeutung der Ischler Vorgänge in ihrem vollen Werte einzuschätzen und der Feuerprobe, die die Bündnisauffassung des Kaisers Franz Josef und seines Ministers damals durchgemacht, gerecht zu werden. Denn König Eduard hatte wahrlich seinem verehrten Gastfreunde nicht geringe Gegenleistungen zu bieten. Er konnte ihm nicht bloß in seinem Namen, sondern in dem Rußlands, das er seit Portsmouth sich

Digitized by Google

eng verbunden wußte, die lockendsten Perspektiven auf dem Balkan weisen. Als diese nun ihre Wirkung verfehlten, machten sich die Folgen nur zu bald fühlbar. Österreich-Ungarn, der Verbündete des Deutschen Reiches, sollte die Übermacht des englischen Einflusses zu spüren bekommen. Nach einer längeren Pause tauchte im englischen Parlament mit einem Male die Balkanfrage wieder auf. Das Sandschakbahnprojekt Aehrenthals erfuhr im Oberhause und Unterhause eine unzweideutige Kritik. Wenn Aehrenthal nachdrücklich die zu bauende Verbindungslinie als eine handelspolitische Aktion hingestellt hatte, die mit der mazedonischen Frage keine Berührung aufwies, so betonten die ministeriellen Redner an der Themse mit gut gespielter Besorgnis die politische Tragweite dieses Unternehmens.

„Die Eisenbahnen am Balkan," so meinte Lord Fitzmaurice im Oberhause, „betrachten wir als handeltreibende Nation nicht nur ohne Besorgnis, sondern sogar mit wohlwollender Neutralität. Nach dem Berliner Vertrage hat Österreich-Ungarn das besondere Recht, im Sandschak Wege zu bauen und Garnisonen zu halten. Andererseits müssen wir aber sagen, daß es, wenn eine Anzahl von Mächten mit einem gemeinsamen Gegner unterhandelt, immer unglücklich ist, wenn eine dieser Mächte bei dem Gegner den Eindruck hervorruft, es habe sich etwas ereignet, was diese Macht von der anderen trennt. Obwohl ich die österreichisch-ungarische Regierung von jeder derartigen Absicht absolut und vollständig freispreche, ist es doch unzweifelhaft Tatsache, daß die Pforte zu dem Schlusse kommen konnte, daß, weil Österreich-Ungarn von dem Rechte, die Eisenbahnen zu überwachen, Gebrauch macht, zwischen dieser Macht und den anderen Signatarmächten des Berliner Vertrages eine ernste Meinungsverschiedenheit besteht."

Sir Edward Grey sprach im Unterhause noch deutlicher: „Daß dieser Augenblick zur Förderung eines umfassenden (!) Eisenbahnplanes gewählt wurde, der die Zustimmung des Sultans erfordere, müsse sicherlich die Befürchtung erwecken, daß eine der Mächte innerhalb des Konzertes ihre Aufmerksamkeit ihren eigenen Interessen zuwende, wozu sie ein Recht habe, aber auf Kosten der mazedonischen Reformen." In auffallender Übereinstimmung mit diesen Äußerungen stand der Artikel eines mit der Regierung in intimer Fühlung stehenden Petersburger Blattes. „Es fragt sich," hieß es da, „ob die mazedonischen Reformen gegenwärtig fortgeschritten sind und ob das Separatabkommen Österreich-Ungarns wegen der Eisenbahnfrage die Verwirklichung der Reformen nicht in un-

Digitized by Google

günstigem Sinne beeinflußt habe." Die nächsten Maßnahmen der englischen und russischen Politik erscheinen nun offenkundig gegen Österreich-Ungarn gerichtet. Beide Mächte machen neuerliche Vorschläge zur mazedonischen Reformaktion, gleichsam als ob die bisherige von Rußland und Österreich-Ungarn ins Werk gesetzte nicht ausgereicht hätte, und der gewählte Zeitpunkt läßt erkennen, daß man dartun wollte, das Mürzsteger Programm habe tatsächlich durch das österreichisch-ungarische Sandschakbahnprojekt eine Abschwächung erfahren. Gleichzeitig mit der Mandatsverlängerung der mazedonischen Reformorgane wurden (März 1908) den Vertretern Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens in der Finanzkommission mit Bezug auf die allgemeine Beaufsichtigung des Reformganges alle jene Rechte zugestanden, welche bisher nur die russischen und österreichisch-ungarischen Agenten besessen. Damit erschien das Mürzsteger Programm erweitert, also verändert. Ein gemeinschaftliches Vorgehen Rußlands und Österreichs hörte auf, und an seine Stelle trat äußerlich eine gemeinsame Aktion der Mächte, in Wirklichkeit aber eine gemeinsame Aktion Rußlands und Englands. Andererseits wurde Aehrenthals Ankündigung des Bahnbaues das bereits erwähnte Projekt einer Donau-Adria-Bahn entgegengesetzt. Durch eine solche Transversalbahn wurden die handelspolitischen Wünsche der kleinen Balkanstaaten einer Verwirklichung zugeführt, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet war, indem die Linie sorgfältig jeden Fuß breit eines Gebietes, das nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages in der Machtsphäre Österreich-Ungarns lag (also Sandschak Novibazar oder Montenegro) meiden und in einem Hafen Albaniens, San Giovannne di Medua, ihren Abschluß finden sollte. Diesen doppelten Gegenzug Englands, das gern Rußland in den Vordergrund rückte, mußte Aehrenthal mit guter Miene hinnehmen. Seine Preßorgane begrüßten die neuen Reformvorschläge und auch das Adriabahnprojekt ward von ihnen in seiner Berechtigung anerkannt. Tatsächlich mußte aber der Minister bei jedem unternommenen Schritte jetzt die feindliche Hand Englands gewahren. Und nun brachte der Frühsommer die Herrscherzusammenkunft zu Reval, der auch Sir Charles Hardinge und Iswolsky beiwohnten. Die Petersburger Telegraphenagentur erwähnte in ihrer feierlichen Würdigung des Tages ausdrücklich die gemeinsame Haltung der

Digitized by Google

beiden Mächte bezüglich des Reformwerkes. „Man hofft," so hieß es da, „daß diese Übereinstimmung als Grundlage für die allgemeine Entente dienen werde." Österreich-Ungarn schien also ausgeschaltet und in die Reihe der übrigen, fernerstehenden Mächte zurückversetzt. Wenigstens sah sich Aehrenthal veranlaßt, gegen eine solche in der Publizistik des Auslandes auftauchende Auffassung Stellung zu nehmen. Gelegentlich eines Vergleiches zwischen Mürzsteg und Reval schrieb das „Fremdenblatt":

„Unsere Stellung auf dem Balkan, die das Resultat einer jahrhundertelang geschlossenen Entwicklung ist, kann nicht beliebig ersetzt oder übertragen werden. Eben diese Stellung verpflichtet uns aber — und es ist dies eine Verpflichtung, der wir uns nicht entziehen werden — zur unbefangensten Auffassung der Reformvorschläge, die wohl demnächst als das Resultat der Revaler Verhandlungen der Prüfung der Mächte unterbreitet werden dürften."

Dazu sollte es nicht kommen. Drei Wochen nach dieser Äußerung Aehrenthals vollzog sich in der Türkei als Ergebnis mazedonischer Militäraufstände der durchgreifende Sieg des revolutionären jungtürkischen Aktionskomitees. Die Verfassung von 1876 wurde wieder hergestellt, ein neues Regierungs- und Verwaltungssystem verkündigt. Die offizielle Türkei erklärte es nun als ihre Aufgabe, selbst überall das ins Werk zu setzen, was die Mächte bisher in Mazedonien versucht hatten. Angesichts dieser vollständigen Umgestaltung der Verhältnisse mußten jetzt alle jene mühseligen diplomatischen Behelfe wegfallen, da ja auch die Nationalitäten, deren traurige Bedrückung die Aufmerksamkeit und das Einschreiten der Mächte motiviert, sich an dem großen Werke der Neubegründung des türkischen Reiches beteiligen sollten. Weder Mürzsteg noch Reval konnten weiter in Betracht kommen. Was die englische Politik mit Benutzung der russischen Stellung am Balkan unternommen hatte, das mit Deutschland verbündete Österreich-Ungarn seinen Machteinfluß fühlen zu lassen, war mit einem Male zunichte geworden.

Die neue Situation, die durch den Sieg der Jungtürken geschaffen worden, stellte jedoch Aehrenthal vor die Notwendigkeit wichtiger Entschlüsse. Die Wahlen für das türkische Parlament wurden ins Werk gesetzt, und die einzuberufende Volksvertretung sollte alle zum türkischen Reiche gehörigen Länder umfassen. Mit unruhiger Aufmerksamkeit verfolgte man in den kleinen Balkan-

Digitized by Google

staaten, denen der Berliner Vertrag die ganze oder wenigstens eine bedingte Unabhängigkeit geschenkt, das Werk und die Erklärungen der neuen Regierung. Noch hatte man keine Vorstellung von den Absichten der jetzigen leitenden Kreise bezüglich der nationalen Fragen. Noch war nicht der krisenhafte Zustand der ersten Wochen überwunden, und die Versuchung lag nahe, der Umwälzung, die sich vollzogen, irgendeinen Vorteil abzugewinnen. Und ferner: Würde sich nicht die jungtürkische Herrschaft berufen oder gedrängt fühlen, im Zeichen eines großtürkischen Programms auch alte Ansprüche geltend zu machen? Aus dem Berliner Vertrag und der seitherigen Weiterentwicklung der Balkanverhältnisse hatte sich manch unbestimmtes, unfertiges, staatsrechtliches Verhältnis ergeben, das jetzt zu folgenschwerer Erörterung gelangen konnte. War jetzt nicht die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, daß angesichts der Wahlausschreibungen auch jener beiden Provinzen gedacht wurde, die durch den Berliner Vertrag in die Machtsphäre Österreich-Ungarns gelangt waren und die sich die Monarchie zuerst durch umfassende kriegerische Operationen und dann durch lange Jahre zivilisatorischer Arbeit als nicht mehr angefochtenen Besitz gesichert hatte? Konnte nicht eine unternehmende Propaganda die Wahlagitation auch über die bosnischen Grenzen hinüberspielen? In Augenblicken mancher krisenhaften Bewegung am Balkan war bereits zu Wien erwogen worden, ob nicht schon die feierliche Besitzerklärung des Okkupationsgebietes geboten wäre. Noch in seinen letzten Botschafterzeiten, so wird erzählt, hat Aehrenthal mit russischen Diplomaten, namentlich mit Iswolsky, diesen Gegenstand erörtert. Jetzt wünschten auch der russische Kollege, nachdem die Revaler Kombination unversehens gegenstandslos geworden war, und England, das wohl angesichts der neuen Verhältnisse am Goldenen Horn eine vorsichtige, schweigsame Haltung beobachtete, eine vertrauliche Aussprache mit Aehrenthal. Iswolsky glaubte infolge der Revolution die Möglichkeit gegeben, die Eröffnung der Dardanellen zu erreichen. Für dieses wichtige Postulat russischer Orientpolitik durfte er manches Opfer bringen. Auf dem mährischen Schlosse des Nachfolgers Aehrenthals im Petersburger Botschafterposten, bei dem Grafen Berchtold zu Buchlau, fanden sich wenige Wochen, nachdem sich der Umschwung in Konstantinopel vollzogen, die

Digitized by Google

beiden Minister zusammen. Auch die Buchlauer Konferenz hat zu einer Unzahl legendärer Schilderungen und geheimnisvoll herumgetragener Anekdoten Anlaß geboten. Als unzweifelhaft erscheint heute festgestellt, daß Aehrenthal, nachdem er bereits im vorhergehenden Jahre zu Wien Iswolsky von der gleichen Absicht unterrichtet, jetzt seinen russischen Kollegen von dem Entschlusse Österreich-Ungarns, bezüglich Bosniens und der Herzegowina die Besitzerklärung zu vollziehen, Mitteilung machte, und daß Iswolsky dies zustimmend zur Kenntnis genommen, daß ferner der russische Minister die Dardanellenfrage zur Sprache gebracht und Aehrenthal geneigt gefunden hat, auf den Wunsch Rußlands einzugehen. Zu diesen beiden Tatsachen gesellte sich noch die durch Publikationen allerjüngster Zeit erhärtete Annahme, daß über Iswolsky in zweierlei Hinsicht Unerwartetes hereingebrochen sei: die sofortige Erklärung der Annexion durch Österreich-Ungarn und andererseits der ablehnende Bescheid Englands wegen der Dardanellen. Er hat dann im Frühherbste seine ganze diplomatische Macht aufgeboten, um den schweren Rechenfehler wiederum gutzumachen. Aehrenthal hatte sich also der abermaligen Zustimmung Rußlands, mit dem vor 32 Jahren zu Reichstadt die Besetzung Bosniens und der Herzegowina vereinbart worden, versichert. Auch in einem der Verträge der Achtzigerjahre, die Kalnoky mit der Petersburger Regierung abgeschlossen, hatte man an der Newa zustimmend von der ins Werk zu setzenden völligen Besitznahme der okkupierten Provinzen Kenntnis genommen. Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annahme des Königstitels durch den Fürsten Ferdinand beschleunigte den Entschluß Österreich-Ungarns. Die hauptsächlichsten Daten des Annexionsvollzuges, der so bedrohliche Formen annehmen sollte, sind hinlänglich bekannt. Das Rotbuch der österreichisch-ungarischen Regierung, die Sitzungsberichte des deutschen Reichstages, des englischen Parlaments, der Duma, der Belgrader Skupschtina und endlich der Pester Delegationen sind noch nicht aus der Erinnerung aufmerksamer Zeitgenossen geschwunden. Hier sei nur hervorgehoben, was zur Charakteristik Aehrenthals wesentlich beitragen kann. Der Minister mußte als nächste Folge der Annexionserklärung eine nervöse Krise in Serbien, eine begehrliche Äußerung Montenegros gewärtigen, ebenso wie einen Protest

Digitized by Google

seitens der Türkei, die ohne irgendeine vorhergehende Verhandlung von der Räumung des Sandschak Novibazar wie von der nunmehrigen völligen Loslösung der okkupierten Länder verständigt worden war. Aehrenthal hatte jede Erörterung als gefährlich für den Vollzug des staatsrechtlichen Aktes erachtet, der ihm dringend notwendig erschien. Tatsächlich waren bald heftige Kundgebungen der südslawischen Presse und entsprechende Äußerungen aus Belgrad und Cetinje bekannt geworden. In Konstantinopel mochten die leitenden Männer in der Annexion vor allem eine Gefahr für ihre junge Autorität erblicken, sie waren sich innerlich ja bewußt, daß Österreich-Ungarn nunmehr nur verkündete, was seit 30 Jahren bereits als feststehende Tatsache angesehen worden. Sie hatten aber von Österreich-Ungarn, dem engen Freunde des Deutschen Reiches diesen Schritt nicht jetzt erwartet, da das Ansehen des neuen Regimentes noch umstritten war, und die ersten Äußerungen Kiamil Paschas, die im Rotbuch publiziert sind, führen zur Annahme, daß man vielleicht in Konstantinopel bereits erwogen hatte, mit der völligen Zession der beiden okkupierten Provinzen einen finanziellen Vorteil zu erreichen. Aehrenthal erklärte aber grundsätzlich jeden Schritt für ausgeschlossen, der den Anschein der Erwerbung eines neuen Rechtes erwecken konnte. Er wollte durch die Annexionserklärung nur die letzte Formalität für ein längst bestehendes Recht vollzogen wissen. Damit ist der Leitgedanke für seine Haltung in jenen bewegten Monaten gegeben, und er vertritt ihn mit harter Entschlossenheit. Er weist die bereitwilligen Versuche Kiamils zurück und meint mit der Räumung des Sandschak Novibazar der jungtürkischen Regierung einen genügenden Beweis der freundschaftlichen Gesinnung seiner Monarchie erbracht zu haben. Er lehnt mit dem Ausdrucke vornehmer Überlegenheit jede begehrliche Zumutung Serbiens und Montenegros ab. Er antwortet auf den Konferenzvorschlag mit der bestimmten Erklärung, daß diese von ihm willkommen geheißene Versammlung bezüglich der Annexion nichts anderes vorzunehmen hätte als die Zurkenntnisnahme der vollzogenen Tatsache. Diese Auffassung ist es, die der Gesamtaktion Aehrenthals ihren so kräftig ausgeprägten einheitlichen Charakter verleiht. Der Minister beobachtete bei den vielgestaltigen Verhandlungen mit Sorgfalt alle Höflichkeitsgebote des diplomatischen Verkehrs. Er zeigt seine dialektische Geschick-

Digitized by Google

lichkeit bei dem Bestreben, seinen Gegnern die von ihm gewünschte Einkehr leicht und unbemerkt zu gestalten. Doch bei allen friedfertigen entgegenkommenden Wendungen durchklingt jede seiner Äußerungen die unbeugsame Entschlossenheit, seine Sache durchzuführen. Im Spätherbste kam der Konferenzplan auf, nachdem die russische und englische Regierung in ihren Vertretungskörpern ihre Bedenken gegen die Annexion in scharfen Worten, die weit hinauseilen sollten, ausgesprochen hatten. „Die Tatsache, daß Österreich jetzt die Absicht kundtut, Bosnien und die Herzegowina zu Eigentum zu übernehmen," sagt gleich in den ersten Tagen Sir Edward Grey, „ist keine sehr große und materielle Änderung, aber die Art, in welcher sie herbeigeführt worden, ist, um das Mindeste davon zu sagen, regelwidrig und unerwartet." Der Ursprung des Konferenzplanes wurde nach Konstantinopel verlegt. Die vergewaltigte Türkei sollte Klage beim europäischen Areopag erheben. Iswolsky hatte diese Möglichkeit, sich für die argen Enttäuschungen, die er eben erfahren, schadlos zu halten, mit Feuereifer aufgegriffen. Aehrenthal erklärte seine gute Bereitwilligkeit für das Zustandekommen der Konferenz, nur meinte er, daß Vorverhandlungen geboten seien, damit Absicht und Programm genau festgestellt werden könnten.

„Selbstverständlich", hieß es in seiner Instruktion für die Botschafter, „hätten jedoch die Ausdehnung der Souveränitätsrechte Se. Majestät auf Bosnien und die Herzegowina, sowie die Räumung des Sandschak nicht mehr den Gegenstand einer Diskussion zu bilden." Mit der Miene unbefangenen Wohlwollens erteilte der Minister in demselben Aktenstücke Ratschläge für die Konferenz. „Der Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten müsse auf das Wesen der wichtigsten Punkte des Programms ausgedehnt werden und würde auf diese Weise hoffentlich zur Vereinbarung gewisser Formeln führen, dazu bestimmt, die Diskussion in genau umschriebenen Grenzen zu halten. So würde zum Beispiel die russische Regierung gewiß geneigt sein, die Diskussion über Bosnien und die Herzegowina so zu begrenzen, daß die Tatsache der Annexion nicht in Frage gestellt werde. Eine solche Haltung der kaiserlichen Regierung erscheint dem österreichisch-ungarischen Kabinette um so weniger zweifelhaft, als die Eventualität der Annexion in mehreren früheren, zwischen den beiden Reichen getroffenen Abmachungen vorgesehen war."

Mit wortkarger Bestimmtheit wies Aehrenthal die Protestnoten Serbiens und Montenegros ab. Die Note, die der serbische Gesandte in Wien überreichen wollte, ließ er sich von Herrn Simitsch

Digitized by Google

vorlesen und erteilte hierauf den Bescheid, daß dieser Protest in Ermangelung eines Rechtstitels von ihm nicht entgegengenommen werde. Noch beobachtete er dem königlichen Nachbarreiche gegenüber eine freundlich mahnende Haltung. Auf diese Protestnote Montenegros erwiderte der Minister, daß Österreich-Ungarn ihm nicht das Recht zugestehe, auf diplomatischem Wege zur Annexion Stellung zu nehmen.

Auf der ganzen Linie schien die selbstbewußte unzugängliche Art, mit der die Annexion vertreten wurde, eine wachsende Erregung zu bewirken. England und Rußland betrieben das Zustandekommen der Konferenz als das einzige und richtigste Mittel, den durch Österreich-Ungarn bedrohten Frieden zu bewahren. Ihre Feindseligkeiten gegen die Aktion des Donaureiches wurden nicht bloß durch Einwände gegen die Annexion, sondern vielleicht noch stärker durch die Einstellung eines Programmpunktes offenkundig, der die Frage einer Entschädigung für Serbien und Montenegro behandeln sollte. Hier leistete das Deutsche Reich der Aehrenthalschen Politik den ersten wichtigen Dienst durch die bündige Antwort, die Iswolsky Ende Oktober während seines Berliner Aufenthaltes erhielt. „Die deutsche Regierung", so mußte er vernehmen, „hätte gegen eine Konferenz keine grundsätzlichen Einwendungen. Jedoch halte sie an dem Standpunkte fest, daß sie Vorschlägen nicht zustimmen könne, gegen welche Österreich-Ungarn Einwendungen erhebe." Trotzdem setzte der russische Minister seine nachhaltigen Bemühungen um die Ermöglichung der Konferenz eifrigst fort, und er versäumte selbstverständlich nicht, auf die erhitzte Stimmung in Serbien und Montenegro hinzuweisen. Dort gab es Tag für Tag Demonstrationen und laut betriebene Vorkehrungen für eine Mobilisierung, begleitet von blutrünstigen Kriegsrufen der Presse. Am empfindlichsten machte sich jedoch der Wiener Regierung der Widerstand der Pforte fühlbar. Nachdem Aehrenthal den Vorschlag, als finanzielle Entschädigung einen Teil der türkischen Staatsschulden zu übernehmen, mit dem kühlen Hinweis abgelehnt hatte, daß davon in dem Berliner Vertrage nichts vorgesehen sei, organisierte das jungtürkische Komitee einen Boykott aller österreichisch-ungarischen Einfuhr, gegen den alle diplomatischen Mittel versagten. Schwere Verluste bedrohten den Handel der Monarchie. Eine gefährlich verwundbare Stelle war

Digitized by Google

nun gefunden, von der aus die bisher unanfechtbare Stellung ins Wanken gebracht werden konnte. Erkannte Österreich-Ungarn den türkischen Anspruch auf eine finanzielle Leistung an, die einem Kaufe und neuerlichem Besitzerwerb gleichkam, dann erlangten alle staatsrechtlichen Einwendungen, die seine Gegner bereithielten, überzeugende Kraft. Alle Bemühungen, die leitenden türkischen Kreise zu bestimmen, gegen den Boykott energisch vorzugehen, erwiesen sich als vergeblich. Die Politik Aehrenthals war also in eine bedrohliche Enge geraten. In dieser Situation kam dem Minister eine Anregung, die sich ihm als brauchbare Formel zur Beilegung des Konfliktes mit der Pforte darstellte, eine Anregung, deren Herkunft außerdem den Schluß zuließ, daß maßgebende türkische Kreise ihrem Ursprunge nicht ganz fern gestanden oder sich mindestens mit ihr befreundet hatten. Die Anregung ging von Berlin aus und nahm ihren Weg zu Aehrenthal über Persönlichkeiten der Bankwelt. Indem er die Brauchbarkeit der ihm hier vorgeschlagenen Formel sofort erkannte und die Idee einer Ablösungssumme von $2^1/_2$ Millionen türkischen Pfunden für die türkischen Staatsdomänen in Bosnien alsbald zur Grundlage seiner Ausgleichsverhandlungen mit der Türkei machte, übte er — ein Wort Treitschkes zu gebrauchen — „die dem Staatsmanne unentbehrliche Kunst, Gedanken anderer zu benutzen", und er erzielte damit einen vollen Erfolg.

Die Verständigung mit der Türkei bedeutete für Österreich-Ungarn nicht bloß die Beseitigung einer schweren wirtschaftlichen Gefahr, sie erwies sich ihm auch als ein bedeutsamer Vorteil bezüglich der Gestaltung eines Konferenzprogrammes. Wenn Rußland und England auf die Pforte als hauptbeteiligte Anregerin der Konferenz hingewiesen hatten, so sahen sich die beiden Mächte jetzt dieses Anhaltes beraubt, und es blieben eigentlich nur Serbien und Montenegro übrig, die sich weiterhin in pathetischen Versicherungen ergingen, daß sie sich nur der Konferenz und ihrem gebietenden Spruche bezüglich ihrer Forderungen fügen würden. Allerdings, in Belgrad wurde es mit jedem Tage lärmender. Die kriegerischen Vorbereitungen wurden in alle Welt hinaus verkündet. Schon Ende Oktober war der serbische Kronprinz in Begleitung des Ministerpräsidenten Pasitsch in Petersburg erschienen, und die dortige Telegraphenagentur hatte verkündigt,

Digitized by Google

der Prinz könne von der Newa die Ansicht mitnehmen, daß die russischen Regierungskreise Serbien mit voller Sympathie gegenüberstünden und bereit wären, Serbien moralische Unterstützung zu gewähren. Gleichzeitig wurde in dieser Auslassung aber vor einem unvorsichtigen und unüberlegten Schritte gewarnt. Iswolsky gab am 25. Dezember in der Duma zu, daß auf Rußlands Initiative der Punkt über Vergünstigungen für Serbien und Montenegro übernommen worden sei. In derselben Rede hatte Iswolsky auch mitgeteilt, daß die jüngste Annäherung Rußlands und Italiens „die natürliche Folge gemeinsamer Interessen beider Länder an der Wahrung des territorialen Statusquo auf dem Balkan und der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit der Balkanstaaten sei". Bezüglich der serbischen Forderungen hatte Aehrenthal nach ihrem Bekanntwerden sofort überallhin erklären lassen, daß dem kleinen Königreiche wirtschaftliche Vorteile gern zugestanden würden, daß er aber jeden territorialen Anspruch unbedingt zurückweise. Allein in Belgrad dachte man nicht daran, sich mit handelspolitischen Zugeständnissen zu begnügen. Die Gebietsentschädigung wurde das Schlagwort der Skupschtina und der Presse, das drohende Postulat für die eifrig besorgten Kabinette von Petersburg und London. Als das Abkommen Österreich-Ungarns mit der Türkei bekannt wurde, hieß es in Belgrad, daß Serbien keine Veranlassung habe, jetzt seinen nationalen Standpunkt abzuändern. Die Türkei möge mit Österreich-Ungarn eine Verständigung suchen, sie bedürfe aber der Gutheißung der Großmächte auf der Konferenz. Nach der Haltung des neuen serbischen Ministeriums, nach seinen offiziellen und halboffiziellen Kundgebungen erwartete man in Belgrad ein Zurückweichen der benachbarten Monarchie, im anderen Falle müsse ein kriegerischer Vorstoß das Eingreifen von Serbiens mächtigen Freunden zur Folge haben. Der Ausbruch eines Krieges mit mehreren Fronten ward das Schreckbild der europäischen Presse, namentlich der russischen, englischen und italienischen. Überall kam Österreich-Ungarn und sein waghalsiger Minister schlecht weg. Das Freundlichste, was die Wiener Regierung zu hören bekam, lief auf den Rat hinaus, sich dem Gebote einer Konferenz zu fügen, wenn auch unliebsame und einschränkende Beschlüsse als ihr Ergebnis gewärtigt werden müßten. Ein Widerstand, das heißt das Beharren

Digitized by Google

bei der bisher beobachteten unzugänglichen Auffassung, bedeute ein Wagnis, für das der greise Kaiser Franz Josef sich hoffentlich nicht entscheiden werde. Zu denken gab die Haltung Italiens. Österreich-Ungarn und sein Minister konnten zwar keine offen feindselige Kundgebung der offiziellen Faktoren feststellen, wenn auch in Konstantinopel Italiens Vertreter ähnlich wie in Algeciras mit den Westmächten in Fühlung stand; sprachen aber die Brandartikel der englischen und russischen Presse die Wahrheit, dann drohte eine Weltkrise, die von der irredentistischen Agitation freudigst als die Gelegenheit begrüßt wurde, dem verhaßten Erbfeinde nun die geknechteten italienischen Gebietsteile zu entreißen. Würde das offizielle Italien, das dem Dreibunde angehörte, eine ausreichende Kraft beweisen, um dem Ansturm des chauvinistischen Kriegsgeschreies standzuhalten? Dazu kam noch, daß Montenegro dieses Mal nicht allein durch Rußland, sondern auch von dem durch die Verschwägerung der Dynastien nahe gerückten Italien seine Forderungen vertreten ließ und eine bereitwillige Fürsprache fand.

So sah die erregte Stimmung zu Beginn des Jahres 1909 Österreich-Ungarn einer dreifachen kriegslustigen Front gegenüber, und das Auftreten englischer Publizisten, die auch die Geschäfte politischer Agenten besorgten, ließ gewahren, daß die Diplomaten an der Themse bei der Herausbildung der krisenhaften Lage nicht unbeteiligt gewesen. Die gelungene Verständigung mit der Türkei machte erst recht offenbar, daß nicht in Konstantinopel, sondern in Petersburg und London der Nährboden für jene Konferenzidee, an die sich die Erwartung einer österreichischen Niederlage knüpfte, zu suchen sei. Die Sachlage drängte zu Entscheidungen. Die serbischen Rüstungen hatten bereits umfassende militärische Maßregeln seitens Österreich-Ungarns zur Folge gehabt. Tag und Nacht arbeitete die Wiener Generalstabskanzlei für die Mobilisierung. Waren auch diese gebotenen Vorbereitungen in aller Stille und ohne jede publizistische Verlautbarung bewerkstelligt worden, so drang doch die Kunde von ihnen nach außen. Sie schürte noch die serbische Propaganda in Belgrad, wo man an eine derartig mutige Beharrlichkeit der Wiener Regierung angesichts der Großmächte, die die Konferenz verlangten, nicht geglaubt hatte. Auch das Ministerium Milovanovic wurde bis zu heftigen Äußerungen in

Digitized by Google

der Skupschtina und in der Presse gedrängt. Österreich-Ungarn durfte nicht mehr, wenn es seine Autorität am Balkan nicht in Frage stellen wollte, über die serbischen Truppenkonzentrierungen und Kundgebungen hinwegsehen. Am 5. März ließ der Minister eine entsprechende Anfrage in Belgrad stellen. Es waren ernste Tage, die Aehrenthal damals durchmachte. Sie fanden ihn entschlossen und gefaßt. Seiner Umgebung machte er den Eindruck eines Mannes, der die ganze Kraft seiner Seele, seine volle Energie bereit hält. Er sprach von der Lage als vorsichtiger, nüchterner Rechner. Er glaubte nicht an einen feindseligen Umschwung in Italien. Er mochte auch annehmen, daß der russische Hof das Land schwerlich bereits wieder genügend erholt glauben könnte, um jetzt eine Entscheidung auf dem Balkan herbeizuführen. Doch hier hieß es, die Sachlage bis zu ihren äußersten Möglichkeiten erwägen und auf jede gefaßt sein. Aehrenthal hat die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Italien und Rußland gewiß mit in seine Rechnung gezogen. Doch jetzt mußte, wenn das seit Jahrzehnten allmählich wieder erworbene Ansehen des Reiches nicht arg beeinträchtigt werden sollte, die Annexion durchgehalten werden. Sie war seit mehr als einem Menschenalter das Ziel österreichisch-ungarischer Politik gewesen. Sie war der Inbegriff der Machtstellung des Reiches am Balkan geworden. Wich man jetzt zurück, dann gab man für unabsehbare Zeit die Position auf, die Andrássy und Kalnoky allmählich errungen. Dann hatten sich Bündnisse und Verträge, Zugeständnisse und Verzichte, dann hatten sich kostbare Opfer an militärischem Aufwand und Blut, an zivilisatorischer Arbeit als nutzlos und falsch aufgewendet erwiesen. Hier galt der vollste Einsatz für geboten. Hier mußte aller Besitz, aller Kredit, über den Österreich-Ungarn verfügen konnte, aufgewendet werden. Es war das Ergebnis der auswärtigen Politik zu ziehen, wie sie sich nach dem Berliner Vertrage und dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses oder, wenn man noch weiter zurückgreift, seit jenem Augenblicke entwickelt hatte, da der Rücktritt Beusts sich vollzogen.

Die Antwort Serbiens auf die österreichisch-ungarische Note vom 5. März brachte keineswegs eine Klärung und Besserung der Beziehungen. Sie verwies wiederum auf die Konferenz. In denselben Tagen erklärten sich auch Rußland und England für die

Digitized by Google

Auffassung, daß die Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei mit Genugtuung zu begrüßen sei, aber die Notwendigkeit einer Konferenz bezüglich der Annexion und der anderen mit ihr zusammenhängenden Fragen nicht beseitigt habe. Die Belgrader Skupschtina bewilligte jetzt weitere Millionen für Heeresausrüstungen, und die dortige Presse verlangte die weitere Ablehnung aller weiteren österreichischen Schritte. Traf also aus Serbien statt der erwähnten Antwort nicht eine neuerliche in Wien ein, so sah sich die Monarchie gezwungen, wie Aehrenthal in Berufung auf das bekannte Clausewitzsche Wort sich ausdrückte, ihre Politik in Gestalt eines Krieges fortzusetzen. In diesem kriegerischen Zeitpunkte sollte sich wieder einmal das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn voll bewähren. Jetzt sah sich Deutschland berufen, durch eine energische Stellungnahme die Festigkeit des Bündnisses klar darzulegen, wie dies Österreich-Ungarn zu Algeciras und Ischl getan hatte. Auch jetzt genügte ein solcher ernster Hinweis, um Verwicklungen von unberechenbarer Folge zu verhüten. Die bekannte Erklärung des deutschen Botschafters in St. Petersburg tat sofort ihre Wirkung. Angesichts der unerschütterlichen Haltung Aehrenthals, dessen Rechnung sich jetzt als zutreffend erwiesen, und der offenkundigen Stellungnahme der deutschen Regierung entschlossen sich Rußland und England, in Serbien abzuwinken. In Paris, wo Aehrenthal treffliche Beziehungen unterhielt, mochte man ohnehin mit Besorgnis gesehen haben, wie weit sich schon die beiden Alliierten vorgewagt. Das Spiel mußte fallen gelassen werden. Die Rückzugslinie zu decken, übernahm jetzt England. Sein Botschafter verhandelte über die Fassung der an Österreich-Ungarn abzugehenden Erklärung Serbiens. Nur Satz für Satz vermochte Aehrenthal durchzusetzen, was ihm und für die Würde seines Staates unbedingt notwendig erschien. Seine ganze Persönlichkeit drückt sich in einer Depesche aus, die zwei Tage nach der den Frieden verbürgenden Erklärung Rußlands der Minister an die Londoner Regierung abzusenden sich genötigt sah. Aehrenthal hatte bezüglich des zu vereinbarenden Textes manches Zugeständnis gemacht, sah sich jetzt aber zu der Äußerung genötigt:

„Da diese Textierung das mindeste darstellt, was ich verlangen mußte, damit die Umkehr der serbischen Politik deutlich zum Aus-

Digitized by Google

druck komme, habe ich diese beantragten Modifikationen (was das erste Alinea anbelangt) entschieden ablehnen müssen." Und weiter meint er, „daß es in dem Augenblicke, wo die erfreuliche Zustimmung Herrn Iswolskys zu der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages vorliege, wohl nur eines bestimmten Rates der von England geführten Mächte in Belgrad bedürfe, um den Frieden zu sichern."

Gleichzeitig mit dieser Depesche vollzog sich eine Verständigung mit der italienischen Regierung. Österreich-Ungarn bot dem befreundeten appeninischen Königreiche ein Zugeständnis, indem es zugunsten des „verwandten" Montenegro auf das der Monarchie im Berliner Vertrag eingeräumte Recht der Seepolizei im Hafen von Antivari verzichtete. Dem Freunde sollte es mit dieser Errungenschaft leichter gemacht werden, die öffentliche Stimmung zu beruhigen. Damit fand die Annexionskrise, die nahezu ein halbes Jahr gewährt, ihren Abschluß.

Aehrenthal hatte durchzuführen vermocht, was er angesichts der türkischen Revolution und der Berufung eines türkischen Parlamentes für unabwendbar notwendig erachtet hatte. Die Anerkennung seines kaiserlichen Herrn, die sich in seiner Erhebung in den Grafenstand ausdrückte, das rückhaltlose Lob, das ihm in den beiden Staaten der Monarchie gezollt wurde — Stefan Tisza war in dieser Hinsicht der Wortführer Ungarns —, zeigten die Bedeutung des Erfolges für das Inland. Das auswärtige Amt des Ministers schien endlich einmal ein Gebiet darzustellen, das von keiner der vielen verwickelten Fragen beunruhigt wurde, die dem übrigen politischen Leben das Gepräge so arger Unsicherheit verliehen. Dieser Minister kannte sämtliche intimen Schwierigkeiten der inneren Verhältnisse. Man zollte ihm das volle Vertrauen, daß er nach außen hin ihnen allen Rechnung tragen würde. Man war überzeugt, daß er wie einst Kalnoky von der Sehnsucht erfüllt war, sämtliche Kräfte der Monarchie in Anspruch nehmen zu können, daß er auf demselben hohen Standpunkte hielt, von dem aus die einzelnen Tendenzen der nationalen Kämpfe unbefangen beurteilt werden konnten. Wie Kalnoky, rechnete er innerhalb Österreichs in erster Linie mit den Deutschen, in Ungarn mit den Magyaren. Doch zeigte er sich in den Auffassungen und Zielen der übrigen Stämme wohl vertraut. Er wußte die Bedeutung der Tschechen, dieses begabtesten und wirtschaftlich entwickeltsten Volkes der Nord-

Digitized by Google

slawen, richtig zu würdigen und galt bis in seine allerletzten Tage als ein zum endlichen Abschluß drängender Förderer der Prager Ausgleichsverhandlungen. Mit ernstem Bedauern sah er in Ungarn die abermals auftauchenden Gefahren, die trotz der eben perfekt gewordenen Erneuerung des Ausgleichsvertrages das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften und die gemeinsame Armeeverwaltung bedrohten. Er hielt sich an die klaren Linien, die seit der Neugestaltung der Monarchie von 1867 ihrer weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung vorgezeichnet schienen, und gewährte dem von der gleichen Auffassung erfüllten Ministerpräsidenten Khuen-Hedervary nachdrücklich Unterstützung. Gekünstelten Kombinationen, für die ihn einflußreiche Politiker und Parteiführer gewinnen wollten, widerstrebte sein Wesen. „Er arbeite mit einfachen Mitteln", pflegte er zu sagen, „und möchte nicht als eine komplizierte Natur genommen sein." Gleich Kalnoky ließ er sich von dem starken Bewußtsein der neuen Großmachtstellung der Monarchie leiten, wie sie die Entwicklungen seit 1866 gezeitigt hatten. Auch er wußte sich als Vertreter eines Reichs, für dessen Haltung im europäischen Staatensystem ein treffliches großes Heer bereit stand, eines Reichs, das mit den Bürgschaften wertvollster Bündnisse rechnen konnte, das mit den schwer lastenden Traditionen seiner Vergangenheit abgeschlossen hatte, nun aber zielbewußt in eine gute Zukunft schauen durfte, das die politische Gegenwart ohne jede wehmütige Empfindlichkeit anerkannte, aber seinen jetzigen neugefaßten Besitzstand nachdrücklich wahren wollte. Wie Kalnoky wachte er über die Entschlußfreiheit Österreich-Ungarns. Es hat wohl manchen Augenblick gegeben, in dem der leitende Staatsmann diese seine Auffassung den Vertretern der Mächte gegenüber, mochten sie Österreich-Ungarn nahe oder ferne stehen, in scharfen Formen zum Ausdruck brachte. „Il n'est pas facile, ce monsieur d'Aehrenthal", soll einmal der englische Botschafter Goschen ausgerufen haben.

Schon als Gesandter und Botschafter hatte Aehrenthal, dieser arbeitsame Diplomat, feststellen können, welchen wichtigen Einschlag der auswärtigen Politik die wirtschaftlichen Fragen der Monarchie geben. Namentlich ihre Bedeutung für die gesamte Balkanpolitik beschäftigte ihn unaufhörlich. Auf sie blieb sein Augenmerk nach der Annexionskrise gerichtet. Der harte Kampf zwischen den agrarischen und

Digitized by Google

industriellen Tendenzen machte sich durch die empfindlichsten Schwierigkeiten für die Beziehungen zu Rumänien und Serbien geltend. Sein Vorgänger, Graf Goluchowski, hatte die Überlegenheit Österreich-Ungarns gegenüber diesen kleineren Nachbarn durch ein gefestigtes Verhältnis zu Rußland sichern wollen und namentlich in Belgrad gerne die Sprache eines strammen Autoritätsbewußtseins führen lassen. Aehrenthal aber war von der Notwendigkeit überzeugt, diesen Staaten etwas bieten zu können, um sie für einen engeren Anschluß zu gewinnen. Als ein bitteres Hemmnis beklagte er die so hochgespannten Forderungen der Agrarier in den beiden Reichshälften, die wichtige Erfolge hier verwehrten. Hat er doch mit ansehen müssen, wie tatsächlich der wirtschaftliche Verkehr Serbiens jetzt teilweise seine Richtung veränderte und Österreich möglichst zu meiden bestrebt war, was noch vor einem Jahrzehnt für unmöglich gegolten hatte. Einer sanguinischen Überschätzung der nun durchgeführten Annexion, wie sie sich in politischen Kundgebungen und innerhalb der österreichisch-ungarischen Presse äußerte, zeigte er sich gänzlich abgeneigt. Er hörte nicht auf, vor Renommistereien, vor einem allzu großen Sicherheitsbewußtsein zu warnen. So berief er sich während der Delegationsverhandlungen von 1910 mahnend auf das Wort Guizots, daß man jeden Tag wiederum neu anfangen müsse und ein jeder Erfolg stets unvollständig und ungewiß sei. Er war ein zu wachsamer Beurteiler aller politischen Dinge, als daß er den Überschwang leidenschaftlicher Volksstimmung unterschätzt hätte. Er, der den dreisten Kriegsrufen der Belgrader Heißsporne so scharf gegenübergetreten, war jetzt bemüht, ruhigere Beziehungen zu den eben zurechtgewiesenen Nachbarn herbeizuführen. Damit dürfte auch die auffallend schweigsame Zurückhaltung des Wiener auswärtigen Amtes in dem bekannten Prozesse zu erklären sein, in den der ausgezeichnete und allgemein verehrte Publizist Dr. Friedjung verwickelt wurde. Ein Friedjungscher Artikel war bei den bekannten guten Beziehungen des Verfassers zum Minister als eine wichtige Kundgebung aufgenommen worden. Als nun die Mitglieder der kroatisch-serbischen Koalition, die sich darin hochverräterischer Verbindungen mit der Belgrader Regierung beschuldigt sahen, die Ehrenbeleidigungsklage anstrengten, mag sich Aehrenthal verpflichtet geglaubt haben, lieber sich selbst den

Digitized by Google

Vorwurf rasch vergessender Rücksichtslosigkeit zuzuziehen, als seine augenblicklich politische Kombination zu benachteiligen.

In der eben erwähnten Delegationssitzung (13. Oktober 1910) hatte Aehrenthal gemeint, daß die Annexionskrise vor aller Welt den realen Wert, den die Bündnisse Österreich-Ungarns besäßen, erwiesen habe und diese weiterhin als die unverrückbare Grundlage seiner auswärtigen Politik bezeichnet. Er hat als ein schon vom Tode gezeichneter Mann noch in der Weihnachtswoche des vorigen Jahres, während der letzten Delegationen, von Seite eines ultramontanen Führers den Vorwurf anhören müssen, daß das Verhältnis zum Deutschen Reiche augenblicklich von Unstimmigkeiten bedroht sei. Die Angriffe, unternommen von einem Parlamentarier, dem der Ruf der Vorsicht und Mäßigung einst die Erhebung auf den Präsidentenstuhl des österreichischen Abgeordnetenhauses ermöglicht hatte, erfuhren in Wien und Budapest und vor allem in Berlin eine sofortige Zurückweisung. Tatsächlich hat Aehrenthal das Bündnis mit dem Deutschen Reiche seit seinen Anfängen als die große Voraussetzung der gesamten auswärtigen Politik seines Staates angesehen. Er schien jeden Augenblick bereit, einer Gefährdung des Bündnisses durch Stimmungen des Wirtschaftslebens energisch abzuwehren. Etwa um die Zeit, da in Wien vom Grafen Posadowsky die Verhandlungen wegen Erneuerung des deutschen Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn geführt wurden, hatten gewichtige Stimmen aus den österreichischen Industriebezirken auf den rücksichtslosen und von den diplomatischen Organen nachdrücklich geförderten Konkurrenzkampf der deutschen Fabriken in der Levante und am Balkan hingewiesen. Das weitaus stärkste und älteste Absatzgebiet Österreich-Ungarns werde, so hieß es, der Monarchie durch den treuen Alliierten entfremdet, und das könnte auch seine Rückwirkung auf die volkstümliche Geltung des Bündnisses haben. Aehrenthal, damals noch Botschafter in Petersburg, verschloß sich keineswegs diesen Erscheinungen, aber er glaubte vor einer anspruchsvollen Beeinflussung der auswärtigen Politik der Monarchie durch Handelsinteressen entschieden warnen zu müssen. Viel zu wichtig sei das Bündnis mit dem Deutschen Reiche, als daß es durch solche Bedenken erschüttert werden könnte. Niemals hat er diese Linie verlassen. Als im vergangenen Sommer mit der Episode Agadir

Digitized by Google

die Marokkofrage neuerdings aktuell wurde und das Deutsche Reich vor ernsten Entscheidungen stand, wußte man in Berlin, daß auf Österreich-Ungarn gerechnet werden könne. Darüber hat in der Wilhelmstraße niemals ein Zweifel bestanden. So weit wagte sich jene klerikale Opposition auch nicht vor. Sie glaubte aber mit einer bösen Anspielung auf die schweigsame und kühle Haltung, die in Österreich-Ungarn während des Sommers beobachtet worden war, dem mißliebig gewordenen Minister einen empfindlichen Streich spielen zu können. In der Tat war die Zurückhaltung, die in Wien wie in Budapest bezüglich Agadirs geübt wurde, innerhalb der deutschen Presse zum Anlaß erregter Erörterungen, pessimistischer Vermutungen geworden. Man wies darauf hin, daß die der Regierung zunächst stehenden Wiener Blätter über eine hereingebrochene Beunruhigung geklagt hatten und der ungarische Ministerpräsident eine Interpellation im Budapester Reichstag mit kalten farblosen Worten beantwortet hatte.

Als ausreichende Erklärung für die karge Rolle, die sich in jenen Monaten das Wiener auswärtige Amt auferlegte, dient wohl ein Hinweis auf die augenblickliche Gruppierung der Mächte. Wäre damals Österreich-Ungarn mit irgendeiner volltönenden Erklärung an die Seite seines Verbündeten getreten, dann hätte man in Wien auch gewärtigen müssen, daß mit der gleichen Deutlichkeit Rußland für seinen französischen Alliierten das Wort ergriffen hätte, und damit würden die Verhandlungen einen weit schärferen und dringenderen Ton angenommen haben. Dazu kam noch, daß gelegentlich Agadirs nochmals von deutscher Seite erklärt wurde, das Reich habe in Marokka nur handelspolitische Ziele im Auge. Für dieses Gebiet bestand keinerlei Verpflichtung zwischen den beiden Verbündeten. War doch auch, wie man jetzt vernimmt, in Potsdam eine Anfrage Rußlands bezüglich gewisser wirtschaftlicher Fragen deutscherseits mit der beruhigenden Erklärung beantwortet worden, daß die Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns mit dem Bündnisse nichts zu tun habe.

Doch jene unternehmende Opposition, die sich um die letzte Jahreswende gegen Aehrenthal richtete, hatte das Verhältnis zum Deutschen Reiche nur als brauchbares Mittel für ihre Zwecke vorgeschoben. Die Volkstümlichkeit des angeblich bedrohten Bünd-

Digitized by Google

nisses sollte mithelfen, gegen den gehaßten Minister Stimmung zu machen, der den Fortbestand des Bundesverhältnisses zu Italien hartnäckig zu vertreten wagte. Und auch an zahlreichen anderen Stimmen in Innerösterreich fehlte es nicht, die unmutig darüber klagten, welchen Langmut die Monarchie, die soeben eine ernste Kraftprobe rühmlich bestanden, gegenüber den Provokationen des welschen Nachbarn zeige. Seine militärischen Vorkehrungen in Oberitalien, seine Flottenrüstungen hätten Österreich-Ungarn zu kostspieligen Gegenmaßregeln in Südtirol und Istrien genötigt.

Herrliches Hochgefühl mag einem leitenden Staatsmann beschieden sein, wenn er in seinem wagenden Entschluß, seinem Handeln den Willen und die Kraft seines Volkes, seines Staates verkörpert sehen darf; allein die Geschichte erzählt, wie er gar oft solch höchsten Augenblick mit Tagen vollgültig bezahlen muß, an denen er sich mit seinem besseren Wissen, mit seinem ferne Möglichkeiten schärfer messenden Blick einer gegnerischen Strömung gegenüber sieht. Entgegen der Auffassung hoher militärischer Kreise, die zu einer Auseinandersetzung mit Italien drängten, hielt Aehrenthal standhaft an der Überzeugung fest, die er von den italienischen Dingen gewonnen hatte. Der Neigung zu bedenklichen „Extratouren" der italienischen Politik war er sich offenbar bewußt und während der bosnischen Annexionskrise hatte er mit einem Frontwechsel des bisherigen Verbündeten rechnen müssen. Mit warmen Worten der Anerkennung hatte er damals die alle Möglichkeiten sicher umfassenden Dispositionen des Generalstabschefs Conrad v. Hötzendorf gewürdigt. Doch als die Krise sich ihrem glücklichen Abschlusse zuneigte, hatte er dem von Italien vertretenen Montenegro ein Zugeständnis bewilligt, das man in Rom sich als einen Erfolg anrechnen konnte. Und mit Genugtuung wies er während der Delegationsverhandlung von 1910 auf die Aussprache hin, die er mit seinem italienischen Kollegen gehabt. Im Einverständnis mit Deutschland beobachtete er jetzt während des um Tripolis entbrannten Krieges strenge Neutralität, obwohl es sich hier um einen Angriff auf die Türkei handelte, zu der beide Mächte in den besten Beziehungen standen. Mit voller Überzeugung war dieser österreichische Staatsmann bemüht, Italien an seiner Seite und im Dreibund zu erhalten. Wie einst Andrássy, vermochte

Digitized by Google

er nicht an eine Fortdauer und an einen bestimmten Einfluß der irredentistischen Tendenzen zu glauben. Es mußte die Einsicht auch über die breiteren Volksschichten in Italien kommen, daß in Dingen nationaler Politik wie in denen einer nationalen Geographie nicht allein das sprachliche Moment das entscheidende, das bestimmende sein könne, daß Schlagworte wie Tessin, Malta, Corsica, Savoyen dem italienischen Königreiche verhängnisvolle Gegnerschaften erwecken müßten. (Andrássy hatte zu Crispi von der Unmöglichkeit einer „Politik mit der Grammatik in der Hand" gesprochen.) Aehrenthal erhoffte von der tripolitanischen Unternehmung, den italienischen Politikern aller Parteien werde sich nun die Erkenntnis aufdrängen, daß die stärksten Interessen des Landes nicht bei den Westmächten, sondern bei ihren bisherigen Verbündeten am sichersten gewahrt seien. Die Nachbarschaft von Ägypten und Tunis werde die nunmehrigen Besitzer von Tripolis von dem Werte des Dreibundes überzeugen. Eine kriegerische Auseinandersetzung andererseits, zu der sich Österreich-Ungarn, wenn auch in berechtigter Abwehr, gezwungen sehen könnte, glaubte Aehrenthal sicherlich mit weittragenden Folgen verknüpft, während sich dabei kein Ausblick auf irgendeinen Gewinn ergeben könne. Dabei verfolgte er mit gründlicher Aufmerksamkeit die Ausdehnung der kriegerischen Aktionen und verhütete durch sein sofortiges bestimmtes Auftreten ihr Übergreifen auf Gebiete, wo — wie in Albanien — die Machtsphäre der Monarchie tangiert worden wäre. Doch gleichzeitig mußte der Minister gewahren, wie der Widerstand gegen seine italienische Politik lauter und gründlicher wurde, und wie schließlich sich ein Gegensatz zwischen seiner Amtsführung und den Forderungen des Generalstabschefs Conrad v. Hötzendorf herausbildete, für den es keine Vermittlung gab. Der Kaiser entschied zu Aehrenthals Gunsten, und der bewährte General mußte von der Leitung des Generalstabs zurücktreten. Der jähe Angriff auf die Aehrenthalsche Politik hatte charakteristische Begleiterscheinungen aufzuweisen. Man gewahrte jetzt das harte Ringen, zu dem sich der Minister genötigt gesehen. Der Staatsmann der Annexionskrise, er, der es jetzt verstanden hatte, ein besseres Verhältnis zu den kleineren Balkanstaaten zu begründen, der auch die Wiederaufnahme guter Beziehungen zu Rußland eingeleitet, wurde auf solcher Höhe der Erfolge von

Digitized by Google

mancher Seite schon als ein Sinkender angesehen. Im Augenblick allerdings gelang es ihm noch, seine Stellungen zu behaupten. Die Delegationen, besonders die ungarische, bezeugten ihm ihr Vertrauen; da ergriff ihn die Krankheit.

So ist er gleichsam aufrecht vom Tode hinweggenommen worden. Die Gewißheit schweren Siechtums nötigte ihn, seinen kaiserlichen Herrn um die Bewilligung seines Rücktrittes zu bitten. Mit schwerem Herzen hat sich Franz Josef von seinem Minister getrennt. Dem Kreise der Familie blieben die letzten Tage vorbehalten. Er gab der Erkenntnis Ausdruck, wie so karg bemessen die Zeit gewesen, die er den Seinen hatte widmen können. Sein Leben, sein Schaffen hatten seinem Staate gehört. Und dieser hohen Auffassung haben auch seine Gegner sich nicht verschließen können. Der Gesamtmonarchie war einer ihrer stärksten, ihrer überzeugtesten Vertreter dahingeschieden.

Digitized by Google

Digitized by Google

Zur österreichischen Geschichte von Heinrich Friedjung.

(1912.)

Von Heinrich Friedjungs Geschichtswerk, das mit drei Bänden die österreichische Historie von 1848 bis 1860 umspannen soll, liegt nun der zweite vor. Er ist als erste Hälfte des zweiten Bandes bezeichnet, mit dem das Werk seinen Abschluß finden will, und diese Bezeichnung soll wohl zum Verständnis des Anlageplanes dienen. Der vorliegende Band darf also nicht als etwas Abgeschlossenes genommen werden, er bietet die Hälfte eines Organismus, der sich aus äußeren Gründen eine Zweiteilung gefallen lassen mußte. Die allzugroße Fülle des Stoffes hat den verehrten Autor offenbar veranlaßt, Zeit und Raum zu Rate zu halten, die Pause seit dem Erscheinen des ersten Bandes zu berücksichtigen und seine Leser mit einer Abschlagszahlung vorläufig zu befriedigen. Wiederum schenkt uns Friedjung eine vorzügliche Darstellung, die auf reichem, neugewonnenem Material beruht. Er beherrscht selbstverständlich auch die gesamte literarische Produktion, die mit dem Zeitraum irgendwie zusammenhängt. Und er läßt uns mit jener loyalen Aufrichtigkeit, die wir längst an ihm schätzen, in seine kritische Werkstatt blicken. Wiederum muß als eines der wichtigsten Verdienste des Buches hervorgehoben werden, daß es eine Arbeit vollbringt, die vorher nicht gemacht worden, daß es den Hauptweg in ein bisher wenig bebautes und doch so bedeutungsvolles Gebiet historisch-politischer Betrachtung schafft. Kein Forscher und Schilderer auf dem Felde neuester österreichischer Geschichte wird das Werk Friedjungs umgehen können.

Aber Friedjung hat, indem er sich jetzt zu der Veröffentlichung dieser ersten Hälfte des zweiten Bandes entschließen zu müssen glaubte, auf einen günstigen Eindruck Verzicht geleistet, den die Architektonik des ganzen Bandes sicherlich gemacht hätte. Die vorliegende Hälfte gliedert sich in zwei Teile, deren erster hochwichtige

Digitized by Google

Staatsaktionen behandelt, deren zweiter jedoch allgemeine Schilderungen höfischer, literarischer und künstlerischer Verhältnisse darbietet. Die großen Erfolge des Fürsten Felix Schwarzenberg werden uns berichtet, und wir folgen in hoher Spannung der überaus wirksamen Erzählung des Verfassers. Wir gewärtigen dann eine ähnliche lebhafte Darstellung der Zeit des Krimkrieges, des Konkordatsabschlusses, des Umschwunges in der Stellung der europäischen Großmächte. Allein die Erzählung verläßt mit dem Tode Schwarzenbergs die Höhe, die sie erreicht, und läßt den Leser in behagliche Niederungen eines höfischen und kulturellen Stillebens hinabwandeln. Und weit ab bis zum letzten Kapitel bietet sich keine Aussicht auf eine Wiederkehr der heroischen Stimmung, die uns während der ersten Abschnitte umfangen hat. Eingebettet zwischen der Schilderung der Schwarzenbergschen Großmachtspolitik und den Ereignissen am Ausgang der fünfziger Jahre, hätten sich die mit sichtlicher Liebe ausgearbeiteten Skizzen über Hof-, Theater- und Kulturleben in dem Gesamtbande wahrscheinlich vorteilhafter ausgenommen.

Jedenfalls zählen die Kapitel, die das Ministerium Schwarzenberg behandeln, nicht bloß zu dem Allerbesten in diesem vorzüglichen, sondern auch zu dem Verdienstvollsten in diesem um die österreichische Geschichtsforschung hochverdienten Buche. Zum erstenmal erhalten wir von jenen Zeiten eine historische Darstellung, die von Österreich her die Dinge ins Auge faßt. Der lauteren, deutschen Gesinnung Friedjungs tut dieser Standpunkt keineswegs Abbruch. Ja, der nationale Enthusiasmus des Historikers zeigt in diesen Kapiteln noch denselben starken Pulsschlag wie die Kampfartikel des Publizisten Friedjung in den Achtzigerjahren. Aber der Forscher und historische Künstler hat sich ein Gesichtsfeld zurechtgemacht, wie es eine österreichische Geschichte verlangen muß. Wiederholt haben moderne Historiker in Deutschland, vor allem Hans Delbrück, die bedeutsame Mahnung an die norddeutschen Kollegen gerichtet, die Dinge vor 1866 und 1870 nun als historische zu betrachten und einzuschätzen. Weder das leidenschaftliche Pathos Treitschkes entspricht einer wissenschaftlichen Behandlung jener Epoche noch zahlreiche teleologische Geschichtskonstruktionen, wie sie zu Ehren Preußens und seiner gewaltigen Erfolge seit den Siebzigerjahren unternommen worden sind. Wie

Digitized by Google

auch die bedeutendsten Männer der preußischen Historiographie im Bann ihrer politischen Tendenzen gestanden, beweist das sonst so wertvolle Werk Heinrich v. Sybels „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." Sybels Forschung ist bekanntlich für die ersten fünf Bände das gesamte Material der preußischen Archive zur Einsicht gestanden. Er kommt vor allem in Betracht, wenn man die Leistung Friedjungs an einer umfassenden Behandlung derselben politischen Entwicklungen zu messen unternimmt. Und da freuen wir uns, feststellen zu können, daß unser Landsmann den mit Recht hochgeschätzten preußischen Historiker des Revolutionszeitalters an unbefangener wissenschaftlicher Darstellung der deutschen Politik in den Fünfzigerjahren stattlich überragt.

Sybel folgt der altgewohnten Betrachtungsweise der kleindeutschen Politiker, welche jene österreichische Politik nach dem Ausgange des Frankfurter Parlamentes als das verruchte System satanischer Ränke schon aus dem Grunde hinzustellen unternahmen, weil damit die kühne Strategie Otto v. Bismarcks in ein noch glänzenderes Licht gestellt werden konnte. Was Österreich und sein Ministerpräsident damals tat, um die Machtstellung der Habsburger Monarchie in Deutschland zu behaupten, das wird als brutale Vergewaltigung und frivole Anmaßung gebrandmarkt. Sybel beobachtet allerdings dabei gute, höfliche Formen. Er ist sich ja der Notwendigkeit bewußt, von dem Staate und dem Herrscherhause, die 1879 das Bündnis mit dem neuen Deutschen Reiche abschlossen und dadurch den Entschluß kundgaben, die Gestaltung der deutschen Dinge als eine vollgültige Tatsache anzuerkennen, später mit warmer Sympathie zu sprechen. Doch die Tendenz, die Haltung Preußens in den Fünfzigerjahren schonend und rechtfertigend zu behandeln, schlägt deutlich vor. Noch immer ist in der reichsdeutschen Geschichtsliteratur nur selten der Ansatz zu einer verständnisvollen Betrachtung österreichischer Entwicklungen zu gewahren, und inmitten der scharfsinnigsten Konstruktionen begegnet man Annahmen und Äußerungen, die eine verblüffende Unkenntnis unserer Verhältnisse und unserer Vergangenheit dartun. Was das Österreich Schwarzenbergs an Preußen „verschuldet", das schildert Sybel mit aller Deutlichkeit. Für den Ausgang des Grafen Brandenburg findet er ergreifende Worte; das Andenken an die Olmützer Konferenz mildert er durch eine anschauliche

Digitized by Google

Charakterisierung der gesamten diplomatischen Beziehungen Preußens und des Umschwunges, der sich gleich nachher in Dresden bemerkbar machte. Vergebens aber sucht man in seiner Darstellung irgendein ausführlicheres Wort über die energischen und erfolgreichen Bemühungen Österreichs, den Ausschluß Preußens von den Pariser Friedensverhandlungen nach dem Krimkriege zu verhindern. Friedjungs Erzählung wird der Tätigkeit Schwarzenbergs gerecht, obwohl er für die verhängnisvollen Schwächen des damaligen Systems sein Auge offen behält. Ja, vielleicht hätte die Darstellung an Wucht noch gewonnen, wenn der ohnehin deutlich sprechende Bericht nicht durch Äußerung ethischer Bedenken zuweilen unterbrochen würde. Der Schwarzenberg, der solche Erfolge durchsetzte, konnte schwerlich ein Verständnis für Verfassungspostulate und für nationale Ideale in seinem kaltrechnenden Kopfe hegen. Er ist wie Bismarck der gewaltige Empiriker gewesen. Schwerlich hat er von den staatsrechtlichen Verhältnissen in Deutschland wie in Österreich eine genaue Vorstellung gehabt. Erst allmählich hat er wenigstens das Regierungssystem in den Wiener Hofkanzleien und Ministerien überblicken gelernt. Nur die Handwerkstechnik des Diplomaten scheint er in London rasch erfaßt zu haben. Aber die hohe gesellschaftliche Stellung, in der der österreichische Aristokrat aufgewachsen, ließ in dem begabten Manne den Blick für große Verhältnisse sich schärfen. Die Eindrücke seiner Jugend dürften für die Entwicklung seiner stählernen Tatkraft entscheidend geworden sein. Sucht man nach Vorbildern, die den Entwicklungsgang Felix Schwarzenbergs bestimmt haben könnten, dann begegnet man der übermächtigen Persönlichkeit Napoleons und dem harten, zielbewußten Realismus der englischen Staatskunst. Dazu kommt noch die heißblütige Soldatennatur des Fürsten. Der Offizier, der durch Jahrzehnte dem Heeresdienste entfremdet gewesen, hat als General Radetzkys sich des Erfolges von Curtatone rühmen dürfen. Die schwere Bedrängnis, die Zerfahrenheit des Jahres 1848 haben dann die Tatkraft Schwarzenbergs machtvoll angezogen. Hier konnte ein gewaltiger Wille, die überlegene Stellung des österreichischen Feudalherrn und der über die Gefühlsromantik der Revolutionszeit geringschätzig hinwegsehende diplomatische Scharfblick Großes vollbringen. Der Wirbelsturm von 1848 hatte im alten Österreich nachhaltig auf-

Digitized by Google

geräumt. Um den jungen Kaiser waltete eine Stimmung der Erwartung. Die Niederwerfung der Aufstände, die Erfolge der italienischen Armee verliehen Zuversicht. Es galt den Beweis zu führen, daß die Habsburger Monarchie aus der Revolution nicht geschwächt, sondern mit einem für die Behauptung der alten Machtstellung mehr als ausreichenden Kraftbewußtsein hervorgegangen. Das Frankfurter Parlament hatte dem Preußenkönig die Kaiserkrone angetragen. Die politische Phantasie Friedrich Wilhelms IV. und seines Freundes Radowitz begeisterte sich an jenem kleindeutschen Programm, das zu Erfurt verkündigt wurde. Wohl sicherte Preußen für die Zustimmung Österreichs der Monarchie Bürgschaften für ihren italienischen und ungarischen Besitzstand zu. Doch Schwarzenberg hatte keine besondere Veranlassung, Radowitz ehrliche Sympathien für Österreich zuzutrauen, und der Zusammenschluß der norddeutschen Staaten unter die Militärgewalt des Hauses Hohenzollern mußte ihm als eine unmittelbare Gefährdung der ehrwürdigen Ansprüche des Erzhauses erscheinen. Ihm galt es, Österreich die überlegene, die leitende Stellung in Deutschland wiederum durchzusetzen, und den Hegemonieplänen Preußens gründlich vorzubeugen. Er bedurfte für die Verwirklichung dieses seines Programmes den vollen Beistand des mit der preußischen Königsfamilie verschwägerten allmächtigen Zaren, und die Aktion, durch welche er den Kaiser Nikolaus dem Berliner Hofe entfremdete und für seine Politik glücklich ausnutzte, rühmt Friedjung mit Recht als ein auserlesenes diplomatisches Meisterstück. Er hielt es aber auch für geboten, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten für sich zu gewinnen, und dazu hat er trefflich die wirtschaftlichen Entwürfe eines seiner Minister benutzt, der ihn an weitausschauender Konzeption und großzügiger politischer Anschauung überragt hat. Vieles wäre wohl anders gekommen, wenn die Tatkraft Schwarzenbergs sich in den Dienst einer mitteleuropäischen Wirtschaftspolitik, wie sie Bruck vorgeschwebt hat, zu stellen vermocht hätte. Dafür hat es Schwarzenberg an Verständnis gefehlt. Aber nachhaltig hat er die unerschöpfliche propagatorische Tätigkeit Brucks für seine deutsche Politik auszunutzen verstanden. Er hat auf Bruck wohl mit derselben Ironie herabgesehen wie auf den ausgezeichneten Stadion. Doch in der österreichischen Geschichte bleibt den stolzen Entwürfen Brucks ein

Digitized by Google

ehrenvolles Denkmal gesichert, das freilich auch zu mancher wehmütigen Betrachtung anregt. Seine Gestalt ist es, die in der Darstellung jener Jahre sich allein neben der Felix Schwarzenbergs zu behaupten vermag. Und mit trefflicher Kunst weiß Friedjung ihn stets angesichts wichtiger Entscheidungen hervorzuheben; an der Seite des Ministerpräsidenten oder ihm gegenübergestellt, vermag Bruck sich nicht bloß zur Geltung zu bringen, sondern die Nachwelt wird diesem genialen Kaufmann vielleicht eine rückhaltslosere Anerkennung zollen als dem Sieger von Olmütz. Bruck brachte es fertig, Deutschland mehr zu bieten, ihm eine großartigere handelspolitische Perspektive in die Nähe zu rücken, als sie Preußen mit dem deutschen Zollverein darbot. Er konnte hoffen, die Nation für seine Ideen zu gewinnen. Freilich hat er dabei gewiß ein konstitutionelles Regierungssystem für unentbehrlich erachtet. Er hätte vielleicht beim deutschen Bürgertum auf Verständnis und Zustimmung rechnen können. Schwarzenberg allerdings und sein herrischer Begriff von Österreichs Großmachtstellung konnte in diesen von sanft geschwungenen nationalen und demokratischen Idealen erfüllten Schichten nur kühlen Respekt und höchstens furchterfüllte Fügsamkeit gewärtigen. Der Mann ist dem deutschen Volksbewußtsein fremd geblieben. Aber in den wenigen Jahren seines Wirkens hat er die Autorität Österreichs innerhalb der deutschen Politik auf einen Höhepunkt gebracht, wie er seit Jahrhunderten von einer Wiener Regierung nicht erreicht worden war. Die Höfe und die Diplomatie in Deutschland beugten sich vor der unnachgiebigen Energie dieses Staatsmannes, der die gefährlichen Erhebungen zu Hause mit starker Hand niedergerungen, der Preußen zum völligen Verzicht auf seine Erfurter Politik gezwungen, und der sogar erfolgreich seine Klinge mit dem gewaltigen Palmerston gemessen hatte. So rasch wie sein Schritt von Erfolg zu Erfolg, vollzog sich um die Wende von 1851 der Zusammenbruch seines körperlichen Organismus. Sein Tod bezeichnet einen Abschnitt, zum mindesten in der Weiterentwicklung der österreichischen Politik. Der von ihm zum Nachfolger empfohlene Buol-Schauenstein vermochte nicht, weder mit seiner Begabung noch mit seiner Willenskraft, die Linie einzuhalten, die sein Vorgänger gewiesen. Allein auch weiterhin zeigt sich, daß die Politik und die Art Schwarzenbergs auf seine Nachfahren inner-

Digitized by Google

halb der österreichischen Diplomatie nicht jenen bestimmenden Eindruck ausgeübt hat, der sich in einer ähnlich auftretenden Persönlichkeit geäußert hätte. Weder Rechberg noch Andrássy oder Kalnoky lassen sich mit ihm, dessen jüngere Zeitgenossen sie gewesen, irgendwie vergleichen. Und doch hat Felix Schwarzenberg auf einen großen, auf einen der führenden Staatsmänner in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sichtlich eingewirkt: In seinen Lehrjahren hat der preußische Junker Bismarck diesen österreichischen Grandseigneur beobachten können, er hat die Wucht seines Handelns gefühlt, und die selbstbewußte Geste Schwarzenbergs ist seinem Gedächtnis nicht entschwunden. Schöne Seelen in Norddeutschland, die sich einen ganz besonderen Begriff von märkischer Heldengröße zurecht gelegt, werden in dem Bismarck von 1849 bis 1866 keine Ähnlichkeit mit dem „ränkevollen" österreichischen Gegner Preußens herausfinden wollen. Wer aber Bismarcks Haltung in Frankfurt, am Berliner Hofe, in Petersburg und Paris und endlich als Ministerpräsident aus seinen Briefen, Denkschriften und Reden her kennt, der wird in der kühn wagenden Stoßtaktik des Begründers des neuen Deutschen Reiches Schwarzenbergs Angriffsweise wiedererkennen, und kein politisches Aktenstück, das in Deutschland vor 1860 geschrieben worden ist, gemahnt wohl so deutlich an den grandiosen Realismus Bismarcks wie jene Denkschrift des österreichischen Ministerpräsidenten, durch die er es unternahm, in Berlin und Petersburg für den dritten Napoleon zu wirken.

In den hübschen und anziehenden Schilderungen, die Friedjung vom Wiener Hofe entwirft, findet sich mancher neue charakteristische Zug und eine Menge von Einzelheiten, die der Verfasser sich durch seine weitreichenden Studien gesammelt. Wie im ersten Bande, sind dem jungen Kaiser und seinem Familienkreise ausführliche Kapitel gewidmet. Doch muß derzeit der Historiker sich mit Äußerungen und Aufzeichnungen von Persönlichkeiten begnügen, die das Herrscherhaus umgeben haben. Hauptquellen nach der Art der Briefwechsel Maria Thereſiens, Josefs und Leopolds II. stehen noch nicht zur Verfügung. Viel farbiger z. B. würde sich das Bild der Höfe von Wien, Berlin und Dresden gestalten, das wir dem brieflichen Verkehr entnehmen könnten, der zwischen der Erzherzogin Sophie und ihren beiden königlichen Schwestern bestanden hat. Wir müssen uns aber vorderhand mit den Schilderungen

Digitized by Google

von Ministern, Diplomaten, Generälen und Hofdamen begnügen und mit Vorsicht dieses Material sichten. Mit großer Anschaulichkeit schildert Friedjung die Zersetzung, die nach dem Tode des gebieterisch die ganze Regierung zusammenzwingenden Schwarzenberg sofort sich vollzog, wie Kübeck über Bach siegte, wie sich dieser mächtig gewordene Emporkömmling dem Zwange der neuen Verhältnisse in stummer Ergebenheit unterwarf und dadurch wiederum zu einer gewissen Herrschaft emporkam. Die Übersicht des literarischen und des Bühnenlebens hat Friedjung mit sichtlicher Vorliebe ausgearbeitet. Er begnügte sich nicht damit, auf diesem Gebiete die politischen Einflüsse zu suchen und zu erkennen, er gewährte diesen Schilderungen einen weit größeren Raum. Seine Auffassung Grillparzers, Bauernfelds, Hebbels wäre vielleicht stärker zur Geltung gelangt, die einzelnen Aussprüche hätten sich charakteristischer ausgenommen, wenn sie in die Erzählung der politischen Ereignisse eingefügt worden wären. Wie glücklich hat auf diese Weise Treitschke die zeitgenössische Literatur benutzt. Vorbilder, wie etwa Schlossers Geschichte des 18. Jahrhunderts, wie Macaulay, Mommsen und endlich Lamprecht, haben Friedjung, der schließlich doch nur einen Zeitraum von 13 Jahren behandelt, da vielleicht zu stark beeinflußt. Dazu kommt noch, daß er sich bei der Darstellung der Ereignisse während des Krimkrieges mit einem sehr knapp gehaltenen Auszug aus seiner vorzüglichen Spezialstudie „Österreich im Krimkrieg" beschied, eine Knappheit, die mit der liebevoll-behaglichen Ausführlichkeit der Exkurse in die literarische Kleinwelt des damaligen Wien stark kontrastiert.

Eine gründliche Darstellung der kirchlichen Verhältnisse bildet den Abschluß des vorliegenden Bandes. Sie erwähnt noch das Zustandekommen des Konkordats von 1855. Die Bedeutung des Umschwunges in der Kirchengesetzgebung, wie er durch die Regierungsentschließungen um 1850 sich kundgab, wird eingehend behandelt. Die zweite Hälfte der Fünfzigerjahre bleibt mit ihrem politischen Gehalt dem Schlußbande vorbehalten. Eine grundlegende, von edlem Vaterlandsgefühl und strengem Forschergeist beseelte historische Darstellung der Entwicklung des modernen Österreichs wird dann vorhanden sein und hoffentlich auch das politische Urteil über die österreichische Gegenwart fruchtbar beeinflussen.

Digitized by Google

IV.

Historische Rückblicke.

Der historische Don Carlos.

Eine österreichische Kronprinzessin aus dem Hause Parma (nach Briefen und Berichten).

Maria Theresia und ihre preußischen Beurteiler.

Österreichische Staatspolitik und literarische Stimmungen vor hundert Jahren.

Das Frankfurter Parlament.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der historische Don Carlos.

Ein Vortrag.

(1905.)

Von dem Infanten Karl, dem ersten Sohne Philipp II. von Spanien, will ich erzählen, von dem unglücklichen Fürstenkinde, das mit halbsiechem Körper und krankhaft reizbarem Geiste aufwuchs. Vorstellungen von zukünftiger erhabener Macht beherrschten die Phantasie des Knaben von früh auf, sie steigerten sich im Jüngling zu gewalttätiger Ungeduld, die schließlich staatsgefährliche Formen annahm und weltpolitische Wichtigkeit erlangte. Die energischen Maßnahmen seines unbeugsamen Vaters, der seiner Staatsräson und kirchlichen Auffassung alles zu opfern gewohnt war, brachen dieses schwächliche junge Leben, und sein trauriger Ausgang ward bestimmend für die deutschen und österreichischen Dinge. Mehr als ein Jahrhundert lebte sein Andenken in der politischen Literatur fort, und auch später noch beschäftigte man sich mit dem üppigen Sagengeranke, das sich um sein dunkles Schicksal geschlungen hatte, bis unser großer Dramatiker kam. In dem leuchtenden Gewande der Dichtung führt nun seither der arme fürstliche Schatten ein neues Dasein, und kunstfrohe Jugend nennt begeistert seinen Namen.

Don Carlos war der Sohn Philipp II., der in seiner ersten Ehe seine Cousine aus Portugal heimgeführt hatte. Auch Philipp stammte aus einer Ehe von Geschwisterkindern, die derselben Linie angehörten. Unter den Urgroßvätern und Großvätern finden wir die vier bedeutendsten und mächtigsten Fürsten vom Ausgang des fünfzehnten Jahrhunderts, Karl den Kühnen von Burgund, Kaiser Maximilian, Ferdinand den Katholischen, den großen Fürsten, der im sicheren Bündnis mit der Kirche jeden politischen Widerstand im Innern und nach außen zu überwinden wußte, und endlich Emanuel den Großen von Portugal. Wir finden ferner die Tochter jenes Ferdinand, Johanna die Wahnsinnige, und Karl V., ihren zur Melancholie neigenden Sohn.

Digitized by Google

Don Carlos kam auf die Welt, als sein Vater etwa 17½ und seine Mutter 17 Jahre zählte. Die Mutter starb bald, der Vater begleitete Karl V. auf seinen deutschen Unternehmungen. Ziemlich einsam wuchs der Knabe auf. Erst mit dem dritten Jahre begann er zu sprechen. Man wußte von seiner unnatürlich großen Eßlust zu erzählen, man erwähnte Züge der Grausamkeit, über die sich z. B. Herzog Alba mit unwilligem Tadel zu äußern pflegte. Der jähzornige Knabe biß einer Schlange, die ihn leicht verletzt hatte, den Kopf ab; er belustigte sich damit, Tiere bei lebendigem Leibe zu braten, doch hört man wiederum auch von Zügen ergebener Dankbarkeit gegen seinen ersten Erzieher, einen gelehrten adeligen Geistlichen Onorato Juan und von Äußerungen ehrgeizigen Strebens. Er hörte gerne von Unternehmungen des Vaters und Großvaters sprechen, und als Kaiser Karl V. sich nach St. Just zurückgezogen hatte, da kam der Enkel gerne heraus, seinen Erzählungen zu horchen. Es wird berichtet, daß Karl einmal, als sein Großvater ihm von seiner Bedrängnis in der Ehrenberger Klause gesprochen, zornig ausgerufen habe, nie hätte er in einen demütigenden Frieden eingewilligt. Er liebte diesen Großvater, der ihm als großer Held erschien, und pflegte ihn gerne „Vater" und seinen Vater „Bruder" zu nennen. Aber mit dem Lernen stand es schlecht. Die zu seinem Unterrichte befohlenen Lehrer klagen über ihn. Der kleine Prinz ist fromm, liebt die Waffen, ist hochfahrend gegen sein Gesinde; er empfängt gerne die Generale und Granden des Hofes, er führt sie dann beiseite, versichert sich ihrer Ergebenheit und bittet sie, ein Geschenk anzunehmen, er ist freigebig über seine Verhältnisse, verschenkt seine gänzliche Habe, sogar seine Kleider.

Als er 13 Jahre alt war, kehrte sein Vater nach Spanien zurück und dessen erste Fürsorge für sein Reich bezog sich auf die Nachfolge. In Kastilien und Aragon, welche Königreiche er als Mittelpunkt seiner gesamten Macht ansah, wie sein kaiserlicher Vater, bestanden strenge verfassungsmäßige Normen über die Einführung des Kronprinzen in Staatsgeschäfte. In den niederländischen Orden vom goldenen Vließ hatte Philipp II. seinen Sohn schon aufnehmen lassen. Jetzt veranstaltete er eine feierliche Huldigung der kastilischen Stände, die Don Carlos den Eid leisten mußten, und sämtliche Staatsakten mußten formell ihren Weg zum

Digitized by Google

König über die Kanzlei des Kronprinzen nehmen. Aber man vernimmt, daß damit nur gesetzliche Formen beobachtet wurden, die weiter keine Bedeutung für eine größere Selbständigkeit des Infanten besaßen. Der Infant blieb mit seinem kleinen Hofstaat vollständig abhängig von seinem Vater. Als z. B. der Großherzog von Toskana ihm kostbare Pferde zum Geschenke gesandt hatte, ließ Philipp sie ohne weiteres in seinen Marstall führen. Beständig litt der Knabe an heftigen Fieberanfällen, vom „Tertian-Fieber" (eine Art von Malaria) sprachen die Gesandten. Endlich ward vom König beschlossen, den schwächlichen Prinzen in freieren Verkehr und in kräftigere Luft zu bringen. Man schickte ihn an die Hochschule von Alcala, und unter seinen Begleitern finden wir die beiden Prinzen Don Juan d'Austria und Alexander von Parma. Man hört nun von einem froheren Jugendleben, von tollen Streichen, die nicht ohne Gewalttätigkeit sind. Da ward ein kleiner Liebeshandel Don Carlos zum Verhängnis. Er faßte zu der hübschen Tochter seines Majordomo Zuneigung. Eines abends hatte er sie vor ihre Haustür bestellt und er eilte die Treppen hastig hinunter. In der Dunkelheit tat er einen gefährlichen Sturz. Die Verletzung heilte der berühmte Anatom Vesalius, aber mit neuer Wut kam das Fieber über ihn und bedrohte sein Leben, so daß in den Kirchen für ihn gebetet wurde, und endlich die Gebeine des Heiligen Frater Diego an das Krankenlager gebracht wurden. Dann trat Genesung ein. Für diese Rettung weihte der Infant dem Heiligen Zeit seines Lebens eine Art von mystischer Dankbarkeit. Nach einigen Monaten war er mühselig wieder hergestellt. Er empfängt den venetianischen Gesandten, man findet ihn mit verbundenem Kopfe und hört ihn leise sprechen, doch ist er bemüht, seine würdige Haltung zu beobachten. Er wurde als schwächliche Erscheinung geschildert, kommt er doch nicht einmal seinem klein gewachsenen Vater gleich, nur der Kopf ist übermäßig groß. Als er Alcala verließ, führte ihn sein Vater in den Staatsrat ein. Er stellte ihn als Kronprinzen vor, und anscheinend, um ihn nicht durch seine übermächtige Anwesenheit zu bedrücken, verließ der König hierauf den Saal. Aber an diesen gegenständlichen, vielfach trockenen Verhandlungen nahm der junge Prinz kein Interesse, bald vernachlässigte er sie. Nur einmal noch gewann er leb-

Digitized by Google

hafteren Anteil, als er nämlich Don Juan d'Austria in den Staatsrat einführte.

Man hörte jetzt von Heiratsplänen sprechen. Philipp erwog das Projekt, den Sohn mit seiner Tante Juana, der verwitweten Königin von Portugal, zu vermählen, doch wurde dieses Projekt bald fallen gelassen, und ein anderer Plan beschäftigte lange Zeit den König und seine vielverzweigte Korrespondenz. Maria Stuart, die Witwe Franz II. von Frankreich, die Schwester der mächtigen Guisen, sollte mit dem Prinzen vermählt werden. Auch dieser Plan trat zurück gegenüber einer Kombination, die Philipps Einfluß auf den verwandten Wiener Hof entscheidend stärken sollte. Abermals sollte unter den so vielfach verschwägerten habsburgischen Linien eine neue Verbindung hergestellt werden, indem man die Prinzessin Anna, Tochter des Kaisers Maximilian II., mit Don Carlos vermählte. Es heißt, daß Don Carlos über Italien nach Deutschland ziehen und gemäß einem früher aufgegebenen Wunsche Karls V. den Titel eines römischen Königs erhalten sollte. Dieser Plan wurde vom Kaiser Maximilian aus politischen Gründen mit großem Eifer aufgenommen. Der Kaiser, der den Protestanten offenkundig zugetan war, verurteilte die strengen Maßregeln, welche Philipp für die unruhigen Niederlande vorbereitete. Ihm hätte es also entsprochen, wenn sein künftiger Schwiegersohn, verbunden mit seiner Tochter, als Statthalter in den Niederlanden residierte. Es war zu erwarten, daß dann ein milderes Regiment die gefährlichen Unruhen beschwichtigen würde. Prinzessin Margarethe von Parma, die in Brüssel residierte, hatte sogar an König Philipp geschrieben, daß nicht sie, sondern Don Carlos berufen sei, das schwierige Statthalteramt auszuüben. So ward denn vereinbart, daß der Kaiser und der König mit ihren Söhnen in Innsbruck zusammenkommen sollten. Hier sollte auch die Hochzeit gefeiert und dann sollte das junge Paar nach den Niederlanden geleitet werden. Allein aus demselben Grunde, aus dem Maximilian sich für dieses Heiratsprojekt erwärmt hatte, betrachtete König Philipp dasselbe mit wachsendem Argwohn. Sein Entschluß war längst gefaßt. Der strenge Herzog von Alba sollte nach den Niederlanden als Statthalter gehen, und der König gab nur von Zeit zu Zeit nach Wien Nachrichten über sein baldiges Kommen, um Zeit zu gewinnen.

Digitized by Google

Die Reise verzögerte sich von Vierteljahr zu Vierteljahr, 1566 und 1567, immer ungeduldiger und gereizter wurde die Stimmung des Infanten. Der hatte den ganzen Heiratsplan mit ungestümer Freude erfaßt. Als die castilischen Granden darauf aufmerksam machten, daß er, wenn der König außer Landes reise, verfassungsmäßig an dessen Statt daheimbleiben müsse, stürmte er in die Versammlung und bedrohte jeden als seinen Todfeind, der von solcher Auffassung nicht lassen wolle. Mit dem abreisenden Herzog Alba hatte er, wie mehrere Quellen versichern, einen Auftritt, in dem sein ganzes wildes Temperament hervortrat. In den Kreisen der Granden erregten diese gewalttätigen Äußerungen des Prinzen Furcht und Entsetzen.

Karl hat Beziehungen zu den niederländischen Großen sicherlich unterhalten. Es ist leicht begreiflich, daß sich die führenden Persönlichkeiten in den Niederlanden bereitwillig mit dem Gedanken befaßten, durch eine Statthalterschaft Karls zu einem besseren Verhältnis mit der spanischen Krone zu gelangen. Wahrscheinlich hat Graf Egmont, als er das letztemal in Spanien perweilte, mit dem Prinzen persönlich verkehrt. Jetzt sendeten Egmont und Hoorn zwei angesehene Freunde nach Madrid, um dem König über die Verletzung ihrer Freiheiten durch die neuerlichen kirchlichen Maßnahmen Vorstellungen zu machen. Die beiden, Montigny und Berghes, haben eine Verbindung mit dem Prinzen unterhalten. Als später Montigny verhaftet wurde, schrieb Philipp an Ruy Gomez, Fürsten von Eboli, seinen und des Prinzen gemeinsamen Obersthofmeister, daß er von den Schriftstücken, die bei dem Gefangenen saisiert worden, nichts dem Prinzen sagen dürfe. Die Verhaftung der beiden Niederländer scheint ein schwerer Schlag für den Prinzen gewesen zu sein. Er sah jetzt auch klar, daß der König sein Reiseprojekt aufgegeben habe. In der Tat sprach der König trotz aller getroffenen Anstalten nichts mehr davon, seitdem er von der gelungenen Ankunft Albas in den Niederlanden unterrichtet worden. Die Stimmung des Prinzen wird nun eine verzweifelte. Er denkt an gewaltsamen Widerstand gegen den Vater und an Flucht. Er schreibt an einzelne Granden und wirbt um ihre Dienste, er nähert sich noch mehr als zuvor Don Juan d'Austria. Einen ergebenen Kämmerer sendet er mit einer Art von Wechselbanketten nach Sevilla und anderen

Digitized by Google

Städten, um dort bei reichen Adeligen Anlehen durchzusetzen. Auch an das Bankhaus Grimaldi in Genua ward geschrieben. So brachte er innerhalb einiger Wochen eine Summe von etwa 400 000 Dukaten zusammen. Ein italienischer Gesandter erzählt, daß eine Flucht nach Genua geplant gewesen sei. Andere Berichte sprechen von Portugal, wo sein junger Vetter Sebastian auf dem Throne saß. Gegen die Vertrauten seines Vaters benahm sich der Prinz hochfahrend und verletzend. Die Verstimmung, ja der feindselige Gegensatz zwischen Vater und Sohn ward unverkennbar. Sie war der Gesprächsstoff der Hofleute geworden.

Um Weihnachten pflegte der König mit den Prinzen die Geburt Christi durch ein besonders prunkhaftes kirchliches Fest zu feiern. Alle Teilnehmer mußten das Abendmahl genommen haben. Da erschien eines Abends der Prinz in einem Hieronymitenkloster und fragte, ob das Abendmahl ihm auch gereicht werden könne, wenn er in seiner Seele einen tödlichen Anschlag mit sich herumtrage. Als ihm dies selbstverständlich verneinend beantwortet wurde, tat er die Frage, ob man ihm nicht eine ungeweihte Hostie verschaffen könne, und als ihm auch dies mit Abscheu und wachsendem Befremden verweigert worden, fragte ihn der besorgte Prior, welches Bewandtnis es mit diesem Anschlage habe. Daraufhin bekannte der Infant, daß es des Vaters Leben sei, gegen das sein Haß sich richte. Die Möuche erstatteten hievon sofort dem Könige Bericht. Von dem kirchlichen Akte blieb der Infant fern. Aber auch von einer anderen Seite kam dem König bedrohliche Kunde. Don Carlos hoffte für seine Pläne Don Juan d'Austria zu gewinnen. Unverhohlen sprach er davon, feindselig mit Gewaltmitteln gegen den Vater aufzutreten und bat ihn um seine Unterstützung unter den weitgehendsten Versprechungen. Aber Don Juan war seinem königlichen Bruder treu ergeben und lehnte ab. Nun soll der Prinz Verrat gefürchtet und auf Don Juan mit dem Dolche eingedrungen sein. Don Juan wich jedoch geschickt dem plötzlichen Angriffe aus und eilte zum König.

Philipp hatte längst und mit schwerer Sorge die Entwicklung der Dinge mit angesehen. Hier hatte er es mit einem Jüngling zu tun, dessen hohe Geburt und Rang ihm angesichts der furchtbaren, unberechenbaren Leidenschaftlichkeit und Unüberlegtheit zu einer schweren Gefahr werden konnte. Nicht um sein Leben war

Digitized by Google

ihm bange, Philipp glaubte sich hier sicher, aber um sein staatliches und kirchliches Regiment trug er Besorgnis. Philipp II. hatte von seinem Vater nicht die Feldherrngabe, nicht die frische Beweglichkeit des Geistes geerbt, wohl aber den weltumspannenden Blick für Staatsgeschäfte und die stolzeste Auffassung von seinem königlichen Amte. Er hatte seinen Vater auf der höchsten Höhe seiner Macht gesehen, da er tatsächlich der Welt Gebote auferlegen konnte, und diese Macht war gebrochen worden durch die Revolution, die sich auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens vollzogen hatte. Philipp sah in jeder reformatorischen Bewegung die fluchwürdige, unheilvolle Schädigung der Kirche und anderseits der Macht seines Hauses, das mit der Kirche im Bunde vorzugehen gewohnt war. Philipp mochte an seinen Großvater Ferdinand von Aragonien denken, der mit Hilfe der Kirche und der von ihm gegründeten Inquisition alle ständische Macht in Kastilien und Aragon niedergebrochen uud die große Macht seines Hauses begründet hatte. Philipp mochte an den schmalkaldischen Krieg und an die Demütigung seines Vaters durch die Protestanten sich erinnern. Der Lieblingsplan des alternden Kaisers, ihn zum römischen König zu machen und ihm nach Ferdinands I. Tode die Kaiserwürde zu verschaffen, war an dem Widerstande der deutschen Protestanten gescheitert. So ist denn der König innerhalb seines gesamten Machtgebietes mit eiserner Strenge bemüht, jede ketzerische Bewegung rücksichtslos niederzuhalten, und der Aufstand der Niederlande ward für ihn zur eindringlichen Mahnung, daß nur mit blutiger Gewalt derlei revolutionäre Erscheinungen auszurotten wären. Fand aber eine solche Bewegung zum Träger einen Prinzen von dem Rang seines zum Nachfolger bestimmten Sohnes, dann erhielt sie einen autoritativen Charakter, dessen Konsequenzen nicht abzusehen waren. Aus sämtlichen Handlungen Philipps gegenüber seinem Sohne geht hervor, daß persönliche Rachsucht und Abneigung zurückstehen müssen gegenüber einem Akte der Staatsnotwendigkeit, und tatsächlich mußte, wenn nicht der Vater, so der König mit größter Sorge auf diesen ungesunden, blindwütigen Menschen blicken, den seine dunkle Leidenschaft den Aufrührerischen in die Arme führte.

Der Prinz ahnte, daß man Schritte gegen ihn vorhabe. Durch einen kundigen Mechaniker, der später nach Frankreich aus-

Digitized by Google

wanderte, ließ er sich ein kunstreiches Schloß an seiner Tür, das nur er handhaben konnte, anfertigen und ferner ein aus Eisenblättern bestehendes, kunstreich verhülltes Brevier, mit dem sofort ein Angreifender niedergestreckt werden konnte. Er hatte Gewehr und Pistole stets in der Nähe seines Bettes, doch alles dies kam nicht zur Anwendung, als im Januar 1568 eines Abends 11 Uhr der König, dem auf Geheiß einige Hofleute und Offiziere folgten, in das Zimmer des Prinzen eintrat und dessen Fenster sofort vernageln ließ. Der Prinz richtete verzweifelte Reden an den König, der ihm mit gewohnter Ruhe und Höflichkeit schweigendes Verhalten anbefahl und ihm Arrest in diesem seinem Zimmer ankündigte. Die benachbarten Gemächer mußte Ruy Gomez beziehen. Ein paar Edelleute durften den Prinzen besuchen, mußten aber jede Auskunft über seine Gefangennahme und seinen Prozeß als unnütz ablehnen. Eine jede Waffe, jedes scharfes Eßwerkzeug ward ferngehalten. Eine Junta, aus drei Mitgliedern bestehend, ward eingesetzt, um den Sachverhalt zu prüfen. Indessen sandte der König an den Papst, an die Königin von Portugal Briefe, die sein Verfahren als eine Staatsnotwendigkeit hinstellten und die Gefangensetzung des Prinzen als unvermeidlich bezeichneten. Der König zeigte sich ergriffen, als sein kaiserlicher Vetter Maximilian seine in Madrid verweilenden Söhne zurückverlangte. Wortkarg ging er umher, einsam verweilte er in seinen Gemächern. Es vergingen Monate, ohne daß der Prinz irgend etwas über seine Angelegenheit vernahm. Nach Verzweiflungsausbrüchen wandte er sich zu Versuchen der Versöhnung. Er ließ seinen Vater um Verzeihung bitten. Sie ward ihm gewährt, aber nicht die Freiheit. Nur die Rückgabe einiger Zimmer ließ der König ihm anbieten, worauf der Infant erwiderte, für den Gefangenen sei ein Zimmer genug, für den Freien kaum die Welt. Er hatte seinen Vater nicht mehr zu sehen bekommen. Er sah seine Sache verloren, und seine Stimmung wechselte zwischen stumpfem Brüten und Anfällen von maßloser Wut und Verzweiflung. Er machte ohnmächtige Selbstmordversuche, versuchte den Hungertod zu sterben. Die Nachricht hiervon veranlaßte den König nur zu einer höhnisch abfertigenden Äußerung. Es kam der heiße Sommer heran, und der Gefangene empfand die Haft jetzt erst körperlich drückend. Er ließ die Dielen mit eiskaltem Wasser begießen und ging mit nackten

Digitized by Google

Füßen stundenlang umher, er beging die stärksten Exzesse bezüglich des Essens und Trinkens von kaltem Wasser, bis endlich das Fieber wiederkam und von dem schwächlichen Körper endgiltigen Besitz ergriff. Er sah sein Ende nahen und empfing die Tröstungen der Religion. Auch nicht an seinem Sterbebette wollte der Vater erscheinen.

Der Tod des Infanten ward entscheidend für die politische und kirchliche Haltung des Wiener Hofes. Philipp war jetzt ohne männliche Erben, und die Söhne Maximilians kamen in bezug auf die Länder der habsburgischen Krone in Betracht. Wollte die österreichische Linie dies Erbe tatsächlich anstreben, dann war es wohl geboten, sich der politischen und kirchlichen Auffassung Philipps wiederum zu nähern. Der Umschlag in dem Auftreten Maximilians gegenüber den Protestanten ist nun unverkennbar. Während zu zeiten seines Vaters und während seiner eigenen Regierung die österreichische Linie auf ein gutes Verhältnis mit den protestantischen Fürsten den entscheidenden Wert gelegt hatten, während Maximilian wiederholt öffentlich sich zu den Formen des Protestantismus bekannt hatte, lenkte jetzt der Kaiser ein. Noch im Jahre 1566 hatte er Philipp gegenüber betont, auf die Möglichkeit der Priesterehe einzugehen und dadurch eine gewisse Annäherung der beiden Konfessionen anzubahnen. Sein eigener Prediger Fauser galt als ein Protestant. Jetzt versprach Maximilian, sich innerhalb der Satzungen der katholischen Kirche zu verhalten. Auch gab er den deutschen Kirchenfürsten verbindliche Versprechungen, und eine Entfremdung des Wiener Hofes gegenüber den protestantischen Fürstenhäusern machte sich bald bemerkbar.

Ranke zitiert eine Äußerung des venetianischen Gesandten aus dem Jahre 1571, also drei Jahre nach dem Tode des Infanten: „Ich kann mit Grund der Wahrheit versichern, daß ich in S. Maj. eine große Veränderung wahrgenommen habe. Wenn er sich früherhin und bis zum Tode des Prinzen Carl als einen Nebenbuhler des Königs von Spanien zeigte und von demselben bei jeder Gelegenheit nicht eben sehr ehrenvoll sprach, so hat er jetzt eine andere Manier angenommen und redet von ihm nicht anders als mit dem größten Respekt. Gegenwärtig tut man vonseiten des Kaisers nichts, ja man denkt nichts, man faßt keinen Plan, sei er groß oder klein, der nicht den Spaniern mitgeteilt, mit ihnen

Digitized by Google

beraten würde; wie sie bestimmen, ja oder nein, so wird es ausgeführt."

Die Berichte über den Untergang des Don Carlos wurden sehr bald durch niederländische und französische Publizisten einer Umformung unterzogen. Daß der Prinz erkrankt und gestorben sei, sagte der erste offizielle spanische Bericht. Dann aber hörte man von der Gefangensetzung und dem Tode des 23jährigen jungen Prinzen, und wenn auch die Gesandten versicherten, derselbe sei einem Anfalle des alten Fiebers erlegen, so waren jetzt geschäftige Federn bemüht, den Krieg und den Haß gegen das spanische Übergewicht dadurch zu steigern und zu verschärfen, daß der Tod des Infanten als ein gewaltsamer und durch den Haß des Vaters veranlaßt dargestellt wurde. Ein Pamphlet des Prinzen Wilhelm von Oranien machte den Beginn, und wenn dasselbe auch durch spanische und italienische Darstellungen bekämpft wird, so behauptet sich dennoch dasselbe. Die Franzosen griffen diese Anwürfe bereitwilligst auf. Es war der Kampf des Protestantismus gegen die unerbittlichen kirchlichen Verfügungen, es war der von Frankreich geschickt organisierte Kampf gegen die Weltmacht Spaniens, der in diesen entstellenden Berichten zum Ausdruck kam. Schließlich bildete sich die tendenziöse Auffassung heraus, daß der König aus Eifersucht auf seine französische Gemahlin, die ursprünglich dem Sohne zugedacht worden sei, Carlos habe ermorden lassen. Nach dem erhaltenen archivalischen Quellenmaterial hat Königin Elisabeth de la Paz dem Konflikt zwischen ihrem Gemahl und ihrem Stiefsohn gänzlich ferne gestanden. Sie wird von den zeitgenössischen Hofchronisten als ein kindlich heiterer Charakter geschildert. Ihrem Gatten war sie in inniger Liebe zugetan. Als sie ungefähr ein Vierteljahr nach Carlos an den Folgen einer zu spät vorgenommenen Operation starb, ließ sie dem König als frommes Abschiedswort sagen, „sie gehe nun dorthin, wo sie vielleicht mehr für ihn wirken könne, als sie in dieser Welt vermocht". Als vierte Gemahlin führte Philipp die bereits erwähnte Prinzessin Anna, die Tochter seines kaiserlichen Vetters, zum Altar. So ward die Tatsache, daß der König zwei Jahre später sich mit der Braut seines Sohnes vermählt hatte, zum Anlaß für eine romantisch schauervolle Liebesgeschichte. Auf dem Grund dieser Mythen fußt die stilistisch glänzende Darstellung

Digitized by Google

St. Reals zur Zeit Ludwig XIV. Sie ist bestimmend für die spätere Zeit geworden, sie hat auch Schiller die Anregung zu seinem Drama gegeben. Allerdings hat unser deutscher Tragiker den Stoff ins Große auszugestalten gewußt. Eine heroische Liebesgeschichte stellt er inmitten des Geisterkampfes gegen mittelalterliche Herrscherauffassung und die Übermacht der Kirche. An der Seite des unglücklich Liebenden erscheint jener Posa, der gleichsam das großartige Vermächtnis der geistigen Errungenschaften des 18. Jahrhunderts ausspricht.

Mit dem armen, krankhaft überreizten Prinzen hat der Don Carlos Schillers nichts mehr zu tun, aber ich möchte auf zwei Dramen hinweisen, deren Dichter vielleicht durch die überlieferten Charakterzüge des Prinzen angeregt worden sind. Ich meine Calderons „Leben ein Traum", dessen historische Quellen die Forschung bisher nicht berücksichtigt zu haben scheint. Jener dritte Akt, in dem der bisher gefangen gehaltene Prinz durch seine jähe zügellose Leidenschaft seine Umgebung, ja seine Freunde in trostlose Verzweiflung setzt, hat eine merkwürdige Ähnlichkeit in seinen Tatsachen mit den Berichten, die z. B. der spanische Historiker Philipp II., Cabrera, im Jahre 1619 verfaßt hat. Und noch ein andres: 1829 erschien in den Wiener Jahrbüchern eine ausgezeichnete kritische Abhandlung über den Untergang des Don Carlos, von dem damals noch jungen Historiker Leopold Ranke. Sie dürfte Grillparzer nicht unbekannt geblieben sein, und vielleicht findet sich noch einmal eine überlieferte Zeile, welche nachweist, daß Grillparzer, dieser ausgezeichnete Kenner habsburgischer Dinge, in seinem „Bruderzwist" bezüglich des Verhältnisses Kaiser Rudolfs zu seinem Sohne Cäsar an das nachsichtslose Urteil dachte, das Philipp über seinen Sohn verhängt hat:

„Ich will ihn hüten, Rudolf verkündete, wie des Augen Stern.
Und hört Ihr einst, er sei zu Nacht gestorben,
So denkt nur, seine Krankheit hieß Verbrechen,
Und Strafe war sein Arzt."

Digitized by Google

Digitized by Google

Eine österreichische Kronprinzessin aus dem Hause Parma.

Nach Briefen und Berichten.

(1915.)

Am 1. September 1760 erlebte Parma, die Residenz des Infanten Don Philipp, ein gar herrliches Schauspiel. Eine unabsehbar lange Reihe kostbar geschmückter und mit auserlesenen Pferden bespannter Equipagen bewegte sich in zierlich gemessenem Schritte dem Schlosse zu. Der außerordentliche Gesandte der Kaiserin Maria Theresia, Fürst Wenzel Lichtenstein, kam als feierlicher Brautwerber um die Prinzessin Isabella; nach der mittels Prokuration vollzogenen Vermählung sollte er die künftige Gemahlin des Kronprinzen Josef in ihre neue Heimat, in die kaiserlich habsburgischen Erblande geleiten. Wenzel Lichtenstein, der erste Kavalier des Wiener Hofes, der durch seine Kriegstaten berühmte Artilleriegeneral, war von der Kaiserin ausersehen worden, in prächtig würdiger Weise Österreich am Bourbonenhofe zu Parma zu repräsentieren. Die umfangreichsten Vorbereitungen hatte er getroffen, um in vollem Glanze als Werber des kaiserlichen Thronerben in würdiger Pracht aufzutreten. In fünf Abteilungen war sein Troß langsam die Heerstraße nach Oberitalien herabgezogen. In einem Handbillett Maria Theresias an den Fürsten heißt es: „Mir tut es leid für Ihre Wägen, der mehreren Depensen und Ungelegenheiten. Ich trage noch einmal alle Wägen an, die ich hier habe, wenn sie dem Fürsten konvenieren können ...“ Und in einem zweiten Briefe meint die Kaiserin: „Niemand hätte mit mehr Vertrauen und Anständigkeit als der Fürst diese so angenehme Kommission für uns und unser Haus verrichten können ... alles was diese Heirat anbelangt, schickt sich so sehr nach meinem Wunsche, daß ich mir recht den glücklichsten Ausschlag und eine bessere Zukunft für meine alten Tage verspreche, als ich meine jungen passiert habe.“

Diesen Worten froher Zuversicht waren lange Monate schwieriger und verdrießlicher Verhandlungen vorausgegangen. Die Ver-

Digitized by Google

heiratung des Kronprinzen Josef steht in innigem Zusammenhange mit den diplomatischen Aktionen im Siebenjährigen Kriege. Man schätzte in Wien den Beistand Frankreichs hoch ein und hoffte, durch die Verbindung des Thronerben mit einer Enkelin Ludwigs XV. diese Allianz dauerhafter zu befestigen. Die Gemahlin Don Philipps, Isabella, galt als die Lieblingstochter König Ludwigs. An dem Hofe zu Parma scheint die Werbung außerordentliche Freude erregt zu haben. Sie ward als ein wichtiger Erfolg des hier regierenden jüngeren Bourbonen begrüßt. Seit 1749 nämlich hatte Infant Don Carlos, der bisher Parma besessen, den Thron Neapels bestiegen, der jüngere, Don Philipp, war in Parma sein Nachfolger geworden. Mit der Tochter des Don Carlos galt aber der österreichische Kronprinz seit Jahren verlobt. Schon 1751 war ein Ehebündnis mit dem Hofe zu Neapel in Aussicht genommen worden, das durch einen Erbvertrag später erweitert werden sollte. Tanucci, der gelehrte Florentiner, der als Minister Don Carlos von Parma nach Neapel gefolgt war, hatte mit dem Wiener Hofe Verhandlungen geführt. Allein, der dringende Wunsch, Frankreich bei der Allianz gegen Friedrich von Preußen festzuhalten, veranlaßte Kaunitz, auf die Vermählung des Kronprinzen mit der im siebzehnten Lebensjahre stehenden Enkelin Ludwigs XV. zu dringen. Zu Versailles hatte sich ein Widerstand gegen die Allianz geäußert; es galt, den König so innig als möglich mit Österreich zu verknüpfen. Die Kaiserin wurde durch ihren Kanzler von der Notwendigkeit der Verbindung überzeugt, aber ihrem loyalen Sinne widerstrebte es, die Verabredung mit Neapel zu widerrufen. Eine persönliche Neigung Josefs mußte Kaunitz als Ausrede für die Absage an Tanucci dienen. Da war nämlich 1758 Graf Firmian von einer längeren diplomatischen Mission, die ihn an die bourbonischen Höfe in Italien geführt hatte, nach Wien zurückgekommen. Schon damals stand er in der ersten Reihe der österreichischen Diplomaten. Er sah auf ausgezeichnete Erfolge an den italienischen Höfen zurück. In Neapel hatte er bestimmenden Einfluß auf den König ausgeübt. Mit fast überschwenglichem Lobe wird er von Winckelmann bedacht. Der Begründer der kunsthistorischen Wissenschaft nennt ihn „den würdigsten Menschen unter der Nation", ja, „einen, der größten, weisesten, menschlichsten und gelehrtesten

Digitized by Google

Männer". Firmian hatte die fünfzehnjährige Prinzessin in Neapel gesehen und noch recht kindlich gefunden, er pries aber den jugendlichen Reiz Isabellens von Parma. Er zeigte ein Miniaturporträt der Prinzessin, das die gesamte kaiserliche Familie entzückte. Kaunitz klagte nun Tanucci, wie sein eben von den Blattern genesener Kronprinz das Porträt gesehen und sofort von einer unbesiegbaren Neigung ergriffen worden sei. Der Hof müsse dem Rechnung tragen. Mit schwerem Herzen erteilte Maria Theresia ihre Zustimmung. Der Kaunitzsche Bericht trägt am Rande nachfolgende Zeilen: „Placet weilen man keinen besseren Ausweg hat finden können, als ex auf des sohnes seiner Vorliebe vor die parmesanische Infantin zu schieben, welches aber auff ihme als einen wohlerzogenen sohne nicht kan erliegen lassen, sondern als eine stattsursach, welcher wir und die ganze konferentz beygestimmt bewenden lasse." Kaunitz hatte seinen Brief mit der Beteuerung schließen wollen, daß der Wiener Hof die größten Anstrengungen gemacht, um Josef von seinem Wunsche abzubringen. Die Wahrheitsliebe Maria Theresiens ließ diese Schlußwendung nicht zu, sie mußte gestrichen werden.

So war endlich das Verlöbnis zustande gekommen, am 3. September erfolgte die feierliche Brautwerbung, und Lichtenstein berichtet ausnehmend befriedigt seiner Herrin: „Die Infantin hat in jeder Hinsicht meine Erwartung übertroffen und ich kann Eurer Majestät nur versichern, daß keines ihrer Bildnisse ihr gleicht, und daß es einem Maler sehr schwer wird, ihr gerecht zu werden; diese feinen Züge, die Sanftmut und Bescheidenheit in Verbindung mit einem reichen Maße von Würde müssen seiner Kunst eine Schranke setzen. Was ihren Charakter und ihr Herz betrifft, wird Se. königliche Hoheit der Erzherzog der glücklichste Fürst der Erde sein. Ich kann hinzufügen, Eure Majestät, daß sie alle Herren meines Gefolges zur Bewunderung hingerissen hat." Am 7. September ward die Vermählung, bei der Lichtenstein die Stelle des Bräutigams einnahm, vollzogen. Die Glückwünsche des Königs von Sardinien zu überbringen, ist ein Marquis Cavour beauftragt gewesen.

In die Bräutigamsstimmung Josefs gewährt eine Anzahl von vertrauten Briefen Einblick, die an den Grafen Anton Salm gerichtet sind. Der Graf gehörte seit langer Zeit dem Hofstaate

Digitized by Google

des Kronprinzen an und war jetzt zu seinem Oberstthofmeister bestimmt. Er hat das unbedingte Vertrauen seines jungen Herrn gehabt und mit treuer Hingabe ist er ihm zur Seite gestanden. Vor etwa zwei Jahrzehnten erst sind diese Briefe veröffentlicht worden. Sie machen die weitverbreitete Legende von dem unwiderstehlich siegreichen Eindruck, den das von Firmian mitgebrachte Porträt auf den Kronprinzen gemacht, vollends zunichte. Salm war mit Lichtenstein nach Parma gereist und hatte offenbar Josef mit der gleichen Wärme über Isabellen berichtet, wie Lichtenstein der Kaiserin. Am 10. September antwortet der Kronprinz. Wir bekommen wohlgesetzte französische Phrasen zu lesen. Der Prinz bemüht sich, männlichernste Würde als angehender Gatte zu beweisen. Doch Josef weiß, daß er zu seinem Vertrauten spricht. Inmitten pathetischer Phrasen begegnet man den aufrichtigen Äußerungen eines unruhigen Jünglingsherzens. „... Die Beschreibung, die Sie mir von der Prinzessin machen, ist zu günstig, daß ich nicht hoffen sollte, glücklich zu sein. Ich kenne Sie seit fünfzehn Jahren und sie mich auch und darum glaube ich Ihnen mehr als allen anderen. Ich bin überzeugt, daß Sie nicht schmeicheln. Werde ich glücklich, dann schreibe ich dies der vollständig passiven Haltung zu, die ich bei der Wahl, welche für mich Ihre Majestäten getroffen, beobachtete. Ich habe mich darin, wie Sie wissen, ganz der Güte Gottes und der Zärtlichkeit meiner Eltern überlassen. Nun am Ende, ich war einmal bestimmt für die Infantin, die ich heirate und was mich betrifft, ich werde alles tun, um mir ihre Achtung und ihr Vertrauen zu erwerben. Aber Liebe, nun, Sie wissen, ich kann nicht den Angenehmen, den Liebhaber spielen, dies geht wider meine Natur. Bereiten Sie sie bei Gelegenheit vor, daß sie in mir nicht einen stutzerhaften jungen Menschen suchen soll, der ihr hundert hübsche Nichtigkeiten sagen wird, aber einen Mann, der von dem ersten Augenblicke an alle Rücksichten und Aufmerksamkeiten für sie haben wird, die sie sich nur wünscht; hierin liegt, wie ich glaube, meine Aufgabe, und ich werde sie ausführen, komme, was da wolle. Ein Mittel aber gibt's, vielleicht das einzige, mein Herz zu fassen, wenn sie in ihrer Güte in mich Vertrauen setzen und gelegentlich meinen Rat einholen würde, den ich ihr immer in aufrichtigster Weise geben will und den besten, den ich weiß. Ohne Scherz, hier

Digitized by Google

wohl bei einer Sache, die uns so nahegeht, kann sicher kein Scherz standhalten. Dixi! Da sehen Sie, mein lieber Salm, jetzt habe ich mich wieder in geistreicher Rede ergangen und Generalbeichte abgelegt ... Im Feld geht es nicht so, wie ich es wünsche. (In den ersten Septembertagen 1760 wünschte man am kaiserlichen Hofe ein offensives Vorgehen in Schlesien, am 10. erließ die Kaiserin in diesem Sinne an Daun.) Ich habe es immer vorausgesagt, daß, sobald man mich nicht hingehen läßt, der Krieg kein Ende nehmen wird. Siehe da! werden Sie sagen, eine recht törichte Rede für einen Liebenden, der in drei Wochen heiraten soll; aber mein Ruhm, der Dienst der Kaiserin und das Wohl des Volkes könnten mich veranlassen, vom Altar weg ins Lager abzugehen, wenn man mir es erlauben würde. Indessen würde ich bereits vor Abgang vor dem Altar die Prinzessin beim Kopf nehmen und umarmen und mit Vergnügen dann scheiden. Sie werden denken, wenn Sie dies lesen: Einen Monat verheiratet und ich denke nicht mehr an Alexander; möglich, denn ich habe die Liebe noch nicht gefühlt, welche mir vielleicht den Kopf verdrehen wird, wie sie dies noch viel Weiseren getan hat. Ihr treuester Josef." Eine Woche später aber gesteht der Kronprinz, „daß seit den zwei Tagen, die ich mich verheiratet weiß, ich mich nicht mehr auf den Stolzen spiele und unbegreiflich warum, schon mein Herz bewegt fühle, obwohl ich es nicht gestehe; ich studiere den Kalender, um zu sehen, wie lange ich noch ein Gemahl ‚in partibus' sein muß; schließlich: in vierzehn Tagen werden wir uns in Laxenburg sehen; ich dürfte eine dumme, recht verlegene Figur machen, der ich meinem Naturell entgegen, den Liebenswürdigen, vielleicht später sogar den Verliebten zum Ausdruck bringen will, für Sie, der Sie mich kennen, Stoff genug zum Lachen. Leben Sie wohl, bis zu dem Augenblick, da ich das Vergnügen haben werde, Ihnen mündlich zu versichern, daß ich bin Ihr treuester Josef". In den nachfolgenden Briefen steigert sich die unruhige Stimmung des Kronprinzen ... „Ich fürchte mich mehr vor der Heirat als vor einer Schlacht ... Sie werden über mich spotten und über meine Aufregung, aber ich habe mich noch nie so niedergeschlagen und angegriffen gefühlt, noch dazu ohne Grund, nur aus Furcht, nicht gut anzukommen. Wäre ich ein Privatmann, würde ich alles rückgängig machen

Digitized by Google

und ich würde mich nie entschließen zu heiraten. Aber als Opfer des Staates bringe ich mich dar in der Hoffnung, Gott wird mir diese Fügsamkeit anrechnen und mich entschädigen, wenn nicht in dieser, so in einer anderen Welt. So aufgeregt bin ich und die Majestäten suchen diese Unruhe zu bannen, vermehren sie aber von Moment zu Moment bis zum entscheidenden Augenblick."

Am 1. Oktober traf die Infantin mit dem ihr entgegengesandten Gefolge in Wien ein. Ihren ersten Aufenthalt nahm sie im Belvedere. Ein paar Meilen vor Wien auf offener Straße waren die Kaiserin und Josef mit Isabellen das erstemal zusammengetroffen, kurz vorher Kaiser Franz. Auf Schloß Laxenburg hatte man sich dann zu einer Familienmahlzeit zusammengefunden. Am 6. Oktober zog Isabella feierlich in die Hofburg ein, in der Augustinerkirche vollzog jetzt der Nuntius Boromäo die eigentliche Trauung.

Sämtliche Berichte feiern die Schönheit der Kronprinzenbraut, ihr die Herzen schnell gewinnendes Wesen. Dem jungen Fürstenkinde aus Parma ist es wohl nicht leicht geworden, ihrer Haltung bei all den Vermählungsfeierlichkeiten den Zug heiteren Liebreizes zu verleihen. Denn Isabella trauerte, wie wir jetzt wissen, um den Verlust einer heißgeliebten Mutter, die sie im Spätherbste des vorigen Jahres verloren. Nur ihre nächste Umgebung und eine Freundin, die sie sich schnell in Wien gewonnen, Erzherzogin Marie Christine, haben darum gewußt. Von der Mutter scheint Isabella ihre ausgezeichnete Erziehung, ihre vielseitige Bildung und die Energie ihres Denkens erhalten zu haben. Mutter und Tochter haben im engsten Verkehr miteinander gelebt. Als der Tod die Infantin jäh von ihrem Kinde riß, vermochte es sich die ersten Zeiten gar nicht zu fassen. In dumpfer Qual, abgeschieden von ihrer höfischen Umgebung, verbrachte Isabella die Tage. Die mystisch-religiöse Stimmung, in die Isabella mit der Mutter gemeinsam sich gerne versenkte, wird durch eine visionäre Erscheinung bestätigt, über die die junge Prinzessin oft berichtet hat. Inbrünstig habe sie in jener Zeit des ersten Schmerzes für die Seele der Dahingeschiedenen gebetet, als sie neben sich das Wort „drei" aussprechen gehört. Wie eine Botschaft aus dem Jenseits habe sie das aufgefaßt. Sie glaubte auf drei Tage, dann auf drei Monate bis zur Wiedervereinigung mit der geliebten Mutter

Digitized by Google

rechnen zu dürfen. Später hat sie wohl mit der Frist von drei Jahren sich vertraut gemacht, eine Erwartung, die sich zum Schmerze ihres Gatten verwirklichen sollte. Diese Note der Schwermut im Wesen Isabellens, die asketische Vorstellung von der Nichtigkeit alles Irdischen kehrt immer und immer wieder; sie hat aber niemals einer ernsten Teilnahme für Aufgaben und Pflichten Eintrag getan. Nach den Zeugnissen aller ihr Nahestehenden fühlte sich Isabella von den ersten Tagen ihrer Vermählung an als die Kronprinzessin des Habsburgerreiches. Sie übersah mit kundigem Blicke die geschichtliche Entwicklung und die staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie. Sie beurteilte mit überraschender Reife die Kaiserin, Josef und ihre Schwägerinnen. Sie beweist dabei einen gütigen Sinn, aber auch den Mut einer gänzlich unbefangenen Einschätzung. Sie, die junge Südländerin, findet haßerfüllte Worte, wenn sie ihre Lieben angegriffen weiß. Heiteren Regungen, die sich bis zu mutwilligem Scherz steigern durften, ging sie nicht aus dem Wege. Zuweilen hörte man von ihr ein Wort scharfen Spottes. Zu Marie Christine hat sie einmal über sich selbst gesprochen: „Du kennst ja meinen gewissen Schrank, in dem man ganz ohne alle Ordnung oder Unterscheidung eine politische Schrift, einen Pack Briefe, eine komische Oper, ein Vaudeville, eine Abhandlung über Erziehung, ein Klavierstück, moralische Betrachtungen, eine Predigt, eine Erörterung der Narrheit der Welt, endlich Briefe von hundert Personen, die mir vollkommen gleichgültig sind, neben jenen der Kaiserin, welche die Freude meines Lebens ausmachen, alles bunt durcheinander aufgestapelt findet. Genau so wie in diesem Schranke sieht es auch in meinem Kopfe aus. Etwas Philosophie, etwas Moral, Erzählungen, tiefsinnige Betrachtungen, fröhliche Lieder, Geschichte, Physik, Logik, Metaphysik, Sehnsucht nach Dir, alles das nebeneinander bildet das eigentümlichste Gewirr, das Unordnung und Vernunft nur immer zustande bringen könnten". Eine Anzahl von Niederschriften und Abhandlungen Isabellens sind noch erhalten. Sie hat sich Auszüge über die Sittengeschichte der alten Völker gemacht. Sie schreibt über den Handel, kennzeichnet seine Wichtigkeit und meint, daß er „die Seele des Staates sei". Sie bespricht die handelspolitischen Entwürfe Karls VI. nach Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges. Ja,

Digitized by Google

sie befürwortet einen Handelsvertrag mit Holland und entwirft die Fassung eines solchen Abkommens. Die Prinzessin mochte mit diesem Gegenstand noch aus der Zeit vertraut sein, da am Hofe ihres Großvaters zu Paris über den Umtausch Parmas gegen die Niederlande mit Wien verhandelt wurde. Doch neben den weltlichen Betrachtungen macht sich überwiegend stark die Neigung zu philosophisch-religiöser Spekulation geltend. Auch hier erklingt das Leitmotiv, das Todesgefühl. Das Scheiden von dieser Welt hat nichts Schmerzliches für sie.

Die Briefe an Marie Christine enthalten ausführliche Charakteristiken Maria Theresiens und Josefs. „Die Kaiserin", so schreibt sie, „hat ein ausgezeichnetes, gefühlvolles und mitleidiges Herz; in Wahrheit liebt sie diejenigen, denen sie ihre Neigung zuwendet, und aufopfern würde sie sich für sie oder sogar für deren Freunde. Alles, was jene angeht, wird dadurch auch für sie ein Gegenstand der Aufmerksamkeit und der Teilnahme. Wendet man sich mit Offenheit an sie, so wird sie selbst dann nicht verschmähen, ihren Rat zu geben, wenn man dessen am wenigsten gewärtig sein sollte ... Daher stammen die Fehler, die sie begeht. Darin wurzelt die Unentschiedenheit, in der sie sich häufig befindet und daher kommt es, daß sie sich leicht an diejenigen um Rat wendet, welche unverschämter als andere ihren falschen Eifer zur Geltung zu bringen wissen. Deshalb bitte ich Dich inständig, wenn Du einen Zweifel hegst, wende Dich unmittelbar an die Kaiserin und laß sie sogleich entscheiden, denn wenn man ihr Zeit läßt, zieht sie andere Leute zu Rate ... Die Kaiserin ist ungemein lebhaft. Die Entschlüsse, die sie im ersten Augenblick gefaßt, sind oft von ihrer Heftigkeit eingegeben. In solchen Fällen muß man sich bemühen, sie zum Reden zu bringen, das erleichtert sie; dann soll man trachten, jede Entscheidung hinauszuschieben. Den Fall, der sie gerade erbittert, muß man so bedenklich finden, als nur immer möglich, dann sie aber besänftigen und eine Änderung ihrer ersten Entschlüsse herbeiführen. Sie wird bald darauf eingehen und darin besteht das sicherste Mittel, ihre Hochachtung zu erwerben. Die Geradheit und Güte sind ja der Grundzug ihres Charakters." Wiederholt kommt Isabella auf ihren Gemahl zu sprechen. Sie hat sich schnell davon überzeugt, daß der Kronprinz seinen Geschwistern gegenüber schon als Knabe eine überlegene, vielleicht

Digitized by Google

etwas altkluge Haltung eingenommen hat, wie dies ja auch aus dem ersten hier angeführten Brief an Salm zu entnehmen ist. Der junge Herr war durch seine Stellung zunächst dem Throne frühzeitig zu Repräsentationspflichten herangezogen worden, der Verkehr mit den greisen Würdenträgern ließ ihn von seinen Schwestern eine Art Unterordnung verlangen, eine Forderung, die nicht selten mit Spöttereien beantwortet wurde. Das Verhältnis nahm daher zuweilen gereizte Formen an. Nun wird Isabellens Meinung von den Prinzessinnen angerufen, man fragt sie, ob man Josef nicht die Wahrheit sagen solle. Da gibt sie den Bescheid, daß dem Kronprinzen gegenüber jede Unaufrichtigkeit äußerst gefährlich wäre, indem man sonst nie seine Achtung zu erlangen vermöchte. Aber auch widersprechen dürfe man dem Erzherzog nicht. Man müsse ihm die Wahrheit sagen, kurz, sanft und nur, wenn man mit ihm allein sei. Ein anderes Mal wird sie befragt, ob man trachten solle, zuerst die Achtung des Kronprinzen und dann erst seine Neigung zu erwerben, da meint sie, das Gemüt ihres Mannes sei nicht gefühlvoll genug, um rasch durch die Freundschaft allein gewonnen zu werden. Komme jedoch die Achtung hinzu, dann folge die Freundschaft von selbst. Ihre eigene Erfahrung habe ihr das bewiesen. Solche Äußerungen mochten der höfischen Umgebung auffallend nüchtern erschienen sein. Vielleicht hat in den allerersten Zeiten der junge Gatte ebenfalls die Miene der Überlegenheit zur Schau getragen. Doch für das müßige Hofgeschwätz, das auch in zeitgenössischen Denkwürdigkeiten verzeichnet ist, Isabella habe ihren Mann nicht geliebt, findet sich in dem zahlreichen Briefmaterial nirgends eine Andeutung. Die Kronprinzessin findet entschiedene Worte für die Anerkennung des ernsten tüchtigen Wesens ihres Gemahls. Sie hat von seinem Geist eine hohe Meinung, und auch ihrer Herzensneigung gibt sie einmal einen ungewohnt starken Ausdruck. Josef war unwohl gewesen. Da schreibt sie an Marie Christine: „Der Erzherzog ist wieder ganz gesund und Du kannst Dir einbilden, wie ich frohe bin; das wäre wahrhaftig kein Spaß gewesen, wenn es so gedauert hätte. Adieu, so stark als ich Dich liebe, so habe ich doch gestern empfunden, als der Erzherzog gehet vorhero . . ." Die beiden Gatten pflegten ein inniges Zusammensein. Des Abends wurde Musik getrieben. Isabella war Geigenspielerin,

Digitized by Google

Josef begleitete sie auf dem Klavier, auch sang er zuweilen. Der Briefwechsel Josefs mit seiner kaiserlichen Mutter bietet einen genauen Bericht des Kronprinzen über einen Ausflug, den das junge Paar über St. Pölten und Lilienfeld nach Mariazell machte. „Meine Frau und ich", so schreibt er einmal, wie es scheint, nicht ohne einige Verlegenheit, „setzten uns in Sieghartskirchen in den Wagen mit zwei Pferden, während die übrigen in der vierspännigen Karosse uns folgten." Zu Mariazell gibt es ein feierliches Mahl, dem eine Anzahl von Gästen zugezogen werden mußte. Und da beichtet er der Kaiserin, daß es ihm große Überwindung gekostet habe, sich nicht neben seine Frau zu Tische zu setzen. Es sind wohl die sonnigsten, die stillsten Zeiten, die er an der Seite seiner Frau durchlebt hat. In den letzten Tagen des März 1762 schenkt Isabella ihrem Manne eine Tochter. „Gottlob, wir haben eine glückliche Entbindung", heißt es auf einem jener kleinen Zettel, mit denen Maria Theresia ihre Weisungen an die ihr zunächststehenden hohen Würdenträger zu erteilen pflegte. Die Niederkunft einer habsburgischen Kronprinzessin nimmt das gestrenge Obersthofmeisteramt stark in Anspruch. Die Botschafter der Mächte sollen am Bette der hohen Wöchnerin erscheinen. Unmutig scheint Josef dies belästigende Herkommen von der geliebten Frau abgewehrt zu haben. Auch Maria Theresia gesteht, daß sie „dreimal en parade gelegen". Der Obersthofmeister Graf Korfiz-Ulfeldt weist der Kaiserin gegenüber bekümmert auf die Art und Weise hin, in der man am vergangenen Abend mit den erschienenen Botschaftern verkehrt habe. Maria Theresia vermittelt: „Die Botschafter werden am Ostertage kommen können, später die anderen Minister. Im Bett wird sie nicht liegen, wohl aber dabei sitzen, wegen des schönen Bettes".

Noch einundeinhalbes Jahr war Josef solches sonniges Gattenglück vergönnt. Dann aber senkten sich düstre Schatten hernieder. Im Herbste 1763 sollte Isabella wiederum entbinden. Da brach eine Blatternerkrankung über sie herein, eine Frühgeburt erfolgte und scheint den tödlichen Verlauf der Krankheit herbeigeführt zu haben. Josef trotzte allem gewichtigen Einspruch und ließ sich von dem Schmerzenslager Isabellens nicht wegbringen. Nur der treue Salm harrte bei ihm aus, und der mußte der Kaiserin berichten. Am 24. November heißt es unter anderem: „Ich gab mich der

Digitized by Google

Hoffnung hin, daß Monseigneur eine ruhige Nacht verbringen würde. Er war vor dem Schlafengehen beruhigt ... indessen dauerte sein erster Schlaf nicht länger als zwei Stunden. Er stand auf, um sich ins Zimmer von Madame zu begeben, hielt sich aber nicht länger auf als eine Viertelstunde, dann ruhte er bis drei Uhr, aber er schlief nicht viel. Nach einem kurzen Verweilen im Krankenzimmer wollte er sich niederlegen, aber dies dauerte nicht lange, vor sechs Uhr kehrte er wieder zurück und kam erst nach sieben Uhr heraus und sagte mir eintretend: ‚Ich bin nicht so zufrieden wie gestern' und erzählte mir die Einzelheiten dieser Nacht, die Eure Majestät durch van Swieten (der berühmte Gelehrte und Leibarzt der kaiserlichen Familie) bereits kennen ... Ich brauche bei ihm keine Vernunftgründe, denn es würde unnütz sein, ihm viel zu predigen. Es genügt nur sein gegebenes Wort, daß, im Falle sich die Sache verschlimmere, er mir gestatten würde, für ihn zu sorgen. Er ist beklagenswert, er würde es aber noch mehr sein, wenn man ihn behelligen würde. Gott bewahre uns vor einem traurigen Ausgang." Am 25. November heißt es bei Salm: „Monseigneur hat sehr wenig gespeist ... Seine einzige Erleichterung besteht darin, daß er an der Türe des Krankenzimmers harrt. Tritt er ein, so nähert er sich nicht mehr dem Lager, wie die vergangenen Tage. Das ist alles, was ich und die Ärzte bei ihm erreichen konnten ... Er hält Wort und berührt oder umarmt die Erzherzogin nicht. Er sagte zu mir diesen Morgen: ‚Mein lieber Salm, so lange meine Frau lebt, lassen Sie mir den Trost, sie zu sehen. Verfügt Gott über sie, dann machen Sie mit mir, was sie wollen ...'" Der Bericht trägt eine Randglosse der Kaiserin: „Sie werden aus meinem Schreiben von gestern ersehen haben, daß ich ebenso denke, und daß man ihn in seiner begreiflichen Aufregung gewähren lassen muß. Will Gott ihn mit seiner Gattin vereinigen, werden ihn alle Vorkehrungen daran nicht hindern. Er ist dort, wohin sein Herz und seine Pflicht ruft. Ich bin durchaus nicht unruhig, ich liebe ihn um so inniger, da ich ihn so entschlossen und zärtlich sehe." Am 27. November verschied Isabella. Leidenschaftlich bewegte Briefe an seinen Bruder Leopold wie an seinen Schwiegervater nach Parma künden den Gram des Kronprinzen. Wenn leise, aber beharrlich Erwägungen einer zweiten Vermählung sich

Digitized by Google

ankündigten, brach nicht selten ein wilder Schmerzensschrei durch die wohlgesetzten Bescheide hindurch. Im März 1764 mußte Josef zur Krönung nach Frankfurt am Main. Sie ist bekanntlich in Goethes „Dichtung und Wahrheit" beschrieben. Von Melk aus schrieb er an seine Mutter. Er gedachte Isabellens: „Une femme que j'adore, à Melk comme à Vienne et dont les cendres me seront eternellement chères."

Digitized by Google

Maria Thereſia und ihre preußiſchen Beurteiler.

(1909.)

In der Sammlung „Geſchichtliche Unterſuchungen", die Profeſſor Karl Lamprecht herausgibt, unternimmt es ein junger Forſcher, Gotthold Dorſchel „Maria Thereſias Staats- und Lebensanſchauungen" *) zu charakteriſieren. Quellen und neuere Darſtellungen erſcheinen ſorgfältig benützt, aus den Korreſpondenzen der Kaiſerin, wie ihrer Kinder, ebenſo wie aus zahlreichen Inſtruktionen und Verordnungen, ſchöpft der Verfaſſer das reiche Material für eine Darſtellung der Grundideen, die Maria Thereſia als Regentin geleitet haben. Er vermeidet ſtrenge jede ſubjektive Kritik, wie ſie ſich aus politiſchen, nationalen oder gar konfeſſionellen Geſichtspunkten ergeben könnte, er iſt bemüht, jeden der Züge, die er in ſein Bildnis eingefügt, mit urkundlichen Nachweiſen zu belegen. Er berichtet ruhig und gegenſtändlich, auf der Geſamtſchilderung liegt der warme Ton einer gewiſſen Verehrung. Allerdings lieſt ſich die Schilderung für uns Öſterreicher wie die eines Fernerſtehenden für das Verſtändnis von Fernerſtehenden entworfen. Trotzdem ſoll dies Heft der Lamprechtſchen Sammlung mit freundlichſter Anerkennung begrüßt ſein, denn das Charakterbild der Kaiſerin hat bisher in der deutſchen Hiſtoriographie nur ſelten jene volle und unbefangene Würdigung erfahren, wie ſie ihr Walten und Schaffen beanſpruchen dürfen. Daß man es mit einer ſtarken, großzügigen geſchichtlichen Perſönlichkeit zu tun habe, dieſes Bewußtſein war wohl vorhanden. Aber es hatte den Anſchein, als bereitete dieſe Erkenntnis eine Art von Verlegenheit, um die man herumzukommen ſich bemühte. Galt es doch, über die deutſchen Dinge, wie ſie ſich vom Tode Karls VI. an entwickelten, preußiſche Geſchichte zu ſchreiben.

*) Geſchichtliche Unterſuchungen, herausgegeben von Karl Lamprecht. 5. Band, 3. Heft: Maria Thereſias Staats- und Lebensanſchauung von Gotthold Dorſchel, Gotha, F. A. Perthes.

Digitized by Google

Da mußte allerdings eine objektive Darſtellung des Schickſals der jungen Kaiſerin, ihres Ringens und ihrer Erfolge Schwierigkeiten bereiten, denn ſie mußte in eine geſchichtliche Konſtruktion hineingebracht werden, die zur ausſchließlichen Hauptgeſtalt den großen Preußenkönig haben ſollte. Freilich erhebt ſich die Auffaſſung des deutſchen Meiſters der Hiſtorie weit über derlei Bedenken. Zu den erſten Publikationen Rankes zählt die neue Ausgabe der Schilderung, die ein preußiſcher Staatsmann, den König Friedrich nach Wien geſandt, entworfen hat. Ranke iſt wiederholt auf dieſe Quelle zurückgekommen, und er hat mannigfaltiges anderes Material herangezogen, um die Entſtehung der großen diplomatiſchen Kombinationen, die dem dritten ſchleſiſchen Kriege vorausgehen, die Erklärung des öſterreichiſchen Standpunktes zu geben. Sein ruhiges, klares Schauen erſcheint gefeit gegen alle Beeinfluſſung durch einen politiſchen Eifer, der den Verlauf der geſchichtlichen Ereigniſſe nicht erkennen will, ſondern die Zuſammenſtellung der Tatſachen für ſich auszuwerten beſtrebt iſt*). Von ſolcher Höhe der Betrachtung ſind neuere geſchichtliche Werke mehr oder weniger fern geblieben, denen man im übrigen das Verdienſt ſcharfſinniger Forſchung und plaſtiſcher Schilderung nicht beſtreiten kann. Gewiß, man hütet ſich, der Geſtalt Maria Thereſiens nahe zu treten. Zu ſtark iſt ihr Weſen, zu ſtark hat es nachgewirkt, als daß der Deutſche im Rückblick auf ſeine Geſchichte auf dies herrliche Frauenbild mit ſeiner Fülle kräftigſter deutſcher Eigenart verzichten konnte**). Das wird überall zugegeben. Deſto ſchlimmer kommt aber jede Einzelheit ihrer auswärtigen Politik weg. Da gilt es, das Emporkommen der jungen preußiſchen Macht nicht bloß zu erzählen, zu begründen, ſie muß auch gerechtfertigt, glorifiziert werden. Die thereſianiſche Diplomatie webt ein Netz von Verſchwörungen, böſen Liſten und rückſichtsloſer Gewalttätigkeit, die preußiſche Staatskunſt aber arbeitet in edlem Pflichtbewußtſein mit Wachſamkeit, Spürſinn und lobenswerter Benützung der gegneriſchen Schwächen, und ſtets ſchwebt Preußens König von 1750 die deutſchnationale Idee und das Einigungswerk Bismarcks vor den hellſeheriſchen Augen. Die

*) Rankes Werke XXX, S. 38 u. a.

**) Hermann Grimm, Friedrich der Große und Macaulay (Fünfzehn Eſſays, Berlin 1874).

Digitized by Google

archivaliſche Geſchichtsforſchung freilich erwies ſich derlei Tendenzen nicht günſtig. Das öſterreichiſche Staatsarchiv öffnete in liberalſter Weiſe ſeine Türen, und ſein Vorſtand Alfred von Arneth bot mit ſeinem Geſchichtswerk über die Regierung der Kaiſerin eine monumentale Darſtellung, die für alle ſpäteren Arbeiten eine unentbehrliche Grundlage geworden iſt. Arneth hat mit Feuereifer die Sache ſeiner Heldin geführt. Aus der Fülle der Akten erwuchs ſie ihm als eine hehre hiſtoriſche Perſönlichkeit, die das Geſamtleben Öſterreichs mit ihrem Wollen durchdrang und dem Staate eine neue, entwicklungskräftige Formung verliehen hat. Arneth ſteht ſichtlich unter dem Eindruck des argen Unglimpfs, der dem hiſtoriſchen Verdienſt der Kaiſerin angetan worden, unter dem Eindruck der abſichtlichen und unabſichtlichen Verkennung ihrer Bedeutung. Vielfach läßt ſich auch eine Menge irriger Auffaſſungen in nicht öſterreichiſchen Geſchichtsdarſtellungen aus der beklagenswerten Tatſache ableiten, daß öſterreichiſche Verhältniſſe dem Fernerſtehenden nur durch mühevolles Einzelſtudium verſtändlich werden können und ferner durch die noch beklagenswertere Tatſache, daß dieſer fernſtehende Biedermann mit einer oberflächlichen Information ſich raſch zufrieden gibt und zu einem Urteil berechtigt vermeint.

Arneth fühlt alſo die Pflicht, als Verteidiger der Kaiſerin zu walten. Er polemiſiert höflich vornehm in der Form, ſcharf in der Sache; und noch mehr. Nicht ſelten zieht er den Angriff vor, und wenn die Gegner, die er zu bekämpfen beabſichtigt, die geſchichtlichen Vorgänge unter den Geſichtswinkel der preußiſchen Politik geſtellt haben, ſo führt er wiederum die Sache der öſterreichiſchen Staatskanzlei. Vielleicht ein dem Biographen nachſichtig zugeſtandenes Vorrecht, aber auch die erwünſchte Gelegenheit zu begründeten Repliken. So ließ man denn „draußen im Reich" die Ausführungen Arneths als öſterreichiſche Apologetik gelten. Im übrigen begrüßte man die willkommene weſentliche Bereicherung des Quellenmaterials, das in Arneths Werk geboten worden. Und dabei iſt es geblieben bis in die allerjüngſte Zeit*). Als eine erfreuliche Tatſache ſoll hier nur angeführt

*) Leider hat ſich auch eine landsmänniſche Darſtellung aus den letzten Jahren (v. Zwiedineck-Südenhorſt, Maria Thereſia, 1905) von den Ein-

Digitized by Google

werden, daß in den allerletzten Jahren ausgezeichnete Gelehrte, wie Lehmann*), Delbrück**) und Lenz***), in Einzeldarſtellungen und Kritiken die Notwendigkeit betont haben, von dieſer Art geſchichtlicher Betrachtung abzukommen und zu der Rankes, „deſſen Blick ſo ſtill und rein auf den Dingen ruhte", zurückzukehren. Lehmanns Auseinanderſetzung der Politik Friedrichs 1749—1756 und ferner die von überlegenem Blick zeugenden Aufſätze Delbrücks kündigen einen Umſchwung an, der freudig zu begrüßen wäre. Die gewaltigen Entwicklungen, die durch die Jahre 1866 und 1870 gekennzeichnet ſind, gehören bereits der Geſchichte an. Jenſeits dieſer Zeit kann wahrlich eine unbefangene Würdigung der Dinge von der wiſſenſchaftlichen Behandlung gefordert werden. Sie wird das geſchichtliche und nationale Werden beſſer verſtehen laſſen und wird manche böſe Erinnerung und Empfindlichkeit, die nicht mehr am Platze iſt, austilgen.

Dorſchel läßt mit gutem Recht die Welt- und Staatsanſchauung Maria Thereſiens aus ihrem tiefinnigen Verhältnis zur göttlichen Vorſehung hervorgehen. Ihre fromme Ergebung in alle Prüfungen, die auf die jugendliche Erbin Karls VI. hereinbrechen, ihre unzerſtörbare Hoffnung auf die göttliche Gnade, die dem Erzhauſe ſeit ſeinem erſten Emporkommen ſicher geweſen, und ihr froher Dank bei jeder glücklichen Wendung erſcheinen bei ihm in der Feſtſtellung vereinigt, daß der religiöſe Sinn der Kaiſerin beſtimmend für alle ihre Handlungen geweſen ſei. Ihre Ergebenheit für die katholiſche Kirche, ſo führt er aus, hat alle ihre Verord-

---

flüſſen dieſer gegen Öſterreich gerichteten Tendenzgeſchichtsſchreibung nicht freizuhalten vermocht.

*) Friedrich der Große und der Urſprung des ſiebenjährigen Krieges. Leipzig, Hirzel 1880.

**) Preußiſche Jahrbücher, Dezember 1908, und Preußiſche Jahrbücher, Dezember 1896. Delbrück ſpricht von einer „Boruſſiſchen Orthodoxie".

***) Max Lenz kennzeichnet im Vorwort zur zweiten Auflage ſeines „Napoleon" 1908 dieſe Richtung mit folgenden wichtigen Sätzen: „Dieſe Hiſtoriker (gemeint ſind Treitſchke und Sybel) waren ſelbſt die Führer in dem tauſendſtimmigen Chor, der in der Einheit das Heil unſeres Volkes erblickte. Aus der Geſchichte ſuchten ſie die Wege dorthin zu deuten, ihre Wiſſenſchaft machten ſie ihren politiſchen Zielen dienſtbar, darnach wählten ſie ihre Arbeitsgebiete, und die Empfindungen, welche die Gegenwart in ihnen erregte, durchdrangen ganz die Anſchauungen, die ſie von der Vergangenheit gewannen; die Neigungen und Abneigungen des Tages begleiteten ſie dorthin und färbten ihnen Urteil und Darſtellung."

Digitized by Google

nungen und Maßregeln mitbeſtimmt. Sie ſtatuiert für ſich und ihr geſamtes Haus in alle Zukunft ein unzerſtörbar feſtes Verhältnis zu ihr und erblickt Gefahr und Unheil in jedem Abgehen von dieſem Kardinalſatz. Die Idee eines Tolerierens anderer Bekenntniſſe iſt ihr im Grunde ihres Herzens verhaßt, und ſie bringt dieſe entſchieden abweiſende Geſinnung deutlich zum Ausdruck. Dorſchel ſelbſt weiſt, um dieſe Denkart der Kaiſerin zu erklären, mit Recht auf eine bedeutſame hiſtoriſche Erinnerung hin, die ſich in das Bewußtſein aller Nachfolger Ferdinands II. eingeprägt hat. Die Verbreitung der evangeliſchen Lehre mußte ihnen eng verbunden erſcheinen mit jener tiefgreifenden ſtändiſchen Bewegung, die ihren Thron bedroht hat. Die gefährlichſte Waffe, die ſeit Heinrich IV. die franzöſiſche Politik zur Bekämpfung der habsburgiſchen Weltmacht gebrauchte, war die Beſchützung, die Anfeuerung der proteſtantiſchen Oppoſition im Reich und in den Erblanden. Die habsburgiſchen Kaiſer und Landesfürſten wußten ſich durch lange Jahre in einem Kampf auf Tod und Leben mit ihren proteſtantiſchen Ständen, und mit tiefem Gram mußten ſie gewahren, welche ſchwere Einbuße die kaiſerliche Macht durch den erfolgreichen Widerſtand der proteſtantiſchen Landesfürſten erlitt. Daß wenigſtens die Erblande als ſicherer Beſitz ihrem Hauſe verblieben waren, das, ſo mochten ſie und ihre geiſtlichen wie weltlichen Berater bekräftigen, war nur der rückſichtsloſen Durchführung des katholiſchen Bekenntniſſes zu verdanken, mit der der Sieg über die politiſche Revolution verknüpft geweſen war. Unvergeſſen hat dieſe Tradition fortgewirkt. Das Kaiſerhaus ſah dieſe und ähnliche Kräfte mit dem franzöſiſchen Erbfeind im Bunde ſich gegenüber. Mußte da nicht die Staatsraiſon der Hofburg den Wert einer feſt in ſich geſchloſſenen kirchlichen Anſchauung, die auch politiſche Verläßlichkeit verbürgte, doppelt hoch anſchlagen? Und nun wirkte eine dynaſtiſche Tradition von ſolch überzeugender Gewalt auf eine tief religiöſe Natur, wie ſie Maria Thereſia war, ein; in den Tagen ſchwerſter Bedrängung hatte ſie Zuflucht beim Gebet geſucht und ſie, ebenſo wie die auf ſie vererbte Herrſchaft, hat eine Rettung erfahren, unerwartet, wunderbar, wie ſie nur der göttlichen Fügung zugeſchrieben werden konnte. Religiöſer Myſtizismus, aus der Tiefe einer gläubigen Seele ſtammend, traf hier mit einer bewährten

Digitized by Google

politischen Tradition zusammen. Die Kaiserin wollte also von der Tolerierung, d. h. von der Anerkennung selbständigen kirchlichen Lebens außerhalb der katholischen Gemeinschaft nichts wissen. Mit Bewußtsein beharrte sie auf dem überkommenen Prinzip der Gegenreformation. Ihr Glaube an alles Gute und Nützliche, ihr bester Wille für die Wohlfahrt ihres Reiches knüpfte sich daran. Wir wissen heute, welche Schätze kultureller Entwicklung durch den fanatischen Eifer der Gegenreformation in den Erblanden vernichtet, welch reizvolle Blüte geistigen Lebens in Innerösterreich damals rettungslos zerstampft worden ist. Davon hat Maria Theresia keine Ahnung besessen, sie konnte aus einem Rückblick auf das vorige Jahrhundert, wie er ihrem Wissen ermöglicht war, nur die Erkenntnis schöpfen, daß ihre Vorgänger mittels ihres rücksichtslosen Glaubenseifers das staatliche Gebilde ihrer Hausmacht vor dem Zerfall gerettet und damit der christlichen Welt ihr Hauptbollwerk gegen die Türkengefahr erhalten hatten. Mit ihrer Überzeugung von der Staatssouveränität und der Notwendigkeit ihrer unbedingten Autorität jedoch hatte ihre Frömmigkeit und ihre Ergebenheit für die Kirche nichts zu schaffen. Auch den geistlichen Obrigkeiten gegenüber fordern ihre Instruktionen den strikten Gehorsam gegen das staatliche Gebot. Mit unbefangenem Blick entdeckt und rügt sie schwere Mißbräuche geistlicher Verwaltung; sie ist es, die mit der Verminderung der zahllosen kirchlichen Festtage beginnt. Und die Berichte über die ungenügende Schulpflege seitens geistlicher Organe nimmt sie mit deutlicher Zustimmung entgegen. Von dem Tiefstand des wissenschaftlichen und Kunstbetriebes in Österreich hatte sie eine deutliche Vorstellung; aus den Fragen, die sie an Lessing bei seinem letzten Empfange richtete, darf man schließen, daß auch sie wußte, wo anzusetzen war*). Muß es uns aber nicht auffallend erscheinen, wenn die „Intoleranz" der Kaiserin mit dem Ton mitleidiger Geringschätzung in den Vordergrund gerückt wird, während über das brutale landespäpstliche Regiment, das die protestantischen Fürstentümer bedrückte, nur gar wenig Worte verloren werden? Ist die Zeit, da ein gewaltiges Herrschertalent, wie Friedrich Wilhelm I., die Universität Halle drangsalierte und ihren be-

*) Erich Schmidt, Lessing, II, 318.

Digitized by Google

deutendſten Lehrer, Chriſtian Wolf, gleich einem Verbrecher abtat, von Maria Thereſia ſo unendlich entfernt? Und hier ſei auch noch die Bemerkung geſtattet, daß man eigentlich der Regierung der Kaiſerin ein gewiſſes Unrecht antut, wenn man ſie mit dem königlichen Freunde Voltaires und deſſen geiſtiger Atmoſphäre in Parallele bringt, ſondern ihr durchgreifendes Reformwerk, wie ihre Staats- und fürſtliche Auffaſſung erfordern einen Vergleich mit der großartigen Verwaltungstätigkeit des Vaters Friedrichs des Großen.

Noch eines Vorwurfes, der zu den beliebteſten der preußiſchen Geſchichtsſchreibung zählt, ſei hier gedacht. Wiederholt wird der auswärtigen Politik der thereſianiſchen Zeit nachgeſagt, daß ſie undeutſch geweſen. Der Anmarſch kroatiſcher Regimenter, der Trenckſchen Panduren wird noch immer als eine verbrecheriſche Invaſion in deutſches Land gebrandmarkt, während ſich bekanntlich an derſelben Stelle für die Heldentaten der Koſakenſchwärme ein ſchönes Seelenverſtändnis kundzugeben pflegt. Selbſt Autoren von der Bedeutung Alfred Doves können ſich von ſolcher Kaſuiſtik nicht frei halten. Nach dem Stande der heutigen Forſchung iſt es klar, daß Maria Thereſia allerdings „Weltpolitik“ trieb, als ſie die Macht ihres Hauſes vor jeder Schmälerung bewahren wollte. Schließlich hat ſie ſich aber, das kann ihr wohl nicht beſtritten werden, als deutſche Kaiſerin gefühlt. Friedrich der Große anderſeits mußte, nachdem er das Haus Brandenburg durch die Eroberung Schleſiens weit über alle anderen deutſchen Fürſtenhäuſer emporgehoben hatte, es als Hauptaufgabe ſeiner Politik betrachten, daß er die Kaiſerwürde von der öſterreichiſchen Großmacht abtrennte oder ſie wenigſtens möglichſt abſchwächte. In der Verbindung der Kaiſerkrone mit der habsburgiſchen Erbmacht ſah er das weſentlichſte Hindernis für das Emporkommen Preußens als Großmacht. Was ſind aber die Ziele der Kaiſerin und ihres Sohnes geweſen? Die habsburgiſche Krone hatte ein wichtiges deutſches Gebiet, das Kronland Schleſien, verloren geben müſſen. Dreimal hat dann habsburgiſche Politik die Gelegenheit wahrgenommen, den deutſchen Beſitz des Erzhauſes durch die Erwerbung Bayerns weſentlich zu vermehren. Daß Preußens König einem ſolchen Plane den energiſcheſten Widerſtand entgegenſetzte, war ſelbſtverſtändlich. Unbefangene Geſchichtsbetrachtung ſollte aber

Digitized by Google

auch dem öſterreichiſchen Beſtreben Gerechtigkeit widerfahren laſſen, und ein Projekt, das der Dynaſtie die Möglichkeit eröffnete, innerhalb Deutſchland noch feſteren Fuß zu faſſen, ins deutſche Volk noch intimer hineinzuwachſen, nicht behandeln, wie es Sybel*) und andere getan haben, nämlich wie rückſichtsloſen Länderſchacher und diplomatiſches Ränkeſpiel.

Wir wiederholen, der Kampf um die Vorherrſchaft in Deutſchland bot eine Erklärung für eine polemiſche Behandlung der geſchichtlichen Stoffe. Damit ſollte es heute vorüber ſein. Das großartige Walten Maria Thereſias bildet ein wichtiges Kapitel in der Geſchichte der deutſchen Nation. Um die Bedeutung der thereſianiſchen Reformen zu verſtehen, bedarf es gründlichen Studiums, das allerdings reichen Lohn verheißt, nämlich ein wirkliches Verſtändnis öſterreichiſcher Verhältniſſe. Davon, wie z. B. von der Wechſelwirkung zwiſchen den deutſchen, ſlawiſchen und magyariſchen Bevölkerungs- und Kulturſchichten zu jener Zeit, iſt auch in Dorſchels Kleiner Monographie, wie in den bisherigen hiſtoriſchen Darſtellungen nur wenig zu vermerken. Eine richtige Einſicht aber in das Weſen unſeres Donauſtaates und in ſein geſchichtliches Werden würde endlich eine Darſtellung ermöglichen, wie ſie der deutſchen Geſchichtsſchreibung bisher verſagt geweſen iſt, eine vollwertige Schilderung unſerer Geſchichte um die Mitte des 18. Jahrhunderts, einer Zeit der reichſten politiſchen und geiſtigen Entwicklung. Sie iſt die Epoche Friedrichs, ſie iſt die Maria Thereſias geweſen, beide haben ihr Züge des eigenen Weſens aufgeprägt.

*) Kleine hiſtoriſche Schriften. 3. Teil. Stuttgart 1880. Vgl. auch Koſer, König Friedrich der Große. Stuttgart, Cotta.

Digitized by Google

Österreichische Staatspolitik und literarische Stimmungen vor hundert Jahren.

(1915.)

Um 1809, nach dem Schönbrunner Frieden, bildet sich das „vormärzliche" Österreich heraus. Die stramme absolutistische Regierung Franz I. ist bestrebt, nach den verwüstenden Kriegen wiederum strengere Ordnung zu schaffen, die Finanzen in einen leidlichen Zustand zu bringen und die Staatsautorität vor jeder Erschütterung zu bewahren. Was für die Zwecke im josefinischen Reformwerk brauchbar erschien, wurde beibehalten. Der Begriff staatlicher Selbstherrlichkeit und Überwachung steht obenan, auch die Kirche muß sich dem beugen, jeder ihrer Erlässe hat erst die behördliche Genehmigung, das placetum regium, einzuholen. Zweck aller Verwaltung ist die Aufrechterhaltung der Ruhe, des untertanlichen Gehorsams, anderseits die Förderung der staatlichen Einnahmen. Streng soll die Monarchie vor allen revolutionären Einflüssen behütet werden. Die Grenze ist gegen verdächtige Reisende ebenso wie gegen unberechenbare literarische Einflüsse abgesperrt. Eine rasch zugreifende überängstliche Zensur hemmt den geistigen Verkehr. Das öffentliche Leben wird sorgsam vor jeder Kundgebung, die in einem Zusammenhang mit politischer oder philosophischer Kritik stehen könnte, behütet.

Auf solch konservativem Boden finden sich die altkonservativen Elemente, die früher die herrschenden gewesen, der Latifundien-Adel und die einheimische Hochkirche mit der von ihnen bisher argwöhnisch behandelten Schöpfung Maria Thereziens und Josefs, mit dem neuen Beamtentum, bereitwillig zusammen. Der Aristokratie ist noch ein stattlicher Rest grundherrlicher Rechte verblieben, und die Kirche sieht sich wenigstens in ihrem materiellen Besitz geschützt. Die alten Formen ständischer Verfassung, mit denen vor allem Josef rücksichtslos aufgeräumt, hat man wieder aufleben lassen. Allerdings führen sie in Österreich ein Scheinleben, die absolutistische Verwaltung bedient sich ihrer

Digitized by Google

nur dort, wo sie ihrer unbedingt bedarf. In Ungarn, wo das vehemente Vorgehen Josefs den schroffsten Widerstand bewirkte, griff man auf die theresianische Praxis mit ihrer bald vorsichtig kühlen, bald herzlich entgegenkommenden Haltung gegenüber dem Reichstag zurück.

Im ganzen nahm dieses absolutistische Walten mit Vorliebe den Charakter eines persönlichen, eines landesväterlichen Regiments an. Maria Theresia und Josef waren volkstümliche Regentengestalten gewesen. Solche unmittelbare Beziehungen zwischen Fürsten und Volk erschienen auch der Staatsräson ihres nunmehrigen Nachfolgers überaus wertvoll, und tatsächlich hat Kaiser Franz sich einer gewissen Popularität erfreut, der die unversöhnliche Strenge seiner Verwaltung nichts anhaben konnte. Der Hof liebt es, sich häufig in der Öffentlichkeit zu zeigen. Audienzen werden gern gewährt. Kaiser Franz bedient sich des Wiener Dialekts wie eines bequemen Hausgewandes, das dem Volke vertraut ist und eine leutselige Form der Repräsentation darstellt. Der Herrscher drückt Gnade und Ungnade durch kaustische Bemerkungen aus, die rasch von Mund zu Mund wandern. Bei umfassenden Wohltätigkeitsveranstaltungen erscheint der Hof immer mit reichlichen Gaben. Als eine verwüstende Überschwemmung Wien heimsuchte, stellte sich der Kaiser an die Spitze des Hilfskomitees und erledigte höchst eigenhändig mit unermüdlichem Eifer durch viele Wochen die Bittgesuche. Um so nachdrücklicher bekam jegliche Opposition gegen Regierung und Thron die strenge Hand des Monarchen zu fühlen. Er hatte als unerfahrener junger Mann die Regierung übernehmen müssen. Die verschiedenartigsten Einflüsse hatten sich an seinem Hofe gekreuzt und seine Jugend auszunutzen unternommen. Die auswärtigen Aktionen gingen alle unglücklich aus, und bitter empfand er gewisse Äußerungen der Geringschätzung, mit der man seine Regierung bedachte. Bekannt sind die verächtlichen und wohlberechneten bösartigen Auslassungen Napoleons im Jahre 1809.

Um das dritte Jahrzehnt seiner Herrschaft gewahren wir nun einen völligen Wandel. Österreich hat abermals schwere Verluste erlitten, und das Schicksal des tief gedemütigten Preußens und seiner Dynastie mag als schwerwiegende Mahnung gewirkt haben. In der auswärtigen Politik vollzieht sich eine deutliche Wendung mit der Berufung des Grafen Metternich, und die Maßnahmen

Digitized by Google

im Inneren lassen ein persönliches Eingreifen des Kaisers erkennen. Tatsächlich wird seit dem Schönbrunner Frieden der Wille des Kaisers entscheidend, und vieles, was namentlich im Auslande als Metternichsche Politik angesehen und beurteilt worden ist, darf nur auf die Stellungnahme Franz I. zurückgeführt werden. Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung ist die längste Zeit die Macht Metternichs arg überschätzt worden. Wie irrig diese Annahme gewesen, zeigt jene deutliche Änderung in dem Regime nach dem Tode des Kaisers 1835. Die gesamte innere Verwaltung hat sich Franz für sein ausgesprochen persönliches Regieren zurechtgeschnitten. In den obersten Kanzleien liefen die den höchsten Beamten abverlangten Gutachten ein. Sie wurden in den Kanzleistuben kopiert und ohne Autorennamen wiederum andern Würdenträgern zur Durchsicht anvertraut. So trafen zuletzt im kaiserlichen Kabinett die verschiedenartigsten Äußerungen zusammen, deren Verfasser der Monarch allein kannte. Er entschied dann nach eigenem Ermessen. Die Bewahrung dieser seiner allein ausschlaggebenden Herrscherautorität mag ihm nach den früheren schmerzlichen Erfahrungen als das Wichtigste erschienen sein. Wagte man sie anzutasten, dann war die schärfste Verfolgung zu gewärtigen. Der Mailändische Adel, der 1814 in einer Audienz den Kaiser als den neuen Herrscher begrüßen sollte, und sein Wortführer, der Graf Confalioneri, haben einige Jahre später schwer dafür büßen müssen, daß sie gleichsam ihren Huldigungsakt mit der Forderung einer Repräsentativverfassung in einen unmittelbaren Zusammenhang zu bringen wagten. Zweifellos empfand Kaiser Franz dieses Verlangen als eine frevelhafte Zumutung, nachdem durch zwanzig Jahre seine Heere um die Verteidigung der Habsburgischen Besitze geblutet hatten. In seiner Umgebung hielt Franz auf unbedingte Unterwürfigkeit. Er duldete manche Persönlichkeit von anrüchigem Privatleben um sich, wenn er nur ihres Gehorsams sicher sein durfte. Er selbst ist ein zärtlich besorgter Familienvater und korrekter Gatte gewesen. Als während seiner Witwerschaft einer seiner Adjutanten ihm eine erotische Zerstreuung vorzuschlagen wagte, erhielt der bestürzte Höfling eine schroffe Zurückweisung. Franz liebte höfische Geselligkeit, ungern ließ er sich seine Quartettabende stören. Schwer lastete auf dem Burgtheater die Hofzensur. Auch hier hat der

Digitized by Google

Kaiser wiederholt persönlich eingegriffen. Der Muse Grillparzers ist seine Strenge verhängnisvoll geworden.

Der jähe Wandel der auswärtigen Politik Österreichs schien die Weltherrschaft Napoleons bestätigt zu haben. Metternichs erste Aktionen vollzogen die Annäherung der habsburgischen Dynastie an das neue Kaisertum Frankreich. Mit ihm traten neue Männer auf den Schauplatz, und mit Stadion zogen sich auch dessen gleichgesinnte Freunde, vor allen der geistreiche, universell gebildete Fürst Franz Dietrichstein, von der Teilnahme an den Staatsgeschäften zurück. Die Vermählung Napoleons mit der blühenden Prinzessin Marie Luise und die geräuschvollen Hochzeitsfeierlichkeiten in Wien und Paris zeigten Österreich nun intim mit dem Empire verbunden, so daß Napoleon jetzt nicht bloß über den Rheinbund und über das völlig fügsam gewordene Preußen, sondern auch über die alte Monarchie, die ihre Wehrkraft noch am Tage von Aspern rühmlich bewährt hatte, völlig verfügen konnte. Ein österreichisches Korps mußte denn auch innerhalb der Großen Armee, die die russische Macht niederwerfen sollte, eine Aktion übernehmen. Befehlshaber wurde jener treffliche General und Diplomat Fürst Schwarzenberg, den Napoleon ganz besonders bevorzugte. Die Tage, die Napoleon vor dem Aufbruch nach dem Nordosten in Dresden verbrachte, zeigten den Kaiser auf einer jeden Zweifel bannenden sicheren Höhe und unerhörten Machtfülle.

Als nun das Unerwartete eintrat und das gewaltige kriegerische Unternehmen seinen entsetzlichen Ausgang nahm, als York seine Tauroggener Konvention abschloß, die herrliche Volkserhebung in Preußen die offiziellen Gewalten mit sich riß, da sah sich Österreich vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt. Ohne die habsburgische Macht war an eine Überwältigung Napoleons nicht zu denken. Dessen schienen sich der Zar wie die preußischen Diplomaten und Generäle bewußt. Mit Österreich eröffnete der Krieg erst sicherere Aussichten auf die Möglichkeit eines Erfolges. Eine schöne Symbolisierung dieser Überzeugung hatte schon einige Jahre vorher Kleist in seiner „Hermannsschlacht" gegeben. Der geniale Dichter, den seine Begeisterung einst dazu getrieben hatte, mit F. Ch. Dahlmann wenige Wochen nach der Schlacht die Felder von Aspern zu besuchen, ließ Hermann seine Söhne zu dem mächtigen Markomannenfürsten Marbod senden. Mit Marbod ist Österreichs Kaiser

Digitized by Google

gemeint. Der Cherusker bietet seine Kinder als Geiseln für seine unverbrüchliche Treue an. Ohne Marbod wäre die Erhebung und die Abschüttelung des Römerjochs nicht denkbar.

Erschien aber der Sieg über Frankreichs Übermacht völlig sicher, wenn Österreich hinzutrat? Und was war zu gewärtigen, wenn die Feldherrnkraft Napoleons auch diesen Bündniskrieg gewann? Kühle Beurteiler fanden die Machtstellung des Imperators zu Beginn 1813 günstiger, als sie etwa nach Aspern gewesen. Österreichs Politik hielt vor einer Entscheidung, die ernsteste Überlegung erforderte. Alle diplomatischen Erfolge, die gesamte finanzielle und militärische Wiedererstarkung der letzten drei Jahre standen auf dem Spiele, wenn die Monarchie abermals den Gegnern Frankreichs sich zugesellte. Von Napoleon war dann keine Schonung zu gewärtigen. Ein völliger Verzicht auf die Großmachtstellung konnte der Dynastie auferlegt werden. Österreich hatte sich unter weit freieren Bedingungen an dem russischen Feldzuge beteiligen können als das gänzlich französischer Botmäßigkeit ausgelieferte Preußen. Dem Staat, der nahezu zwanzig Jahre gegen Frankreich unter Waffen gestanden, konnte nicht der Vorwurf schnöder Gesinnungslosigkeit gemacht werden, wenn er jetzt sich still beiseitehielt. Metternich hat zweifellos schon damals an die Möglichkeit einer überaus vorteilhaften Stellung gedacht, die der Monarchie durch ihre vorläufige Neutralität beschieden sein könnte. Der Krieg brachte vielleicht keinem der beiden Teile entschiedene Erfolge. Dann fiel Österreich eine Rolle des Vermittlers zu, die ansehnlichen Gewinn verhieß. Aber ein kriegsbereites Österreich mußte es sein, das sein Wort in die Wagschale werfen konnte, und seine Diplomatie mußte behutsam das freundschaftliche Verhältnis zu Frankreich fortwirken lassen, ohne dabei dessen verbündeten Gegnern in schroffer Feindseligkeit gegenüberzutreten. So wurden denn in Wien Rüstungen angeordnet, deren Ausdehnung Napoleons wachsamen Agenten keineswegs entgingen. Im Februar erschien in der Kaiserstadt Knesebeck als Bevollmächtigter Preußens und Rußlands, die soeben den Kalischer Vertrag miteinander abgeschlossen hatten. Sein dringend vorgebrachtes Angebot einer Allianz hatte nur den einen Erfolg, daß Metternich die bestimmte Erklärung abgab, niemals werde sich Österreich gegen die beiden verbündeten Mächte wenden. In engster

Digitized by Google

Verbindung mit den preußischen und russischen Diplomaten arbeiteten die englischen Unterhändler. Sie konnten stets mit dem Angebot reichster Subsidien ihre Bemühungen um die Verlängerung des Kriegszustandes begleiten. Die britische Macht ist der beharrlichste, der furchtbarste, der unversöhnliche Gegner des Empire gewesen. Ihre Agenten mußten jeglichen Friedensschluß zu durchkreuzen suchen. Mit Recht witterte Napoleon auch hinter jeder verdächtigen Neuerscheinung einen englischen Anschlag. Die Überwachung aller Beziehungen, die von London aus angeknüpft wurden, hielten ein ganzes Korps von Agenten beständig in Atem. Selbstverständlich unterstand auch Österreich und Wien dieser rücksichtslosen Kontrolle. Trotzdem unterhielten der Hof und Metternich geheime Beziehungen zum Prinzregenten Georg und dem Kabinett. Das Polizeisystem Napoleons erzog in London wie in Petersburg und Deutschland Diplomaten, die der schärfsten Wachsamkeit sich zu entziehen wußten. Metternich ließ auch in jenen Jahren eines intimen Verhältnisses zu Frankreich die Beziehungen zu den übrigen Mächten nicht verflüchtigen. Weder mit Rußland noch mit England hörte der Verkehr auf. Die russischen Diplomaten und auch Kaiser Alexander klagten und zürnten zwar über Österreichs Unaufrichtigkeit. Der Unmut über die kühle, vorsichtige Behandlungsweise der polnischen Frage, die Metternich beobachtete, kam hier zum Ausdruck. Den gehässigen Äußerungen der Russen und ihrer englischen Freunde traten die loyalen und wahrheitsliebenden Schilderungen der preußischen Diplomaten entgegen. Männer wie Wilhelm von Humboldt und Hardenberg würdigten die ungemein schwierige Lage Österreichs und die peinlich genaue Vorsicht, mit der Metternich sich nach allen Seiten hin zu sichern bemüht war. Mit dem Prinzregenten Georg von England stand Kaiser Franz, mit den Ministern an der Themse Metternich in vertraulichem Verkehr. Unter falscher Adresse erhielt der österreichische General Nugent nach London seine Weisungen. Als auch dies unmöglich zu werden schien, nahm der Verkehr über Petersburg seinen Fortgang. Durch Nugent hatte der Prinzregent ein Schreiben des Kaisers im Herbst 1812 erhalten, als ein österreichisches Korps sich an dem großen Kriege gegen Rußland beteiligen mußte. In einer Audienz, die der General bei Georg hatte, vernahm er, daß der Prinzregent

Digitized by Google

die Schwierigkeiten vollkommen würdige, welche die Monarchie bei ihren politischen Beziehungen und ihrer verminderten Macht zu überwinden habe. Angesichts des Mißlingens von Napoleons russischer Unternehmung warf Georg auch eine Äußerung von der Möglichkeit eines neuen Feldzuges gegen Frankreich hin, an dem sich Österreich nun auch beteiligen konnte. Im Dezember 1812 erhielt dann der englische Botschafter am russischen Hofe, Viscount Cathcart, von London die Weisung, mit Wien in Fühlung zu treten und zwischen Rußland und Österreich vertrauliche Beziehungen anzubahnen. Der Botschafter schickte seinen Sekretär Walpole mit einem eigenhändigen Schreiben an den Staatskanzler nach Wien. „Seine königliche Hoheit der Prinzregent", so hieß es darin unter anderm, „wolle keinen Anlaß versäumen, ein Bündnis herbeizuführen, das für Österreich sowohl wie für Europa von höchster Wichtigkeit sei." Der Engländer erhielt wiederholt Gelegenheit, mit Metternich zu verkehren. Er nahm damals die Versicherungen des Staatskanzlers mit, daß zur Stunde Europa den Frieden brauche, und daß Österreich um seine Herbeiführung nachhaltig bemüht sei. Auch Friedrich von Gentz, Metternichs Vertrauensmann, erachtete um die Wende des Jahres trotz seines Eifers gegen Napoleon einen Friedensschluß als die einzige Möglichkeit, die jetzt gegeben. Nach Paris wurden Friedensvorschläge gemacht, anderseits bestürmte nun Zar Alexander Österreich mit vielverheißenden Werbungen. Es sollte seinen sämtlichen Besitz, den es verloren, wiederum bekommen, Rußland begehre gar nichts, er wolle die Oberherrschaft, die Frankreich über Deutschland und namentlich über Preußen verhängt habe, wiederum vernichten.

Da der bevorstehende Feldzug der Verbündeten auf schlesischem Gebiet beginnen mußte, vollzog sich die österreichische Truppenkonzentration vornehmlich in den Sudetenländern. Noch waren allseitig diplomatische Verhandlungen im Gange. Von Paris aus ergingen nach Wien Anfragen über die militärischen Vorbereitungen. Im April antwortete Metternich mit dem Angebot einer Friedensvermittlung, das jedoch keine Berücksichtigung fand. Und das Kriegsglück schien dem Soldatenkaiser treu bleiben zu wollen. Wiederholt siegte er, und der neueste fachmännische Darsteller der Befreiungskriege meint einmal in beredter Bewunderung, daß niemals Napoleons Strategengenie sich glänzender erwiesen

Digitized by Google

habe als im Feldzuge von 1813. Allein der Sieger konnte sich der Tatsache nicht verschließen, daß er andern Gegnern gegenüberstehe. Er hatte es mit der wuchtigen Kraft eines verzweifelten Volkes zu tun. Am 4. Juni schlossen die kriegführenden Mächte einen Waffenstillstand, und abermals kam es zu Verhandlungen. Im Juni vollzog Österreich den entscheidenden Wechsel seiner Stellung. Am 27. Juni kam jener Geheimvertrag von Reichenbach zustande, in dem sich Österreich im Verein mit Rußland und Preußen zur Herbeiführung eines Friedens vereinigte. Preußen sollte Danzig zurückerhalten, die Hansastädte wiederum ihre Selbständigkeit erlangen. Österreich verlangte seinen illyrischen Besitz zurück. Rußland erschien nur mit einem Punkte beteiligt: das von Napoleon begründete Großherzogtum Warschau sollte aufhören zu bestehen und die polnischen Gebiete unter den Ostmächten aufgeteilt werden. Hier setzt also wiederum die polnische Frage ein. Sie hat sogar noch mehr als die schwedische und finnische Angelegenheit Alexander bei seinen Entschlüssen, bei seinen Sympathien und Antipathien bis in die Kongreßzeiten hinein bestimmt. In jüngster Zeit haben die Denkwürdigkeiten der Prinzessin Luise von Preußen-Radziwill hierüber wichtige neue Mitteilungen gebracht. Die Polenpolitik des Zaren stellt gleich zu Beginn die heilige Allianz in Frage. Sie ward auch die Ursache der hartnäckigen Feindseligkeit, die Alexander während der Wiener Verhandlungen gegen Metternich an den Tag legte. Preußen und Rußland bildeten die wichtigsten Nachbarschaften für Österreich. Beide Staaten brachten auf dem Kongreß territoriale Forderungen mit, die die Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen mußten. Der Hohenzollernstaat verlangte die Einverleibung des Napoleon dienstbar gebliebenen Sachsens, Alexander Großpolen. Metternich glaubte Preußen diesen Machtgewinn zugestehen zu können, um sich dessen unbedingte Freundschaft und die Zustimmung in den deutschen Angelegenheiten zu sichern. Eine große Gefahr für Österreich jedoch erblickte er in der Vereinigung Polens mit der russischen Großmacht. Damit ist seine Stellungnahme bei dem Kongreß gegeben. Indem Österreich sich für die volle Verwirklichung der preußischen Wünsche einsetzte und anderseits die russischen bekämpfte, veranlaßte es am Kongreß Gruppenbildungen, welche die gewaltige Front, die die Gegner Napoleons bildeten, durchbrachen.

Digitized by Google

Mit den Reichenbacher Abmachungen in der Tasche begann Metternich um die Wende des Monats Juni seine Unterhandlungen mit Napoleon. Wenn Frankreich auf die Forderungen der Verbündeten einging, sollte Frieden werden. Niemand schien zu den Verhandlungen mit dem in Dresden verweilenden Kaiser geeigneter als der österreichische Staatskanzler. Seine leichte, anmutige Art, Geschäfte zu behandeln, war allseitig anerkannt. Seine geschmeidigen Formen, die im persönlichen Verkehr über den schärfsten politischen Gegensatz hinweg stets neue Fäden einer Anknüpfung herausfanden, hatten seiner Persönlichkeit während seiner Gesandtentätigkeit in Berlin und Paris wesentlich genützt. Er galt neben Schwarzenberg als der Mann, mit dem Napoleon unter allen Diplomaten am liebsten verkehrte. Die Vermählung des Kaisers mit der Tochter Franz I. hatte Metternichs Stellung bereits ihre Überlegenheit verliehen. Nur er werde, so hieß es, den gewaltsamen Zornesausbrüchen Napoleons standzuhalten vermögen. Das Spielerische in seiner Natur half ihm über Schwierigkeiten hinweg, an denen tiefergegründete Charaktere gescheitert wären. Er verwechsle das Boudoir mit der Staatskanzlei, warf ihm ein würdiger deutscher Diplomat vor. Tatsächlich erschien Metternich noch als der stilvollendete Vertreter des ancien régime. Er war der Mann üppigen Lebensgenusses, der Mann der kleinen Künste, allein diejenigen, die nur von diesem Metternich wußten, haben ihn doch unterschätzt. Jene Zeit schwieriger Unterhandlungen, die fast jeden Tag mit einer veränderten Sachlage zu rechnen hatte, zeigte Metternich als zielbewußten Vertreter seines Staates. Er hat sich weder von den Verbündeten noch von Frankreich zu einem Entschluß fortreißen lassen. Er zog als nüchterner Rechner für sich allein einher, zeigte aber, als er sich entschieden, nach beiden Seiten hin eine feste Haltung. Von einer hohen Stimmung, wie sie 1809 namentlich in der Umgebung der edlen Kaiserin Ludovika geherrscht, und wie sie Stadion, Dietrichstein, Johannes Liechtenstein und Radetzky beseelt, war im diplomatischen Stab Metternichs wenig zu gewahren. Aber seinem Staat, der durch zwei Jahrzehnte hindurch in dem beharrlichen Kampfe gegen die französische Hegemonie sich verblutet hatte, ward er jetzt ein nüchtern rechnender fürsorglicher Förderer. Gern sah er es, wenn die Monarchen ihn als den entschlossenen Verteidiger

Digitized by Google

der alten Souveränitätsidee schätzten, sich von ihm in ihrem Sicherheitsgefühl festigen ließen. Diese gute Meinung verhalf ihm ja zu seinen besten Triumphen. Er selbst stand dem neuen Zeitalter keineswegs verständnislos gegenüber. Den tiefgreifenden Wechsel der Dinge hat er genugsam in der nächsten Nähe der Entscheidungen mitgemacht. Er war der politische Skeptiker geworden, der nur wenig mit den edlen Imponderabilien nationaler Begeisterung zu schaffen haben mochte. Sein diplomatisches Geschäft jedoch hat er während der Befreiungskriege meisterlich geführt, und neben der Unaufrichtigkeit und der unruhig flackernden Art Kaiser Alexanders, die namentlich hochsinnige Männer wie Wilhelm von Humboldt zu dem bittersten Urteil veranlaßte, nimmt sich Metternichs Programm und seine Führung der Verhandlungen recht vorteilhaft aus. Und er hat in jenen bewegten Monaten, da die gesamten politischen Verhältnisse eine Umbildung erfuhren, allein kaltes Blut behalten. Die unsichere Stimmung der Höfe und Kabinette läßt sich wohl aus keinem geschichtlichen Dokument deutlicher erkennen als aus dem Briefwechsel, den Friedrich von Gentz mit Metternich führte. In einem Schreiben vom 6. Juli 1813 charakterisiert der geniale Publizist die Bedeutung Österreichs für die Verbündeten und für den Kampf gegen den verhaßten Imperator: „Die Aufrechterhaltung der österreichischen Monarchie ist heute, nicht bloß aus unserm, sondern aus dem antifranzösischen europäischen Standpunkt betrachtet, die erste und höchste aller Rücksichten. Denn an Österreich sind Gegenwart und Zukunft geknüpft. Alles andere ist halb oder ganz zerrüttet, niedergetreten, entseelt oder verkauft. Wird die Kraft von Österreich auch nur momentan noch einmal zersprengt, so gibt es für alles übrige nicht einen Vereinigungspunkt mehr. Wenn die Welt nicht der Narrheit preisgegeben wäre, so müßte bei dem ersten österreichischen Kanonenschuß das Entsetzen alle Gemüter ergreifen. Denn solange wir so stehen wie jetzt, kann nichts um uns her durchaus unwiderbringlich fallen. Werden wir auch nur in Verwirrung gebracht, auch nur drei Monate lang aus unserm System geworfen, zu wem werden sie dann nach Hilfe schreien?"

Die Unterhandlungen, die Metternich zu Dresden mit Napoleon führte, hatten nach jenem stürmischen Auftritt, den Thiers zuerst

Digitized by Google

ausführlich geschildert, die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 10. August zum Ergebnis. Der Kaiser nahm die Vermittlung Österreichs an. Zu Prag sollten alsbald die Friedensverhandlungen beginnen. In ernster Spannung harrte man während der dortigen Besprechungen der Entscheidung. An der böhmisch-preußischen Grenze erörterten mündlich und schriftlich die Staatsmänner Friedrich Wilhelms III. und Alexanders die jeweilige Situation und jede Schwankung der Franzosen während der Konferenzen. Als endlich der 10. August und mit ihm der Termin einer friedlichen Entscheidung vorüber war, als die Höhenfeuer der böhmischen Berge den Fortgang des Krieges anzeigten, als endlich Österreichs Waffenmacht mit den Verbündeten wieder in den Kampf gegen den Schwiegersohn Kaiser Franz I. eintrat, da erhielten die politischen Geschehnisse für den ganzen Erdkreis jene heroischen Formen, die dem Jahre 1813 in der Weltgeschichte aufgeprägt geblieben sind.

Mit der Kriegserklärung Österreichs fiel auch der schwere Druck fort, der bisher auf die öffentliche Stimmung in Städten wie Wien, Prag und Graz gelastet hatte. Napoleon und seine Polizei hatten die österreichischen Lande mit einem ganzen Netz von Agenten umgeben. In Paris wußte man von der Unermüdlichkeit der englischen Regierung, von dem regen Verkehr, den die preußischen Patrioten mit Österreich unterhielten. Fortwährend ergingen an die Wiener Regierung Anfragen oder kategorische Ersuchen bezüglich des Verweilens verdächtiger Persönlichkeiten und deren Ausweisung. Das Schicksal Gruners, die Umständlichkeiten, die Stein in Österreich hatte, sind hinlänglich bekannt. Sicherlich war französischer Beobachtung die Verstimmung nicht entgangen, mit der die Beteiligung Österreichs an dem russischen Feldzug aufgenommen worden war. Von dem herrlichen Armeeaufruf Erzherzog Karls 1809 hatte sich der trockene Erlaß Schwarzenbergs, der die nach Rußland abgehenden Truppen kommandierte, traurig abgehoben. Er beschränkte sich darauf, von der Tapferkeit der Armee und deren Untertanenpflicht zu sprechen. Namentlich in Wien wurde über die erzwungene Gefolgleistung herb geurteilt. Gegenüber franzosenfeindlichen Kreisen und den Bewunderern Napoleonischen Kriegsruhms hatte sich innerhalb des Bürgertums und des Adels eine deutschnationale Stimmung herausgebildet.

Digitized by Google

Unvergessen war das Andenken an Aspern, und zahlreiche Tiroler, die sich nach Wien gewandt, harrten sehnsüchtig einer Wendung, die ihrem Vaterlande die Befreiung bringen sollte. Da sich die Wiener Polizei ängstlich den Wünschen und Befürchtungen, die von Paris aus geäußert wurden, anpassen mußte, kamen der Haß gegen Frankreich und zu Beginn des Jahres 1813 die Genugtuung über die grauenhafte Niederlage in Rußland und über die Erhebung in Preußen nur spärlich zu öffentlichem Ausdruck. Aber in geheimen Konventikeln, in der abgeschlossenen Stille der Privatwohnung prophezeite man bereits den Niedergang der Fremdherrschaft, die auf Mitteleuropa lastete.

Bezeichnend für die österreichischen Polizeiverhältnisse in den Frühlingstagen 1813 sind die Vorgänge, die sich auf Schloß Seebenstein in Niederösterreich abspielten. Dort hatte sich bei dem aus der Schweiz stammenden Besitzer Steiger eine patriotische Gesellschaft zusammengefunden, die sich die „Wildensteiner Ritterschaft auf blauer Erde" nannte. Auch der in Innerösterreich verehrte Bruder des Kaisers Franz, Erzherzog Johann, der spätere Reichsverweser, pflegte in dem gastlichen Hause einzukehren, und man hatte ihm den Titel „Hans von Österreich, der Ternberger" verliehen. Sicherlich ist dort von Tirol und dessen Befreiung wiederholt die Rede gewesen. An einem Märztage wurden aber einige Mitglieder dieser Gesellschaft, darunter Baron Hormayr, der in vertrautem Verkehr mit dem Prinzen stand, verhaftet und in das Festungsgefängnis von Munkacz und auf den Spielberg geschickt. Erzherzog Johann und auch Erzherzog Karl mußten eine längere Reise antreten. In kurzer Zeit jedoch erfolgte die Freilassung der Häftlinge, und es fehlte auch nicht an Ehren, die sie für den Schreck entschädigen sollten.

Je näher die Entscheidung bei den Prager Verhandlungen rückte, desto höher wuchs auch die Erregung in der inneröster-reichischen Bevölkerung. „Wir können uns nicht mehr auf die Straße wagen, ohne insultiert zu werden", meldete der Sekretär Narbonnes, des französischen Gesandten, aus Wien nach Paris. Die Kriegserklärung an Napoleon rief einen mächtigen Eindruck hervor, der freilich mit der vorsichtig nüchternen Haltung der Regierungskreise nicht recht harmonierte. Erst im Oktober bildete sich in Wien eine Art von Freiwilligenkorps. Das vergangene

Digitized by Google

Jahrzehnt hatte die Bevölkerung zu schwer erschöpft, hatte zu viel Hoffnungen getäuscht, als daß jetzt auch aus den niedersten Volksschichten heraus eine so starke Bewegung emporwachsen konnte wie in Preußen. Mit Ergriffenheit folgten aber die gebildeten bürgerlichen Kreise Österreichs den Vorgängen im Felde. Der Beitritt Österreichs zum Bündnis gegen Napoleon und der Jubel, mit dem in Deutschland diese Tatsache begrüßt wurde, ließen auch ihre Herzen höher schlagen. Friedrich von Schlegel fand hohe Worte des Lobes für die vorsichtig sicher fortschreitende Politik Metternichs, die endlich in die große Allianz hinausmündete. Der geniale Apostel der Romantik hatte seit mehreren Jahren bereits eine amtliche Stellung in Wien erlangt. Aus seinem brieflichen Verkehr wie aus Denkwürdigkeiten jener Zeit ist zu entnehmen, daß hier jetzt ein starkes literarisches und künstlerisches Interesse in der Gesellschaft Wurzel gefaßt hatte. Wie vor fünfzig Jahren, da in der Staatskanzlei an die Berufung Lessings gedacht worden war, wurde auch jetzt dem Burgtheater eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Sein Ruf war draußen im Reiche schon fest begründet. Vor kurzer Zeit hatte Ludwig Tieck, der Genosse Schlegels aus der Werdezeit der Romantik, in Wien verweilt, und es hieß, daß er mit der Leitung der Hofbühne betraut werden solle. Tiecks Schwester ließ sich in Wien nieder und reichte hier dem Esthländer von Knorring die Hand. Zu dem zahlreichen Kreise der Deutschen, die jetzt der Wiener Gesellschaft angehörten, zählte ferner ein Bruder des früh verstorbenen Novalis, Herr von Hardenberg.

Der Glorienschein, der seit Aspern Österreich umstrahlte, wirkte trotz der seit Metternich vollzogenen Wendung der Politik zu Napoleon auf die Gedanken und Pläne, die in Deutsch-Österreich wie jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle im Sinne einer Wiederaufrichtung einer nationalen Staatenvereinigung gehegt wurden. Und nun, da vom Beginn des Jahres 1813 der Kampf gegen Napoleon immer näher und näher rückte, als die Gerüchte von Verhandlungen der Verbündeten mit dem österreichischen Hofe und der Staatskanzlei durch geheimnisvollen diplomatischen Verkehr sich verdichteten, erwartete man in diesen literarischen Kreisen die Entscheidung in ernster Ergriffenheit. Damals verließ ein junger Poet, der aus Sachsen hereingekommen war, dessen Vater

Digitized by Google

ein treuer Freund Schillers gewesen, Theodor Körner, die Kaiserstadt, die ihm liebgeworden, die ihm jetzt sein teuerstes Gut, seine eben gewonnene Braut, barg, um in den Reihen des Lützowschen Korps gegen die französische Zwingherrschaft zu kämpfen. Die Hofschauspielerin Antonie Adamberger, mit der er sich verlobt, folgte nach einigen Jahren dem Altertumsforscher Arneth zum Altar. Sie ist die Mutter des Historikers Alfred von Arneth geworden, der in seinen 1891 erschienenen Lebenserinnerungen Aufzeichnungen seiner Mutter über jene Zeit mitteilt. „Wie wir uns", so schreibt sie nach der Schilderung ihrer ersten Begegnung mit Körner, „dann öfter sahen, wie er all die Meinen durch sein edel-treuherziges Wesen gewann, wie er mir später gestand, daß dieser Augenblick über sein Herz entschieden hatte ... wie sein reges Vaterlandsgefühl jede andere Empfindung schweigen machte und er das Jahr darauf fortzog, um nie wiederzukommen, das wird mir immer noch schwer, zu erzählen, auch noch nach vierundvierzig Jahren ... Als Theodor zu Tode getroffen fiel, hatte er mein Bild auf der Brust, einen Ring mit einem kleinen Herz von mir am Finger, meine Briefe in der Tasche." Als sie von dem Entschluß des Geliebten vernahm, soll die junge Künstlerin sich standhaft und seiner würdig erwiesen haben.

Als Mitte August 1813 Österreich sich mit Preußen und Rußland verband und Napoleon den Krieg erklärte, hatte die diplomatische Kunst Metternichs durch die vorhergehenden Verhandlungen, durch ihr kluges Zögern und Vermitteln und jetzt durch ihren für sich allein eine Entscheidung darstellenden Entschluß einen weithin sichtbaren Höhepunkt ihrer Erfolge erreicht. Das Gewicht, das der Erklärung Österreichs beigelegt wurde, drückte sich sofort durch die Ernennung des Fürsten Schwarzenberg zum Oberkommandierenden der verbündeten Armee aus. Ihm, dem allseitig geachteten General und Diplomaten, der vor einem Jahre noch das österreichische Korps unter Napoleons Kommando nach Rußland geführt, war es nun beschieden, die Heere der Verbündeten zum Siege über den gewaltigsten Eroberer zu führen.

Digitized by Google

Das Frankfurter Parlament.
(1898.)

Vor fünfzig Jahren ist es gewesen, da durfte das deutsche Volk zum erstenmale seine Vertreter für ein Parlament wählen, zum erstenmale und dann lange nicht wieder! In den Tagen des blühenden Mai war's in der alten Mainstadt Frankfurt, welche die Kaiser krönen gesehen, sollten sie beraten. Das Verlangen nach solch gemeinsamen Tagen aller Stämme, welches ein starkes Reich wiederum heraufführen sollte, hatte die Gedanken der Besten schon seit langen dumpfen Jahrzehnten beschäftigt, seit der großen Erhebung, welche den ersten Napoleon aus dem Lande getrieben. Da war im Februar 1848 der Königsthron der Orleans zusammengebrochen, und dies gab den Anstoß zu der gewaltigen Bewegung, zu einem Sturm der Geister, welcher wohl im Stillen längst sich vorbereitet hatte, nun aber erst frisch und scharf durch Deutschland ging. Alle verspürten dies Wehen bis in die niedersten Volksschichten hinunter, alle wurden von großen Erwartungen emporgehoben. Sie mag für einen Palmerston, für Cavour und Louis Napoleon sonderbar ausgesehen haben, diese deutsche Revolution, in ihrer Unbehilflichkeit, aber für uns Deutsche wird die Erinnerung an das „tolle Jahr" einen unverwelklichen Reiz bewahren, ein kindlich rührender Zug waltet in all dem Treiben, in dem ungestümen Vorwärtsstürzen, in deren maßlosen Träumen und Hoffnungen, denen gleich während der ersten Frühlingstage im Südwesten eine Richtung, ein Losungswort gegeben wurde. Von Heidelberg aus erging der Ruf nach einer Nationalvertretung, und der längst in seiner fragwürdigen Tätigkeit erkannte Bundestag beeilte sich, diese Forderung aufzunehmen und zur Geltung zu bringen. An einen Widerstand der Regierungen, auch denjenigen der beiden Großmächte, war in diesen unsicheren Tagen nicht zu denken. So konnte also zuerst ein Vorparlament über die Feststellung der zu erledigenden Aufgaben zusammentreten, die Tätigkeit eines vom Bundestag versammelten Komitees von Ver-

Digitized by Google

trauensmännern, der „Siebenzehner", stand damit in innigem Zusammenhang, das künftige Parlament sollte eine deutsche Verfassung und eine gemeinsame Regierung schaffen; was die Deutschen für ihr Volk, für ihre nationale Zukunft, für die freiheitliche Ausgestaltung des politischen Lebens erreichen wollten, das sollte hier zur Erörterung gelangen und zur Tat werden, zum großartigen Abschluß der Revolution. In diesem Zeichen ist das erste deutsche Parlament zusammengetreten, am 18. Mai versammelten sich die Erwählten der Nation im Römer und zogen von da nach der Paulskirche, eine Rotunde im antiken Stile. Die Blütenträume, welche mit den Abgeordneten da hineinwehten, sind nicht gereift, bitterste Enttäuschung war das Ende; die hoffnungsfreudig hineingezogen, schieden nach einem Jahre, ohne jegliche tröstliche Zuversicht für die nächste Zukunft. Aber als ein teures Vermächtnis behauptete sich das Andenken an die Paulskirche, an die begeisterte Stimmung, welche zusammengeführt, an das Werk, welches da trotz des mächtigen Widerstreits der Meinungen fertig gezimmert worden. Es waren Tage gewesen, wie sie in dem Leben einer Nation wohl selten wiederkehren, so lebten sie in der Erinnerung fort, und wenn auch alles nur ein Traum gewesen sein sollte, so war's ein köstlicher gewesen, ein einziger. In diesem Sinne schloß ein würdiger Chronist 1849 seinen Bericht über das erste deutsche Parlament: „Ihr werdet niemals seinesgleichen sehen!"

Wir Nachfahren vermögen heute mit klarem Blick die Ursachen zu erkennen, welche einen sachlichen Erfolg der Beratungen in der Paulskirche unmöglich machten, fast schon im vorhinein ausschlossen. Sah man den deutschen Dingen scharf ins Gesicht, so mußte man erkennen, daß die Nation sich in dem Zustande völliger Zersplitterung befand, der nun drei Jahrhunderte, wenn man nur auf die Zeiten seit Karl V. zurückging, währte, also tief ins Blut gegangen war. Welche Fülle von landschaftlichen, religiösen und wirtschaftlichen Unterschieden hatte sich da entwickelt! Das Walten Maria Theresiens, Josefs und Friedrichs hatte zwar wiederum die allgemeine Teilnahme an gewaltige Herrscherpersönlichkeiten wachgerufen, die herrliche Entwicklung, welche unsere Dichtung nahm, und dann der Druck der Fremdherrschaft war förderlich gewesen für das Erstarken des nationalen Gedankens. Hier aber hieß es, aus dem Bereich der Ideen hinauszutreten in scharf um-

Digitized by Google

rissene politische Wirklichkeit und all die Gegensätze zu überwinden. Und dies sollte eine Versammlung zuwege bringen, welche über eine tatsächliche Macht nicht verfügte, deren Zustandekommen den Faktoren des politischen Lebens, bei welchen sich die eigentliche, allerdings augenblicklich erschütterte staatliche, Autorität und Macht befand, abgetrotzt worden war. Staatsmännisches Geschick und Klugheit hätte an die gegebenen Zustände angeknüpft und nach gemeinsamen Momenten gesucht, die dann kräftig herausgehoben werden mußten, hätte die Regierungen herangezogen, ihnen Sicherheit verheißen und ihren Interessenkreis mit dem Einigungswerke zu verbinden getrachtet. Die Männer der Paulskirche sahen hievon völlig ab, sie dachten sehr hoch von der Volkssouveränität und erachteten sich den Regierungen überlegen. Das Ergebnis ihrer Beratungen, die zukünftige Verfassung sollte ja maßgebend, entscheidend nicht nur für das gemeinsame Vaterland, sondern für die einzelnen Staaten werden. Und wenn sie wenigstens hinsichtlich dieser ihrer Aufgabe halbwegs eines Sinnes gewesen wären! Wie weit gingen hier die Vorstellungen auseinander, welche Gegensätze zwischen den preußischen Konservativen aus Ostpreußen und Westfalen und den badensischen Republikanern, zwischen den norddeutschen Politikern, welchen vor allem das Einigungswerk am Herzen lag, und den süddeutschen partikularistischen Radikalen. Jene sich befehdenden Losungen, welche fast noch in die deutsche Gegenwart hineinragen, haben das Schicksal der Frankfurter Versammlung beherrscht und — besiegelt. Der Einheits- und der Freiheitsgedanke wurden gegeneinander geltend gemacht, die radikalen Schwärmer sahen sich zwar in der Minderzahl, allein sie wußten die Unterströmungen im Lager der Monarchisten und Einheitsmänner geschickt zu benützen und wurden auch hinwiederum von rechtssitzenden Gruppen ins Treffen geschickt. Und dann geboten sie noch über einen wichtigen Vorteil, welcher für die Paulskirche verhängnisvoll werden sollte; sie hatten mit ihrem Radikalismus die erregte Volksstimmung für sich, das Schlagwort der Gasse; die ganze Versammlung glaubte sich von der Nation getragen, die Radikalen wußten, daß mit dem Problem eines Zusammenschlusses der deutschen Staaten keine Volksversammlung sich begeistern lasse, wohl aber mit freiheitlichen Dithyramben, die sich nur gegen die alte Ordnung richten mußten.

Digitized by Google

Daß es dem deutschen Parlamente an faktischer Macht gebrach, hatte die monarchische Mehrheit sofort schmerzlich empfunden, das Bedürfnis einer Zentralgewalt, einer Exekutive beschäftigte auch die Gruppe der Linken. Die Vertretung der Nation sollte geschützt, sollte unabhängig gegenüber den Einzelstaaten fungieren können, sie sollte während ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit auch auf die politischen Ereignisse des Tages Einfluß nehmen können. Sofort wurden die ernsten Schwierigkeiten sichtbar, welche sich den Aufgaben der Versammlung entgegenstellten. Die Rivalität der beiden Großmächte, das Mißtrauen der kleineren kamen zu deutlichem Ausdrucke. Was der allgemein beliebte Präsident, der ritterliche Heinrich v. Gagern dann mit seinem „kühnen Griff" durchsetzte, die Wahl eines Reichsverwesers aus habsburgischem Stamme, hat es allerdings ermöglicht, daß in der Paulskirche eine Weile die praktische Seite der deutschen Verfassungsfrage nicht mehr berührt wurde und die Verfassung selbst, das heißt die Grundrechte der Deutschen und die Bundesorganisation zu Ende beraten werden konnte, im übrigen hat jedoch der Reichsverweser ebenso wie seine Minister, deren erster Präsident unser Schmerling war, nur ein Scheindasein geführt; seine Erlässe wurden von den deutschen Regierungen mit ausweichender Höflichkeit, seine Gesandten in Paris und London mit rücksichtsvoller Duldung behandelt. Wohl hat manch trefflicher patriotischer Gedanke hier seine erste Anregung gefunden, wie z. B. die deutsche Flottenfrage, allein der erste tatsächlich wichtige Anlaß, da die Zentralgewalt den Willen des Parlaments zur Geltung bringen sollte, brachte eine furchtbare Enttäuschung, er erwies allen den Wackern, welche um den Aufbau des Reiches mit ehrlicher Begeisterung und Schaffensfreude sich mühten, und, was noch folgenschwerer war, den Regierungen die Machtlosigkeit, die Ungefährlichkeit des Parlaments, das Unverständnis und die Teilnahmslosigkeit für seine Aufgabe, welche in den unteren Volksschichten vorherrschte. Es handelte sich um die Schleswig-Holsteinsche Frage. Im Auftrag des deutschen Bundestages war Preußen in den Herzogtümern eingerückt und hatte im April das Danewerk zerstört. Jetzt machten sich diplomatische Einflüsse schwerwiegender Natur in Berlin geltend und die geringe Zuversicht in die deutsche Entwicklung. Am 26. August wurde in Malmö ein Waffenstillstand

Digitized by Google

mit Dänemark abgeschlossen, welcher die Nordmarken des Reiches wiederum preisgab, es war ein Vertrag, den selbst Treitschke „demütigend, in einzelnen Punkten schmachvoll" nennen mußte. Zur Kölner Domfeier war vor kurzem der Reichsverweser und die Nationalversammlung geladen gewesen, im Gürzenichsaal hatte der Präsident v. Gagern auf die „Einheit" getrunken, „welche die Nation nicht mehr entbehren könne", und König Friedrich Wilhelm IV. hatte mit einem Hoch der deutschen Nationalversammlung geantwortet. Jetzt brach ein Sturm gegen die norddeutsche Großmacht los, welchen die Radikalen freudigst begrüßten. Eine böse Alternative bedrückte die Paulskirche; die Anerkennung des Waffenstillstandes gab die Herzogtümer, wie man damals glauben konnte, gänzlich verloren, die Verwerfung derselben bedrohte die ohnehin schwierige Stellung des Parlaments, setzte dasselbe einer gefährlichen politischen Niederlage aus und bedeutete eine schwere Schädigung der Geltung Preußens, dessen Vormachtsstellung von der Mehrheit als unerläßlicher Programmpunkt der Paulskirche angesehen wurde. Derjenige Politiker, welcher dieses von den Österreichern gefürchtete Postulat am tatkräftigsten vertrat und auch noch fernerhin vertreten sollte, der ausgezeichnete Bonner Historiker F. C. Dahlmann, der einst als der Führer der sieben Professoren aus Göttingen vertrieben worden, weil er und die Seinigen einen Verfassungsbruch nicht anerkennen wollten, Dahlmann, der Wismarer, der in den zwanziger Jahren schon für die Elbherzogtümer tapfer gekämpft, vermochte es nicht, seinen glühenden Eifer für diese den Deutschen bestrittenen Lande vor politischen Erwägungen zurückzustellen. Als er am 4. September mit bebender Stimme den Reichsminister frug, ob „all die Schande wahr sei", fuhr die Versammlung mit stürmischen Zurufen von den Sitzen auf; aber später überwand auf der Rechten nüchterne Überlegung die verletzte patriotische Empfindung, nur von einem kleinen Häuflein seiner sonstigen Genossen unterstützt, siegte Dahlmann mit Hilfe der Linken. Das Ministerium nahm seine Entlassung, der Sieger mußte in wenigen Tagen den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, wiederum zurücklegen; während die Radikalen drängten, die Sistierungsbeschlüsse auszuführen, kam es zur nochmaligen Verhandlung am 16. September, in welcher der Waffenstillstand angenommen wurde. Die Demokraten beantworteten diese Umkehr mit einer

Digitized by Google

Volksversammlung auf der Pfingstweide vor der Stadt, an der mehr als 20000 Menschen teilnahmen; die 258 Abgeordneten, welche den Waffenstillstand angenommen, wurden für Verräter erklärt und Demonstrationen beschlossen; das Ministerium ließ aus der Bundesfestung Mainz österreichische und preußische Bataillone einmarschieren, die rasch der Bewegung Herr wurden. Es gab nur wenig Opfer an Menschenleben, zwei derselben gehörten der Nationalversammlung an; Prinz Felix Lichnowsky und der Ostpreuße v. Auerswald wollten den Truppen entgegenreiten, sie gerieten unter einen aufgeregten Volkshaufen und kamen auf grauenhafte Weise um; auch der greise Turnvater Jahn wurde hart bedroht. Die Ruhe zog wieder in die Stadt ein, aber die Sachlage war eine andere geworden. Es war jetzt klar, daß das Parlament nichts mehr mit der revolutionären Bewegung zu tun hatte; war es doch notwendig geworden, es mit Waffengewalt vor der erregten Bevölkerung zu schützen. Fußte diese den deutschen Regierungen abgenötigte Vertretung nicht mehr im Volke, wer sollte sie denn halten, etwa die Regierungen? Langsam reifte diese Erkenntnis, sie nahm zu mit den Siegen Radetzkys in der Lombardei, mit den Erfolgen des Ministeriums Schwarzenbergs in Österreich, mit dem Umschwung, der sich in Preußen vollzog. Unter solchen äußeren Umständen hat die Nationalversammlung die Aufgabe, welche ihr gesetzt worden, nun bei gänzlich veränderten Verhältnissen vollendet, die „Grundrechte“ und die Reichsverfassung ausgearbeitet.

Sie ist nie ins Leben getreten, diese Verfassung der Paulskirche, und so wird's auch fernerhin bleiben, die Grundrechte sind von den Regierungen nicht anerkannt worden, einzelnes erscheint heute noch, nach einem halben Jahrhundert, zu radikal; und doch ist es eine mächtige Arbeit gewesen, welche hier getan worden ist, ein Vermächtnis von Männern, die zu den besten der Nation gehört haben; mit der Paulskirche schließt eine Periode der Entwicklung des deutschen Geistes ab, welche mit Fichte und Arndt, mit Achim v. Arnim und Heinrich v. Kleist, mit Wilhelm v. Humboldt und dem Freiherrn v. Stein begonnen. Es sind Lehrjahre, welche die seit langen Jahrhunderten zerklüftete Nation durchgemacht hat, ein lehrhafter, künstlich konstruierender Zug haftet dem ganzen Zeitalter an, aber tatsächlich hat in den stillen Jahrzehnten nach

Digitized by Google

den Befreiungskriegen die deutsche Wissenschaft das Bürgertum großgezogen und für den politischen Kampf wehrhaft gemacht. Die Vertreter der Wissenschaft, welche von diesem Bürgertum in die Paulskirche gesandt worden, haben auch dem Parlament den doktrinären Charakter verliehen und an den schweren Gebrechen, welche gleich anfangs sein Schicksal entschieden haben, trägt der Mangel an praktischem politischen Blick, der Überreichtum an theoretischer Erwägung, der sich bei all diesen weltabgewandten Gelehrten bemerkbar machte, zum großen Teil die Schuld. Aber sie haben auch das Verdienst, in einer stürmischen Zeit die Nation, das Bürgertum für jene notwendige praktische Arbeit geschult zu haben. Und mit dem, was ihnen für die Entwicklung der deutschen Dinge, als letztes erreichbares, mögliches Ziel vorgeschwebt hat, haben sie ja Recht behalten, ihr Testament hat nur einen anderen, ganz anderen Exekutor gefunden! Das Zentrum in der Paulskirche hat für die letzten Zeiten, in welchem die Reichsberatung durchberaten wurde, den Ausschlag gegeben, drei Klubs mit ihrem weiteren Anhang traten für den engeren Bund unter der Hegemonie Preußens und den äußeren Bund mit Österreich ein. Als sich ergab, daß eine solche Lösung der Bundesverfassungsfrage den Sieg davontragen werde, wandten sich die Österreicher gekränkt hinweg von ihren bisherigen Freunden, mit denen sie gegen die Ausgeburten des Radikalismus gekämpft hatten. Sie hatten, als es zur Abstimmung kam, ihre bisherigen Gegner auf ihrer Seite, ebenso die süddeutschen Ultramontanen. So bildete sich die Minorität von 248 Stimmen gegenüber den 290 Abgeordneten, welche für Preußen die deutsche Kaiserkrone in Anspruch nahmen. Auch sie ereilte das Verhängnis, sie erfuhren in Berlin eine gewundene Erwiderung, im Berliner Königsschlosse geboten andere Erwägungen, als die Frage nach den treibenden Kräften im nationalen Leben. Das Schicksal der Nationalversammlung war hierdurch entschieden, der Auflösungsprozeß begann, im Mai 1849 verließen die Liberalen und die Rechte die Paulskirche, später kam es zu dem kläglichen Epilog in Stuttgart am 18. Juni, an dem noch der getreueste aller deutschen Sänger, der trotzige Schwabe Uhland, standhafte teilnahm. Nach einer Reihe von erfolglosen Versuchen, welche jetzt die deutschen Regierungen anstellten, wiederum eine Bundesform zu ermöglichen, ward der alte

Digitized by Google

unselige Organismus zu einer Art von Leben wiedererweckt, der in den Zeiten der heiligen Allianz zusammengeflickt worden. Und bald zog als Vertreter Preußens jener Staatsmann in Frankfurt ein, welcher auf seine Weise die deutsche Frage zur Lösung gebracht hat. Vernimmt man, daß Heinrich v. Gagern, Dahlmann, Schmerling, Mohl von dieser Bühne geschieden, und daß kurze Zeit nachher Otto v. Bismarck sein Amt in Frankfurt angetreten, so ist wohl damit der Abschluß einer alten, der Anbruch einer neuen Zeitepoche gegeben. Wenn aber heute nach einem halben Jahrhundert das Gedächtnis an die Paulskirche und ihr Werk wiederum wachgerufen wird, so dürfte sich herausstellen, daß manch hartes Urteil, manch böser Witz, mit welchen die „dürren, kurzsichtigen Theoretiker", die „betörten Ideologen" in den Zeiten der Reaktion und des französischen Cäsarismus abgetan worden sind, und welche seither gangbare Münze geblieben, heute unmöglich erscheinen. Die wichtigsten unter den Bestimmungen der „Grundrechte", sie sind längst zum Gemeingut der deutschen und österreichischen Verfassung geworden und das Gefüge des deutschen Bundesstaates, der deutschen und der österreichisch-ungarischen Politik, es hat sich in der Richtung ausgestaltet, welcher die Mehrheit der Nationalversammlung begeistert angehangen. „Unter unerhörten Hindernissen und Schwierigkeiten hat dies erste Parlament", so schloß 1849 der Abgeordnete der preußischen Landstadt Sprottau, Heinrich Laube, seine Darstellung, „die politische Wahrheit für Deutschland gesucht und gefunden!"

Digitized by Google

Biographenwege. Reden und Aufsätze. Von Anton Bettelheim. Mit 20 Abbildungen im Text. 1913. Gr. 8°. VIII und 237 Seiten. Geheftet 6 Mark, gebunden 7 Mark.

Inhalt: Vorwort. — 1. Beiträge zur Biographie Tegetthoffs. — 2. Heinrich Friedjung. — 3. Zum achtzigsten Geburtstag von Marie v. Ebner-Eschenbach. — 4. Emilie Exner. — 5. „Biographisches" von J. V. Widmann. — 6. Rede zur Enthüllung des Berthold-Auerbach-Denkmals in Cannstatt. — 7. Auerbach und Anzengruber. — 8. Vierzig Jahre Pfarrer von Kirchfeld. — 9. Ernst Zuch und der Freundeskreis der Anzengrube (mit Abbildungen). — 10. Zum hundertsten Geburtstag Berthold Auerbachs. — 11. Die Zukunft Berthold Auerbachs. — 12 Die Auerbach-Feier 1912. — 13. Der Herausgeber der „Deutschen Rundschau". — 14. Zum sechzigsten Geburtstag Alfred Bergers (Ansprache, gehalten bei der Gedenkfeier am 30. April 1913). — 15. Ein Jugendbrief Joseph Ungers. — 16. Stendhal-Beyles Triester Konsulat. — 17. Balzacs Begegnung mit Metternich. — Namenverzeichnis.

Streiflichter. Von Charlotte Lady Blennerhassett, geb. Gräfin von Leyden. 1911. Gr. 8°. 259 Seiten. Geheftet 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: 1. Die Belagerung von Paris 1590. — 2. Mit Essex in Irland. — 3. Sir Joshua Reynolds. — 4. Aus dem Tagebuch einer Vizekönigin. — 5. Die Geschichtsphilosophie von Taine und sein Bild Napoleons. — 6. Graf Reinhard. Ein Deutscher in französischen Diensten. — 7. Spanische Studien. — 8. Marco Minghetti und das Risorgimento. — 9. Marie Bashkirtseff. — 10. Chateaubriand.

Das Heilige Römische Reich teutscher Nation im Kampf mit Friedrich dem Großen. Von Dr. Artur Brabant. Erster Band: Joseph Friedrich, Herzog zu Sachsen-Hildburghausen, des Heiligen Römischen Reichs teutscher Nation Generalissimus. 1757. 1904. Gr. 8°. 394 Seiten. Geheftet 7 Mark, in Halbfranz gebunden 9 Mark.

Das Heilige Römische Reich teutscher Nation im Kampf mit Friedrich dem Großen. Von Dr. Artur Brabant. Zweiter Band: Die Reichspolitik und der Feldzug in Kursachsen 1758. 1911. Gr. 8°. VIII und 439 Seiten. Geheftet 8 Mark, in Halbfranz gebunden 10 Mark.

Digitized by Google

Verlag von Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel) in Berlin W.

Studien und Versuche zur neueren Geschichte. Max Lenz gewidmet von Freunden und Schülern. Zum sechzigsten Geburtstage (13. Juni 1910). 1910. Gr. 8°. VIII und 480 Seiten. Geheftet 12 Mark, in Halbfranz gebunden 14 Mark.

Inhalt: D. Dr. Theodor Brieger, Geheimer Kirchenrat, ordentlicher Professor an der Universität Leipzig: Die Gliederung der 95 Thesen Luthers. — Dr. Felix Rachfahl, ordentlicher Professor an der Universität Kiel: Die holländische See- und Handelsmacht vor und nach dem Ausbruche des Niederländischen Aufstandes. — Dr. Paul Haake, Privatdozent an der Universität Berlin: Generalfeldmarschall Hans Adam von Schöning. — Dr. Wilhelm Stolze, Privatdozent an der Universität Königsberg: Zwei preußische Oberpräsidenten in Rheinland-Westfalen im 18. Jahrhundert. (Friedrich Wilhelm von Borcke und Karl Freiherr vom Stein.) Ein Versuch. — Dr. Hermann von Caemmerer, Archivar im Königlichen Hausarchiv: Rankes „Große Mächte" und die Geschichtschreibung des 18. Jahrhunderts. — Dr. Hans Delbrück, ordentlicher Professor an der Universität Berlin: Die Frage der polnischen Krone und der Vernichtung Preußens in Tilsit. — Dr. Erich Brandenburg, ordentlicher Professor an der Universität Leipzig: Der Eintritt der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund. — Dr. Hermann Oncken, ordentlicher Professor an der Universität Heidelberg: Amerika und die Großen Mächte. Eine Studie über die Epochen des amerikanischen Imperialismus.

Die auswärtige Politik der ungarischen Revolution 1848/1849. Unter Benutzung neuer Quellen. Von Wilhelm Alter. 1912. Gr. 8°. 242 Seiten. Geheftet 3 Mark, gebunden 4 Mark.

Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg? Über die ökonomischen Grundlagen des deutsch-britischen Konflikts. Von Friedrich Lenz, Dr. jur. et phil., a. o. Professor der Staatswissenschaften an der Technischen Hochschule in Braunschweig. Erste und zweite Auflage. 1915. 8°. VIII und 119 Seiten. Geheftet 1 Mark 50 Pf.

Britisches gegen Deutsches Imperium. Von einem amerikanischen Iren. Mit einem Vorwort von Sir Roger Casement. 1915. 8°. 32 S. Geheftet 40 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

*PB-31347-SB
5-17

Digitized by Google

Digitized by Google

Altenburg, S.-A.
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

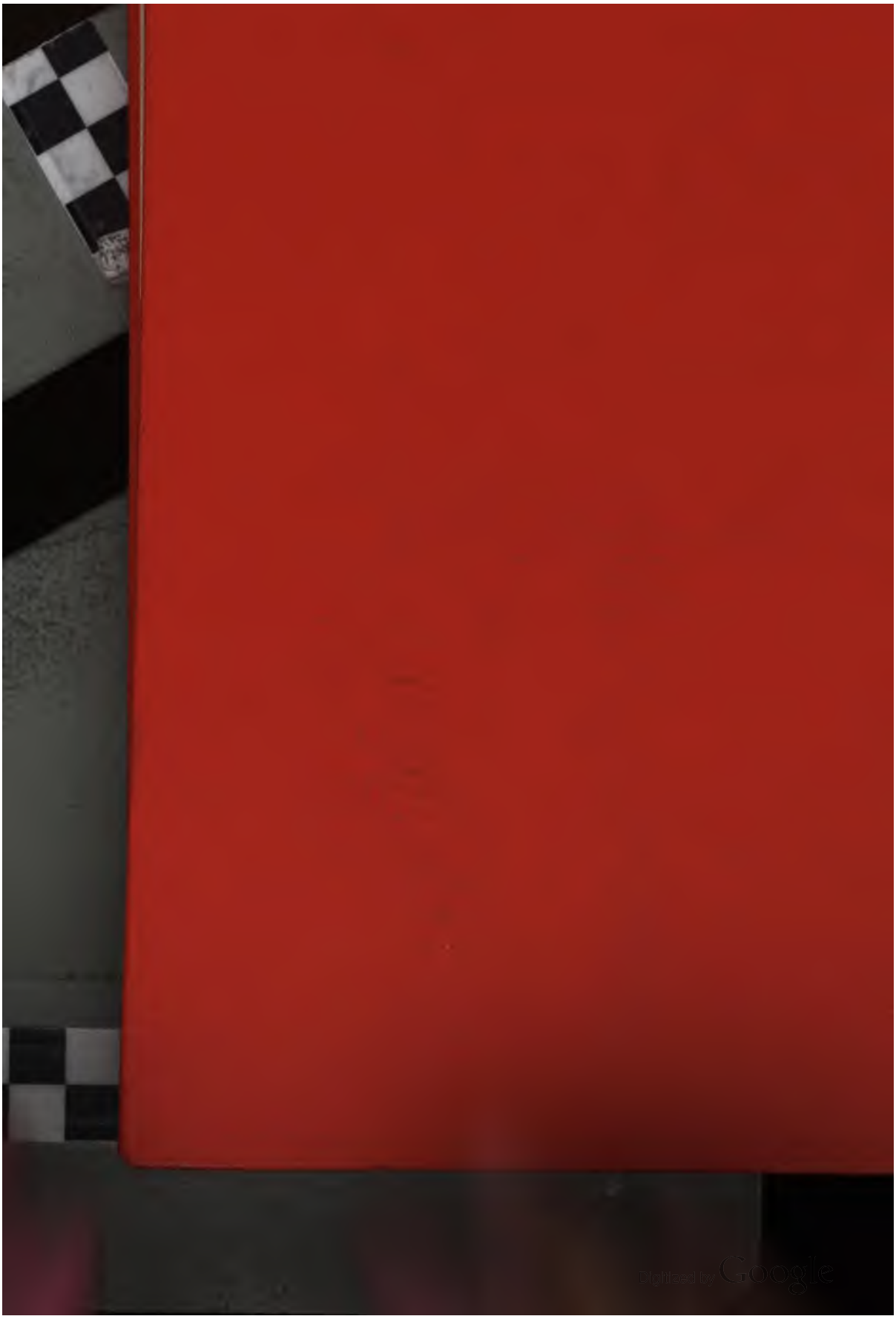
DB
17
Z8

DB 17 .Z8 C.1
Osterreichische Essays.
Stanford University Libraries
3 6105 037 466 401

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.

Digitized by Google


Digitized by Google